

PROLETARIER ALLER LÄNDER
VEREINIGT EUCH!

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE



N^o:

MOSKAU
KREML.



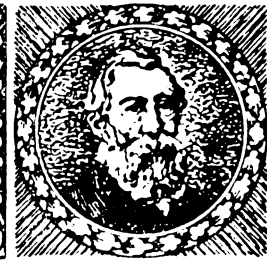
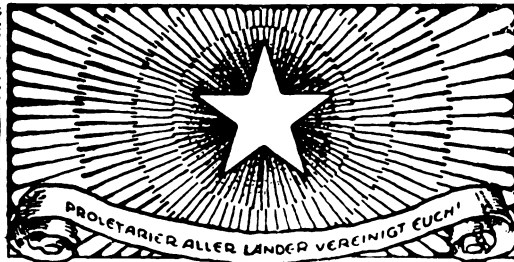
PETROGRAD
SMOLNY

20

Inhalt

CLARA ZETKIN: Die Lehren des deutschen Eisenbahnerstreiks	
L. TROTZKI: Zwischen Imperialismus und Revolution	10
G. SINOWJEW: Weiteres zur Taktik der Einheitsfront	18
BRANDLER: Die Entwicklungsbedingungen der Roten Gewerkschafts-Internationale	22
A. LOSOWSKY: Die Offensive des Kapitals und die proletarische Einheitsfront	34
J. HUMBERT-DROZ: Der Versuch einer Einheitsfront in der Schweiz	48
J. FRIIS: Zur Frage	53
E. CHRISTIANSEN	55
mark und die Einheitsfront	
LEITSÄTZE DES I	57
DIE PROLETAR	
E. VARGA: Die Rolle des Proletariats im	66
Kapitalismus	
RUSS. KOMMUNISTISCHER	71
Partei	
Y. SIROLA: Der Parteitag der Kommunistischen Partei Finnlands	75
M. BORODIN: Eine Hand wäscht die andere	79
M. POKROWSKI: Die büßenden Intellektuellen	95
M. KALININ: Mißernte und Hungersnot 1921	106
E. PREOBRASCHENSKY: Resultate der neuen ökonomischen Politik Sowjetrußlands	110
M. RAKOSI: Der „Neue Kurs“ in Sowjetrußland	118
N. MESCHTSCHERJAKOW: Das Genossenschaftswesen in Sowjetrußland	122
O. UNGER: Der wirtschaftliche Kampf der Kommunistischen Jugendorganisationen	127
BIBLIOGRAPHISCHER TEIL	132





DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

ORGAN DES EXEKUTIVKOMITEES DER
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

ERSCHEINT GLEICHZEITIG IN DEUTSCHER,
RUSSISCHER, FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE

Die Zeitschrift wird redigiert von *G. Sinowjew* und erscheint unter nächster Teilnahme von Bucharin, Kamenev, Lenin, Lunatscharski, Pokrowski, Rakowski, Rjasanow, Trotzki (Rußland), Kuusinen, Manner, Sirola (Finnland), Grimlund, Höglund, Killbom, Nerman, Ström (Schweden), Friis, Grepp, Tranmael (Norwegen), Ravesteijn, Roland-Holst, Rutgers, Wijnkoop (Holland), Strasser, Tomann (Oesterreich), M. Albert, Pieck, Radek, Thalheimer, C. Zetkin (Deutschland), Mac Laine, Quelch, Rotstein (England), Cachin, Delinières, Frossard, Guilbeaux, Lorient, Monatte, Péricat, Sadoul, Souvarine (Frankreich), Balabanowa, Bombacci, Bordiga, Gramsci, Terracini (Italien), Herzog, Humbert-Droz, Münzenberg, Platten (Schweiz), Alpari, Bela Kun, Rudas, Rudnyaszky (Ungarn), Marchlewsky (Polen), Blagojew, Kabaktschiew, Kolarow (Bulgarien), Jim Larkin (Amerika) u. a.

№ 20
DRITTER JAHRGANG

VERLAG: PETROGRAD, SMOLNY, ZIMMER 62, TEL. 1—19
REDAKTION: PETROGRAD, SMOLNY, KAB. G. SINOWJEW

*Verlag der
Kommunistischen Internationale.*

*In Kommission:
Carl Hoym Nachf. Louis Cañbley
Hamburg*

Hergestellt bei Konrad Hanf, Hamburg 8

1922

Die Lehren des deutschen Eisenbahnerstreiks.

(Rede auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 21. Februar 1922.)

Genossen, die jüngste Streikbewegung, deren Mittelpunkt der Ausstand der Eisenbahnbeamten war, dürfte vielen von Ihnen unerwartet gekommen sein. Auch manchem von uns ist sie unerwartet gekommen. Ueberraschend dürfte sie trotzdem nicht sein. Sie kam unerwartet, wenn man sie im Zusammenhang mit der geradezu verzweiflungsvoll kampfuntüchtigen Stimmung des deutschen Proletariats im allgemeinen betrachtete. Nicht überraschend war sie, wenn man sie erfaßte im Zusammenhang mit der gesamten wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands. Denn darin sind die treibenden Kräfte der Streikbewegung deutlich zu erkennen.

Die Streikbewegung zeigt mit ihrem Um und Auf sehr viele Widersprüche und sie hat andere Widersprüche enthüllt und scharf beleuchtet. Aber sie alle werden verständlich durch den einen großen geschichtlichen Widerspruch, der für die Lage Deutschlands charakteristisch ist. Und das ist dieser Widerspruch: Die objektiven Verhältnisse in Deutschland sind reif, meiner persönlichen Meinung nach sogar überreif für die proletarische Revolution, während leider die subjektive Triebkraft der Geschichte noch nicht reif dafür ist; die Erkenntnis und der Wille der breitesten Massen stehen hinter der revolutionären Entwicklung der Umstände zurück. Das spiegelt sich auch in der Streikbewegung wider. Die Unreife der breitesten proletarischen Massen trat in ihr zutage, ihre Unfähigkeit, die Situation klar zu erkennen und handelnd im revolutionären Klassenkampf konsequent auszunützen, ebenso wie die vorwärts-

peitschende Macht der zerfallenden kapitalistischen Wirtschaft, des zerrütteten Staates. Die objektiven Umstände, die Zerrüttung der kapitalistischen Profitwirtschaft Deutschlands und der in Wirklichkeit schon eingetretene Bankerott des bürgerlichen Staates, sind die Grundlage der Kräfte, die zum Streik trieben. Die Unreife der breitesten werktätigen Massen, ihre ureigensten Interessen durch den schärfsten Klassenkampf zu vertreten, kam zum Ausdruck in ihrem Verhalten zu dem Streik selbst, wie auch in der Haltung der Gewerkschaftsorganisation, die diesen führte: die Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten.

Es ist charakteristisch, daß der Vorstand der Reichsgewerkschaft nur gegen eine sehr starke Minderheit den Streik beschlossen hat. Die Unreife in der historischen Erfassung der Situation und des dadurch bedingten Kampfes trat nicht so sehr in Erscheinung in den kleinen taktischen und strategischen Verstößen gegen die neunmal heiligen Grundregeln der Organisation des gewerkschaftlichen Kampfes, auf die sich die Scheidemänner beriefen, um dem Streik die Unterstützung zu versagen. Sie trat in anderem in Erscheinung. Darin, daß der Vorstand zum Streikbeschluß geradezu vorwärts gestoßen werden mußte, ferner in der Unfähigkeit der Streikleitung, zu erkennen, daß unter den gegebenen Umständen ein wirtschaftlicher Streik in Deutschland unmöglich war, und daß dieser Streik zu einem politischen Streik werden mußte. Die Streikleitung hielt daran fest, zu erklären: Wir führen einen rein wirtschaft-

lichen Kampf mit rein gewerkschaftlichen Mitteln, wir lehnen jeden politischen Charakter unseres Kampfes und jede Verquickung mit politischen Tendenzen und Forderungen ab. Sie berief sich dafür auf die Forderungen der Beamten: die nötige Regelung der Gehaltsverhältnisse um die große Spannung zwischen Einkommen und Preisen der Lebenshaltung zu beseitigen, auf die nötige Sicherung des Achtstundentages, die Verhinderung einer Verlängerung der Arbeitszeit durch die sogenannte Dienstbereitschaft bis auf 12 und sogar 15 Stunden.

Trotz des wirtschaftlichen Ausgangspunktes nahm der Streik sofort einen politischen Charakter an. Die Reichsregierung selbst prägte ihm diesen Charakter auf. Vom ersten Augenblick der Erklärung des Streiks an behandelte sie ihn als politische Aktion, als eine Revolte, die sich gegen den bürgerlichen Staat selbst kehre. Noch bevor der Streik begann, kaum daß er beschlossen, erließ der Reichspräsident Ebert eine Verordnung gegen ihn auf Grund des § 48 der Weimarer Verfassung, der dem Reichspräsidenten das Recht gibt, Bestimmungen der Verfassung aufzuheben. Die Verordnung verbot den Streik, und die Polizeibehörden gingen sofort mit den schärfsten Maßnahmen gegen ihn vor. Der Polizeipräsident von Berlin, ein Mehrheitssozialist wie Ebert, der die rote Jakobinermütze als Streikführer beiseite geworfen hat, verfügte sofort strengste Maßnahmen, verbot den Druck und die Verbreitung von Flugblättern, verordnete die Verhaftung von Personen, die zum Streik aufforderten, beschlagnahmte die Gelder der Beamtenorganisationen, nicht bloß die Gelder, die zur Unterstützung des Streiks dienten, sondern auch die, die für soziale Wohlfahrtszwecke bestimmt waren.

So erhielt der Streik von vornherein einen politischen Charakter. Er ging um das Streikrecht der Beamten, um ein poli-

tisches Recht. Und wenn die Streikleitung auf der Höhe ihrer Aufgabe gewesen wäre, hätte sie die entsprechenden Konsequenzen ziehen müssen. Dagegen begnügte sie sich damit, gegen das Streikverbot und gegen die Maßregeln der Polizei zu protestieren und zu kämpfen. Sie spitzte jedoch den Streik nicht zu, wie es notwendig gewesen wäre, zu einem Kampf gegen die Regierung und gegen den bürgerlichen Staat. Zu diesem Verhalten der Streikleitung trug der andere Widerspruch bei, der sofort offenbar wurde. Der Widerspruch zwischen den Arbeitermassen, die instinktiv aus ihren Lebensnöten heraus nach der Unterstützung des Streiks, nach dem Kampfe drängten, die bereit waren, handeln zu wollen, auf der einen Seite, und den Gewerkschaftsorganisationen oder richtiger den Gewerkschaftsführern auf der anderen Seite. Der deutsche Beamtenbund, dem die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten angehörte, lehnte den Streik ab. Das gleiche tat der Vorstand des Verbandes der Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnangestellten. Die sogenannten Spitzenorganisationen der christlichen, Hirsch-Dunckerschen und auch der freien Gewerkschaften und des AFA-Bundes verurteilten den Streik der Beamten. Besonders charakteristisch ist, daß der Hauptvorstand des A. D. G. B. das Vorgehen des Reichspräsidenten und der Polizeiorgane nicht etwa beantwortete mit einem Aufruf an die Arbeiter zum schärfsten Abwehrkampf, sondern erklärte, durch Vertreter die Reichsregierung beeinflussen zu wollen, die Streiklage nicht durch die verfügten Maßnahmen zu verschärfen. Er betätigte sich als wohlwollender Schulmeister der Regierung, aber nicht als Führer der Arbeiter im Klassenkampf. Genau so war die Haltung der S. P. D.

Unter den angedeuteten Umständen war es natürlich von vornherein ausgeschlossen, daß es zu einem Generalstreik

kam, der alle Widerstände niedergeworfen hätte. Der Streik hat trotz allem — und das zeigt, wie kampfesreif die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland ist — eine gewaltige Ausdehnung angenommen. Es erscheint wie ein Witz der Geschichte, daß ausgerechnet in dem Augenblick, wo die Gewerkschaftsbürokratie und die Führer der Mehrheitssozialdemokratie im Namen des demokratischen Staates den Klassenkampf abgeschworen, daß in diesem Augenblick eine soziale Schicht in den Klassenkampf eintrat, die ihm bisher verworren hatte, aber durch die kapitalistische Ausbeutung gezwungen wurde, ihn zu führen. Der Kampf wurde von den Eisenbahnbeamten — Lokomotivführer, Weichensteller und Fahrpersonal — mit großer Einmütigkeit aufgenommen, jedoch nur in Norddeutschland. Die Beamten in Württemberg blieben dem Streik fern, weil die württembergische Regierung versprach, für die erhobenen Forderungen Schritte bei der Reichsregierung zu unternehmen. Bei der Leichtgläubigkeit der kleinbürgerlichen Beamenschichten genügte das Versprechen, sie von der Bewegung zurückzuhalten. In Baden war teilweise Streik, in Bayern so gut wie nichts, nur ein unbedeutender Anfang dazu. Dafür griff der Streik über die Kreise der Eisenbahnbeamten hinaus und erfaßte die Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnangestellten, die im D. E. V. organisiert sind. Der Verbandsvorstand dieser Organisation hatte seine tiefe Mißbilligung über das „ungewerkschaftliche Vorgehen“ der Reichsgewerkschaft ausgesprochen. Es erfolgte eine Rebellion gegen ihn, eine Reihe von Lokalorganisationen beschloß, in den Streik einzutreten. So in Berlin, Frankfurt, Chemnitz, Hamburg usw. Dadurch wurde der Umfang des Streiks erheblich erweitert. Die Postgewerkschaft beschloß den Streik für den Fall, daß der Kampf der Eisenbahner über den 8. Februar hinaus dauern würde. In manchen Orten

traten andere Arbeiterkategorien in den Ausstand. So wuchs die Zahl der Kämpfenden weit über die 200 000 streikenden Beamten hinaus; sie soll gegen 800 000 betragen haben. Am bedeutsamsten von den lokalen Streiks war derjenige der städtischen Arbeiter und Angestellten Berlins. Er war zum Teil ein Solidaritätsstreik, der aus der allgemeinen Kampfatmosphäre heraus entstand, aber die städtischen Arbeiter und Angestellten Berlins hatten gleichzeitig für ihre eigenen Forderungen zu kämpfen, und das gegen den sozialdemokratischen Magistrat. Es ging um die neuen Tarife, die Lohnkürzung, die Verlängerung der Arbeitszeit, Verschlechterung der Urlaubsverhältnisse bringen und die Rechte der Betriebsräte und der Funktionäre verkürzen.

Wie die Situation war, erklärten die streikenden Beamten vom ersten Tage an ihre Bereitschaft, mit der Regierung zu verhandeln. Diese vertrat in allerschärfster Weise den brutalsten Unternehmerstandpunkt. Sie erklärte, mit den Streikenden überhaupt nicht verhandeln zu wollen. Als Mittelsmänner erbaten sich Vertreter der Mehrheitssozialdemokraten, der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und auch Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie. Dieselben Spitzenorganisationen, die nicht zum Kampfe aufgerufen hatten gegen das verfassungswidrige Streikverbot, erließen nun einen Aulruf, in dem sie in der schärfsten Weise den Streik mißbilligten. Sie erklärten, es sei unerlaubt, daß eine Sondergruppe ohne vorherige Verständigung mit allen in Betracht kommenden Gewerkschaftsorganisationen in einen Streik eintrete, der in seinen Folgen die weitesten Bevölkerungsschichten und das Proletariat im besonderen in Mitleidenschaft ziehe. Es sei unverzeihlich, daß der Streik in einem Augenblick ausbrach, wo die Situation des Deutschen Reiches dem Auslande

gegenüber außerordentlich gefahrschwer sei und so alles daran gesetzt werden müsse, Eberts deutsche Reichsregierung nach außen hin als eine unantastbare Autorität und den deutschen Bourgeoisstaat als Allerheiligstes erscheinen zu lassen. Und kurzerhand befahl der Aufruf, der Streik sei abgebrochen.

Genossinnen und Genossen! Das war der blanke Verrat. Proletarische Massen haben darauf geantwortet: Nun erst recht! Der Kampf ging weiter, und neue „Meuterer“ gegen den Kapitalismus und seinen Staat schlossen sich ihm an. Aber es ist kein Zweifel, daß trotzdem die Erklärung des A. D. G. B. von großem Einfluß darauf gewesen ist, daß der Kampf nicht zum Generalstreik wurde und mit einer Niederlage der Streikenden endete. Infolge der Stellungnahme der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und der Mehrheitssozialdemokraten, die zum Teil durch die schwächliche Haltung der Unabhängigen Sozialdemokraten gedeckt wurden, konnte es zu keinem weiter greifenden Kampfe kommen. Die Flut von Telegrammen, Briefen, Delegationen, mit der die politischen Arbeiterparteien und die Gewerkschaftsorganisationen geradezu bestürmt wurden, ließ darauf schließen, daß große Massen bereit waren, den Kampf aufzunehmen, in den Generalstreik zu treten. Bei dieser Stimmung wäre ein politischer Streik großen Stils höchstwahrscheinlich möglich und erfolgreich gewesen, vorausgesetzt, daß es eine einheitliche, zielklare, entschlossene Leitung gegeben hätte, die die sich regenden proletarischen Kräfte zusammengefaßt, ihrem Kampfe Richtung und Ziel gegeben hätte. Die kommunistische Partei hat vom ersten Tage des Streiks an sich bemüht, entsprechend der Einheitsfront, die bei den Kämpfenden vorhanden war, auch eine einheitliche Unterstützung des Streiks und einen einheitlichen Massenkampf herbeizuführen. Sie hatte sich gleichzeitig an die Vorstände des

Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Mehrheitssozialdemokraten und der Unabhängigen Sozialdemokraten gewandt. Sie schlug ihnen vor, zu Beratungen zusammenzutreten, um sich gemeinsam darüber zu verständigen, welche Schritte zu unternehmen wären, um zunächst wenigstens die Aufhebung des Streikverbots, die Sicherung des Streikrechts der Beamten und Arbeiter durchzusetzen. Die Mehrheitssozialdemokraten, die Gewerkschaftsbonzen haben überhaupt nicht geantwortet, und die Unabhängigen Sozialdemokraten antworteten, wie es dem Wesen dieser Partei entsprach. Sie verwiesen darauf, daß ihre Fraktion bereits einen Antrag im Reichstag eingebracht habe für die Aufhebung der verfassungswidrigen Verordnung des Reichspräsidenten. Nach der Meinung dieser weisen Thebaner war mit der parlamentarischen Aktion alles getan, die Kampfesmöglichkeit erschöpft.

Unter solchen Umständen war es nicht möglich, daß der Streik politisch voll ausgewertet, ausgeweitet und einheitlich zu einem kraftvollen politischen Kampf zusammengefaßt werden konnte. Unter solchen Umständen konnte natürlich auch die Reichsregierung gegenüber den streikenden Eisenbahnern den Scharfmacherstandpunkt mit der größten Brutalität und Tücke aufrecht erhalten. Der Kampf endete trotz aller „Vermittler“ mit einer glatten Niederlage der Streikenden. Es wird zwar behauptet, es sei ein Erfolg, daß die Reichsregierung sich zu Verhandlungen herbeigelassen habe. Gewiß, sie hat verhandelt. Aber mit wem? Mit Leuten, die fast alle mehr oder weniger offen rückhaltlos auf ihrer Seite standen. Sie hat es abgelehnt, mit den Streikenden selbst zu verhandeln. Zwei Vertreter der Reichsgewerkschaft der Beamten wurden erst zu den Verhandlungen zugelassen, als diese abgeschlossen waren. Sie hatten nichts weiter zu tun, als die Beschlüsse der

sogenannten „Vermittler“ entgegenzunehmen und dazu zu sagen: Danke schön, wir werden für die Durchführung sorgen. Ebenso steht es mit der anderen angeblichen Errungenschaft: es sollten keine Massenentlassungen und Massenmaßregelungen stattfinden. Das steht auf dem Papier. Es ist aber beschlossen worden, daß auf disziplinarischem Wege gegen die Führer und Schürer des Streiks, gegen sogenannte Saboteure vorgegangen werden soll. Den Streikenden ist es schließlich verdammt gleichgültig, ob sie durch „Maßregelungen“ brotlos aus ihrer Stellung fliegen oder auf dem Wege des Disziplinarverfahrens. Das bleibt gehupft wie gesprungen. Daß diese Disziplinarverfahren trotz aller Versprechungen der Regierung den Charakter von Massenmaßregelungen annehmen, das ging aus der Rede des Ministers Groener, des „Hundsfoth-Groener“ hervor. Es waren damals schon gegen 700 Disziplinarverfahren vorgesehen. Der Begriff „Massen“ ist dehnbar: offenbar fängt für die Reichsregierung die Massenmaßregelung noch nicht einmal an, wenn 20—30 000 Eisenbahner aufs Pflaster geworfen werden, wie es neuen Meldungen nach geschieht. Massenmaßregelungen großen Umfangs wollte der sozialdemokratische Magistrat von Berlin durchführen. Ueber die Gehaltsregelung und die Arbeitszeit der Eisenbahner soll später verhandelt werden. Die Regelung der Arbeitszeit soll nicht mehr durch ein besonderes Gesetz für die Eisenbahner erfolgen, sondern nur auf Grund eines allgemeinen Gesetzes. In der Praxis kommt es auf das gleiche hinaus, ob ein Eisenbahner 12 bis 15 Stunden dienstbereit sein soll auf Grund eines besonderen Eisenbahnergesetzes oder eines allgemeinen Gesetzes. Ein Vorteil dieser Vertagung der Regelung wäre nur unter einer Bedingung möglich, deren Verwirklichung wir energisch anstreben, für die wir aber leider keine Bürgschaft haben. Nämlich

unter der Voraussetzung, daß das deutsche Proletariat sich soweit revolutionär auf sich selbst besinnt, daß es das drohende Gesetz zur Verlängerung der Arbeitszeit zerreißt, durch seinen Kampf zur Unmöglichkeit macht. Sonst bleibt alles beim alten, d. h. nicht einmal beim alten! Die Arbeitszeitverlängerung, die schon jetzt in der Praxis besteht, wird gesetzlich festgelegt werden, der Achtstundentag, die Errungenschaft der Novemberrevolution“, auch gesetzlich beseitigt.

Es muß hier betont werden, daß die Reichsregierung, wie die mehrheitssozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer, die das getreue Echo der Regierung waren, ihre verräterische Haltung durch diese kühne Theorie rechtfertigten: dieser Streik ist kein Kampf zwischen Arbeit und Kapital. Die Eisenbahner haben sich vielmehr erhoben als Sondergruppe, für enges Sonderinteresse gegen die Allgemeinheit des Volkes, vertreten durch den demokratisch-parlamentarischen Staat. In diesem Kampf darf der Staat nicht als Besiegter auf der Strecke bleiben, hatte der „Vorwärts“ erklärt. Der Bourgeoisstaat sollte über Ausgebeutete triumphieren. Diese schimpfliche Melodie wurde auch in den Verhandlungen vor dem Reichstag gesungen. Der Reichskanzler Wirth sprach wie der selige Stumm, wie der verflossene Wilhelm II. als Oberscharfmacher, sprach von der Revolte der Beamten, von Aufstand, von Aufrührbewegung. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß die Regierung entschlossen sei, die Forderungen der Eisenbahner nicht zu erfüllen, und daß sie ihnen insbesondere das Streikrecht versage. Er bestritt, daß die Paragraphen der Verfassung, in denen die Koalitionsfreiheit festgelegt ist, auch den Staatsbeamten das Streikrecht gäbe. Ein Staat sei verloren, der seinen Beamten und seinen Angestellten das Streikrecht gewähre. Die Parteien haben sich entsprechend ihrer Stellungnahme während

des Streikes verhalten. Die Mehrheitssozialisten haben das Streikrecht der Beamten preisgegeben, obwohl es heute noch in ihrem Programme steht. In einem demokratischen Staat sei nur in besonderen Ausnahmefällen den Beamten der Streik erlaubt. Die U. S. P. hatte ihre eigene Haltung, die niemand überraschte, der den Charakter dieser Partei kennt. Im Anfang kritisierte die „Freiheit“ scharf die Verstöße der Reichsgewerkschaft gegen die „Grundregeln des gewerkschaftlichen Kampfes“, sie mißbilligte den Streikbeschluß, der im Gegensatz zu allen Regeln der gewerkschaftlichen Taktik erfolgt sei. Aber sie übersah oder wollte nicht sehen, daß die Reichsgewerkschaft sicherlich weniger aus Unerfahrenheit, als aus böser Erfahrung heraus gehandelt hatte. Die Forderungen der Beamten waren vor Monaten schon Gegenstand der Verhandlungen zwischen den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und der Regierung gewesen. Sie waren durch ein schlechtes Kompromiß verraten worden. Die Spitzenorganisationen waren von dem Stand der Dinge unterrichtet. Sie wollten keinen Streik; ihre Zustimmung dazu nachsuchen, das hätte bedeutet, von vornherein die Sache der Beamten auf die lange Bank resultatloser Verhandlungen zu schieben. Erst als die Sicherung des Streikrechts Mittelpunkt des Kampfes wurde, entschloß sich die U. S. P., diesem ihre Sympathie zuzuwenden. Sie trat entschieden für das Streikrecht der Beamten ein und nahm den Kampf gegen Eberts Ausnahmeverordnung auf. Sie führte ihn aber bezeichnender Weise nicht etwa als Kampf gegen die Regierungspolitik überhaupt, sondern nur gegen das Verhalten der Regierung in diesem besonderen Falle. Um zusammenzufassen: Die Mehrheitssozialdemokraten und die Gewerkschaftsführer betrachteten den Streik von vornherein als ein Verbrechen gegen den Staat. Von der Auffassung beherrscht: der Staat

bin ich, der Staat ist meine Anteilnahme an der Regierungsgewalt, ist die Aufrechterhaltung der einen Regierungsfrent, der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Die U. S. P. dagegen faßte das Verhalten der Regierung als einen vereinzelt Sündenfall auf, allerdings als den zweiten, nach dem Steuerkompromiß. Sie verzichtete auf das, was Pflicht war: den Streikenden und den deutschen Arbeitern zum Bewußtsein zu bringen, daß die Haltung der Regierung keine zufällige war, sondern ein zwangsläufiger Ausdruck ihrer gesamten Politik, der Tatsache, daß es eine Regierung der Bourgeoisie ist, eine Stinnesregierung, die zwar als demokratisch firmiert ist und in der Sozialdemokraten sitzen, die aber die Geschäfte der Besitzenden besorgt.

Beachtung verdient es, daß in der Streikbewegung die K. A. G., die doch der K. P. den Wind aus den Segeln nehmen will und deren drittes Wort die große sozialrevolutionäre Arbeiterpartei ist, sich meines Wissens nicht gezeigt hat und nichts von sich hat hören lassen. Es war, als ob diese Partei nicht bestünde. Das hat seinen Grund darin, daß sie bis jetzt keinen Boden unter den breiten Massen gefunden hat. Sie hat ihre Anhänger in kleinen Kreisen von Literaten und Funktionären, ihr fehlt, was einer revolutionären Partei Kraft und Leben gibt, der Zusammenhang mit den Massen. Sicherlich, die K. A. G. wird post festum eine scharfe Kritik an dem Verhalten der kommunistischen Partei während des Streiks üben und eine Menge von Ratschlägen auf Lager haben, wie sie es besser hätte machen können. Die Tatsache aber bleibt bestehen, daß sie selbst nicht aktiv in den Kampf eingegriffen hat.

Die kommunistische Partei trat vom ersten Tage an mit größter Energie in Zeitungen, Flugblättern, Versammlungen usw. für die Streikenden ein. Sie hat sich dabei wohl gehütet, ihre eigenen Kampfes-

losungen den Streikenden aufdrängen zu wollen. Sie hat keine Gelegenheit versäumt, diese Losungen unter die Massen zu tragen, hat aber nicht verlangt, daß die Streikenden sie zu ihren Kampfesobjekten machen. Sie blieb sich bewußt, daß das gegenwärtig ausgeschlossen gewesen wäre. Wir haben den Massen gezeigt, welch schreiender Widerspruch besteht zwischen der demokratisch-sozialistischen Etikette der Regierung Wirth und ihrem Wesen als Werkzeug der Interessen der Bourgeoisie. Wir haben den Massen zum Bewußtsein gebracht, daß der Streik seine tiefste Ursache hat in dem Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft, des bürgerlichen Staats, daß er zu einem Kampf gegen die Regierung und den Staat selbst werden mußte. Wir haben die Streikenden darauf hingewiesen, daß ihre wirtschaftlichen Forderungen nur unter einer Bedingung verwirklicht werden könnten. Ihre Ablehnung erfolgte mit der Begründung: Der Eisenbahnbetrieb muß wirtschaftlich gestaltet werden. Das Budget des Reiches muß ins Gleichgewicht kommen, um das Ansehen der Regierung bei der Entente zu heben, was im Hinblick auf die Reparationsfrage wichtig ist. Wir haben die Massen darüber aufgeklärt, daß die Wirtschaftlichkeit des Eisenbahnbetriebs nicht auf Grund von Hungergehältern und langer Arbeitszeit, kurz, gesteigerter Ausbeutung der Eisenbahner erzielt werden dürfe. Grundlage dafür sei die Uebernahme der Kohlen- und Eisen-erzwerke durch den Staat unter der Kontrolle der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten. Wir haben nachgewiesen, daß diese Maßregel, wie das Streikrecht, nur durchgesetzt werden kann durch den schärfsten Kampf gegen die Regierung, durch den Sturz dieser Regierung und die Aufrichtung einer Arbeiterregierung. Als Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes haben wir die proletarische Einheitsfront betont.

Die kommunistische Partei hat dank ihrer energischen, einheitlichen und vorsichtigen Taktik erreicht, daß sie auf breitester Front festen Zusammenhang mit proletarischen Massen gewonnen hat. Mehr noch, daß sie auch Zusammenhang gewonnen hat mit kleinbürgerlichen Schichten. Das Vertrauen zu ihr hat sich erheblich gefestigt. Außerdem hat unsere Organisation Mitglieder gewonnen, unsere Presse viele Leser. Die Auflage der „Roten Fahne“ hat sich genau verdoppelt. Wir werden diesen Gewinn nicht in vollem Umfange halten können, aber ein bedeutendes Mehr an Lesern wird doch bleiben. Vor allem aber ist durch die entschlossene, feste und kluge Haltung der Partei im Streik das politische Ansehen der Kommunisten stark gestiegen. Zugleich hat sich gezeigt, daß trotz der jüngsten inneren Wirren die Partei wieder gefestigt dasteht, beseelt vom selben Geist und Willen. Beweis dessen: trotz der abgerissenen Verbindung waren — von wenigen Ausnahmen abgesehen — Aeußerungen und Handlungen der einzelnen örtlichen Organe durchaus einheitlich.

Es liegt auf der Hand, daß wir die Erben sein werden der Summe von Vertrauen, das die M. S. P. und namentlich die Spitzenorganisationen infolge ihres schimpflichen Verrates verloren haben. In manchen Orten haben ganze Gruppen von Eisenbahnern ihre Mitgliedsbücher der S. P. D. zerrissen. Hunderte sind aus ihr ausgetreten. Das gleiche gilt nicht nur von den Gewerkschaften der Eisenbahner, die gegen den Streik waren, sondern auch von den Gewerkschaften anderer Arbeiterkategorien. Diese Erscheinung ist der Ausdruck der ungeheuren Empörung über das verräterische Verhalten des A. D. G. B. Wir nehmen selbstverständlich alle mit Freuden auf, die sich während des Streiks entschlossen haben, unserer Partei beizutreten. Wir tun, was wir können, sie zu schulen und zu be-

wußten Kommunisten zu machen. Was aber die Massenflucht aus den Gewerkschaften anbetrifft, halten wir es für unsere Aufgabe, ihr entgegenzuwirken. Nach unserer Auffassung liegt es im Interesse der Roten Gewerkschaftsinternationale, daß gerade die Aufsässigen, die revolutionär gesinnten Mitglieder in den Gewerkschaften bleiben, um mit größerer Energie gegen die Gewerkschaftsbürokraten und für die Revolutionierung der Organisationen zu kämpfen.

Die kommunistische Partei hat praktische Maßregeln ergriffen, um in engster Fühlung mit den erwachenden Schichten der Beamten zu bleiben, nicht bloß der Eisenbahner, der Postangestellten, sondern auch der Lehrer, der Justizbeamten usw. Die deutsche Wirtschaft ist derart aus den Fugen, daß sie auf dem normalen Wege bürgerlicher Staaten dem Reiche nicht mehr die Mittel liefern kann, seine Staatsklaven nach ihrem gewohnten Standard of Life zu erhalten. Daraus entspringt die steigende Gärung bei allen Beamtenarten. Es ist Tatsache, daß der Streik der Eisenbahner fast in allen Kreisen der gesamten Beamtenschaft große Sympathie gefunden hat. Es ist bezeichnend, daß bei der Schupo (Schutzpolizei) von dem Vorsitzenden einer ihrer Organisationen zur Streikunterstützung aufgefordert worden ist: jedes Mitglied sollte zur Unterstützung der Streikenden 20 Mark spenden. Am dritten Tage des Kampfes wurden 121 000 Mark von der Schupo für die Streikenden abgeliefert. Posten der Schupo vor den Versammlungslokalen, die so überfüllt waren, daß sie zu Demonstrationen wurden — hätte der Kampf länger gedauert, so wäre es sicher zu gewaltigen Straßenkundgebungen gekommen — also, Posten der Schupo erklärten den Streikenden: „Wir tun Euch nichts, wir sind mit Euch, Euch darf nichts geschehen.“

Dies ist ein Symptom dafür, daß nicht nur die kapitalistische Wirtschaft in

Deutschland verfällt, sondern daß auch der Staat erschüttert ist. Unsere Partei muß deshalb bestrebt sein, aufrüttelnd, vorantreibend, politisch führend, kurz, revolutionierend in jenen Schichten zu wirken. Es gilt, die Macht, den Apparat des Bourgeoisstaates weiter zu zerütteln und unbrauchbar zu machen für die Zwecke, die Werktätigen in Ausbeutung und Unterdrückung zu halten. Wir gehen nicht wie andere, wie auch die K. A. G., von der Auffassung aus, daß der Kapitalismus eine Renaissance erlebt, und daß das Proletariat nichts Besseres tun könne, als auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft Reformhütten zu bauen. Wir erachten es als unsere Pflicht, den Sturz des Kapitalismus, der bürgerlichen Ordnung zu beschleunigen. Wir lenken die Aufmerksamkeit der Massen auf diese Tatsache, wir lenken sie darauf, daß das deutsche Proletariat sich nicht durch die Demokratie der Ebert-Republik narren lassen darf. Die Schaffenden dürfen sich auch nicht durch die Mahnung täuschen lassen: Ihr müßt euch ducken, ihr müßt opfern, müßt bluten, damit die Erfüllungspolitik der demokratischen Regierung Wirth in der Reparationsfrage durchgeführt werden kann. Wir anerkennen, daß jede deutsche Regierung die Forderungen erfüllen muß, die aus dem Versailler Vertrag hervorgehen, solange das Proletariat in Frankreich noch nicht, revolutionär vereinigt mit dem Proletariat Deutschlands und anderer Länder, diesen Pakt zerreißt. Aber die Frage ist nicht die, ob die Reparationsforderungen erfüllt werden, sondern, auf wessen Kosten das geschieht. Die Mehrheitssozialdemokratie hat bereits durch das Steuerkompromiß ihre Zustimmung dazu gegeben, daß es nicht die Besitzenden in Deutschland sind, die für die Reparationsforderungen aufkommen müssen, sondern daß diese Riesenlasten auf die breiten Volksschichten abgewälzt werden.

Das bedeutet Verschärfung der Ausbeutung, der Knechtschaft des Proletariats. Deshalb müssen in nächster Zeit weitere Kämpfe der Massen mit elementarer Gewalt ausbrechen. Der Streik der Eisenbahner war in seiner Art der erste, aber, wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird er nicht der letzte sein. Größere und sehr weittragende Streikbewegungen können folgen. Wie weit sie gehen werden, darüber läßt sich nicht prophezeien. Aber, Genossinnen und Genossen, objektiv sind die Vorbedingungen gegeben, daß das deutsche Proletariat den Kampf gegen die Bourgeoisie mit äußerster Energie aufnehmen muß. Es geht um Leben und Sterben im buchstäblichen Sinne des Wortes. Das deutsche Proletariat muß in den Kampf treten, muß ihn durchhalten nicht bloß für den Sturz der jetzigen Regierung und die Einsetzung einer Arbeiterregierung. Das sind nur die ersten Schritte auf seinem Weg zur Eroberung der politischen Macht und zur Aufrichtung seiner Diktatur. Es muß den Weg gehen, den vor ihm das russische Proletariat gegangen ist. Die Situation in Deutschland gleicht einer Alpenlandschaft, wo der Flügelschlag eines kleinen Vogels hinreicht, um eine Lawine ins Tal herabdonnern zu lassen. Sie ist mit Zündstoff überladen. Niemand weiß, was der Anstoß sein kann, daß plötzlich wieder eine gewaltige Bewegung der Massen emporflammt. Wer hätte z. B. geglaubt, daß die Ermordung Erzbergers die Massen in leidenschaftliche Bewegung setzen werde. Und wer hätte geglaubt, daß die Eisenbahnbeamten einen Kampf wagen würden, der solch frische Atmosphäre der Kampfbegeisterung in die deutsche Arbeiterschaft brachte! Genossinnen und Genossen, trotz der Niederlage, mit der der Streik geendet hat, ist er nicht umsonst gewesen. Er bedeutet ein Vorwärts. Denn wenn auch keine materiellen Errungenschaften zu buchen sind, so haben doch die Massen, die im Streik gestanden, ihre

Macht kennen gelernt, sie haben das stolze Gefühl, sich gegen den Kapitalismus aufgelehnt, gegen ihn gekämpft zu haben. Ganz abgesehen von der ungeheuren Erbitterung, die der Ausgang des Streiks bei ungezählten Tausenden zurückgelassen hat. Viele sind aus seitherigen „Stützen“ des Bourgeoisstaats zu Feinden, zu künftigen Stürzern dieses Staates geworden. Unter den Peitschenhieben der wirtschaftlichen Nöte wird der Kampfeswille breiter proletarischer Massen bald wieder aufflammen.

Die durch den Streik geschaffene Situation ist von widerspruchsvollem Einfluß auf unser Streben nach der proletarischen Einheitsfront. Es ist kein Zweifel, daß die Haltung unserer Partei während des Streiks unserer Losung der proletarischen Einheitsfront in den werktätigen Massen außerordentlich viel Sympathie verschafft hat, und nicht bloß platonische Sympathie. Unsere Losung hat entschieden an Kraft gewonnen, sie wird in steigendem Maße Wirklichkeit. Weil das der Fall ist, wächst der Widerstand gegen die proletarische Einheitsfront bei den Mehrheitssozialisten und bei den Gewerkschaftsführern. Für diese ist die Einheitsfront eine Frage von politischem Leben und politischem Tod. Mit der proletarischen Einheitsfront ist es unvereinbar, daß die Mehrheitssozialisten und Gewerkschaftsführer mit jedem möglichen bürgerlichen Kreti und Pleti zusammen in der Regierung sitzen, daß sie dort die Befehle von Stinnes ausführen. Das müssen wir im Auge behalten, und umsomehr bestrebt sein, den Widerstand von oben durch die Kampfeskraft von unten zu überwinden. Denn, Genossinnen und Genossen, es ist heute wie vor 40 Jahren meine Ueberzeugung, daß alle lebendige, alle schöpferische, politische Kraft nicht den Massen von oben herab anbefohlen werden kann, daß sie vielmehr mit elementarer Gewalt von unten hervorbrechen und nach oben wirken muß. So bin ich auch überzeugt, daß alles Sträuben und alle

Widerstände gegen die proletarische Einheitsfront von seiten der politischen und gewerkschaftlichen Führer, die heute in Wirklichkeit das stärkste schützende Bollwerk der kapitalistischen Profitwirtschaft und des bürgerlichen Ausbeutungsstaates sind, dank dem Drängen der Massen zusammenbrechen müssen.

Für unsere Partei ergibt sich aus dieser Situation, daß wir festhalten müssen an der Taktik, die uns der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale zur Pflicht gemacht hat. Die Lage ist derart, daß sie sich also kennzeichnen läßt: Alles ist möglich, nichts ist sicher. Wir müssen deshalb jederzeit bereit sein, aber wir dürfen nie die Geduld, den Mut verlieren. Wir müssen die Massen bereit machen, jeden Augenblick auf dem Posten zu sein zu raschem Vorstoß. Die K. P. D. muß immer einen Schritt vor den Massen stehen, um ihnen

den Weg zu zeigen — zu höherer Erkenntnis, stärkerer Kampfesentschlossenheit und größerer Opferfreudigkeit. Aber sie darf nie die Fühlung verlieren mit den breiten Massen hinter ihr. Bei der gegenwärtigen Streikbewegung haben wir mit großem Erfolg diese Taktik geübt. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Weiterentwicklung der Verhältnisse uns in naher Zukunft große Kämpfe bescheren wird — ich sage „beschere“, weil es eine Erlösung für uns in Deutschland und für das gesamte internationale Proletariat sein wird —, wenn das deutsche Proletariat sich endlich wieder revolutionär kämpfend erhebt, so wird die große Stunde kein kleines Geschlecht finden. Es wird eine kommunistische Partei auf den Schanzen stehen, die ihrer historischen Aufgabe in vollem Umfange gewachsen ist.

Clara Zetkin.

Zwischen Imperialismus und Revolution.

Zur Frage der georgischen Demokratie.)*

Von dem für die Konferenz in Genua festgesetzten Termin trennen uns — im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden — weniger als drei Wochen. Welcher Zeitraum uns von der Konferenz selbst trennt, das weiß offenbar noch niemand. Der diplomatische Kampf um die Konferenz ist in engster Weise mit der politischen Agitation um Sowjetrußland verflochten. Zwischen der Diplomatie der Bourgeoisie und ihrer Sozialdemokratie bleibt im Grunde genommen die Arbeitsteilung aufrecht erhalten, die Diplomatie betreibt offizielle Intrigen, die Sozialdemokratie macht die öffentliche Meinung

gegen die Republik der Arbeiter und Bauern mobil.

Was will die Diplomatie? Dem revolutionären Rußland einen möglichst schweren Tribut auferlegen; es zwingen, möglichst viele Reparationen zu zahlen; die Schranken des Privatbesitzes auf dem Sowjetterritorium möglichst weit spannen; den ausländischen und russischen Finanzleuten, Industriellen und Wucherern möglichst viel Privilegien über die russischen Arbeiter und Bauern verschaffen. Was früher als Deckmantel dieser Forderungen diente — „Demokratie“, „Recht“, „Freiheit“ — das hat die bourgeoise Diplomatie heute beiseite geworfen, wie der Kaufmann das Packpapier von einem Stück Stoff beiseite wirft, wenn er seine Ware

*) Dieser Artikel bildet die Einleitung zu dem neuen Buche des Genossen L. Trotzki: „Zwischen Imperialismus und Revolution. Die Hauptfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens“.

vorzeigen, handeln und nach Arschin abmessen muß.

Aber in der bourgeoisen Gesellschaft geht nichts verloren. Die Papierhülle, genannt „Recht“, geht in die Verfügungsgewalt der Sozialdemokratie über; das ist ihre Ware, sie handelt hiermit. Die Zweite Internationale — und was von ihr gesagt wird, gilt auch für den Schatten, den sie in Form der Internationale Zweieinhalb nach links wirft — ist aus allen Kräften bemüht, den Arbeitern zu beweisen, daß, da die Sowjetregierung „Recht“ und „Demokratie“ nicht einhält, die werktätigen Massen Rußlands keine Unterstützung in ihrem Kampfe gegen die Weltwucherer verdienen.

Unsere Nichtachtung in bezug auf „Recht“ und „Demokratie“ haben wir am stärksten, wie bekannt, bei der Oktoberrevolution gezeigt. Gerade sie ist ja unsere Erbsünde. Im Laufe der ersten Jahre versuchte die Bourgeoisie, die sozialistische Revolution mit dem Schwerte auszurotten. Jetzt beschränkt sie sich darauf, wesentliche kapitalistische Verbesserungen an ihr vorzunehmen. Der Kampf geht um die Ausmaße derselben.

Die Zweite Internationale möchte jedoch die Konferenz zu Genua für die Wiederherstellung von „Recht“ und „Demokratie“ ausnützen. Man sollte meinen, daß hieraus ein ganz bestimmtes Programm folgen müßte: die „usurpatorische“, „diktatorische“, „terroristische“ Regierung der Sowjets nicht nach Deutschland hereinzulassen, sondern die demokratischen Reliquien der konstituierenden Versammlung dorthin zu schaffen. Aber eine derartige Behandlung der Frage wäre zu lächerlich und würde sich auch mit den praktischen Schritten der Bourgeoisie kreuzen. Die Zweite Internationale erhebt auch am allerwenigsten auf die Rolle eines verrückten Ritters der Demokratie Anspruch. Sie ist nur ihr Sancho Pansa. Sie wagt die Frage nicht in ihrem vollen Umfange aufzu-

werfen. Sie möchte nur ein klein wenig Nutzen daraus ziehen.

Die Losung des Kampfes um einen kleinen demokratischen Nutzen ist gegenwärtig Georgien. Der Sowjetumsturz fand dort erst vor einem Jahre statt. In Georgien hatte die Partei der Zweiten Internationale die Macht in den Händen. Die menschowistische Republik schwankte fortwährend zwischen Imperialismus und proletarischer Revolution hin und her, indem sie bei dem ersteren Schutz suchte oder ihn gegen die letztere unterstützte. Darin besteht aber auch die Rolle der gesamten Zweiten Internationale. Das menschowistische Georgien hat mit seinem eigenen Untergang seine Beziehungen zur Gegenrevolution büßen müssen. Aber auch der Zweiten Internationale droht unvermeidlich das gleiche Schicksal. Was Wunder, wenn der Kampf der internationalen Sozialdemokratie um das „demokratische“ Georgien eine Art von symbolischen Charakter bekommen hat!

Doch haben zugunsten der Prätionen der georgischen Menschewiki die erfindlichsten Köpfe der Zweiten Internationale kein einziges Argument aufzustellen vermocht, das nicht schon tausend Mal von den Verteidigern der „demokratischen“ Rechte, den Miljukow, Kerenski, Tschernow, Martow, ausgenützt worden wäre. Es besteht hier keinerlei prinzipieller Unterschied. Die Sozialdemokraten präsentieren uns jetzt in octavo, was die vereinigte Presse des Imperialismus uns in folio präsentierte. Es ist nicht schwer, sich hiervon zu überzeugen, wenn man den Beschluß des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale, Georgien betreffend, zur Hand nimmt.

Der Text des Beschlusses verdient Beachtung. Der Stil ist nicht nur für einen Menschen, sondern auch für eine Partei bezeichnend. Hören wir nun, in welchem politischen Stil die Zweite Internationale mit der proletarischen Revolution spricht:

I. Das Territorium Georgiens wurde von den Truppen der Moskauer Regierung besetzt, die in Georgien eine Macht aufrechterhält, die seiner Bevölkerung verhaßt ist, und sie erscheint in den Augen des Proletariats der ganzen Welt als die einzige Person, die verantwortlich ist für die Vernichtung der georgischen Republik und für das terroristische Regime, das in diesem Lande errichtet wurde.

Hat etwa nicht die reaktionäre Presse der ganzen Welt im Laufe von vier Jahren gegenüber der Sowjetföderation dasselbe behauptet? Sprach sie nicht davon, daß die Macht der Sowjets der Bevölkerung Rußlands verhaßt sei und sich nur durch das militärisch-terroristische Regime halte? Hielten wir da nicht Petrograd und Moskau mit Hilfe „lettischer, chinesischer, deutscher und baschkirischer Regimenter“? Verbreitete da Moskau nicht „gewaltsam“ die Sowjetmacht in der Ukraine, in Sibirien, am Don, im Kubangebiet, in Asserbeidshan? Wenn jetzt die Zweite Internationale dem von uns zurückgeschlagenen Gesindel Wort für Wort die gleichen Phrasen, speziell in bezug auf Georgien, nachschwätzt — ändert das dann etwa ihre Natur?

II. Die Verantwortlichkeit der Moskauer Regierung hat sich nach den kürzlichen Ereignissen noch verdoppelt, im besonderen aber nach den Proteststreiks, die von den Arbeitern (?) veranstaltet und mit Gewalt unterdrückt wurden, wie dies von reaktionären Regierungen gemacht wird.

Ja, die revolutionäre Regierung Georgiens hat die menschwistische Spitze der Eisenbahnbükratie, die Beamten und weißen Offiziere, die keine Zeit mehr zur Flucht hatten, mit Gewalt daran gehindert, die Arbeiter- und Bauernregierung zu sabotieren. Anlässlich dieser Repressalien

schreibt Merrheim, ein ziemlich bekannter, kümmerlicher Lakai des Imperialismus in Frankreich, von „Tausenden“ von georgischen Bürgern, die ihre Wohnstätten verlassen mußten. „Unter diesen Flüchtlingen“ — wir zitieren ihn wörtlich — „befindet sich eine ungeheure Anzahl von Offizieren, von ehemaligen Beamten der Republik und alle Führer der Volksgarde“. Das ist gerade jener menschwistische Apparat, der im Laufe von drei Jahren die revolutionären Arbeiter und die sich ununterbrochen auflehrenden Bauern unterdrückt hat und der nach dem Sturz der Menschewiki eine bereitwillige Waffe der Restaurationsversuche der Entente blieb. Daß die revolutionäre Regierung Georgiens mit der sabotierenden Bürokratie schroff abgerechnet hat, das geben wir voll und ganz zu. Das gleiche haben wir aber auf dem ganzen Territorium der Republik getan. Die Errichtung der Herrschaft der Sowjets in Petrograd und Moskau stieß zu allererst auf den Versuch eines Eisenbahnerstreiks unter der Führung der menschwistisch-sozialrevolutionären Eisenbahnbükratie. Indem wir uns auf die Arbeiter stützten, sprengten wir diese Bürokratie, säuberten sie und unterstellten sie der Macht der Werktätigen. Das reaktionäre Gesindel der ganzen Welt erhob aus diesem Anlaß ein Geschrei über unseren barbarischen Terrorismus. Das gleiche Wehgeschrei wird jetzt nach dem Muster des reaktionären Gesindels, nur in bezug auf Georgien, von den sozialdemokratischen Führern wiederholt. Wo ist denn da eine Veränderung eingetreten?

Ist es aber nicht verblüffend, daß die sozialdemokratischen Führer überhaupt ihre Zunge rühren können, um von einer Unterdrückung der Arbeiterstreiks durch Gewalt als von einer Methode des Vorgehens „reaktionärer Regierungen“ reden zu können? Oder wissen wir etwa nicht, wer der Zweiten Internationale angehört? Noske und Ebert sind ihre führenden Mitglieder.

Oder sind sie etwa ausgeschlossen worden? Wieviel Arbeiterstreiks und Aufstände haben sie unterdrückt? Sind sie etwa nicht die Henker von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht? Oder ist es nicht der Sozialdemokrat Hörsing, ein Mitglied der Zweiten Internationale, der die Märzbewegung in Deutschland provoziert hat, um sie im Blut zu ertränken? Und wie steht es mit den letzten, den allerneuesten Maßnahmen des Sozialdemokraten Ebert gegen den Eisenbahnerstreik in Deutschland?

Oder sieht etwa das Exekutivkomitee von London aus nicht, was auf dem Kontinent vorgeht? In diesem Falle sei es uns aber gestattet, Henderson ehrerbietigst zu fragen, ob er nicht Geheimer Rat der Krone während des Osteraufstandes in Irland im Jahre 1916 war, als die königlichen Truppen Dublin zerstörten und 15 Irländer erschossen, darunter den Sozialisten Connolly, der vorher bereits verwundet war? Hat vielleicht Vandervelde, der ehemalige Vorsitzende der Zweiten Internationale, der kleine geheime Rat einer kleinen Krone, die russischen Sozialisten während des Krieges nicht aufgefordert, sich mit dem Zarismus auszusöhnen, der bis zum Hals im Blute der Arbeiter und Bauern watete und bald in ihm ertrank? Müssen wir die Beispiele noch vermehren? Wahrlich, den Führern der Zweiten Internationale steht die Verteidigung des Streikrechts ebenso zu Gesichte wie Judas Ischariot das Predigen der Treue.

III. In jenem Augenblick, da die Moskauer Regierung ihre Anerkennung durch die anderen Staaten verlangt, müßte sie, wenn sie will, daß ihre eigenen Rechte beachtet werden, sich mit der gleichen Achtung zu den Rechten anderer Völker verhalten und nicht die elementaren Prinzipien verletzen, auf denen der Verkehr zwischen zivilisierten Völkern beruhen soll."

Der politische Stil ist bezeichnend für die Partei, für ihre Seele. Der letzte Punkt ist die höchste Errungenschaft der Zweiten Internationale. Wenn Sowjetrußland Anerkennung (durch wen?) erreichen will, so muß es mit der gleichen Achtung (was für einer denn?) sich zu den Rechten anderer Völker verhalten und nicht — dies merke man sich — die elementarsten Prinzipien verletzen, auf denen der Verkehr zwischen zivilisierten Völkern beruhen soll (soll!).

Wer hat dies geschrieben? Wir würden sagen, daß dies Longuet selbst geschrieben hat, wenn er nicht in die Internationale Nr. 2^{1/2} übersiedelt wäre. Vielleicht ist es Vandervelde, der scharfsinnige Jurist der belgischen Krone? Oder Mister Henderson, inspiriert von seiner eigenen Sonntagspredigt in der religiösen Versammlung der „Bruderschaft“? Oder vielleicht Ebert in seinen Mußestunden? Es ist geradezu notwendig, dies für den Historiker des Autors der unvergleichlichen Resolution festzustellen. Wir zweifeln natürlich nicht daran, daß der Geist der Zweiten Internationale kollektiv gearbeitet hat. Wer aber war der erwählte Kanal, durch den das Eitergeschwür dieses Kollektivgedankens zum Durchbruch gelangt ist?

Doch kehren wir zum Text zurück. Um von den bourgeoisen, imperialistischen, sklavenhälterischen Regierungen (um sie gerade handelt es sich!) anerkannt zu werden, muß die Sowjetregierung „die Prinzipien nicht verletzen“ und mit der gleichen Achtung „sich zu den Rechten anderer Völker verhalten“, mit welcher... ja mit welcher „Achtung“ denn eigentlich?

Vier Jahre lang haben die imperialistischen Regierungen den Versuch gemacht, uns zu stürzen. Sie haben uns nicht gestürzt. Ihre ökonomische Situation ist hoffnungslos. Ihr gegenseitiger Kampf hat sich bis zum äußersten zugespitzt. Sie sahen sich genötigt, zu Sowjetrußland in Beziehungen zu treten, um seiner Rohstoffe, seines Marktes und der Zahlungen willen. Indem Lloyd George hierzu auf-

forderte, erklärte er Briand, daß die internationale Moral ein Einverständnis nicht nur mit den Räubern des Ostens (Türkei), sondern auch mit den Räubern des Nordens (Sowjetrußland) zuläßt. Ueber das saftige Wort Lloyd Georges sind wir nicht gekränkt. In dieser Frage nehmen wir seine offenerzige Formel voll und ganz an. Ja, wir halten es für möglich, für zulässig und für notwendig — innerhalb gewisser Grenzen —, sich auch mit den imperialistischen Räubern sowohl des Westens, als auch des Ostens in Kompromisse einzulassen.

Indem ein Kompromiß uns Verpflichtungen auferlegt, muß es zu gleicher Zeit unsere Feinde zwingen, auf bewaffnete Angriffe gegen uns zu verzichten. Das ist die Bilanz des vierjährigen offenen Kampfes, soweit sie sich vorläufig übersehen läßt. Zwar ist es richtig, daß auch die bourgeoisien Regierungen eine Anerkennung „der elementaren Prinzipien, auf denen der Verkehr zwischen zivilisierten Völkern beruhen soll“, verlangen. Aber diese Prinzipien haben nichts mit den Fragen der Demokratie und der nationalen Selbstbestimmung gemein. Man verlangt von uns in trockenem Tone, daß wir die Schulden anerkennen sollen, die der Zarismus gemacht hat zur Unterdrückung eben desselben Georgiens, Finnlands, Polens, aller Randgebiete und der werktätigen Massen von Großrußland selbst. Man verlangt von uns auch noch eine Ersetzung der Verluste der privaten Kapitalisten, die unter der Revolution zu leiden hatten. Es kann nicht geleugnet werden, daß die proletarische Revolution für mancher Leute Taschen und Geldbeutel verlustbringend war, jener Leute, die sich selbst für das Allerheiligste jener Prinzipien halten, auf denen „der Verkehr zwischen den zivilisierten Völkern beruht“. Hiervon wird in Genua und an anderen Orten die Rede sein. Von welchen Prinzipien aber sprechen eigentlich die Führer der Zweiten Internationale? Von den räuberischen

Prinzipien des Versailler Friedens, die vorläufig die gegenseitigen Bestimmungen der Staaten bestimmen, d. h. von den Prinzipien Clemenceaus, Lloyd Georges und des Mikado? Oder sprechen sie in ihrer listig ausweichenden Sprache von jenen Prinzipien, auf denen der Verkehr zwischen den Völkern wohl beruhen soll, aber nicht beruht? Warum stellen sie diese dann als Bedingungen unserer Aufnahme in die ehrwürdige „Familie“ der heutigen imperialistischen Staaten auf? Oder sie wollen, daß wir noch heute die Waffen strecken und dem Imperialismus das Feld räumen, und gehen hierbei aus von Erwägungen darüber, wie morgen die gegenseitigen Beziehungen der Völker zueinander sein werden? Wir haben aber einen solchen Versuch vor dem Angesicht der ganzen Welt vorgenommen. Während der Brest-Litowsker Verhandlungen haben wir unsere Entwaffnung offen vorgenommen. Hat das etwa den deutschen Militarismus davon zurückgehalten, in unsere Grenzen einzufallen? Und hat da vielleicht die deutsche Sozialdemokratie, die Stütze der Zweiten Internationale, die Fahne des Aufstandes erhoben? Nein, sie blieb die Regierungspartei des Hohenzollern.

In Georgien regierte die kleinbürgerliche Partei der Menschewiki. Heute regiert dort die Partei der georgischen Bolschewiki. Die Menschewiki stützten sich auf die materielle Hilfe des europäischen und des amerikanischen Imperialismus. Die georgischen Bolschewiki stützten sich auf die Hilfe Sowjetrußlands. Auf Grund welcher Logik will dann die sozialdemokratische Internationale den Friedensschluß zwischen der Sowjetföderation und den kapitalistischen Ländern von der Bedingung der Wiedererstattung Georgiens an die Menschewiki abhängig machen?

Die Logik ist schlecht, das Ziel aber ist klar. Die Zweite Internationale wollte und will den Sturz der Sowjetmacht. Sie hat in dieser Richtung alles in ihren Kräften

Liegende getan. Diesen Kampf hat sie gemeinsam mit dem Kapital unter der Fahne der Demokratie gegen die Diktatur geführt. Die Arbeitermassen Europas haben sie aus dieser Stellung zurückgeschlagen, indem sie ihr nicht gestatteten, offen gegen die Sowjetrepublik zu kämpfen. Jetzt hat die Sozialdemokratie, indem sie Georgien als Vorwand benutzt, den Kampf erneuert.

Die werktätigen Massen der ganzen Welt haben sofort das Streben an den Tag gelegt, die russische Revolution als Ganzes zu nehmen, und hierin stimmt ihr revolutionärer Instinkt, nicht zum ersten Mal, mit der obersten theoretischen Vernunft überein, die uns lehrt, daß man die Revolution mit ihrem Terrorismus und ihren Grausamkeiten, dem Kampf um die Persönlichkeit und dem Zertreten der Persönlichkeit, nur aus der materiellen Logik ihrer inneren Beziehungen heraus verstehen kann, nicht aber auf dem Wege der Bewertung ihrer einzelnen Teile und Episoden nach der Preisliste des Rechtes, der Moral oder Aesthetik. Der erste große theoretische Kampf, den der Kommunismus zum Schutze des revolutionären Rechtes der Diktatur und ihrer Methoden geliefert hat, hat seine Früchte getragen. Die Sozialdemokraten haben endgültig von den Methoden des Marxismus und sogar von seiner Phraseologie Abschied genommen. Die deutschen Unabhängigen, die italienischen Sozialisten und ihresgleichen haben von ihren eigenen Arbeitern in die Enge getrieben, die Diktatur „anerkannt“, um um so deutlicher ihre Unfähigkeit zu zeigen, für sie zu kämpfen. Die kommunistischen Parteien sind gewachsen und zu einer Macht geworden. Aber in der Entwicklung der proletarischen Revolution hat sich eine starke Verzögerung gezeigt. Ihr Sinn und ihre Bedeutung ist von dem Dritten Kongress der Kommunistischen Internationale deutlich genug aufgezeigt worden. Die Kristallisierung des revolutionären Bewußtseins, in Form des Wachstums der kommunistischen Parteien, war begleitet

von einer Ebbe der elementar revolutionären Stimmungen der ersten Nachkriegsperiode. Die bourgeoise öffentliche Meinung ist wieder zum Angriff übergegangen. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, den Revolutionsrausch zu vernichten oder wenigstens zu trüben.

Es begann eine grandiose Arbeit, in der die grobe und schreierische Lüge der Bourgeoisie viel weniger Nutzen gebracht hat als die sorgfältig ausgewählten Wahrheitsplitter. Durch den Kundschafterdienst ihrer Zeitungen hat sich die Bourgeoisie durch die Hinterhöfe an die Revolution herangemacht. Wißt ihr, was eine proletarische Republik ist? Das sind Lokomotiven, die an Asthma leiden, das sind Typhusläuse, das ist die Tochter eines bekannten ehrwürdigen Advokaten in einer ungeheizten Wohnung, das ist der Menschewik im Gefängnis, das sind ungereinigte Aborte. Das also ist die Revolution der Arbeiterklasse! Die bourgeois Journalisten haben der ganzen Welt die Sowjetlaus durch das Mikroskop gezeigt. Mistress Snowden hat es nach ihrer Rückkehr von der Wolga an die Themse vor allem für ihre Pflicht gehalten, sich öffentlich zu jucken. Das ist beinahe zu einer Zeremonie geworden, vermittelt derer die Vorzüge der Zivilisation vor dem Barbarentum symbolisiert werden. Doch wird hiermit die Frage noch nicht erschöpft. Die Herren Informatoren der bourgeois öffentlichen Meinung sind an die Revolution -- von hinten herantreten, zudem mit einem Mikroskop bewaffnet. Einige Einzelheiten haben sie mit großer, sogar übermäßiger Sorgfalt betrachtet. Das aber, was sie betrachtet haben, ist nicht die Revolution des Proletariats.

Doch ist schon die Uebertragung der Frage in die Ebene unserer wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der unsere Lebensweise betreffenden Unordnungen ein Schritt vorwärts. Von den eintönigen und nicht sehr gescheiten Gesprächen über die Vorzüge der konstituierenden Versamm-

lung im Vergleich zur Macht der Sowjets ist die bourgeoise öffentliche Meinung gewissermaßen zum Verstehen dessen übergegangen, daß wir existieren, die konstituierende Versammlung aber nicht existiert und nicht existieren wird. Die sachlichen Anklagen gegen die Transportunordnungen und andere Unordnungen kamen in gewisser Weise der Anerkennung der Sowjets de facto gleich und hielten zudem die Linie unserer eigenen Beunruhigungen und Bemühungen ein. Anerkennung bedeutet aber unter keinen Umständen Versöhnung. Sie bedeutet nur, daß an Stelle des mißglückten entschiedenen Angriffes der Stellungskrieg getreten ist. Wir erinnern uns immer noch daran, wie während des großen Schlachtens an der deutsch-französischen Front der Kampf sich zuweilen plötzlich rings um irgendeine „Waldwärterhütte“ konzentrierte. Im Laufe einer Reihe von Wochen wurde die Hütte täglich in den Berichten der Stäbe erwähnt. Im Grunde genommen bedeutete der Kampf um die Hütte nur einen Versuch, die zum Stillstand gekommene Front zu durchbrechen oder wenigstens dem Feinde möglichst viel Schaden zuzufügen.

Indem die bourgeoise öffentliche Meinung den Krieg gegen uns auf Leben und Tod weiterführte, klammerte sie sich natürlicherweise an Georgien, gleichsam wie an jene „Waldwärterhütte“, die im gegenwärtigen Stadium des Stellungskampfes an der Reihe war. Lord Northcliff, Huysmans, Gustave Hervé, die regierenden rumänischen Banditen, Martow, der Royalist Leon Daudet, Mistress Snowden und ihre Schwägerin, Kautsky und sogar Frau Louise Kautsky (s. „Wiener Arbeiterzeitung“) — kurz alle Geschützkaliber, über die die bourgeoise öffentliche Meinung verfügt, haben sich zum Schutze des demokratischen, loyalen, streng neutralen Georgien vereinigt.

Und nun beobachten wir einen auf den ersten Blick unerklärlichen Rückfall in die Raserei: alle jene Beschuldigungen — poli-

tische, rechtliche, moralische, strafrechtliche — die früher gegen das Sowjetsystem als ganzes gerichtet wurden, werden jetzt gegen die Sowjetmacht in Georgien mobil gemacht. Es stellt sich heraus, daß gerade hier, in Grusien, die Sowjets den Volkswillen nicht zum Ausdruck bringen. Und wie ist es in Großrußland? Ist denn die Sprengung der konstituierenden Versammlung durch „lettische und chinesische Regimenter“ schon vergessen? Ist denn nicht schon längst bewiesen, daß, da wir nirgends bodenständig sind, wir überall „von außen her“ (!!!) eine bewaffnete Macht einführen und die allersolidesten demokratischen Regierungen mit all ihrer Bodenständigkeit zum Teufel hinausfegen? Gerade damit fingen Sie doch an, meine Herren! Gerade deshalb prophezeiten Sie den Sturz der Sowjets nach einigen Wochen: sowohl Clemenceau zu Beginn der Versailler Verhandlungen, als auch Kautsky zu Beginn der deutschen Revolution. Warum aber ist jetzt nur von Georgien die Rede? Darum etwa, weil Giordania und Zeretelli in der Emigration wohnen? Was aber ist mit den anderen: den Musavatisten aus Asserbeidshan, den armenischen Daschnaken, der kubanischen Rada, dem Donkreis, den ukrainischen Petljuralenuten, den Martow und Tschernow, den Kerenski und Miljukow? Warum wird den georgischen Menschewiki ein solcher Vorzug vor den aus Moskau gewährt? Für die georgischen Menschewiki verlangen sie Wiederherstellung der Macht, für die Moskauer nur eine Veränderung der Behinderungsmaßnahmen. Das ist nicht sehr logisch, das politische Ziel aber ist nur allzu deutlich. Grusien ist ein neuer Anlaß für eine Mobilmachung der Feindschaft und des Hasses gegen uns in dem in die Länge gezogenen Stellungskrieg. Das sind die Gesetze des Erschöpfungskrieges. Unsere Gegner wiederholen in octavo dasselbe, womit sie in folio ein Fiasko erlitten haben.

Dadurch wird in bedeutendem Maße der Inhalt und Charakter unserer Arbeit bestimmt. Wir mußten von neuem jene Fragen durchnehmen, die bereits ihre prinzipielle Auslegung gefunden haben, im besonderen in unserem Buche „Terrorismus und Kommunismus“.) Wir strebten diesmal danach, möglichst Konkretheit zu erreichen. Die Aufgabe bestand darin, an einem Einzelbeispiel die Wirkung der Hauptkräfte unserer Epoche zu zeigen. An der Geschichte des „demokratischen“ Grusiens versuchten wir die Politik der regierenden sozialdemokratischen Partei zu verfolgen, die genötigt war, ihren Weg zwischen Imperialismus und proletarische Revolution zu legen. Wir wollen hoffen, daß gerade die detaillierte Konkretheit der Darstellung es uns ermöglicht hat, die inneren Probleme der Revolution, ihre Bedürfnisse und ihre Schwierigkeiten dem Verständnis eines Lesers näher gebracht zu haben, der keine direkte revolutionäre Erfahrung hat, aber daran interessiert ist, sich solche zu erwerben.

. . .

Wir verweisen im Text nicht immer auf die Quellenangaben: das wäre für den Leser, besonders den ausländischen, zu ermüdend, da es sich um russische Ausgaben handelt. Jene, die unsere Zitate nachprüfen und sich vollständigere dokumentarische Daten verschaffen wollen, verweisen wir auf folgende Broschüren: „Dokumente und Materialien zur Außenpolitik Transkaukasiens und Georgiens“, Tiflis 1919; „Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik und die Georgische Demokratische Republik und ihre gegenseitigen Beziehungen“, Moskau 1922; Macharadse: „Die Diktatur der menschwistischen Partei in Georgien“, Moskau 1921; Meschtscherjakow: „Im mensche-

wistischen Paradies“, Moskau 1921; J. Schaffir: „Der Bürgerkrieg in Rußland und das menschwistische Georgien“, Moskau 1921; vom gleichen Verfasser: „Die Geheimnisse des menschwistischen Zarenreiches“, Tiflis 1921. Die zwei letzten Broschüren beruhen auf der Verarbeitung eines Teiles der Materialien, die von der Spezialkommission der Kommunistischen Internationale in Grusien und in der Krim gefunden wurden. Außerdem benutzten wir die Archive der Volkskommissariate für auswärtige Angelegenheiten und für Militärwesen.

Unsere Darlegung, ebenso wie unsere Quellen können auch nicht in dem entferntesten Grade auf Vollständigkeit Anspruch erheben. Die wertvollsten Materialien sind für uns unzugänglich: das sind die von der ehemaligen menschwistischen Regierung über die Grenzen geschafften kompromittierendsten Dokumente, ebenso wie die Archive der entsprechenden Institutionen Großbritanniens und Frankreichs, beginnend vom November 1918.

Wenn man diese Dokumente gewissenhaft sammeln und herausgeben wollte, so würde sich eine sehr lehrreiche Chrestomatie für die Führer der Internationale 2 und 2½ ergeben. Trotz aller Schwierigkeit der Finanzlage der Sowjetrepublik würde ihre Regierung zweifellos die Unkosten ihrer Herausgabe auf sich nehmen. Es braucht gar nicht erwähnt zu werden, daß sie sich unter der Bedingung der Gegenseitigkeit verpflichten würde, für eine ebensolche Ausgabe alle jene Dokumente der staatlichen Sowjetarchive ohne Ausnahme zu übergeben, die sich auf Grusien beziehen. Wir befürchten sehr, daß unser Vorschlag nicht angenommen werden wird. Nun, so werden wir warten müssen, bis sich andere Wege finden, um das Geheime offenbar zu machen. Schließlich wird ein solcher Tag kommen.

Moskau, 20. Februar 1922.

Leo Trotzki.

*) L. Trotzki: *Terrorismus und Kommunismus (Anti-Kautsky)*, Verlag der Kommunistischen Internationale (Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg). 161 Seiten. Preis 8.— Mark (Org. 5.60).

Weiteres zur Taktik der Einheitsfront.

Einige von unseren Freunden und Feinden deuten die neue Taktik der Kommunistischen Internationale, die Taktik der Einheitsfront, als Aufgeben der Hoffnungen auf die Weltrevolution. Im Westen, besonders in Deutschland, setzt man eine Legende in Umlauf, als wenn unter uns Meinungsverschiedenheiten über diese Frage bestünden. So schreibt man z. B. dem Genossen Trotzki die Ansicht zu, daß die internationale proletarische Revolution in das Gebiet der Ueberlieferung gehöre, daß die Aussichten auf die internationale proletarische Diktatur im Zusammenhang mit der angeblich beginnenden wirtschaftlichen Wiederbelebung verblasen.

Die Gruppe Levi z. B., die in Berlin eine Wochenzeitschrift herausgibt, fährt fort, die Rede des Genossen Trotzki auf dem III. Kongreß stückweise zu veröffentlichen, und versucht auf diese Weise das von ihr Gewünschte herauszukombinieren. Es muß betont werden, daß die Rede des Genossen Trotzki auf unserem Parteitag der Legende über unsere angeblichen Meinungsverschiedenheiten ein für allemal ein Ende macht.

Man beruft sich auch auf den in der Nummer 19 der „Kommunistischen Internationale“ veröffentlichten Aufsatz des Genossen Pawlowski. Aber dieser Aufsatz konstatiert keineswegs eine Ueberwindung der Weltkrise, in ihm ist nur gesagt, daß in manchen Ländern „der tote Punkt augenscheinlich überwunden ist“. Der Bericht desselben Autors für den Novembermonat bringt schon viel pessimistischere Anschauungen zum Ausdruck.

In unseren Thesen ist vollkommen klar gesagt: „Die weltwirtschaftliche Krise verschärft sich“. Und diese Behauptung widerspricht keinesfalls der Tatsache, daß in diesem oder jenem Lande, in diesem oder jenem Monat eine zeitweilige Besserung eintritt. Im Großen und Ganzen wird die Verschärfung der Krisis von allen halbwegs ernsthaften Beobachtern bestätigt.

Nehmen wir z. B. Frankreich. Mit jedem Tage wird es deutlicher, daß dieses ungeheuer reiche Land eine Finanzkrise durchmacht, die vom Bankrott nicht weit entfernt ist.

Wir haben gelegentlich auch die folgende Deutung unserer Thesen gehört: Die internationalen Imperialisten seien im Begriff, nach der Aufteilung Chinas — von der auf der Konferenz in Washington die Rede war — auch Rußland unter sich zu teilen. Die Lage wäre gefährlich, und daher hätten wir zu der Parole der Einheitsfront gegriffen.

Diese Deutung ist durchaus falsch. In der Tat. War denn die Lage Sowjetrußlands im Jahre 1919 weniger gefährlich? Trotzdem strebte die Kommunistische Internationale gerade 1919 allenthalben eine durchgreifende Spaltung an. Man rief uns damals von allen Seiten zu: Ihr vernichtet Euch selbst, Ihr sägt den Ast ab, auf dem Ihr sitzt! Longuet schrie: Wir sind für die Sowjetmacht und Ihr schließt uns aus, ohne zu begreifen, daß Ihr unsere Einheit braucht, damit Ihr an der Macht bleibt. Wir antworteten damals allen diesen Leuten: Ihr irrt, liebe Freunde, wenn Ihr glaubt, daß wir alle internationalen Fragen vom Gesichtspunkte eines besonderen „Kreml-Interesses“ betrachten, — noch mehr, Ihr verleumdet uns. Selbstverständlich streben wir danach, daß die Macht in Rußland in den Händen der Arbeiterklasse, in den Händen unserer Partei bleibt, aber wir würden keinen Schritt in dieser Richtung tun, wenn wir sehen würden, daß damit die Interessen der Arbeiterklasse irgend eines anderen Landes geschädigt würden.

Wenn wir diese oder jene Direktiven erteilen, so denken wir nicht daran, uns selbst noch einige Zeit zu halten, — wir denken an die Interessen der Arbeiter aller Länder. Und von diesem Gesichtspunkte ausgehend, haben wir jetzt die Ueberzeugung gewonnen, daß die Parole der Ein-

heitsfront von den allgemeinen proletarischen Interessen diktiert ist.

Und wenn wir uns jetzt den mit der Durchführung unserer Thesen verknüpften einzelnen praktischen Fragen zuwenden, so müssen wir hervorheben, daß gerade die Frage unseres Verhältnisses zu den Menschewisten in Rußland von unseren Genossen am meisten mißverstanden wird.

Einer der hier auftretenden Genossen suchte diese Frage mit dem Hinweis auf das Beispiel der ungarischen Kommunisten zu beantworten. Aber dieses Beispiel ist ganz haltlos. Nachdem sie die Macht ergriffen, vereinigten sich unsere ungarischen Genossen mit den Menschewisten zu einer gemeinsamen Partei. Aber das ist gerade ein Beispiel dafür, wie die Taktik der Einheitsfront nicht durchgeführt werden darf.

Ich habe selbstverständlich nicht die Absicht, unsere ungarischen Genossen zu beschuldigen; sie hatten allzu gewichtige Gründe, die sie zwangen, diese Fehler zu begehen, und der Hauptgrund war — die Schwäche der kommunistischen Partei in Ungarn. Wir befinden uns in anderen Verhältnissen, und daraus ergibt sich die Notwendigkeit auch einer anderen Taktik.

Nein, hier gilt nicht das ungarische, sondern unser russisches Beispiel, und zwar aus jener Zeit, als wir um die Macht kämpfend die vielen Millionen der Bevölkerung auf die Revolution vorbereiteten. Dieses Beispiel zeigt: es gab eine Periode, in der wir gezwungen waren, gemeinsam mit den Menschewisten vorzugehen und mit ihnen gewisse Vereinbarungen zu treffen, die wir dann lösten, um sie zu einer bestimmten Zeit und veränderten Umständen von neuem zu schließen. Diese Erfahrung der russischen Vergangenheit verdient, daß wir ernsthaft darüber nachdenken. Wir konnten in einer bestimmten Phase unseres revolutionären Weges mit den Menschewisten Hand in Hand gehen. Unsere gemeinsame Arbeit mit den Menschewisten dauerte jahrelang. Es gab eine

Zeit, in der wir mit Martow in ein und derselben Partei waren und an demselben Redaktionstisch saßen. Es gab eine Zeit, in der wir ein gemeinsames organisatorisches Komitee hatten, und es kam eine Zeit, in der wir, mächtig geworden, eine Reihe von Menschewisten ins Gefängnis setzen mußten. Als in den breiten Massen noch die Illusionen lebendig waren, daß man ohne einen bewaffneten Aufstand auskommen könne, daß alles dies mit einer Koalition zu machen sei, daß eine vereinigte Arbeiterpartei schon imstande wäre, der Arbeiterklasse ein erträglicheres Leben bei billigen Preisen zu verschaffen, als ins politische Leben neue Schichten eintraten, in denen der noch unentwickelte menschevistische Bazillus keimte, — damals lag es in unserem Interesse, mit den Menschewisten unter dem Druck dieser Massen Waffenstillstände und zeitweilige Vereinbarungen zu schließen, um den neuen Arbeiterschichten auf diese Weise zu zeigen, daß der Menschewismus unrecht hat, daß es außer dem von uns eingeschlagenen Wege keinen anderen gibt und auch nicht geben kann.

Und wie steht es jetzt bei uns in Rußland? — werden manche fragen. Muß man die Menschewisten legalisieren? Zweifellos werden die Führer der II. Internationale und Amsterdams uns sagen: „Haben Sie die Güte, vor allen Dingen die in Ihren Gefängnissen sitzenden Menschewisten zu befreien.“ Aber sie können vieles sagen. Jeder ehrliche Arbeiter-Menschewist ist uns wert und willkommen. Aber wir sagen, daß unsere gegenwärtige Lage von derjenigen anderer Länder durchaus verschieden ist. In den seltenen Augenblicken, in denen die Menschewisten bereit sind, gegen die Bourgeoisie vorzugehen, ist eine Vereinigung mit der menschevistischen Partei möglich. Und unter welchen Umständen könnte das bei uns geschehen? Auf der Grundlage der Organisation von Streikbewegungen gegen die Sowjetmacht, der Unterstützung des Kronstädter Auf-

standes, wie das die Menschewisten voriges Frühjahr versucht haben? Das ist der Grund, weshalb sich unsere Lage von derjenigen anderer Länder radikal unterscheidet. Wir haben die Macht errungen, es ist uns gelungen, die besten Elemente der Arbeiterklasse von den menschewistischen und anderen antiproletarischen Parteien loszureißen. Mit der neuen ökonomischen Politik ist es uns gelungen, eine geschlossene Front der Arbeiterklasse auf der Grundlage der Unterstützung der Sowjetmacht herzustellen. Irgendeine Vereinigung mit den Menschewisten wäre bei uns einfach gegenstandslos und unmöglich. Davon kann nicht die Rede sein. Und alle hämischen Fragen, die man uns in den internationalen Arbeiterversammlungen stellen wird, werden wir in gleicher Weise offen und rückhaltlos beantworten. Wir werden sagen: Ja, in jenen Ländern, wo die Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie — letztere von den Menschewisten geführt — noch am Ruder steht, dort werden die Menschewisten zuweilen, wenn die Großbourgeoisie allzu aggressiv wird, geneigt sein, die Arbeiterklasse zu unterstützen. In solchen Fällen werden wir bereit sein, uns mit den Menschewisten zu verständigen. In jenen Ländern aber, wo die Macht von der Arbeiterklasse ausgeübt wird, wo die Menschewisten eine offenkundig gegenrevolutionäre Kraft sind, wo sie versuchen, einen organisierten Kampf gegen die Diktatur des Proletariats zu führen, dort müssen wir entschlossen gegen sie kämpfen. Die Arbeiter Deutschlands und anderer Länder werden das verstehen.

Ich kenne das aus meiner Erfahrung in Halle. Dort wurden solche hämischen Fragen gestellt, und die Herren Führer der Unabhängigen waren der Meinung, daß sie mir den Boden unter den Füßen entziehen würden, wenn sie mich zwängen, den Terror gegen die Führer der sogenannten sozialistischen Partei zuzugeben. Nun, wir haben die Herausforderung angenommen. Und die Arbeiter des linken Flügels, die

künftigen Kommunisten, haben uns gerade darin ausgezeichnet verstanden. Etwas vulgär könnte man es so bezeichnen — daß ihnen der Mund wässerig wurde, als wir ihnen sagten, daß auch sie ihre Scheidemannleute einmal ins Gefängnis werfen werden. Dem klassenbewußten Arbeiter eines jeden fortschrittlichen Landes wird das ohne weiteres verständlich sein.

Ferner fragt man uns: Und was soll in Lettland und Estland geschehen? Sollen wir auch dort mit den Menschewisten eine Front bilden, mit den an der Macht stehenden Menschewisten, die uns, wie es auch Noske tut, in Gefängnissen halten? Um jedes Mißverständnis im voraus auszuschließen, müssen wir uns klar werden: Eine Verbrüderung mit den großen und kleinen Noskes lehnen wir mit Entschiedenheit ab. Wie soll es also werden? So, wie es in Rußland im Jahre 1913 war: wir werden neue Schichten von Arbeitern, darunter die dem internationalen Menschewismus folgenden alten Arbeiter, auf unsere Seite herüber ziehen. Das ist die revolutionäre Strategie, die wir erstreben. Es handelt sich nicht um eine Freundschaft mit Noske. Es ist lächerlich, uns zu sagen, daß wir Scheidemann gestern hängen lassen wollten, und uns heute bei ihm anbieten. Es handelt sich nicht um Scheidemann. Wir wenden uns an die Masse und nicht an Scheidemann. Wir hoffen, den Massen diesen Scheidemann in seiner wahren Gestalt zu zeigen, jenen Massen, die noch an eine gemeinsame Sache mit Scheidemann glauben. Wir gehen zu den Massen. Und die Massen werden mit uns sein.

Wir wollen uns nicht mit Kautsky vereinigen, wir wollen eine Einheitsfront mit jenen parteilosen Arbeitern herstellen, die nicht für den Kommunismus kämpfen wollen, sondern um ihren Arbeitslohn. Wir sind bereit, diesen Arbeitern eine Reihe von Zugeständnissen zu machen. Wir werden das in allen Ländern offen heraus sagen. Wir tun das nicht deshalb, weil

unsere Lage gefährlich ist, sondern weil wir an dem neuen Prozeß, an der Vertiefung der Arbeiterbewegung teilnehmen wollen. Es setzt eine elementare Aufwärtsbewegung ein, aber sie beginnt unter ganz neuen Verhältnissen. Das elementare Moment ist noch schwach, aber das organisatorische ist hundertfach stärker geworden. Aus diesem Grunde wird auch der jetzt zu beobachtende Aufstieg in ganz neuer Weise verlaufen.

Wir haben jetzt mehr oder minder disziplinierte, geschlossene kommunistische Parteien. Der neue Aufstieg wird sich auf Grund der kommunistischen Organisiertheit vollziehen. Mit anderen Worten — der Torso wird jetzt einen Kopf bekommen. Das ist das Neue beim jetzigen Augenblick, und dieses neue Merkmal ist außerordentlich wichtig. Wir sehen diesen neuen Prozeß in der Arbeiterklasse. Auf dem Boden des elementaren ökonomischen Kampfes wollen wir jene Führer entlarven, die sich als Freunde der Arbeiterklasse aufspielen und die erst vor drei Wochen den Beschluß gefaßt haben, im Kriegsfall den Generalstreik zu proklamieren. Wir wenden uns an die Führer der zweiten und der Amsterdamer Internationale und sagen: Wir brauchen Eure Resolutionen über den Generalstreik nicht, steckt sie in Eure Archive, denn wir glauben sowieso kein Wort von dem, was Ihr sagt. Wir haben ganze Wagenladungen dieser Resolutionen gehört. Wir wollen etwas anderes: unterstützt die Bewegung gegen die Teuerung, die in Deutschland und Italien einsetzt. Unterstützt die Arbeiter in der Steuerfrage. Mit anderen Worten: wir schlagen Euch vor, die elementarsten Forderungen der Arbeiter zu unterstützen, jene Forderungen, die jeder ehrliche Anhänger der Arbeiterklasse unterstützen muß. Das gleiche gilt für Amerika und andere Länder. Wir erwarten von Euch eine konkrete Unterstützung der realen Arbeiterbewegung, wir erwarten von Euch die Tat.

Aber die Sache ist die, daß diese Kom-

promißler sich derartig mit der Bourgeoisie verbunden haben, daß sie nicht imstande sind, die Arbeiterschaft sogar bei diesem elementaren Kampfe zu unterstützen. Warum müssen wir mit der zweiten und mit der Amsterdamer Internationale verhandeln? Deshalb, weil sich die Bourgeoisie stärker erwiesen hat, als wir geglaubt haben, und folglich sind auch die Menschewisten stärker geworden. Aber sie sind nur deshalb stärker, weil die Bourgeoisie an Kraft zugenommen hat, denn sie stehen in ihren Diensten. Die II. Internationale ist deshalb nicht endgültig zusammengebrochen, weil es uns in den Jahren 1919 und 1920 nicht gelungen ist, der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ein Ende zu machen. Die Bourgeoisie lebt, und mit ihr leben die zweite und die Amsterdamer Internationale. Aber sie reflektieren nur die Widerstandskraft der Bourgeoisie. Sie sind in eine derartige sklavische Abhängigkeit von der Bourgeoisie geraten, daß sie ohne diese nicht das geringste unternehmen können. Sie sind nicht einmal imstande, einen ökonomischen Generalstreik in Deutschland durchzuführen. Und in der Steuerpolitik müssen sie die konservative Partei unterstützen. Gegen die Bourgeoisie können sie nichts unternehmen. Wenn wir ihnen eine Verständigung nicht auf der Grundlage eines zukünftigen Generalstreiks vorschlagen, sondern auf der des ökonomischen Kampfes, der sofort zu beginnen hat, so wird das für sie außerordentlich unbequem sein, und wir werden sie auf diese Weise mehr entlarven als durch irgendetwas anderes.

Das ist die Taktik der Kommunistischen Internationale, und wir sind überzeugt, daß auf Grund der russischen Erfahrung, über die wir verfügen, und auf Grund der Erfahrung der Arbeiterbewegung in anderen Ländern wir recht haben werden.

Die Kommunistische Internationale wird die Arbeit durchführen, die sie durchführen muß.

G. Sinowjew.

Die Entwicklungsbedingungen der Roten Gewerkschafts-Internationale.

Ein halbes Jahr nach dem I. Kongreß der R. G. I. können natürlich noch nicht alle gestellten Aufgaben verwirklicht werden. Dennoch ist die R. G. I. heute bereits eine Macht. Die Zahl der Gewerkschaften, die organisatorisch der R. G. I. angeschlossen sind, ist allerdings noch klein. Die Macht, die die R. G. I. heute bereits ausübt, ist noch keine feste, zahlenmäßig zusammengefaßte Verbindung der revolutionären Gewerkschaften. Die R. G. I. ist vorerst noch in der Hauptsache eine revolutionäre Ideologie, die immer mehr in die Gewerkschaften der Amsterdamer Internationale eindringt. Diese geistige Konzentrierung und Sammlung um die Fahne der R. G. I. ist notwendigerweise die erste Etappe, die der festen organisatorischen Verbindung der revolutionären Gewerkschaften vorangehen muß. Die Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie hat dafür eine gute Nase. Die radikaleren Töne, die sie in den verschiedenen Publikationen der letzten Zeit anschlägt, sind ebenso ein Beweis dafür, wie die brutale Verfolgung, mit der sie ihre eigenen zum revolutionären Denken und Handeln erwachten Mitglieder verfolgt.

In Deutschland ist die A. D. G. B.-Bürokratie die stärkste Stütze der Koalitionsregierung. Ohne die Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie und die Ausnützung ihres Einflusses im konterrevolutionären Sinne wären die Sozialdemokraten schon längst aus der Koalitionsregierung ausgeschafft worden. Die alte wilhelminische Staatsbürokratie sabotiert die regierenden Gewerkschafts- und Parteisekretäre auf Schritt und Tritt. Die weniger bornierten Elemente der Bourgeoisie wissen jedoch die Mitarbeit der Gewerkschaftsbürokratie bei der Beherrschung und Ausbeutung der Arbeiter besser zu würdigen. Die bürgerlichen Zeitungen scheuen sich nicht, ganz

offen auf diese arbeiterverräterische Rolle der Gewerkschaftsbürokratie hinzuweisen. Die liberale Presse und auch die Organe der Stinnes-Partei preisen „die vernünftig gewordenen Arbeiterführer“ mit größtem Wohlwollen. Die „Frankfurter Zeitung“ setzt der deutschen Kapitalistenklasse seit Jahr und Tag auseinander, daß ohne die Hilfe, d. h. den Verrat der proletarischen Klassenziele durch die Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokraten es mit der Herrschaft der Kapitalistenklasse schon längst zu Ende wäre. Erst in einer der letzten Nummern verweist sie darauf, daß es mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie möglich war, den revolutionären Rätegedanken so zu korrumpieren, daß er aus einem revolutionären Klasseninstrument des Proletariats zu einem Hilfsorgan der kapitalistischen Wirtschaft umgestaltet werden konnte. Im „Berliner Tageblatt“ wird darauf hingewiesen und lobend erwähnt, daß die Gewerkschaftsbürokratie und die Sozialdemokratie gerade gegenwärtig wieder alles aufbieten, um die mittleren und unteren Post- und Eisenbahnbeamten vom Streik abzuhalten.

In England sehen wir die dortige Gewerkschaftsbürokratie Lloyd George dieselben Dienste leisten. Wir erinnern nur an die Verräterrolle, die sie im Bergarbeiterstreik gespielt hat. Auch in Frankreich arbeiten Merrheim und Jouhaux Hand in Hand mit Briand. Unter dem Segen des Amsterdamer Büros versuchen sie die revolutionären Arbeiter aus den Gewerkschaften zu entfernen unter dem widerlichen Geschrei, daß die Kommunisten die Gewerkschaften spalten wollen. Es ist ganz klar, daß die französische Gewerkschaftsbürokratie weiß, daß die Zertrümmerung der Gewerkschaften in Frankreich die Kampfkraft des gesamten Proletariats lähmen muß. Trotzdem zertrümmern sie die Ge-

werkschaften, gehen mit demselben Briand Hand in Hand zwecks gemeinsamer Verfolgung der Kommunisten, obgleich sie unter die internationalen Aufrufe ihren Namen setzen, in denen sie gegen die reaktionäre und nationalistische Politik des nationalen Blocks protestieren. Sie werden weiter Hand in Hand mit Briand gehen, wenn er mit noch brutaleren Machtmitteln, mit Gefängnis, Zuchthaus und Maschinengewehr, die sich gegen die Unternehmeroffensive zur Wehr setzenden französischen Arbeiter blutig niederschlägt.

Die Jugoslawische Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie geht bereits mit gutem Beispiel voran. Die Kommunisten, die in Jugoslawien wie wilde Tiere gehetzt und verfolgt werden, werden von diesen Judassen der Arbeiterbewegung noch verhöhnt. Sie nützen die Zeit der Ausnahme-gesetze, um die Gewerkschaften unter ihren Einfluß zu bringen, und rühmen sich noch, Nutznießer dieser brutalen Vergewaltigungspolitik des jugoslawischen Proletariats zu sein.

In Italien machen die Amsterdamer Burgfriedenspolitik mit den Faschisten und fallen den Arbeitern bei jedem Abwehrkampf in den Rücken.

In der Schweiz war es nur durch die Sabotage der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie und der sozialdemokratischen Partei möglich, daß das Ausnahme-gesetz gegen die Kommunisten Gesetz werden konnte, ohne daß das schweizerische Proletariat in geschlossener Front den Kampf gegen dies Schandgesetz aufnehmen konnte.

Angesichts dieser Praxis und Theorie der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale einerseits, der zunehmenden Brutalität der Unternehmeroffensive gegen das Proletariat andererseits, ist die Situation für die Sammlung des zu revolutionärem Kampfwillen erwachenden Proletariats in allen Ländern günstig. Der Kapitalismus der ganzen Welt lebt in einer Krisis von nie dagewesener Heftigkeit. Wenn es ge-

lingt, das Proletariat der ausschlaggebenden Länder zum revolutionären Kampf zu formieren, überall die revolutionären Kaders fest auszubauen, national und international zusammenzufassen, dann muß diese jetzige Krise die Endkrise des Kapitalismus sein. Der R. G. I. wird es aber nur gelingen, dieses internationale Kraftzentrum zu werden, wenn es ihren Anhängern in den einzelnen Ländern gelingt, alle widerstreitenden Tendenzen im Interesse des großen proletarischen Befreiungskampfes auszuschalten und die unter ungeheurer Not leidenden Proletariatsmassen national und international zusammenzuschließen. Erste Voraussetzung für diese Arbeit ist, daß die Anhänger der R. G. I. in allen Ländern verstehen lernen, an diese täglichen Nöte anzuknüpfen, die kampfwilligen Arbeitermassen in den Kämpfen zu führen und durch größte Tatbereitschaft und Zielklarheit die schwankenden Elemente über ihre eigenen unzulänglichen altgewohnten Kampfmethoden der Amsterdamer Gewerkschaftsbewegung hinauszuführen.

Unsere Anhänger und die kommunistischen Parteien in den verschiedenen Ländern haben es bislang nicht immer verstanden, die Rote Gewerkschaftsarbeit ziel-sicher und planmäßig durchzuführen. In den romanischen Ländern, in Frankreich, Italien und Spanien, wird die Zusammenfassung aller revolutionären Klassenkämpfer noch gehemmt durch die alte syndikalistische Ideologie, die den politischen Kampf — Ausnützung der Parlamente — ablehnt und nur mittels der wirtschaftlichen Organisation unter völliger Verkennung der Rolle einer revolutionären politischen Partei führen wollte. Diese Widerstände, die in den romanischen Ländern aus den revolutionär gestimmten Arbeiterschichten gegen die R. G. I. wirken, weil sie in engem Kontakt mit der kommunistischen Internationale zusammenarbeiten, werden wir nur dann imstande sein, rasch zu überwinden, wenn es den

kommunistischen Parteien in diesen Ländern gelingt, durch eine wirklich revolutionäre Ausnützung der Parlamente und der übrigen politischen Kampfmittel das berechnete Mißtrauen der revolutionären Syndikalisten gegen den opportunistischen Parlamentarismus durch eine zielklare tägliche revolutionäre Arbeit zu beseitigen. Die Abneigung der revolutionären Syndikalisten gegen den politischen Kampf ist kein inhaltloses Hirngespinnst, sondern das Ergebnis der Erfahrungen des romanischen Proletariats mit den kleinbürgerlich-radikalen Parlamentariern und sozialistischen Politikern der Vorkriegszeit. Die Arbeiterschaft der romanischen Länder hat über ein halbes Jahrhundert lang, die Franzosen über hundert Jahre lang die Segnungen der bürgerlichen Demokratie auf eine Art und Weise an ihrem eigenen Leib verspüren müssen, daß das tiefste Mißtrauen gegenüber der bürgerlichen Demokratie eine große revolutionäre Potenz darstellt. Die größten politischen Hochstapler, die Millerand, Briand und Viviani in Frankreich, die Mussolini, Turati und Konsorten in Italien und ungezählte andere politische Strebernaturen, die den blutigsten Radikalismus als Sprungbrett für ihre Karriere benutzten, haben dem romanischen Proletariat alle Illusionen über die bürgerliche Demokratie ausgetrieben. Die objektive Machtlosigkeit des revolutionären Proletariats in der Periode des Kapitalismus der Vorkriegszeit hat das romanische Proletariat in die Sackgasse der Ablehnung des politischen Kampfes überhaupt hineingetrieben. Jetzt, wo wir auch in den romanischen Siegerländern eine objektiv-revolutionäre Situation haben, muß es den jungen kommunistischen Parteien gelingen, dieses berechnete Mißtrauen gegenüber der Demokratie als gute revolutionäre Kraftquelle auszunützen. Die Sammlung des revolutionären Proletariats zum siegreichen revolutionären Kampf ist in diesen Ländern davon abhängig, daß diese Parteien rasch die neue Form des politischen Kampfes

finden, der diesen revolutionär gestimmten antipolitischen Arbeitermassen die Ueberzeugung beibringt, daß nicht jeder politische Kampf politisches Strebertum und Korruption auslösen muß. In diesen Ländern wird vor allem die revolutionäre Ausnützung der Parlamente nach dem Vorbild der Bolschewiki in der Periode von 1907 bis 1914 und der parlamentarischen Tätigkeit Liebknechts während des Krieges in Deutschland von ausschlaggebender Bedeutung sein. Gerade die romanischen Länder sind dazu berufen, durch zielklares, verständiges Arbeiten für die letzten revolutionären Aufgaben bei unmittelbarer Anknüpfung an die kleinsten Sorgen und Nöte, unter denen die Arbeiter leiden, jene Form des revolutionären Kampfes in Westeuropa zu schaffen, die einmal in der kommunistischen Partei sich die eiserne disziplinierte Partei als ausschlaggebende Führerin für die proletarische Revolution schafft und die es versteht, die Gewerkschaften im Geiste der R. G. I. zu verbinden. Die R. G. I. muß in den romanischen Ländern zum Sammelpunkt aller revolutionären, auch der nichtkommunistischen Arbeiterelemente gemacht werden. Bevor die kommunistische Partei in Frankreich, Italien und Spanien sich noch nicht zur unbestrittenen Führerin des revolutionären Proletariats herangebildet hat, muß bereits jetzt eine Form gefunden werden, die die revolutionären Arbeiter der R. G. I. angliedert. Die Form der Organisation der R. G. I. muß in diesen romanischen Ländern so elastisch sein, daß sie die reinen Syndikalisten, die noch antipolitisch gestimmt sind, mit den kommunistischen Arbeitern vereint und auch jene anarchistischen Arbeiterelemente anziehen vermag, deren Anarchismus gesunder revolutionärer Proletariertrotz ist. Das ist keine unmögliche Aufgabe. Unsere romanischen Genossen müssen nur lernen, anstelle der doktrinären Diskussionen über alle möglichen und unmöglichen Prinzipien anzuknüpfen an die Nöte des täglichen

Lebens, und in breiter Front den gemeinsamen Kampf organisieren, gegen Arbeitslosigkeit, Teuerung, Arbeitszeitverlängerung, Wohnungsnot und neue kriegerische Abenteuer. In dem Umfang, in dem es unseren romanischen Genossen gelingt, die Arbeiter zu diesem praktischen Kampf gegen die wirtschaftliche Ausbeutung und politische Bedrückung zu sammeln und zu führen, in demselben Ausmaß wird die R. G. I. Boden gewinnen und als Führerin der revolutionären Einheitsfront des gesamten Proletariats alle Widerstände überwinden.

II.

In den Ländern, wo die deutsche Form der Arbeiterbewegung ausschlaggebend ist, ist der Ausweg aus dem Zusammenbruch nur mit denselben Mitteln zu erreichen. Auch in diesen Ländern wird es nur möglich sein, das Proletariat zum siegreichen Befreiungskampf zusammenzufassen, wenn die Kommunisten und die Anhänger der R. G. I. es verstehen, anknüpfend und ausgehend von den Kämpfen gegen die kleinen und kleinsten Nöte des Tages den revolutionären Kampf aufzurollen und zu beginnen. Auch in Deutschland, Oesterreich, der Tschechoslowakei und der Schweiz wird es nur möglich sein, die R. G. I. zum Sammelpunkt aller revolutionären Arbeiter zu machen, indem es gelingt, die Arbeitermassen über alle alten Parteauffassungen und Auffassungen vom reformistischen Gewerkschaftskampf hinweg zum einheitlichen geschlossenen Abwehrkampf gegen die Unternehmeroffensive anzuführen. Die ideologische Einstellung in diesen Ländern ist allerdings bei den Arbeitermassen eine andere. Die demokratischen Illusionen sind in diesen Ländern trotz aller Enttäuschungen, die ihnen die „junge Demokratie“ bereitet hat, noch lebendig. Der Kampf für demokratische Reformen, der neben dem Kampf für unmittelbare Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb der kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsordnung

den Hauptinhalt der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit ausmachte, wirkt heute noch stark nach. Die politische, wie die gewerkschaftliche Arbeit der Kommunisten wird in diesen Ländern darauf bedacht sein müssen, unter Anknüpfung an diese demokratischen Illusionen die Arbeiterschaft durch die praktische Erfahrung des politischen und wirtschaftlichen Tageskampfes über diese Illusionen hinauszuführen. Die Verelendung des Proletariats in Deutschland und Oesterreich ist so groß, daß kein Zweifel besteht, daß diese Illusionen rasch schwinden werden. Es gibt kein Land, und es gab in Deutschland noch niemals eine Zeit, wo die objektive Lage so gebieterisch nach einer revolutionären Lösung drängte wie gegenwärtig in Deutschland. In keinem Lande ist der elementare Drang zur Vereinigung aller Arbeiter zum Kampf gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker so groß wie gegenwärtig in Deutschland oder Oesterreich. Die Lebenshaltungskosten haben sich im Laufe von 6 Monaten mehr als verdoppelt. Die Löhne sind die alten geblieben oder nur in ganz lächerlich geringem Ausmaß gestiegen. Die ungeheure Entwertung der Kaufkraft der Mark hat zwar eine Schwindelhochkonjunktur geschaffen, so daß Deutschland das einzige Land ist, in dem die Arbeitslosigkeit abgenommen hat. Die Lage der beschäftigten Arbeiter ist aber so schlecht, daß diese teilweise unter dem Lebensniveau der Arbeitslosen in der Schweiz und in England stehen. Dabei zeigen sich bereits die ersten Anzeichen der nahenden wirtschaftlichen Katastrophe. Der rasche Zusammenbruch der Ausverkaufskonjunktur wirft seine Schatten voraus in Form von Bankrotten einer Anzahl großer Bankinstitute. Die Lage in Deutschland steht so: Gelingt es, zu einem Uebereinkommen, zu einer Stundung der Reparationszahlungen zu kommen, so würde sich die Kaufkraft der Mark bessern. Das Steigen der Mark wäre aber gleichbedeutend mit einem plötzlichen Zusammenbruch der Ausverkaufskonjunktur,

weil sie nur auf den Valutagewinnen aufgebaut ist. Steigt die Mark, so ist die wirtschaftliche Krise und die Zunahme der Arbeitslosigkeit in einem Umfange, wie sie Deutschland noch nicht gesehen hat, das sofortige Resultat. Kommt es zu keiner Verständigung, was das wahrscheinlichere ist, dann wird die Ausverkaufskonjunktur noch einige Monate anhalten, um dann ebenfalls ziemlich rasch zusammenzubrechen, da es unmöglich ist, neue Rohstoffe bei dem gesunkenen Stand der Mark in dem Umfang anzukaufen, der erforderlich wäre zur Weiterbeschäftigung der Arbeiter, vom Standpunkt der kapitalistischen Profitwirtschaft.

Diese zugespitzte Lage, die zu fortwährenden politischen Krisen und zu einer ungeheuren Verelendung des deutschen Proletariats geführt hat und weiter führen wird, hat im größten und ausschlaggebenden Teil des deutschen Proletariats in zunehmendem Maße revolutionäre Kampfbereitschaft geschaffen. Das zeigt sich vor allem in einem elementaren Drang zur Zusammenfassung der revolutionären Arbeiter zum Kampf gegen ihre Ausbeuter und Bedrücker. Dieser Drang geht durch alle Parteien, auch durch die parteilosen Arbeiter. Es ist die instinktive Form des Suchens nach einem Ausweg, indem das deutsche Proletariat die Erfahrungen aus den Niederlagen der dreijährigen Revolutionskämpfe zu ziehen bestrebt ist. Die Arbeit für die Aufgaben der R. G. I. findet in keinem Lande so günstige Voraussetzungen wie in Deutschland. In der gesamten deutschen Arbeiterklasse wächst immermehr die Erkenntnis und der Wille zum ernsthaften Kampf. Es ist nicht mehr wie in der verflossenen Periode der deutschen Revolution notwendig, die Arbeitermassen davon zu überzeugen, daß sie kämpfen müssen, um sich vom Untergang zu erretten, darüber ist man sich in allen ausschlaggebenden Arbeiter- und Angestellten-schichten Deutschlands klar. Es ist Aufgabe der Kommunisten und der Anhänger

der R. G. I., der deutschen Arbeiterklasse den Weg suchen zu helfen, wie sie einheitlich kämpfen soll, um zu siegen. Gelingt es, das deutsche Proletariat zum Kampf zusammenzubringen und in diese Kämpfe zu führen, dann werden diese Kämpfe nicht nur von entscheidender Bedeutung für Deutschland sein, sondern in allen Ländern eine neue Welle revolutionärer Kämpfe auslösen.

In Deutschland ist seit dem Weltkongreß der R. G. I. kein nennenswerter Fortschritt in der Richtung der Erfassung der oppositionellen Arbeiterelemente für die R. G. I. zu verzeichnen. Das kommt daher, daß die kommunistische Partei ihre inneren Krisen noch nicht überwunden hat. Aber nicht nur die kommunistische Partei befindet sich in einer Krise, die U. S. P. und S. P. D. werden mindestens in demselben Grade von Parteikrisen erschüttert. Noch niemals seit Kriegsende war die Rebellion in der sozialdemokratischen Partei so groß und so ernst wie gegenwärtig. Die U. S. P. zerfällt in zwei scharfgetrennte Teile. Ein Teil der U. S. P.-Arbeiter und -Führer will sich mit der S. P. D. vereinigen, der andere Teil mit der K. P. D. Die Krisen der drei deutschen Arbeiterparteien sind historisch gesehen nichts anderes als das Ringen nach jenen Formen des revolutionären Klassenkampfes, die das deutsche Proletariat zum Siege über ihre Klassenfeinde braucht. Es ist von entscheidender Bedeutung für die deutsche Revolution und für das Tempo der Weltrevolution, daß es der deutschen kommunistischen Partei schnell gelingt, diese Wachstumskrisen zu überwinden, damit sie ihre Aufgabe, Führerin des deutschen Proletariats zu werden, zielklar durchführen kann.

Die Gewerkschaftsfrage steht im Mittelpunkt dieses Ringens. Die in den deutschen Gewerkschaften organisierten 13 Millionen Arbeiter und Angestellten für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen, das ist das Kernproblem der deutschen Revolution. Die K. P. D. hat nach dem III.

Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und nach dem I. Kongreß der R. G. I. in ihren Beschlüssen auch die richtige Linie eingehalten. Die Durchführung der gefaßten Beschlüsse ist jedoch sehr mangelhaft. Die deutsche kommunistische Partei ist noch nicht die fest disziplinierte Organisation der im kommunistischen Geiste geschulten und in revolutionären Kämpfen gefestigten Partei, wie es die russische Partei ist. Drei Jahre revolutionäre Erfahrung und Schulung können naturgemäß nicht Resultate erzeugen wie ein zwanzigjähriger revolutionärer Kampf, den die R. K. P. durchmachen mußte, ehe sie das wurde, was sie heute ist. Alle diese Erklärungen für die bestehenden Mängel dürfen uns natürlich nicht abhalten, alle Schwachheiten und Halbheiten scharf sachlich zu kritisieren. Wir haben nicht nur die Aufgabe, die Halbheiten der gegenwärtigen Kämpfe zu erklären, sondern uns fällt die historische Aufgabe zu, alle diese Halbheiten und Schwächen nicht nur zu kritisieren, sondern zu überwinden. Nur so werden wir den Leidensweg abkürzen, nur so werden wir rasch die revolutionäre Einheit und Entschlossenheit erringen, die die erste Vorbedingung zum Sieg des Proletariats ist.

Der tiefe Einheitswille im deutschen Proletariat hat in der kommunistischen Partei insofern zu einer gefährlichen Verirrung geführt, als ein Teil der Kommunisten glaubt, die Einheitsfront dadurch am schnellsten herzustellen, wenn er darauf verzichtet, scharf kritisch herauszuarbeiten, was uns von den übrigen Arbeitermassen, die nichts wie den ehrlichen Einheitswillen zum Kampf mitbringen, trennt. Es ist von größter Bedeutung in der gegenwärtigen Situation in Deutschland, daß die kommunistische Gewerkschaftsarbeit sich nicht von den Massen isoliert. Es ist von größter Bedeutung, daß wir in den Vordergrund stellen, was uns mit den übrigen Arbeitern eint. Es ist unbedingt erforderlich, daß die Kommunisten überall, wo das Proletariat

kämpft oder kämpfen will, mitkämpfen und den Kampfwillen fördern. Sie müssen auch dort mitkämpfen und mitarbeiten, wo das Proletariat mit unzulänglichen Mitteln in veralteten Formen den Kampf aufnimmt. Die Kommunisten müssen auch in diesen Kämpfen Disziplin halten und nicht versuchen, allein vorzustürmen. Aber ebenso wichtig und von ebenso großer Bedeutung ist es, daß die Kommunisten alle Schwächen und Halbheiten dieser Kämpfe an Hand der gemachten Erfahrungenscharfkritisieren und positiv den Arbeitern in jeder Lage zeigen, wie die Mängel und Halbheiten am besten zu überwinden sind.

Ein Teil des deutschen Proletariats glaubt noch stark, mit den Methoden der bloßen Lohnbewegung sich eine Lebenshaltung sichern zu können, die es vor dem Untergange rettet. Die Kommunisten müssen in allen diesen Lohnkämpfen an vorderster Stelle mitkämpfen. Sie müssen aber die Mißerfolge, die das deutsche Proletariat in diesen Lohnkämpfen fast überall erleidet, indem das Unternehmertum entweder ganz ungenügende Lohn erhöhungen bewilligt oder, gestützt auf die Staatsmacht und ihre ökonomischen Machtmittel, alle Lohnerhöhungen ablehnt, die Wege zeigen, die das Proletariat aus diesem falschen Zirkel hinausführen. Ein Teil der in den Gewerkschaften tätigen Kommunisten, unterstützt von einem Teil der kommunistischen Parteiführer, ist dabei auf einen falschen Ausweg verfallen. Man hat die Parole der Zusammenfassung der Lohnbewegungen herausgegeben. Was bedeutet Zusammenfassung der Lohnbewegung, und was und unter welchen Umständen kann durch die Zusammenfassung der Lohnbewegungen etwas Konkretes erreicht werden?

Zusammenfassung der Lohnbewegungen bedeutet unter allen Umständen eine Vergrößerung der Zahl der Streikenden.

Weiter bedeutet Zusammenfassung der Lohnbewegungen, daß Arbeiterkategorien aus Industriegruppen von nicht absolut ausschlaggebender Bedeutung im Produktionsprozeß mit den Lohnbewegungen von Arbeiterschichten, deren Stellung im Produktionsprozeß von ausschlaggebender Bedeutung ist, verbunden werden. Eine solche Taktik wird dann Erfolg haben, wenn das Kampfobjekt groß genug ist, um die Arbeitermassen, die zusammengefaßt werden sollen, das Risiko eines ernstes Kampfes auf sich nehmen zu lassen. Die praktische Erfahrung, die mit dieser Losung gegenwärtig in Deutschland gemacht worden ist, wir erinnern an die Kämpfe der Werftarbeiter in Bremen und der Metallarbeiter in Rheinland-Westfalen, beweisen, daß diese Taktik nicht erfolgversprechend ist. In Rheinland-Westfalen wurden die Düsseldorfer Metallarbeiter isoliert und niedergedrungen, indem die Unternehmer in den übrigen Orten, wo die Metallarbeiter sich mit den Streikenden solidarisierten, die gestellten Lohnforderungen bewilligten. Die Bergarbeiter und Eisenbahner waren nicht dazu zu bewegen, die Lohnbewegung der streikenden Metallarbeiter zu unterstützen. Alle moralische Entrüstung über das unsolidarische Verhalten dieser Arbeiterschichten ist gegenstandslos. Bloße Lohnerhöhungen sind im gegenwärtigen Augenblick kein Kampfziel, das größere Arbeitermassen zum gemeinsamen Kampfe zu verbinden vermag. Die Verbreiterung der Kampfbasis für das Ziel, einige Groschen Lohnerhöhung durchzusetzen, bedeutet keine Anknüpfung und Ausnützung der Tagesnöte, um zu revolutionären Kampfformen zu gelangen. Auch wenn es gelingt, vereinzelt solche Zusammenfassungen zustande zu bringen, wäre damit noch kein Schritt über den bloßen Lohnkampf hinaus getan. Wir verkennen natürlich keineswegs, daß die Schaffung einer einheitlichen Front auch für bloße Lohnkämpfe das Zusammengehörigkeitsgefühl

stärken müßte. Das Ziel gemeinsamer Lohnbewegungen ist gegenwärtig in Deutschland jedoch nicht das beste Mittel zur Bildung der einheitlichen Front. Nur die Sprengung des falschen Zirkels der bloßen Lohnkämpfe kann uns dazu führen. Die Parole der Zusammenfassung der Lohnbewegungen erlaubt in der jetzigen Situation nur der alten Gewerkschaftsbürokratie, sich den Kampf gegen uns leicht zu machen, indem sie auf ihren alten Erfahrungsgrundsatz hinweist, daß bei bloßen Lohnkämpfen es sehr oft vorteilhafter ist, die Kampfbasis nicht nur nicht zu verbreitern, sondern zu verschmälern.

Die rapide Verelendung des deutschen Proletariats trotz guter Konjunktur ist darauf zurückzuführen, daß das kapitalistische Unternehmertum die Produktion unbeschränkt beherrscht und auf Kosten der elenden Lage des Proletariats ungeheure Wuchergewinne einheimst. Nur die Umstellung der Produktion auf den Massenbedarf unter Ausschaltung der kapitalistischen Profite ist imstande, das Proletariat vor der weiteren Verelendung zu erretten. Nur der Kampf um die Kontrolle der Produktion, der Preise und der Versorgung des Proletariats mit billigen Lebensmitteln kann die Arbeiterschaft retten. Eine Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter ist jedoch nur möglich, wenn diese sich im Staat mindestens soviel Einfluß und Macht erkämpfen, daß diese Kontrolltätigkeit gesichert ist. Da die Arbeiter Deutschlands sicherlich noch nicht reif genug sind, um den Kampf aufzunehmen für die Errichtung der deutschen Räterepublik, ist es Aufgabe der Kommunisten, jene Zwischenforderung zum Ausgangspunkt der Sammlung der Massen zu machen, die anknüpfend an den vorhandenen Kampfwillen in der Richtung der Ausübung der proletarischen Diktatur liegt. Das ist politisch nicht die Räterediktatur, sondern die Bildung einer prole-

tarischen Einheitsfront zur Verwirklichung einer Arbeiterregierung. Gelingt es, die deutschen Arbeiter und Angestellten, die unteren und mittleren Beamten für diese ihrem Reifegrad entsprechenden Losungen zusammenzufassen und in den Kampf zu bringen, so ist das ein ungeheurer Fortschritt. Es ist deswegen ein großer Fortschritt, weil es die Klassenfront, die Arbeiter, die Bourgeoisie, scharf aufzeigt und zum Gegenstand und Inhalt des unmittelbaren Kampfes macht. Die menschwistische Gewerkschaftsbürokratie und die regierenden Sozialdemokraten propagieren und betätigen die Koalition mit der Bourgeoisie in der Regierung und in den Arbeitsgemeinschaften. Der Widerstand des Unternehmertums gegen die Lohnkämpfe des Proletariats ist deswegen so kräftig, weil die Gewerkschaftsbürokratie und die sozialdemokratische Koalition mit dem Bürgertum in der Regierung die Entfaltung der Kampfkraft der Arbeiter in jeder Lage hemmt. Die regierenden Sozialdemokraten nehmen Rücksicht und müssen Rücksicht nehmen auf ihre bürgerlichen Koalitionsgenossen in jeder politischen Kampffrage. Die Koalition ist nur möglich, weil die regierenden Sozialdemokraten dem bürgerlichen Koalitionsgenossen diesen Dienst leisten. Die Arbeitsgemeinschaftspraxis der Gewerkschaftsbürokratie ist nur solange möglich, als sie den Vertretern der Schwerindustrie und des Agrarkapitals den unschätzbaren Dienst der fortwährenden Hemmungen des kämpfenden Proletariats leisten.

Das Hauptproblem der deutschen Wirtschaft und Politik ist das Problem der Aufbringung der Kosten der Reparationszahlungen. Die kommunistische Partei hat auch die richtige Losung aufgestellt: Die Besitzenden sollen zahlen. Die Parole der Erfassung der Sachwerte, d. h. die Heranziehung der Besitzenden zur Aufbringung der Kosten für die Reparations-

zahlungen und den Staatsbedarf, ist vom Standpunkt der Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik jedoch nur eine neue Prellerei des Proletariats. Es wird niemals gelingen, die Lasten des Kriegszusammenbruchs der Bourgeoisie in nennenswertem Umfang aufzubürden, solange es dem Proletariat nicht gelingt, durch die Zusammenfassung all seiner Kräfte eine solche Macht zu bilden, daß es die Bourgeoisie zur Aufbringung dieser Lasten zwingen kann. Nicht eine Koalitionsregierung mit dem Bürgertum, nicht ein Zusammenarbeiten der Gewerkschaften in den Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum wird zum Ziele führen. Nur eine Arbeiterregierung, die sich stützt auf die hinter ihr stehenden kampfwilligen Proletarier, ist imstande, die ganzen staatlichen Machtmittel gegen die Bourgeoisie im Interesse des Proletariats anzuwenden, nur sie kann durch die Organisierung der Kontrolle der Produktion auf das deutsche Unternehmertum einen solchen Druck ausüben, daß tatsächlich die Lasten von den Schultern des deutschen Proletariats abgewälzt werden auf die Schultern der Besitzenden. Diese politische Linie ganz klar herauszuarbeiten und zum Angelpunkt der kommunistischen Politik zu machen, ist Aufgabe der K. P. D.

Die Beschlüsse, die der letzte Zentralausschuß der K. P. D. gefaßt hat, liegen in der Richtung dieser politischen Linie. Die praktische Durchführung ist gestört worden durch die Vorwärtsesthüllungen, die ein kluges taktisches Manöver der Sozialdemokratie darstellen, das die kommunistische Partei hindern soll, Führerin des deutschen Proletariats zu werden. Die Enthüllungen haben die Partei erneut erschüttert, weil sich ein Teil der Kommunisten von den Anhängern Levis beeinflussen ließ und einen Kampf in der Partei entfachte, der nur Wasser auf die Mühlen der bankrotten Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie war.

Daß dies in der jetzigen Situation möglich war, ist nur daraus zu erklären, daß in der kommunistischen Partei noch eine Anzahl Genossen vorhanden waren, die von der irrigen Meinung ausgehen, daß sie die proletarische Einheitsfront dadurch am besten herstellen, wenn sie das, was uns von der Gewerkschaftsbürokratie der Sozialdemokratie und der U. S. P. trennt, möglichst verschweigen. Aus diesem Gedanken ist auch jene liquidatorische Auffassung entstanden, die glaubt, wenn sie die Propaganda für die R. G. I. einstellt, schneller die Einheitsfront herstellen zu können. Das war gewiß ein verhängnisvoller Fehler. Nur im schärfsten Kampf gegen die konterrevolutionäre Tätigkeit der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer kann die proletarische Einheitsfront zu der Macht werden, die imstande ist, die Bourgeoisie niederzuwerfen und das Proletariat vom Zusammenbruch zu retten. Eine Einheitsfront, die zustande kommt ohne die klare Erfassung der unmittelbar notwendigen Aufgaben, würde für das Proletariat nur neue Niederlagen bedeuten. Die Parole „Heran an die Massen“ bedeutet nicht ein Sichverlieren in den mehr oder weniger unklaren Stimmungen und Gefühlen, die in den Massen leben, im Gegenteil, die Parole „Heran an die Massen“ bedeutet: anknüpfen an die gegebene Ideologie und Kampfkraft, die in den Massen lebendig ist, nicht um sich der Masse bedingungslos unterzuordnen, sondern um dieselbe aus allen Unzulänglichkeiten herauszuführen und reif zu machen zur Lösung der gegebenen Aufgaben.

Die Kommunistische Partei hat sich in der Vergangenheit durch zu rasches Vorwärtstürmen und durch die verschiedenen Versuche, allein zu kämpfen gegen die Unternehmermacht, wiederholt von den Massen isoliert. Zuletzt geschah dies in der Märzaktion. Jetzt verfällt ein Teil der Kommunisten in den entgegengesetzten Fehler, in

dem er sich den unklaren Massenstimmungen bedingungslos unterordnet. Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft unter Führung von Paul Levi ist so weit gegangen, daß ihre praktische Betätigung auf eine Verneinung der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit hinausläuft. In der Partei selbst sind Stimmungen und Kräfte am Werke, die der Auffassung Paul Levis sehr nahe kommen. Diese liquidatorischen Tendenzen außerhalb und innerhalb der K. P. D. haben wieder linke Stimmungen ausgelöst, die zwar augenblicklich keine unmittelbare Gefahr darstellen, die Partei jedoch hemmen an der raschen Durchführung der richtigen Beschlüsse der letzten Zentralaussschußsitzung. In der Steuerfrage, in der Frage der Erfassung der Sachwerte macht sich eine solche unklare Furcht vor dem Staatskapitalismus und der sogenannten Syndizierung bemerkbar. Diese Genossen begreifen nicht die objektive politische Situation und lassen sich von alten Schlagworten, wie Staatskapitalismus und Zwangssyndizierung gruselig machen. Sie begreifen nicht, was die praktische Durchführung der Arbeiterkontrolle über die Produktion, der Lebensmittelverteilung und der Kontrolle der Preise in der gegenwärtigen Situation bedeuten, und wie sie allein durchgeführt werden können. Hinter der unklaren Formulierung dieser Stimmung in der Parole: „Erfassung der Sachwerte von unten“ verbirgt sich diese unklare Stimmung, die, wenn sie überhaupt etwas bedeuten soll, in der gegenwärtigen Situation, konsequent zu Ende gedacht, allerdings etwas sehr Gefährliches darstellt und die Herstellung der proletarischen Einheitsfront sehr erschweren müßte. Wenn man den Mut hat, die Parole: „Erfassung der Sachwerte von unten“ konsequent zu Ende zu denken, dann ist sie gleichbedeutend mit der bequemen Phrase, die der K. A. P.-Mann Fichtmann aufstellte, als er den Arbeitslosen Berlins die

Frage: „Was trennt uns von den Lebensmitteln?“, mit der naiven Behauptung beantwortete: „Nur die Fensterscheiben.“

Was ist gegenüber den liquidatorischen Stimmungen und Tendenzen und gegenüber den sogenannten Linken Stimmungen und Unbehaglichkeiten zu tun?

Das Vertuschen der Gegensätze in der Auffassung des proletarischen Klassenkampfes, das Verschweigen der kommunistischen Ziele und kommunistischen Methoden, wie es die Liquidatoren predigen, kann das Proletariat nicht stärken, sondern nur hemmen und ist in seiner Wirkung deshalb konterrevolutionär. Die Erfahrungen, die das Proletariat Ungarns in der Räterepublik machte und mit einer schweren Niederlage bezahlen mußte, sollten doch auch für das deutsche Proletariat eine Lehre sein. Es wird den Kommunisten, wenn sie sich nur selbst klar machen, um was es sich handelt, gerade an der Hand der Erfahrungen der ungarischen Räterepublik möglich sein, auch dem deutschen Proletariat klar zu machen, daß es sich der größten Gefahr aussetzt, wenn sie den Gedanken der proletarischen Einheitsfront als ein Versinken in den gedankenlosen Einheitsbrei auffassen. Die Erfahrungen der deutschen Revolution, die wiederholten Niederlagen, die das deutsche Proletariat erleiden mußte, weil nur Teile der revolutionären Vorhutschichten isoliert kämpften, werden sie vor linken Dummheiten bewahren. Diese sind deshalb heute weniger gefährlich, aber es muß auch damit aufgeräumt werden. Wenn das Proletariat einen ernstesten Versuch zur Kontrolle der Produktion machen wird, muß es seine Kraft entsprechend der Industrie-gruppengliederung der deutschen Produktion organisieren. Was bedeutet das anders als Zwangssyndizierung der Industrie durch eine Arbeiterregierung, die dies im schwersten Kampf gegen das Bürgertum und die Koalitionsgeleüste der Menschewisten durchsetzen könnte.

Abwälzung der Lasten des Kriegszusammenbruches, Abwälzung der Lasten der Reparationszahlungen durch gemeinsamen Kampf zur Bildung einer reinen Arbeiterregierung und Durchführung der Arbeiterkontrolle über die Produktion und die Verteilung der Waren, das ist das Ziel, das Angelpunkt sein muß der praktischen Betätigung der Kommunisten und der Anhänger der R. G. I. in Deutschland.

Erreicht werden kann dieses Ziel nur, wenn es den Kommunisten und den Anhängern der R. G. I. gelingt, alle im deutschen Proletariat widerstreitenden Tendenzen zurückzudrängen und es für dieses Ziel zur einheitlichen Front zusammenschließen. Das wird um so leichter möglich sein, wenn die Kommunisten nichts vertuschen, nicht im liquidatorischen Sumpf versinken, sondern die Frage der R. G. I. so stellen, wie sie gestellt werden muß: nicht als eine organisatorische Frage, nicht als ein bloßes Lippenbekenntnis für Moskau gegen Amsterdam, sondern als die Lebensfrage des deutschen Proletariats: entweder reformistischer Kampf in den alten Formen der Amsterdamer Gewerkschaftsbewegung und Verelendung des Proletariats oder revolutionärer Kampf zur Niederwerfung der Bourgeoisie und Sammlung aller dieser Kampfgewillten um die Fahne des Kommunismus und der R. G. I. als einzige Rettung vor dem Untergang.

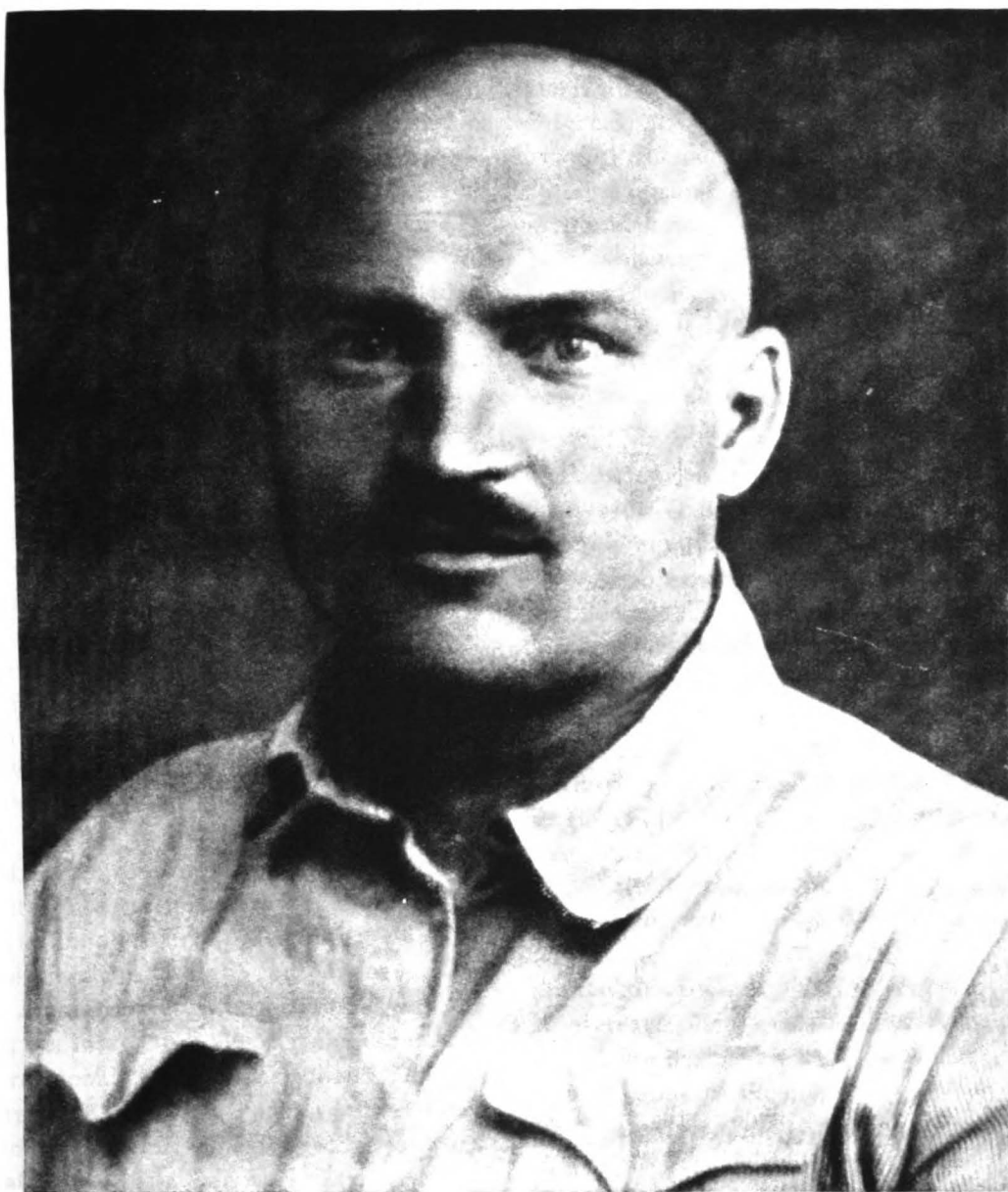
Die Kommunisten müssen in allen Lohnbewegungen an vorderster Stelle kämpfen, jederzeit auf das Unzulängliche der bloßen Lohnbewegungen und auf die Notwendigkeit der Bildung einer Arbeiterregierung und Durchführung der Arbeiterkontrolle hinweisen. Vor, während und nach jedem solchen Kampf gilt es, auf diese Ziele hinzuweisen. Trotzdem müssen die Kommunisten auch in diesen unzulänglichen Kämpfen Kampfdisziplin halten, um sich nicht von den Massen zu isolieren. Sie müssen vor jedem Kampf in den Gewerk-

schaften die Gewerkschaftsbürokratie aufordern, die Führung der Kämpfe selbst in die Hand zu nehmen. Wo die Gewerkschaften den Kampf ablehnen, müssen sie geschickt und unermüdlich innerhalb der Gewerkschaften für die Notwendigkeit dieser Kämpfe weiter werben. Wo die Gewerkschaftsbürokratie durch ihren Einfluß den Kampfwillen sabotiert, müssen die Kommunisten auch außerhalb der Gewerkschaften in den Betrieben durch die Betriebsräte den Kampf zu organisieren und, wenn sie eine Mehrheit aller Arbeiter, auch der Nichtkommunisten, für den Kampf zustande bringen, den Kampf gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie aufnehmen und durchführen. Es darf nicht der Gedanke im deutschen Proletariat aufkommen, daß die Kommunisten auf den Kampf verzichten, weil ihn die Gewerkschaftsbürokratie und die bankrotten sozialdemokratischen Politikanten sabotieren. Dabei müssen die Kommunisten und die Anhänger der R. G. I. den Arbeitermassen ganz deutlich sagen, daß sie nicht wieder gewillt sind, allein zu kämpfen. Niemand wird sie angesichts der Tatsache, daß die deutschen Kommunisten nur zu oft isoliert kämpften und dadurch blutige Niederlagen erlitten, deswegen für Feiglinge halten oder ausgeben können. Aus Anlaß des Hungerstreiks der politischen Gefangenen haben die Kommunisten schon die richtige Taktik durchgeführt. Wenn ihre Versuche, die gesetzlichen Betriebsräte zu Bezirkstagungen zu vereinen, auf denen die Kampfaufgaben besprochen werden sollten, auch noch mit einem Sieg der Gewerkschaftsbürokratie endete, wie auf dem Betriebsrätekongreß der Metallarbeiter und dem Betriebsrätekongreß in Thüringen, so müssen sie doch in dieser Richtung weiter tätig sein. Wenn die Kommunisten in den Betrieben Versammlungen abhalten und die Betriebsratsdelegierten für ihr Verhalten auf den Betriebsrätekongressen kritisieren und scharf-sachlich zur Verant-

wortung ziehen, dann wird es möglich sein, entweder die Betriebsräte zu ausführenden Organen des Kampfwillens der Arbeiterschaft der Betriebe zu machen oder sie auszuschalten. Das ist der richtige Weg zur Sammlung auch der nichtkommunistischen, aber kampfbereiten Arbeiter Deutschlands. Das ist der Weg zur Herstellung eines einheitlichen revolutionären Kraftzentrums in Deutschland. Das ist der einzig richtige Weg für die R. G. I.

Die Zusammenfassung der kampfbereiten revolutionären Arbeiter, erst geistig und dann organisatorisch und dann in den einzelnen Ländern auf internationaler Grundlage, das ist Arbeit für die G. R. I. Je rascher es uns gelingen wird, alle kampfgewillten Arbeiter zu sammeln und mehr oder weniger fest miteinander zu verbinden, um so eher wird es uns möglich sein, als wirkliche Macht gemeinsame Aktionen mit den Amsterdamern von Fall zu Fall national und international durchzuführen. Es ist ein gefährlicher Köhlerglaube, anzunehmen, daß es möglich sei, die alten Sünder vom A. D. G. B., die in einer zwanzig- und dreißigjährigen reformistischen Gewerkschaftsarbeit erstarrten und verknöcherten Gewerkschaftsbürokraten durch gütliches Zureden zum revolutionären Kampf zu bringen. Diese Herrschaften respektieren nur eine ganz reale Macht. Solange es uns nicht gelingt, in Deutschland und in den andern Ländern ein zielklares revolutionäres Kraftzentrum zu schaffen, mit denen diese Herrschaften als einen realen Machtfaktor rechnen müssen, werden wir nicht einmal in einzelnen Fällen zu erfolgreichen, gemeinsamen Aktionen kommen. Deswegen ist die selbständige Erfassung aller revolutionären Arbeitermassen zu einem geschlossenen Kraftzentrum national und international die erste Voraussetzung für ein gedeihliches, gemeinsames Zusammenarbeiten von Fall zu Fall.

Es ist ein ganz gedankenloser Einwand, der von den Liquidatoren der R. G. I. er-



T. Artjom (Sergejew)

Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands und Vorsitzender des Russischer Bergarbeiterverbandes. Todestag verunglückt bei der Entgleisung des Aerozuges 24. Juli 1921.

hoben wird, wenn sie behaupten, es sei ein taktischer Widerspruch, daß wir Kommunisten uns scharf gegen die Parole der Zertrümmerung der Gewerkschaften, gegen die Parole „Heraus aus den Gewerkschaften!“ wenden und auf internationaler Grundlage der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale die R. G. I. entgegenstellen. Die Parole „Heraus aus den Gewerkschaften!“ bedeutet praktisch eine Loslösung der revolutionären Arbeiterelemente von den Gleichgültigen und reformistisch Gestimmten. Die Parole der Zertrümmerung der Gewerkschaften bedeutet weiter eine tatsächliche Schwächung der Kampfkraft des Proletariats, so ungenügend die Gewerkschaften auch arbeiten mögen, solange sie im Rahmen der alten Amsterdamer, nur reformistischen Praxis stecken. Das proletarische Klasseninteresse ist vom Grunde aus international. Beim Stand der gegenwärtigen Verflechtung der Weltwirtschaft kann das Proletariat seine letzten Ziele, die Verwirklichung des Sozialismus, nur durchführen, wenn es den nationalen Rahmen sprengt, wenn es imstande ist, über die Landesgrenzen hinaus die einheitliche Front der Arbeiterklasse der einheitlichen internationalen Front der Bourgeoisie im revolutionären Kampf entgegenzustellen. Die Amsterdamer Internationale war niemals ein internationales Kraftzentrum zum internationalen proletarischen Klassenkampf. Die in der Amsterdamer Internationale vereinigten Spitzen der Gewerkschaftsbürokratie der verschiedenen Länder waren immer nur die bornierten, in kleinbürgerlicher Harmonieduselei mit der Bourgeoisie aufgewachsenen nationalen oder gar nationalistischen Repräsentanten der in mehr oder weniger nationalen Vorurteilen befangenen Arbeiterorganisationen, die ihren Einfluß als Bürokraten ihrer Arbeiterbewegung ausnützten, um im internationalen Maßstab ihre kleinbürgerlich-nationalistische Durchhaltepolitik fortzusetzen. Es ist nicht möglich, die Spitzen

dieser verknöcherten Führer zum revolutionären Kampf zu gewinnen. Zum mindesten hat das Proletariat keine Zeit, solange zu warten, bis diese Herrschaften umgestimmt sind. Wenn wir deshalb die internationale einheitliche Kampffront aller revolutionären Arbeiter aufrichten wollen unter Führung der R. G. I., so isolieren wir uns keineswegs von den Massen, so zerstören wir keineswegs eine vorhandene internationale Kampfkraft des Proletariats, im Gegenteil, der Aufbau der R. G. I. ist der erste Versuch, der Errichtung einer revolutionären proletarischen Klassenfront im internationalen Maßstab.

Die R. G. I. hat eine ganze Reihe konkreter Aufgaben, für die es den Kampf aufzunehmen gilt. Die Unternehmeroffensive ist international. Der Achtstundentag ist überall bedroht. Ueberall geht das Unternehmertum offensiv vor und versucht, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft weiter zu verschlechtern. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit kann nur international erfolgreich getehrt werden. Der Aufbau der Wirtschaft in Sowjetrußland, der Aufbau der Wirtschaft in jenen Ländern, die demnächst ihre Bourgeoisie niederwerfen werden, kann nur international mit Hilfe des Proletariats aller Länder durchgeführt werden. Der Kampf gegen die Konterrevolution, die Sowjetrußland bedroht, die das deutsche, österreichische, ja das gesamte Proletariat vernichten will, kann nur international durchgeführt werden. Die russischen Arbeiter, die zuerst ihre Bourgeoisie niederwarfen, haben getan, was in ihren Kratten stand, um das internationale Proletariat zur einheitlichen revolutionären Front zusammenzutassen. Jetzt ist es ein Lebensinteresse der Proletarier aller kapitalistischen Staaten, dem russischen Proletariat beim Aufbau seiner Wirtschaft zu Hilfe zu kommen. Die Blutsümpfe des Weltkrieges sind noch nicht ausgetrocknet. Das Proletariat der ganzen Welt bricht unter der Last, die der Welt-

krieg dank der weiteren Herrschaft der Bourgeoisie auf seine Schultern warf, zusammen. Die Amsterdamer machen wieder Friedensresolutionen, wie dieselben Leute Friedensresolutionen und Kampfauf-rufe gegen den kommenden Krieg in der II. Internationale erst angenommen und im Augenblick der Entscheidung verraten haben. Mit Unterstützung der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie bereiten

die imperialistischen Machthaber sich auf einen neuen Krieg vor, der noch grauenerhafter sein wird wie der vergangene. Gelingt es nicht, um die Fahne der R. G. I. die Massen national und international zum revolutionären Kampf zu sammeln, um das zu verhüten, dann wehe den Besiegten. Und die Besiegten sind dann das Proletariat der ganzen Welt.

Heinr. Brandler.

Die Offensive des Kapitals und die proletarische Einheitsfront.

Die Weltwirtschaft fährt immer noch fort, eine tiefgehende Krise durchzumachen. Die Grundlagen, auf denen sich diese Wirtschaft aufbaut, sind erschüttert, und auf dem Hintergrund dieser kolossalen, immer weiter um sich greifenden Krise beobachten wir eine äußerst interessante Offensive des Kapitals, die, sich immer weiter von einem Lande auf das andere ausbreitend, in der letzten Zeit international-organisierten Charakter angenommen hat. Die Offensive selbst ist hervorgerufen vor allem durch den Wunsch, die Krise um jeden Preis zu überwinden, das Schwergewicht der Krise und ihrer Folgen auf die Schultern der Arbeiterklasse zu legen.

In dem Verhältnis der sozialen Kräfte ist gegen Ende 1920 eine Verschiebung eingetreten. Wir sahen, wie unmittelbar nach Beendigung des Krieges das Weltkapital seinen Rückzug begann. Die durch den Krieg hervorgerufene Unzufriedenheit der breiten Massen nahm einen ausgesprochen revolutionären Charakter an, und die herrschenden Klassen waren bestrebt, diese Unzufriedenheit in gesetzliche Schranken zu bannen, indem sie Zugeständnisse machten, den Achtstundentag „freiwillig“ durchführten, für soziale Reformen eine spezielle Internationale Arbeitsorganisation

schufen, die den uferlosen Liberalismus und die unendliche Arbeiterliebe der herrschenden Klasse der Entente verkörpern sollte.

Von Ende 1918 bis Ende 1920 befindet sich die Bourgeoisie auf dem Rückzuge, und zwar trägt dieser Rückzug organisierten Charakter und nimmt die Form der Verbrüderung zwischen den Spitzen der Bourgeoisie und den Führern des Proletariats an. Dadurch wird es den herrschenden Klassen ermöglicht, sich von ihrer Sprengung zu erholen, sich an der Oberfläche zu halten und die Macht in ihren Händen zu bewahren.

Dieser Rückzug des Kapitals war außerdem verbunden mit dem Aufblühen der Industrie, das unmittelbar nach Beendigung des Krieges eingesetzt hatte. Der Krieg, der den internationalen Wirtschaftsorganismus in zwei ökonomisch konkurrierende Hälften gespalten hatte, war beendet, und mit seiner Beendigung erneuerte sich der Warenaustausch. Zentraleuropa, das einen größeren Bedarf an Waren und Produkten hatte als die anderen Länder, trat in die Warenzirkulation ein. Der Markt erweiterte sich. Andererseits war das vorübergehende Aufblühen der Industrie auch mit der weiteren Ausführung von Kriegsbestel-

lungen und mit der Furcht vor Schließung der Unternehmen verknüpft, da die aus den Werken und Fabriken hinausgesetzten Arbeiter die dumpfe Unzufriedenheit der Massen bedeutend verstärkt hatten, und diese zu einer Klassenexplosion hätte führen können. Die siegreichen Alliierten betrieben eine sehr kluge Politik, indem sie die Führer der internationalen Gewerkschaftsbewegung angeblich zur Lösung aller Grundfragen heranzogen. Ihr „Liberalismus“ ging so weit, daß sie die patientestesten Arbeiterpatrioten zur Beteiligung an der Ausarbeitung des Abschnitts 13 des Versailler Vertrages zuließen, daß sie das Internationale Arbeitsbüro schufen, in dem sie sich drei Viertel der Stimmen sicherten, — dies alles zu dem Zwecke, um zu beweisen, daß die Demokratie tatsächlich gesiegt habe, und daß die Arbeiterklasse auf das allerliberalste Verhalten ihren Lebensbedürfnissen und Wünschen gegenüber rechnen könne.

Das „Soziale-Gesetzgebung“-Spielen begeisterte die größten Verbände. Die Amsterdamer Internationale beteiligte sich an diesem Spiel mit Entschiedenheit und Energie. Unter Mitwirkung ihrer Vertreter wurde auch die Washingtoner Konferenz veranstaltet, die fast einstimmig (mit 83 Stimmen gegen 2) ein ziemlich umfassendes Programm der sozialen Reformen annahm. Aber gleichzeitig machte die Konferenz die Verwirklichung dieser Reformen von dem guten Willen der einzelnen Regierungen abhängig. Die Bourgeoisie wußte sehr gut, daß Versprechungen zu nichts verpflichten; daß die Annahme einer Resolution über umfassende soziale Gesetzgebung noch lange nicht gleichbedeutend sei mit der Durchführung dieser Gesetzgebung im eigenen Lande. Und in jenen Ländern, in denen die Bourgeoisie sich stark genug fühlte, dachte sie gar nicht daran, ihre Versprechungen zu erfüllen. In den anderen Ländern führte die Bourgeoisie, sogar ohne diese Bestimmungen abzuwarten und den Arbeiterunruhen zu-

vorkommend, den Achtstundentag ein, um die Aufrichtigkeit ihres Liberalismus und ihrer Besorgtheit um die Interessen der Arbeiterklasse zu beweisen.

Dieser Flirt zwischen den Führern der Gewerkschaften und den Führern des internationalen Imperialismus dauerte während des ganzen Jahres 1919 und eines Teiles des Jahres 1920 fort, wobei die Führer der Amsterdamer Internationale in ihren Artikeln und Reden in allen Tonarten die ungeheure Wichtigkeit des Internationalen Arbeitsbüros und jener Errungenschaften nachzuweisen suchten, die mit der Schaffung dieser Organisation verbunden seien. Natürlich erweckte die Errichtung des Internationalen Arbeitsbüros bei einigen Leuten, zu denen auch wir gehörten, nicht wenige Bedenken, denn eine Organisation, die durch die Mittel der französischen, der englischen und der amerikanischen Regierung besteht, kann wohl kaum die Interessen der Arbeiterklasse verfechten; es gab aber Arbeiter, die an diese „große Errungenschaft“ glaubten. Diese Periode des Kokettierens und der vielversprechenden Resolutionen, der liberalen Manifeste, Aufrufe und Versprechungen dehnte sich aus durch das ganze Jahr 1919 und einen Teil des Jahres 1920. Nicht umsonst ist im Versailler Vertrag selbst ein Punkt enthalten, der folgendermaßen lautet: „Die Arbeit soll nicht mehr Ware sein.“ Man kann sich vorstellen, wie die Auguren der Entente, Lloyd George und Clémenceau, gelacht haben, als sie diesen famosen Punkt unterzeichneten, der wahrscheinlich der Feder des ehemaligen Anarchosyndikalisten und heutigen Patrioten Léon Guot entstammt.

„Die Arbeit soll nicht Ware sein,“ — das also versprach der Versailler Vertrag in seinem Abschnitt 13. Zwar gab es sehr viele Skeptiker, die offen erklärten, daß sie den ganzen Versailler Vertrag für räuberisch hielten, aber diese Skeptiker waren ganz offenbar vom barbarischen bolschewistischen Geist angesteckt, und darum

brauchte man nicht auf ihre Stimme zu hören. Die Bourgeoisie ließ sich zu Zugeständnissen herbei, die soziale Gesetzgebung „war gesichert“ durch den Versailler Vertrag, die Vertreter der Regierung hielten sehr gefühlvolle Reden über die Rolle der Arbeiterklasse, über die Notwendigkeit, wenigstens ein Minimum von Gerechtigkeit zu schaffen, und es fanden sich nicht wenig Einfältige, die diesem allen Glauben schenkten.

In der Zeit, da diese Verbrüderung vor sich ging, ließ sich ein gewisses Aufblühen der Industrie beobachten. Erst Mitte 1920 fand im volkswirtschaftlichen Organismus aller Länder ein großer Umschwung statt. Die auf den Markt hinausgeschleuderten ungeheuer großen Warenmengen, die Fortführung der räuberischen Politik der bourgeoisien Regierungen und der in Gestalt von Sowjetrußland aus der Warenzirkulation herausgerissene sechste Teil der Weltkugel, — das alles zusammen beschleunigte jenen Zerfall, der die unvermeidliche Folge des imperialistischen Weltkrieges war. Zugleich mit der Zuspitzung dieser Krise beobachten wir den von den Unternehmern und führenden Politikern unternommenen Versuch, sich zurückzuziehen, das wieder fortzunehmen, was „freiwillig“ gegeben worden war. Diese Offensivaktionen tragen in der ersten Zeit vereinzelt Charakter; aber schließlich beginnen auch diese isolierten Aktionen sich zu verallgemeinern, die nationalen und internationalen Kongresse der Unternehmer beginnen deutlich zu formulieren, was sie wollen, und es rollt sich vor unseren Augen das Bild einer international organisierten Offensive des Kapitals auf, die nach allen Regeln der Unternehmungskunst geführt wird. Sehen wir nun zu, in welchen Formen diese Offensive vor sich geht, deren Ziel die Verringerung der Produktionsunkosten ist.

Auf dem ordentlichen Kongreß der Nationalen Assoziation der Industriellen Amerikas, der im Sommer 1921 stattfand, wurde in einem der Berichte erklärt, daß

in 250 Städten Amerikas bereits spezielle Industriellenvereine zum Kampfe gegen die Kollektivverträge gegründet sind, wobei der Referent „die vollständig befriedigenden Resultate der Bewegung zugunsten der „Open Shops“ (Offenen Werkstatt), die sich über das ganze Land ausgedehnt hat“, betonte. Die Jahresversammlung der Mitglieder des „Stahl-Trusts der Vereinigten Staaten“ nahm eine Resolution an, in der davon die Rede ist, daß die Mitglieder zu allen Opfern bereit seien, daß sie bereit seien, Verluste zu tragen, um nur zu erreichen „die Anerkennung des Rechtes jedes amerikanischen Bürgers, einen individuellen Vertrag, ganz beliebig mit wem und welcher Art abzuschließen, ohne irgendwelche Einmischung.“

Der amerikanische Verband der Druckereibesitzer erließ einen speziellen Aufruf, in dem das Prinzip der „Offenen Werkstatt“ begründet wird. In dem Aufruf heißt es:

„Der Hauptcharakterzug des amerikanischen Unternehmens ist Freiheit. Die Anstellungsbedingungen müssen durch einen freien individuellen Vertrag reguliert werden. Jeder Arbeiter muß das Recht haben, einen einzelnen persönlichen Kontrakt mit dem Unternehmer zu schließen, in dem er dem letzteren seine Arbeit unter solchen Bedingungen zur Verfügung stellt, die ihm seine eigene Vernunft diktiert. Hierbei muß sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeiter gegen die Schamlosigkeiten der Agitatoren und gegen jede Art von Attentaten gesichert sein, die in der Mehrzahl der Fälle von Ausländern ausgehen, die geheime und böswillige Absichten haben . . .

Zur Erreichung dieses Zieles muß in den Arbeiterkontrakt ein besonderer Punkt aufgenommen werden, der folgendermaßen lautet: „Indem Sie in das gegebene Unternehmen in den Dienst treten, verpflichten Sie sich gleichzeitig, sich an keinerlei Organisationen zu beteiligen.“

Auf der Konferenz der amerikanischen Grubenbesitzer (Oktober 1921) griff der Vorsitzende der pennsylvanischen Koks- und Kohlenkompagnie, Wotkin, den amerikanischen Grubenarbeiterverband scharf an, weil dieser „die Notwendigkeit eines gewissen Konservatismus nicht anerkennen will und auf jedes Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber dem konsumierenden Publikum und den Unternehmern verzichtet.“

Er sagte:

„Die Grubenbesitzer sind selbst schuld. Sie tragen zum Bestehen der Gefahr bei, die alle unsere Stützen gefährden, sie unterstützen die aktive Arbeit des amerikanischen Grubenarbeiterverbandes. Das Bestehen einer Organisation gleich der letzteren darf in unserem Lande nicht geduldet werden, das stolz ist darauf, daß es jedem Bürger gleiche Chancen auf Erfolg im Lebenskampf gibt“... („Informations quotidiennes“, 2. Dezember 1921.)

Analoge Erklärungen und Verfügungen sind bei den amerikanischen Unternehmern zu einem Zeichen des guten Tons geworden, deren Kampf für die „absolute Freiheit“ einen ziemlich prosaischen Hintergrund hat. Es handelt sich darum, den Arbeitslohn bedeutend herabzusetzen, das aber ist nur dann erreichbar, wenn die mächtigen Unternehmerorganisationen es mit einem isolierten Arbeiter zu tun haben werden, der offenbar mit dem Trust „die gleichen Chancen auf Erfolg im Lebenskampf“ hat. Die Amerikaner sind ein praktisches Volk, und dort, wo sie können, verwirklichen sie ihre „Freiheit der Persönlichkeit“ ganz. So muß jeder Arbeiter beim Eintritt in die Arbeit bei der „Moor-Drain-Forging-Company“ folgende Erklärung unterschreiben:

„Die Arbeitsbedingungen halte ich für befriedigend und werde sie während der Arbeit nicht in Frage stellen, nachher aber wird der Arbeitgeber sich nicht weigern, meine Wünsche hinsichtlich der notwendigen Verbesserungen anzuhören. Ich nehme die Arbeit an auf einer Grundlage, die jeglichem Verband absolut fremd ist, und erkläre, daß ich während meiner ganzen Arbeit im Werke keinerlei Gewerkschaft angehören werde. Wenn ich später in irgendeine Gewerkschaft eintreten werde, so werde ich sofort meinen Arbeitgeber hiervon benachrichtigen, der auf Grund dessen mich zu entlassen berechtigt ist. Nach Beendung meines Dienstes werde ich, welches auch die Ursachen meines Fortganges waren, unter keinen Umständen etwas derartiges in bezug auf die Klienten oder Angestellten des Arbeitgebers unternehmen, was dem letzteren schaden könnte.“

Der Nutzen einer solchen Freiheit für die **U n t e r n e h m e r** ist ganz offensichtlich.

In der Sitzung des Nationalrates der Vereinigten Industrie Englands legte Bankett, der Sekretär der Gesellschaft der Eisenbahnen, folgende Resolution vor:

„Der Rat hat die Frage der Revision der seit Mai 1919 wirksamen Verfügung, die den Arbeitern der städtischen Eisenbahnen 48 Arbeitsstunden in der Woche garantiert, einer

Besprechung unterzogen. Die Unternehmer sind der Ansicht, daß die Zeit gekommen ist, diese Bestimmung einer Revision zu unterziehen. Es wurde beschlossen, umgehend eine Konferenz aller Eisenbahnverwaltungen, sowohl der privaten, als auch der städtischen, zur ausführlichen Besprechung dieser Frage einzuberufen.“ („Daily Herald“, 11. November.)

Auf der Jahresversammlung des Nationalverbandes der Industriellen, die am 21. Juli stattfand, erklärte der Vorsitzende, daß die 48-Stunden-Woche auf der Internationalen Konferenz „etwas voreilig angenommen worden wäre, — ohne vorausgehende, genügende Untersuchung dieser Frage“. Die 48-Stunden-Woche bedeutet eine Herabsetzung der Produktivität. Der Nationalverband der Industriellen beschloß den aktiven Kampf gegen die 48-Stunden-Woche in Großbritannien zu beginnen. Er gab dem Wunsche Ausdruck, volle Freiheit für die unmittelbare Regulierung seiner Beziehungen zu den Arbeitern zu besitzen, und erkannte es als notwendig an, jede Produktion auf einer solchen Grundlage zu organisieren, die ihren individuellen Eigenheiten am meisten entspricht.

Auf einer der gemeinsamen Sitzungen des Nationalverbandes der Industriellen und des Komitees der Handelskammer wurde die Frage der Herabsetzung des Arbeitslohnes gestellt; die Industriellen beklagten sich über den Kampf, den die Gewerkschaften gegen diese Herabsetzung führen.

„Sonderbar, — meinten die Unternehmer verwundert, — die Arbeiter begreifen nicht, daß sie durch diesen Kampf niemandem anders schaden als nur ihren eigenen Kameraden. Hunderttausende von Arbeitslosen könnten Arbeit bekommen, wenn die Gewerkschaften sich zu einer Herabsetzung der Arbeitslöhne bereit erklärten“ Einer der Anwesenden verlangte eine Wiederherstellung der Vorschriften von 1915, ein anderer gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Gewerkschaften eine mächtigere Organisation sind als die Arbeiterpartei, mit der „man sich noch einigen könnte.“ („Daily Herald“, 24. November 1921.)

Die Nationale Föderation der Unternehmer der Maschinenbau-Industrie schlug allen Gewerkschaften vor, eine Herabsetzung der Arbeitslöhne um wöchentlich 6 Shilling für alle Arbeiter durchzuführen,

die gegen Lohn arbeiten, und um 15 Proz. für diejenigen, die Stücklohn erhalten. Im Durchschnitt um 12,5 Proz. für alle Arbeiter.

In der Gummi-Industrie schlugen die Arbeitgeber den Arbeitern vor, die 47-Stunden-Woche auf 52½ Stunden heraufzusetzen. Nach langen Verhandlungen wurde ein Kompromiß ausgearbeitet — die Zahl der Arbeitsstunden wurde auf 48 in der Woche heraufgesetzt, der Arbeitslohn um 7,5 Prozent verringert.

Neue Kompromißkommissionen, die auf Initiative des Landwirtschaftsministers geschaffen wurden, arbeiteten im Oktober einen neuen Tarif für die Landarbeiter aus. Statt wie früher 24—47 Shilling wöchentlich wurde eine Norm von 36 Shilling für eine 48-Stunden-Woche festgesetzt. Für Ueberstunden der Lohnarbeiter wird ein proportioneller Zuschlag gezahlt, so für 50 Arbeitsstunden 38 Shilling, für 54 Stunden 40 Shilling usw. Ueberstunden der Stückarbeiter werden mit 10 Prozent Aufschlag zum gewöhnlichen Tarif bezahlt, — selbst wenn es sich um Feiertage handelt. Die Gewerkschaft der Transportarbeiter war gezwungen, sich mit einer Herabsetzung des Arbeitslohnes um 3 bis 4 Shilling wöchentlich einverstanden zu erklären. Bekannt ist der heroische Kampf der englischen Bergarbeiter, der mit einer Niederlage endete. Der Arbeitslohn wurde herabgesetzt, und es findet gegenwärtig eine weitere Herabsetzung statt.

Für das verflossene Jahr betraf die Herabsetzung des Arbeitslohnes in England 6 600 000 Arbeiter. Sie betrug im ganzen eine Summe von 400 000 000 Pfund.

„Genug der Komödie, sie hat schon lange genug gedauert“, erklärte offen Jonnard, ein bekannter Vertreter des Großkapitals in Frankreich, in seiner Rede in der Versammlung der Föderation der landwirtschaftlichen Vereine, indem er bewies, daß die Mehrzahl der Staaten die feierlichen Versprechungen nicht gehalten hat, die in Washington hinsichtlich des Acht-

stundentages und anderer „Garantien“ gegeben wurden.

„Das Gesetz vom Achtstundentag in der Industrie, im besonderen im Transportwesen, ist die Hauptursache der ökonomischen Krisis, unter der wir hart zu leiden haben; sie ist die Hauptursache der außerordentlichen Teuerung und unserer ganzen finanziellen Zerrüttung . . .“

Eine Versammlung von 132 Vorsitzenden der Handelskammern Frankreichs nahm folgende Resolution an:

„Konstatierend, daß das Achtstundentagsgesetz sehr klägliche Folgen für unser Land gehabt hat, daß unsere Alliierten es nicht anwenden, — bittet die Versammlung der Vorsitzenden der Handelskammern um Einstellung seiner Anwendung.“ („L'Exportateur Français“, 5. Dezember 1921.)

Eine ebensolche Resolution nahm der Kongreß der Konföderation der Kommerz- und Industriegruppen Frankreichs (Confédération des groupes Commerciaux et Industriels de France) an, der die Forderung „einer Revision des Achtstundentagsgesetzes und überhaupt der Schaffung einer solchen Arbeitsgesetzgebung, die unser Land nicht im Vergleich zu seinen Konkurrenten im Wirtschaftskampfe in den Zustand der Bettelarmut stürze“, aufstellt.

Das Organ der französischen Kapitalisten, „L'Exportateur Français“, zitiert begeistert diese Resolution, indem es sie „tief national und patriotisch“ nennt, und fügt seinerseits hinzu:

„Die Arbeiter, die von schlechten Hirten geführt werden, stellen sich den Achtstundentag als Annäherung an ein neues Kanaan vor. Die Apologeten des Achtstundentages versicherten, daß seine Folge nicht nur keine Verringerung, sondern im Gegenteil eine Vergrößerung der Produktivität sein wird. Aber die Erfahrung einiger Jahre hat das Unbegründete dieser Hoffnungen bewiesen: die Produktivität ist außerordentlich gesunken, während die allgemeinen Produktionsunkosten nicht zu steigen aufgehört haben, — was natürlich zu einer Ursache der Lebensverteuerung wurde; und es ist klar, daß die Arbeiter, die die Konsumentenmasse bilden, durch das neue Regime nicht nur nicht beglückt worden sind, sondern im Gegenteil zu seinen ersten Opfern wurden.“

Aber der Appetit kommt erst beim Essen. Die Verlängerung des Arbeitstages ist nur der erste Schritt, und das Manifest einer der größten Unternehmervereinigungen Frankreichs, „Les intérêts économiques“ verlangt, indem es eine schwere ökonomische

mische Krisis konstatiert, einen starken Schutz des Privateigentums und der Privatinitiative, der freien Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und Arbeit, es verlangt den Kampf gegen alle Versuche der Sozialisierung und „Verhinderung von Streiks in öffentlichen Unternehmungen“, „ob sie nun dem Staate oder Konzessionären gehören“. („L'information sociale“, 20. Oktober 1921.)

In der Versammlung des Vereins der Bergwerkbesitzer Deutschlands erklärte Gloeckner, einer der Vertreter des deutschen Kapitals:

„Die einzige Methode der Ueberwindung der Krise ist die Ueberstundenarbeit und die Einschränkung der Bedürfnisse der Arbeiter.“

Am 20. Oktober fand in Berlin eine Versammlung aller Unternehmerverbände Deutschlands statt, in der eine Reihe von Referenten zu den verschiedenen Fragen der Arbeiterpolitik Stellung nahm. Der Sinn aller Referate lief auf folgendes hinaus:

„Der Achtstundentag widerspricht den Interessen der ganzen Gesellschaft, der Arbeitslohn muß herabgesetzt werden, denn dies ist das einzige Mittel zur Wiederherstellung des ökonomischen Gleichgewichtes im Lande.

Die Arbeiter wollen nicht begreifen, wie wichtig die Herabsetzung des Arbeitslohnes in ihrem eigenen Interesse ist, — sagte Dr. Klenne, einer der Redner, — und widersetzen sich blind den gesunden Tendenzen der Unternehmer. Sie rechnen nur mit der Verteuerung der Lebensführung, wollen aber durchaus nicht die Möglichkeit ihrer Verbilligung in Betracht ziehen. Was die Arbeitslosenunterstützungen anbelangt, so sollten sie nur jenen gewährt werden, die tatsächlich arbeitsunfähig sind; für die anderen ist eine Unterstützung nur auf dem Gebiete der Auffindung einer geeigneten Arbeit für sie möglich. Arbeit muß jenen gegeben werden, die um sie bitten, natürlich kann aber keine Rede davon sein, daß, wie dies die Gewerkschaftsführer verlangen, „Arbeitslose gewaltsam in die Unternehmen gebracht werden“, wodurch die Produktionsenergie der letzteren geschwächt wird. Was die Streiks anbelangt, so erscheinen sie zuweilen als die notwendige Entladung der verdichteten Atmosphäre. Aber in gemeinnützigen Unternehmen sind sie Wahnsinn. Die Sabotage aber ist immer Verbrechen.“ (Korrespondenzblatt, Nr. 49.)

Auf einem analogen Kongreß, der am 5. November stattfand, wurde eine Resolution angenommen, in der wir folgende be-

zeichnenden Worte vorfinden (es ist von der Sparsamkeit in der Wirtschaftsführung des Landes die Rede):

„Besonders die staatlichen und privaten Unternehmen müssen dafür sorgen, daß sie nicht nur der öffentlichen Kasse nicht zur Last fallen, sondern deren Last im Gegenteil erleichtern. Unsere innere Wirtschaftspolitik muß ein Ziel haben — die Ausnützung der ganzen in der Wirtschaft vorhandenen und in ihr nicht vollständig beschäftigten Arbeitskraft für die produktive Arbeit.“)

Das Stinnesorgan „Industrie- und Handelszeitung“ erklärt seinerseits:

„Die Unternehmer verhalten sich zur Achtstundentaggesetzgebung negativ, indem sie auf ihren kürzlichen Gesichtspunkt verzichten. Sie befürchten eine Schädigung der Volkswirtschaft des Landes und meinen, daß die Washingtoner Bestimmungen keine Grundlage für die Arbeitergesetzgebung abgeben können, denn sobald England sich geweigert hat, sie anzuerkennen, ist eine für alle Länder gemeinsame Gesetzgebung nicht erreicht. Deutschland aber würde durch die Anerkennung der Grundlagen der Washingtoner Bestimmungen seine Fähigkeit in Frage stellen, als Konkurrent auf dem Weltmarkt aufzutreten.“ (Industrie- und Handelszeitung“.)

Ende August fanden in Helsingfors Konferenzen der Vertreter aller skandinavischen Länder statt, auf denen eine Reihe von Fragen ausführlich besprochen wurde, die sich auf den Kampf gegen die Arbeiter beziehen. So war dort von der organisierten Streikbekämpfung die Rede. Von Sydow, der Vertreter Schwedens, erklärte, daß von heute an zwei Fragen die ganze Aufmerksamkeit der Unternehmer in Anspruch nehmen müßten. Die erste Frage sei der Arbeitslohn der Arbeiter; die heutige Lage zwingt die Arbeitgeber, eine neue Politik zu betreiben — die Politik der Herabsetzung der Arbeitslöhne. Die zweite Frage beziehe sich auf die Produktionsleistung. Die Industriellen müssen alle ihre Kräfte darauf lenken, gegen die nach dem Weltkrieg entstandene Bewegung Widerstand zu leisten, die darauf hinausgeht, offen oder in maskierter Form die Verwaltung der Unternehmen in die Hände der Arbeiter zu legen.

*) Unter den Worten „In der Wirtschaft nicht vollständig beschäftigte Arbeitskraft“ verstehen die Herren Kapitalisten die Arbeiter, die im ganzen täglich nur acht Stunden arbeiten.

„Das Hauptprinzip der Unternehmungsleitung ist der ökonomische Wohlstand, dieses Ziel aber können die Arbeiter natürlich nicht verfolgen, ihre Verwaltung kann nur die ohnehin zerrüttete Industrie untergraben.“ („Revue Int. du travail“, Nov. 1920.)

In dem vor kurzem von der Vereinigung der schwedischen Industriellen veröffentlichten Bericht für das Jahr 1920 ist davon die Rede, daß die Anwendung des Achtstundentaggesetzes die Ursache der Mehrzahl der Konflikte mit den Arbeitern im Laufe des Berichtsjahres bildete und infolgedessen den schwedischen Unternehmern sehr teuer zu stehen gekommen sei. 1 329 844 Kronen haben die Kapitalisten für Ausgaben aufgewendet, die durch Streiks und Aussperrungen hervorgerufen waren; diese Summe betrachtet die Industriellenvereinigung als monströs.

Die größte Aktiengesellschaft Schwedens, „Grönisberg“, beschloß, den Arbeitslohn der Grubenarbeiter um 40 bis 50 Prozent herabzusetzen. Die Arbeiter weigerten sich darum, einen neuen Vertrag zu schließen; die Frist des alten Vertrages war am 31. Dezember abgelaufen. Die genannte Gesellschaft hat im vorigen Jahr über 16 000 000 Kronen Reineinnahme erzielt. Ähnliche Erscheinungen lassen sich in allen Zweigen der schwedischen Industrie beobachten.

Das Exekutivkomitee des Verbandes der dänischen Unternehmer verfügte die Aufhebung aller Vereinbarungen mit den Arbeitern bezüglich des Achtstundentages.

Im Oktober fand in Kopenhagen eine Versammlung der Vertreter der dänischen Unternehmerorganisationen statt. Langkier, der Vorsitzende des Verbandes der Drucker und der Hauptvorkämpfer aller kapitalistischen Aktionen in Dänemark, sprach spöttisch von den Bestrebungen der Arbeiter zur Erzielung des Beteiligungsrechtes an der Verwaltung der Unternehmungen und schüttete seinen ganzen Groll auf die bestehenden Unterstützungsorganisationen für Arbeitslose aus. Er sprach von der Notwendigkeit der Herabsetzung des Arbeitslohnes, und rief die Arbeiter auf, diese Not-

wendigkeit anzuerkennen und sich ihr demütig zu fügen. Die in dieser Versammlung angenommene Resolution läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: der Achtstundentag muß abgeschafft werden, der Arbeitslohn muß herabgesetzt werden bis unter das Niveau der — angeblich — gesunkenen Preise für die Gegenstände des alltäglichen Gebrauches, alle Kollektivverträge sind einer Revision zu unterziehen und eine Veränderung derselben in der für die Arbeiter ungünstigen Richtung vorzunehmen. Schließlich muß die gesamte Arbeitslosengesetzgebung aufgehoben werden.

Die Unternehmer fassen nicht nur Resolutionen, sie führen sie auch durch: das ist aus dem Bericht des Statistischen Departements Dänemarks zu ersehen. Aus dem Bericht ergibt sich, daß im Durchschnitt im Vergleich zum ersten Jahresviertel der Stundenlohn im zweiten Jahresviertel für alle Industriezweige auf 14 Oer gesunken ist. Am stärksten ist der Lohn der Spezialalle Industriezweige um 14 Oer gesunken und um 16 Oer in der Provinz. Für ungelernete Arbeiter ist der Lohn um 7 und 12 Oer gesunken, für Frauen um 9 und 7 Oer.

Die Nationale Föderation der belgischen Unternehmer der Schiffbauproduktion und der Oeffentlichen Arbeiten wandte sich an das Ministerium für Industrie und Arbeit mit einem Brief, in dem sie um Aufhebung des Achtstundentaggesetzes bittet.

In diesem Briefe heißt es:

„Besorgt um die heiligen Interessen des belgischen Volkes, ist unsere Föderation fest davon überzeugt, daß nur durch gesteigerte, angespannte Arbeit eine Verbesserung der ökonomischen Bedingungen des Landes wird erzielt werden können, mit der die Interessen aller Bürger, die Arbeiter natürlich mit eingeschlossen, unzertrennlich verbunden sind . . . Wir behaupten, daß sogar durch Verdoppelung der Energie es unmöglich sein wird, die Zeit wieder einzuholen, die seit 1914 verloren ist, die zerstörten Gebiete wieder herzustellen, unser Eisenbahnnetz wieder in den alten Zustand zu bringen, eine genügende Anzahl von Gebäuden für die Befriedigung des Wohnungshungers zu errichten, der auf das ganze Leben des Landes seine harte Rückwirkung ausübt.“

Und zum Schluß heißt es:

„Wir wissen, daß die Mehrzahl der Arbeiter, mit denen wir die freundschaftlichsten Beziehungen aufrechterhalten, und die erfüllt sind von dem Wunsche, zu arbeiten für die Wiederherstellung des Landes, die Zähne zusammenbeißen, die Forderungen der Gewerkschaftsführer unterstützt haben, die zudem von politischen Erwägungen diktiert waren. Und wenn es möglich wäre, sie ohne Hinzuziehung der Gewerkschaften durch ein geheimes Referendum zu befragen, so wären Sie, Herr Minister, von den Resultaten der Rundfrage verblüfft.“

Der Verband der Eisenindustriellen von Brabant wandte sich sogar an König Albert selbst mit einem Gesuch, in welchem er seine Königliche Hoheit darum bat, durch seine Allmacht das Achtstundentaggesetz aufzuheben.

Alle angeführten Tatsachen, deren Zahl man bis ins Unendliche vermehren könnte, zeugen von der Weltoffensive des Kapitals, das danach trachtet, durch Herabsetzung des Lebensniveaus der Arbeitermassen den zusammenbrechenden Kapitalismus zu stützen. Der Druck des Kapitals ist direkt proportional der Schärfe der Krise, die sich im Zusammenhang mit der wachsenden Verschärfung des sozialen Kampfes nur verstärkt.

Worin liegt nun das Wesen der Krise, die die ganze Menschheit durchmacht? Darin, daß einerseits viel Waren vorhanden sind, andererseits viele Länder vorhanden sind, in denen Warenhunger besteht. Unerhörte Verschuldung, wahnsinniges Anwachsen der Steuern bis zur Besteuerung der Arbeitslöhne und weiteres ununterbrochenes Wachstum des Militarismus. Hohe Arbeitslöhne und ein verhältnismäßig hohes Lebensniveau in der einen Gruppe von Ländern, und dicht daneben eine Reihe von Ländern, in denen der Arbeitslohn und das Lebensniveau des Arbeiters um viele Male tiefer gesunken sind als vor dem Kriege. Die Länder der Welt zerfallen in zwei Hauptgruppen: Länder mit hoher Valuta — Amerika, England, Frankreich, Belgien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland — und Länder mit niedriger Valuta — Deutschland, Oesterreich usw. Zentral-europa bietet in der Lage, in der es sich

seit dem Versailler Frieden befindet, ein günstiges Feld für alle Arten von Experimenten der internationalen Drahtzieher.

Billige Arbeitskräfte, niedrige Valuta, das bedeutet soviel wie geringe Produktionskosten, und wir sehen, wie die amerikanischen, englischen, schwedischen und schweizerischen Kapitalisten ihre Bestellungen deutschen Fabriken übergeben und gleichzeitig ihre eigenen Unternehmen schließen. Hieraus ergibt sich eine ungeheure Arbeitslosigkeit in den Ländern mit hoher Valuta und eine geringere Arbeitslosigkeit als die „normale“ in den Ländern mit niedriger Valuta. Mit anderen Worten, die Ausmaße der Arbeitslosigkeit sind direkt proportional der Höhe der Valuta. In der Tat, wie vorteilhaft es ist, seine Bestellungen an Deutschland zu geben, ist aus folgendem Vergleich der Arbeitslöhne in den industriereichsten Ländern Europas zu ersehen: Wenn man die Arbeitslöhne der europäischen Staaten in Schweizer Franken umrechnet, so erhält man folgendes Verhältnis: England 2.10, Schweden 1.77, Frankreich 1.10, Belgien 1.03, Italien 0.55 und Deutschland 0.18. Der Arbeitslohn in Deutschland beträgt also den elften Teil des Arbeitslohnes in England, und es ist ganz natürlich, daß sich in allen kapitalistischen Staaten das Bestreben der Unternehmer beobachten läßt, die Arbeitslöhne in der Richtung des Minimums auszugleichen. Wie wird dies bewerkstelligt? In Deutschland, in Oesterreich laufen Bestellungen ein. In den Ländern mit hoher Valuta werden die Unternehmen geschlossen, und es beginnt ein Sinken der Arbeitslöhne um 30, 40, 50 und mehr Prozent. Nach einiger Zeit sinkt der Arbeitslohn wieder. Dieses systematische und unaufhörliche Sinken des Arbeitslohnes ist das charakteristischste Moment an dieser ganzen organisierten Offensive. Das Ziel der Unternehmer besteht darin, die Arbeitsbezahlung und das Lebensniveau der Arbeiter in den Ländern mit hoher Valuta bis auf das Niveau der

Länder mit niedriger Valuta herabzudrücken, so daß man dann mit Deutschland auf dem Weltmarkt konkurrieren kann.

Die Geschichte hat an den Gewerkschaften der alliierten Länder für ihre Beteiligung an der Vernichtung und Ausplünderung Deutschlands Rache genommen. Vom Ententestiefel zertreten, ist Deutschland und das deutsche Proletariat gegenwärtig der Lohndrücker für die ganze Welt, was auf die anderen Länder einen ungeheuren Einfluß ausübt, die gegenwärtig die deutsche Technik nicht nur dazu ausnützen, um an den deutschen Bestellungen zu verdienen, sondern auch dazu, um die Arbeitslöhne ihrer eigenen Arbeiter herunterzudrücken, herabzusetzen.

Gleichzeitig mit der tatsächlichen Aufhebung des Achtsturentages beobachten wir auch Versuche seiner Aufhebung durch gesetzliche Maßnahmen. So sind entsprechende Gesetze den Parlamenten der Schweiz, Frankreichs und Belgiens eingereicht worden, und alle diese Vorschläge werden motiviert durch die Notwendigkeit, die nationale Produktion zu retten, sie gegen die Konkurrenz zu schützen usw. — es sind immer wieder die gleichen Beweise und die gleichen Motive, denn es liegen ihnen die gleichen Ursachen zugrunde: das Streben, um jeden Preis die Produktionsunkosten auf Kosten der Arbeiterklasse zu verringern.

Damit ist aber die Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse bei weitem noch nicht beendet. Die Aufhebung des Achtsturentages, die Verringerung der Arbeitslöhne, der Versuch, das Gesetz der Fabrik- und Werkkomitees aufzuheben oder einzuschränken, die tatsächliche Aufhebung des Schutzes der Frauen- und Kinderarbeit, — das alles ist begleitet von einem allgemeinen Druck auf die Arbeiterklasse. In diesem Kampfe haben in der letzten Zeit die Unternehmer spezielle Organisationen geschaffen. Die russische Revolution hat nicht allein der russischen

Arbeiterklasse viele Lehren erteilt. Auch die Unternehmer aller Länder haben an der Niederlage der russischen Bourgeoisie dies und jenes gelernt und haben noch vor dem Eintritt entscheidender Gefechte mit der Aufrichtung ihrer eigenen weißgardistischen Organisationen begonnen, die in den verschiedenen Ländern und unter verschiedenen Namen das gleiche Ziel verfolgen -- den organisierten Druck auf die Arbeiter und die Bekämpfung ihrer Forderungen um jeden Preis. Die Sommatenen in Spanien, die Faszisten in Italien, die Bürgerligen in Belgien und Frankreich, die Freiwilligen in England, die Kukluksklan in Amerika, die Technische Nothilfe in Deutschland usw. usw., das alles sind Organisationen für den unmittelbaren bewaffneten Kampf gegen die Arbeiter.

Die Aufgaben, die alle diese Organisationen haben, bestehen erstens darin, Streiks zum Scheitern zu bringen, zweitens darin, sofort die Waffen anzuwenden, sobald eine revolutionäre Bewegung beginnt. Gewöhnlich werden für diese Organisationen Techniker, Studenten der technischen Hochschulen und überhaupt die Jugend der herrschenden Klassen angeworben, die den Krieg mitgemacht haben. Dabei werden von ihnen zwei Eigenschaften verlangt: die technische Befähigung, die Streikenden zu ersetzen, und militärische Schulung für die unmittelbare Unterdrückung jeder Art von Aufstand. Diese weißgardistischen Organisationen sind sehr verbreitet. Sie haben in jedem Lande, je nach den speziellen politischen und Lebensverhältnissen, ihre Eigenheiten. Das Gemeinsame aller dieser Organisationen ist aber, daß sie von den Regierungen unterstützt, von den Unternehmerorganisationen subventioniert werden, wie z. B. in Belgien, wo die Industriellen den Bürgerbund subventionieren usw. Diese Zellen der weißgardistischen Organisationen, die bereits vor der sozialen Revolution geschaffen wurden, sollen die Entfaltung revolutionärer Aktionen ver-

hindern und die soziale Revolution im Keime ersticken.

Gleichzeitig mit der ökonomischen Offensive, die bestrebt ist, die unmittelbaren ökonomischen Errungenschaften der breiten Massen zu vernichten, findet auch eine politische Offensive statt. Sie kommt zum Ausdruck in einer allgemeinen Zunahme der Reaktion, in der Sprengung der Arbeiterorganisationen in einer ganzen Reihe von Ländern (Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Spanien usw.), in der zunehmenden Verfolgung der Kommunisten und Revolutionäre. Wir sehen ein Zunehmen der Reaktion in der ganzen Welt, eine in dem Maße immer schärfer werdende Zunahme, als für die Bourgeoisie die Gefahr des heranrückenden „bolschewistischen Barbarentums“ immer klarer wird. Die letzten paar Monate zeugen davon, daß die Reaktion vorzüglich organisiert ist. Die Bourgeoisie ist sich bewußt, welche Gefahren ihr von der sich immer mehr entwickelnden Arbeiterbewegung drohen, und sie ergreift darum ihre Maßnahmen: von der Schaffung spezieller weißgardistischer Organisationen bis zur Komplettierung der Truppen durch afrikanische Neger, die die Rolle der Retter der bourgeoisen Zivilisation gegen das „Barbarentum“ spielen sollen.

Das ist die allgemeine Weltlage. Wir beobachten die Einheitsfront der Bourgeoisie, ihr planmäßiges Heranrücken, das Vorschieben ihrer Vortruppen, die Arbeitsteilung im Kampfe, die Verwendung verschiedener Waffengattungen. Die ganze Organisation der herrschenden Klassen stellt einen einheitlichen, organischen Block dar, der um so stärker ist, als diesem Block Giftgase in Form der modernen gelben Presse zur Verfügung stehen.



Was stellt nun die entgegengesetzte Front dar? Angesichts dieser im internationalen Maßstabe organisierten Offensive, bei der Einheit aller ihrer Organisationen und der zweifellosen Einheit des

Willens, der auf die Unterdrückung der Revolution gerichtet ist, — was geht angesichts dieser Tatsachen in den Reihen der Arbeiterklasse vor, deren Organisationen unmittelbar nach der Beendigung des Krieges grandiose Maßstäbe angenommen haben? Welchen Widerstand setzt die Arbeiterklasse gegenwärtig dieser organisierten Offensive entgegen und welches sind die Methoden, Formen und Mittel des Kampfes, durch die die Arbeiterorganisationen diesen Angriff zurückzuschlagen gedenken? Vor allem muß gesagt werden, daß die größten Gewerkschaftsorganisationen sich dieser organisierten Offensive gegenüber als vollständig ohnmächtig erwiesen haben: diese Offensive hat sie vollständig überrascht. Während langer Zeit beschäftigten sich die Führer der reformistischen Gewerkschaften nur mit dem Versuch, die Unternehmer zu überreden, die Arbeitslöhne nicht herabzusetzen, den Arbeitstag nicht zu verlängern. Sie beriefen sich hierbei auf die sakrosankten Bestimmungen der Washingtoner Konferenz. Es verging Monat für Monat, ein Arbeitszweig nach dem anderen erlitt eine Niederlage, die Verbände traten vereinzelt in den Kampf ein, wobei sie sich sehr oft bereits vor Beginn des Kampfes ergaben, während sie dort, wo der Kampf tatsächlich begann, wo die einzelnen mächtigen Gewerkschaften zum Schutze ihrer elementarsten Forderungen auftraten, — isoliert blieben, wie dies beim Streik der englischen Bergleute der Fall war, und eine Niederlage erlitten. Diese Offensive des Kapitals zeigte also die ganze Kopflosigkeit der führenden Spitzen der heutigen Gewerkschaftsbewegung, die sich den ausgezeichnet organisierten Unternehmern gegenübergestellt sahen und von liberalen Worten und Klagen zur Tat übergehen mußten. Und erst nachdem die Unternehmer einen Produktionszweig nach dem anderen attackiert hatten und jeden einzeln schlugen, begann eine Reihe von Aktionen von seiten der allgemeinen Gewerkschaftszentren gegen diese

freche Verletzung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse. In Deutschland hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund zehn Forderungen ausgearbeitet, die den Forderungen der Industriellen betr. Uebergabe der Eisenbahnen an sie gegenübergestellt wurden, aber diese Arbeiterforderungen sind auf dem Papier geblieben. Trotzdem der deutschen Gewerkschaftszentrale neun Millionen Mitglieder angehören, entschloß sie sich doch nicht, für diese Forderungen in den Kampf einzutreten. Sie stellte sie nur zu dem Zwecke auf, um zu beweisen, daß auch sie ein Programm habe, um den erregten Arbeitern wenigstens eine Antwort zu geben, und dachte nicht im geringsten daran, für die aufgestellten Forderungen zu kämpfen, trotz der feurigen und energischen Unterstützung dieser Forderungen durch die revolutionären Arbeiter Deutschlands.

Mitte November trat der Generalrat der englischen Trade-Unions mit einer Deklaration anlässlich der Offensive des Kapitals hervor. Im November 1921, erst 6 Monate nach der Niederlage der Bergleute, nachdem der Arbeitslohn von Hunderttausenden von Arbeitern herabgesetzt worden war, — erst hiernach trat der Generalrat mit einer Deklaration hervor, in der er die organisierte Offensive des Kapitals konstatiert.

Diese verblüffende Scharfsichtigkeit ist für die heutigen Führer der Gewerkschaften äußerst charakteristisch. In dieser Erklärung rechnet der Generalrat in Pfund Sterling aus, wieviel die Offensive der englischen Kapitalisten das englische Proletariat gekostet hat. Es ergab sich eine grandiose Summe: Der Arbeitslohn war in dieser Zeit für 7 Millionen Arbeiter herabgesetzt worden. Dank dieser Herabsetzung des Arbeitslohnes haben die Arbeiter einen jährlichen Verlust von ungefähr 400 Mill. Pfund Sterling.

Welche Schlüsse zieht nun der Generalrat anlässlich dieser planmäßigen und organisierten Offensive? Er klagt über die Un-

gerechtigkeit der Unternehmer, klagt darüber, daß die Unternehmer die Revolution herbeiführen, daß „sie durch ihren Extremismus auch auf der anderen Seite Extremismus erzeugen“. Der Generalrat betont mehrmals, daß es notwendig sei, zu konstitutionellen Formen und Methoden des Kampfes zu greifen, daß England sich dank der Entwicklung der konstitutionellen Kampfmethoden entwickelt habe, und bringt sein tiefes Bedauern zum Ausdruck, daß sich Unternehmer finden, die den Rahmen der Konstitution überschreiten (obgleich die Herabsetzung des Arbeitslohnes und die Offensive des Kapitals keinerlei bourgeois Konstitution widersprechen), wodurch sie die Arbeitermassen zu unorganisierten Kampfmethoden treiben. Das war alles, was die Führer von sechseinhalb Millionen Arbeitern ausdenken konnten! Aber die Konstitution besteht ja in England schon lange. Wo also, in welchen Paragraphen dieser Konstitution, haben die Kenner des Staatsrechtes ein Verbot für die Unternehmer gefunden, die Arbeiter auszubeuten? Die Berufung auf die Konstitution kann nur einen Sinn haben. Die Führer der Gewerkschaften erklären: „Wir sind loyal, wir wollen gar nichts von der Revolution hören, wir wollen mit den herrschenden Klassen zusammenarbeiten, während ihr, indem ihr uns zurückstoßt, dadurch bei ihnen revolutionäre Gesinnungen weckt.“ Diese Argumentation erinnert an die Taktik der russischen Liberalen in der Periode des Terrors der „Narodnaja Wolja“ (Partei des Volkswillens). Sie wandten sich an die Regierung und sagten: „Gebt uns eine Konstitution, sonst werden sie Bomben werfen.“ Kann eine solche Taktik in irgend einem Grade das organisierte Kapital beeinflussen? Nein, nicht im geringsten Grade. Die „Times“ hat diese Deklaration des Generalrats abgedruckt, ebenso wie auch die anderen bourgeois Zeitungen sie abdruckten, aber die englische Bourgeoisie hat nicht einmal mit der Wimper

gezuckt; sie setzt ihre Arbeit fort, denn mit Deklarationen kann man ihr keine Angst einjagen. Indessen besteht die Taktik der Amsterdamer Internationale und ihrer reformistischen Führer darin, den Kampf zu vermeiden, die Spitzen und Widersprüche abzuschwächen, eine Mittellinie zu finden. Und zwar suchen sie diese Mittellinie stets noch vor Beginn des Kampfes, indem sie vergessen, daß die Resultante hier das Resultat zweier Kräfte ist; wenn man aber von Anfang an in der Richtung der vermutlichen Resultante geht, so lenkt man diese Linie dadurch in die Richtung seiner Klassenfeinde. Den gleichen Verzicht auf die elementaren Pflichten, die der Arbeiterbewegung von ihrer Führung auferlegt werden, beobachten wir auch in anderen Ländern. In Frankreich hat die Allgemeine Konföderation der Arbeit nicht einen ernsthaften Kampf gegen die Besteuerung der Arbeitslöhne aufgenommen. In Deutschland hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund die Besteuerung der Arbeitslöhne sanktioniert. Das gleiche ängstliche Verhalten sehen wir überall dort, wo an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung erprobte reformistische Führer stehen. Sie sind an die alten Formen und Methoden des Kampfes gewöhnt: Verhandlungen mit den Unternehmern, Uebereinkünfte, Kollektivverträge, Banketts — das ist ihr ganzes Arsenal „konstitutioneller“ Kampfmethoden, und sobald die Zuspitzung des sozialen Kampfes alle diese alten Methoden überflüssig macht, verlieren sie die Fassung, klammern sich an diesen ganzen alten Krempel, indem sie sich selbst und anderen versichern, daß man im erbitterten Klassenkampf durch Beschwörungen und durch Berufung auf die Charte der Freiheiten und die Konstitution siegen könne. Ihre erste Sorge besteht in der Ueberredung der Unternehmer; andererseits sind sie durch die Furcht beunruhigt, die Arbeiter könnten eine Aktion unternehmen, sie könnten die Initiative selbst in die Hand nehmen, könnten den Kampf von unten her

mit ihren eigenen Mitteln über die Köpfe ihrer Führer hinweg beginnen, — und sind bemüht, die Arbeiter vom Kampfe abzulenken. Und man muß sagen, daß ihre Befürchtungen ziemlich begründet sind: in den Massen hat diese Offensive des Kapitals tiefe Veränderungen hervorgerufen. Die Hoffnungen auf einen friedlichen Ausgang und eine glückliche Entwicklung verschwinden und vergehen wie Rauch. Die rauhe Lebenswirklichkeit hat alle Versprechungen großer Reformen in ihr Gegenteil verwandelt. Die großen Prinzipien der Demokratie, die Charte der Freiheiten, der Abschnitt 13 des Versailler Vertrages, die Internationale Arbeitsorganisation, die Amsterdamer Internationale, alle diese reformistischen, verträumten Schwärmerien sind vergangen, ohne daß sie oftmals Zeit gehabt hätten, sich richtig zu entfalten. Die Arbeiterklasse steht nun vor einem zerschlagenen Trog. Ihre elementaren Errungenschaften werden vernichtet, ihr Lebensniveau herabgesetzt, die Arbeitslosigkeit wächst, die Unsicherheit in bezug auf den morgigen Tag nimmt zu, die Unbeständigkeit des sozialen Organismus vergrößert sich immer mehr und mehr, und jene Unruhe, die stets der Ausgangspunkt revolutionärer Bewegungen ist, erstreckt sich auf immer breitere und breitere Arbeitermassen und dringt sogar in die zurückgebliebensten und vom Sozialismus und von der Revolution am weitesten entfernten Schichten der Werktätigen ein. Das dumpfe Murren und die dumpfe Unzufriedenheit nehmen zu. Und auf der Grundlage der organisierten Offensive des Kapitals ist in den untersten Schichten, in der eigentlichen Hefe der Arbeiterklasse, die Sehnsucht nach Einheit erwacht.

Die Offensive des Kapitals zwingt die Arbeiterklasse gleichsam in eine Presse ein, sie fegt die Hindernisse hinweg, die die einzelnen Arbeiterschichten voneinander trennten, sie gibt ihr festeren Zusammenhalt, sie verringert ihre Lücken, sie stellt jeden einzelnen Arbeiter in der Wirk-

lichkeit den Fragen des Kampfes gegenüber, zwingt ihn über die Methoden, Formen und Mittel des Kampfes nachzudenken, veranlaßt ihn, eine Umwertung aller Werte vorzunehmen und nach irgendwelchen neuen Formen und neuen Wegen des Kampfes zu suchen. Der europäische Durchschnittsarbeiter hat den Kompromißweg schon erprobt: er ist bereits durch die Liga der Nationen, durch das Internationale Arbeitsbüro, durch die Zusammenarbeit der Klassen und durch alle möglichen paritätischen und anderen Kommissionen hindurchgegangen. Er beteiligte sich an den Sitzungen über die Sozialisierung, verlas im Laufe einiger Jahre äußerst lange Referate, Berichte über die Sozialisierung der Produktionsmittel, über die Siege der Amsterdamer Internationale u. a., was er aber in Wirklichkeit vor sich sieht, ist die Verlängerung des Arbeitstages, die Herabsetzung des Arbeitslohnes, die Aufhebung der sozialen Gesetzgebung und die allgemeine Herabsetzung des Lebensniveaus. Diese elementaren Tatsachen gestalten die Psychologie des Massenarbeiters um: er sieht, daß die Arbeiterklasse der gegen ihn heranrückenden einheitlichen Unternehmerfront, dem organischen Block der sozialen Reaktion, in einander feindliche Parteien, Verbände und Gruppen geteilt, entgegentritt. Es scheint ihm, daß dieser ganze Kampf der Parteien etwas von außen her Herangetragenenes ist; es scheint ihm, daß dies etwas Fremdes sei; daß man sehr gut auch ohne diesen verschärften Parteikampf auskommen könne. In seiner Seele erwacht unter dem mächtigen Drucke von außen her das Streben zur Einheit, der Wunsch, sich enger zusammenzuschließen, um seine Einheitsfront der Einheitsfront des Kapitals entgegensetzen. Dieser Drang zur Einheit, der hervorgerufen ist durch den mächtigen Andrang des organisierten Kapitals, durch den planmäßigen Angriff des bourgeois Staats und der Unternehmerorganisationen, bildet die Grundlage einer lebensvollen Klassenbe-

wegung, durch den der ganze Arbeiterorganismus gesundet.

Die revolutionären Verbände treten für die Schaffung dieser Einheit ein. Was aber ist eigentlich die Einheit der proletarischen Front, welches ist ihr Ziel? Wenn wir von der Einheitsfront sprechen, so haben wir den Kampf im Auge, denn wo kein Kampf ist, da ist auch keine Front; folglich setzt die Einheitsfront und die Einheit der Arbeiterklasse Einheit zum Zwecke der Aktionen, zum Zwecke des aktiven Widerstandes, zum Zwecke von Kampfaktionen voraus, keinesfalls aber zum Zwecke passiven Abwartens und der Zusammenarbeit der Klassen. Für passives Abwarten und für die Verfassung „konstitutioneller“ und literarischer Proteste ist die Einheitsfront nicht nötig, das kann man auch einzeln besorgen. Die Einheitsfront ist für den Kampf und nur für den Kampf notwendig; nur für die konkreten Formen dieses Kampfes sind wir bereit, einen Block mit irgendeiner beliebigen Arbeiterorganisation zu bilden. Es ist nicht schwer, ein Programm der Forderungen auszuarbeiten. Produktionskontrolle, Festsetzung fester Preise für die Lebensmittel, Kontrolle des Exportes und Importes, Konfiskation der Werte, Aufhebung der Steuer auf den Arbeitslohn, Uebertragung aller Steuern usw. auf die herrschenden Klassen, — das alles sind sehr populäre Forderungen, die jede beliebige Arbeiterpartei anerkennen wird. Es handelt sich aber darum, wie eine Verwirklichung dieses Programmes zu erreichen ist. Hierfür gibt es keinen anderen Weg als den revolutionären. Darum ist das Moment der revolutionären Aktion, das Moment des organisierten Kampfes das Entscheidende in der Frage der Einheitsfront, und das ist auch der Grund, warum die reformistischen Verbände sich dieser Frage gegenüber so mißtrauisch verhalten.

Wenn man einen beliebigen Führer eines reformistischen Verbandes betrachtet, so sieht man, daß er nichts anders tut, als nur

von der Einheitsfront reden. Alle seine Reden, Aktionen und Beschuldigungen, die gegen die Kommunisten und gegen die revolutionären Syndikalisten gerichtet sind, laufen darauf hinaus, daß jene die Einheitsfront zerstören. Wie aber denken sich die Amsterdamer die Einheitsfront? Als eine Front der Aktion? Nein, als eine Front der Untätigkeit, als eine Front der Zusammenarbeit der Klassen. Sie wollen die Einheitsfront nicht für den Kampf, sondern für friedliche Verhandlungen, während wir zur Schaffung der Einheitsfront, zum Zusammenschluß der Arbeitermassen von unten her aufrufen zum Zwecke des Widerstandes gegen die Offensive des Kapitals, zum Zwecke der Organisation der Massen auf der Basis dieses Widerstandes und zum Zwecke des späteren Ueberganges zum Angriff gegen das Kapital. Wir haben schon mehr als einmal Gelegenheit gehabt, in der Frage der Einheitsfront mit den Führern der Amsterdamer Internationale zusammenzustoßen. In Deutschland haben die Kommunisten und die einfachen Arbeiter der anderen Parteien bei dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsverband beantragt, einen allgemeinen deutschen Kongreß der Betriebsräte einzuberufen, um die Forderungen zu verwirklichen, die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgestellt wurden. Die reformistischen Führer der Gewerkschaften Deutschlands lehnten dies ab in Anbetracht dessen, daß hierdurch die Einheit der Front verletzt werde. In Italien beantragt die revolutionäre Minderheit der Allgemeinen Konföderation der Arbeit fortwährend die Schaffung einer Einheitsfront, um der Offensivtaktik der Bourgeoisie entgegenzuwirken. Die Kommunisten schlugen mehrmals eine allgemein nationale Aktion und den revolutionären Kampf gegen den Faschismus vor. Die Führer der allgemeinen Konföderation der Arbeit verhielten sich zu allen diesen Vorschlägen mißtrauisch, lehnten die Einheitsfront mit den revolutionären Arbeitern ab und zogen es vor, mit jedem beliebigen

anderen, nur nicht mit den Kommunisten einen Block zu bilden. Die Rote Internationale der Gewerkschaften schlug der Amsterdamer Internationale gemeinsame Aktionen in der Frage Spaniens und Jugoslawiens vor, erhielt aber keine Antwort. Wir wandten uns ein zweites Mal an die Amsterdamer Internationale mit dem Vorschlag einer gemeinsamen Einmischung in die französischen Angelegenheiten, um dort eine Spaltung zu vermeiden. Die Amsterdamer Internationale, die so gern von der Einheit der proletarischen Front redet, wird vollständig taub und stumm, sobald von der Kampffront die Rede ist. Sie ist bereit, mit den Unternehmern Kompromisse zu schließen, doch mit den revolutionären Arbeitern in Verhandlungen einzutreten, beabsichtigt sie nicht. Der Unterschied zwischen uns und ihnen, zwischen den reformistischen und revolutionären Verbänden besteht darin, daß wir für die gemeinsame Arbeiterfront eintreten, während sie für die gemeinsame Arbeiter- und Unternehmerfront eintreten, und solange die führenden Spitzen der heutigen reformistischen Gewerkschaftsbewegung nicht auf diesen Gedanken der Schaffung einer Arbeiter- und Unternehmerfront verzichten, solange wird die Schaffung einer Einheitsfront der Arbeiterklasse zum Zweck des Kampfes gegen die Bourgeoisie äußerst schwierig sein. Dies bedeutet nicht, daß die revolutionären Verbände auf den Gedanken der Schaffung dieser Front verzichten sollen, — nein, unter keinen Umständen! Wir schaffen diese Front gegen die Unternehmer, wir ziehen zu dieser Front Arbeiter verschiedener Richtungen und verschiedener politischer Ueberzeugungen heran, alle, die kämpfen können, alle, die die Arbeiterklasse der Bourgeoisie entgegenstellen wollen, alle, die ihren Rücken nicht untertänig vor dem heranrückenden Kapital beugen wollen. Die Einheit wird trotz der reformistischen Führer langsam geschmiedet. Die Arbeiterklasse wird von unten her geeint, der Zu-

sammenhalt in der Arbeitermasse, ihre Kohärenz vergrößert sich. Die Masse sieht, wo ihre Freunde und wo ihre Feinde stehen. Diese Front wird geschaffen in großen angespannten inneren Kämpfen, denn die Spitze der Gewerkschaften ist in den bourgeoisen Staat hineingewachsen, sie hat sich in einen Apparat dieses bourgeoisen Staates verwandelt, der die Arbeitermassen durch seine ganze organisierte Macht in Diensten der heutigen Gesellschaft hält. Die Offensive des Kapitals

hat die ewige Sehnsucht der Arbeiterklasse nach der Einheitsfront um das Vielfache verstärkt. Die Einheit der Front entreißt die Massen dem Einfluß des reformistischen Apparates und erhebt in ihrer ganzen Schärfe die Frage des Kampfes, der Aktion. Die Arbeiterklasse will die Einheit und sie wird sie gegen den Willen ihrer reformistischen Führer und trotz aller ihrer Listen erreichen.

A. LOSOWSKY.

Der Versuch einer Einheitsfront in der Schweiz.

Jetzt, wo die Exekutive der Kommunistischen Internationale ihre Thesen über die Taktik einer Einheitsfront bestimmt und die Verhandlungen über diese Frage in allen Sektionen der Internationale beginnen, ist es interessant, die in dieser Richtung schon gemachten Versuche zu untersuchen. Einer gewissen Zahl unserer Genossen scheinen die Thesen der Exekutive wie eine neue Taktik, wie eine neue Offenbarung des III. Kongresses. Unseren Gegnern wird allerdings die Taktik der Einheitsfront wie ein „*mea culpa*“ des Kommunismus vorkommen. Sie werden, wie schon in den Thesen des III. Kongresses, auch hier eine Verurteilung der früheren Taktik der Spaltung und Teilung der sozialistischen Bewegung sehen: die sich auflösende, ihrer Irrtümer und Fehler bewußte Kommunistische Internationale entschlief sich, die proletarische Einheit wieder herzustellen, die sie zerstört hat.

Der Gedanke, daß die Kommunistische Internationale ihre Taktik von Grund aus ändert, scheint uns durchaus falsch. Von ihrer Gründung an betätigte sie ihren sicheren Marxismus: sie propagierte die Taktik der revolutionären Massenaaktion. Niemals unterstützte oder verteidigte sie die Putschtaktik. Sie zeigte ihre Kraft, die Massen nicht nur zur revolutionären Tätigkeit mitzureißen, sondern auch für diese vorzubereiten und zu erziehen. Es mußte in jedem Lande eine unabhängige kommunistische Partei existieren, deren Taktik einzig nur darauf gerichtet war, die Massen für den revolutionären Kampf zu gewinnen und sie von den reformistischen Ideen der 2. und 2½ Internationale zu befreien. Die Kommunistische Internationale hat nie geglaubt, daß die kommu-

nistischen Parteien die Revolution ohne die proletarischen Massen machen könnten. Die Aufgabe der kommunistischen Parteien war klar gestellt durch den II. Kongreß: Führer der Massen, Vorhut der proletarischen Bewegung zu sein.

Unsere erste Pflicht, um die Massen mitreißen zu können, war also die Schaffung unabhängiger kommunistischer Parteien, d. h. Spaltung, Teilung und Reinigung der alten sozialdemokratischen Parteien, um ihnen die bewußten, revolutionären Elemente zu entziehen oder die Opportunisten davonzujagen. Diese erste taktische Operation wurde ausgeführt durch den II. Kongreß, als er die 21 Bedingungen aufstellte, die von allen Parteien der Kommunistischen Internationale angewendet wurden. Aber zur selben Zeit bestätigte der II. Kongreß in einer Anzahl von Thesen, daß es für die Kommunistische Partei notwendig sei, eine Taktik anzunehmen, welche sie in engen Kontakt mit den arbeitenden Massen bringt. Die Thesen über den Parlamentarismus, über die Agrarfrage, über die nationalen Fragen und besonders über die Fragen der Gewerkschaftsbewegung waren beherrscht von der Hauptsorge unserer Bewegung: Die kommunistischen Parteien, welche schon nach dem Unabhängigkeitsprinzip gebildet und organisiert sind, müssen das Vertrauen der breiten Volksmassen gewinnen, um sie zur Revolution führen zu können.

Nach unserer Meinung hat der III. Kongreß keine neue Taktik eingeführt, indem er die Offensivtaktik verurteilte; er ist seiner von den vorhergehenden Kongressen vorgezeichneten Richtlinie treu geblieben, der Tatsache Rechnung tragend, daß die ökonomische und politische Situation im Laufe des Jahres empfindliche Aenderungen er-

erfahren hatte, und besonders, daß die Arbeiterbewegung in allen Ländern eine Periode der Depression durchmachte. Die Physiognomie des III. Kongresses blieb vielen unserer Genossen unverständlich, die der Meinung sind, daß die Linke des Kongresses vertreten war durch jene, die den Kampf gegen die Zentristen fortsetzen und die Arbeitermassen erwecken wollten durch die revolutionäre Offensive der in den kommunistischen Parteien gruppierten Auserwählten. In Wirklichkeit waren links jene Genossen, die wie Lenin und Trotzki wollten, daß die Internationale nicht länger im Kampf gegen die Zentristen aufhebe, sondern sich ganz ihrer Hauptaufgabe hingebe: die Vorbereitung und das Mitreißen der proletarischen Massen zur revolutionären Tat.

Es war ein Irrtum mit den Anhängern der Offensivtaktik zu glauben, daß das Mitreißen der momentan eingeschläferten Massen dadurch geschehen könnte, daß man jene kleine Minderheit, die in den kommunistischen Parteien gruppiert ist, zum Kampf gegen die wachsende kapitalistische Reaktion aufruft. Diese Taktik brachte nichts anderes zustande, als die Mehrzahl der arbeitenden Massen von ihrer revolutionären Vorhut zu trennen und das Werk des Eindringens der Partei in die Massen zu kompromittieren. Mit der Bestätigung der Notwendigkeit, die Mehrheit des Proletariats zu gewinnen, führte der III. Kongreß nicht eine neue Taktik ein, sondern er stellte die kommunistischen Parteien ihren unmittelbaren Aufgaben gegenüber. Die Thesen für die Einheitsfront sind nur eine Anwendung unserer Grundtaktik in einem bestimmten historischen Moment: in die Massen zu gehen, ihr Vertrauen zu gewinnen und sie zur Tat zu führen, indem man sie dem Einfluß der Reformisten entzieht. Es handelt sich nicht darum, sich mit den Sozialdemokraten zu versöhnen oder die kommunistischen Parteien zu liquidieren, sondern es handelt sich darum, die Massen zu gewinnen, indem man den Kampf gegen die Reformisten fortsetzt und ihren Einfluß auf die Massen bricht. Der Beweis dafür, daß diese Taktik keine neue ist und in keiner Weise den Verzicht auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie bedeutet, ist die Tatsache, daß sie lange vor dem III. Kongreß durch die Kommunistische Partei der Schweiz unter Umständen angenommen wurde, welche Zeugnis geben von dem Dienst, den sie im Kampfe gegen die Sozialdemokratie geleistet hat.

Die Kommunistische Partei der Schweiz wurde am 6. März 1921 gebildet durch die Verschmelzung der kleinen kommunistischen Partei und der Linken der sozialistischen Partei, die aus dieser Partei ausgetreten war. Die so entstandene Partei war

weit von einer Tendenz nach rechts entfernt. Die kleine kommunistische Partei, die sich mit der Linken der Sozialdemokratie verbunden hatte, unterstützte eine gewisse Zeit die extremen und antiparlamentarischen Theorien der K. A. P. D. Andererseits hatte sich die Spaltung der sozialdemokratischen Partei auf der Linie der extremen Linken vollzogen, dank den Manövern Grimms, welcher allseits versicherte, daß die Wiener Konferenz eine Revision der 21 Bedingungen vornehmen werde. Die kommunistische Partei war zurzeit des I. Kongresses eine kleine Organisation von 5—6000 Mitgliedern, welche mehr zur Kinderkrankheit des Kommunismus als zum Opportunismus neigte und Gefahr lief, dem Sektierertum zu verfallen. Wir fürchteten die Gefahr, eine kleine, von den Massen der Arbeitenden isolierte Gruppe zu bleiben; auch als wir nach gründlicher Spaltung vom Zentrum die Tagesordnung zu unserem konstituierenden Kongreß vorbereiteten, war unsere erste Sorge die Verbindung mit den arbeitenden Massen. Diese Verbindung war uns auf gewerkschaftlichem Boden gegeben und speziell in den Arbeiterverbindungen, die in der deutschen Schweiz das syndikalistische Kartell und diejenigen proletarischen Parteien zusammenfassen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Als wir die Spaltung der politischen Bewegung ausführten, waren wir überzeugt von der Notwendigkeit, unseren Willen zu zeigen, die Einheit der proletarischen Bewegung und des Arbeiterkampfes aufrechtzuerhalten und zu verteidigen. Während diejenigen Arbeiterverbindungen, die unter sozialdemokratischem Einfluß standen, die Teilnahme der kommunistischen Partei zurückwiesen, haben jene, die unter unserem Einfluß standen, besonders die von Zürich und Basel, die Teilnahme der sozialdemokratischen Partei angenommen. Auf diese Weise bekundeten wir unseren Willen, an der Einheit des proletarischen Kampfes festzuhalten.

Vom konstituierenden Parteikongreß wurde die Frage der Arbeiterunionen aufgeworfen und ein Beschluß gefaßt, der unter anderem sagte: Die Bestrebung, eine schweizerische Arbeiterunion ins Leben zu rufen, die autorisiert sein soll, die Massenkämpfe der gesamten Arbeiterschaft der Schweiz zu beschließen und durchzuführen, ist begründet durch die dem Proletariat aufgezwungenen Kampfmethoden und durch den Umstand, daß eine solche Organisation die breitesten Massen zu erfassen vermag. Die Schaffung einer solchen Zusammenfassung der arbeitenden Massen ermöglicht es den Parteien und dem Gewerkschaftsbund, auch fernerhin ihre speziellen Aufgaben zu erfüllen.

Zur selben Zeit riefen unsere kommunistischen Genossen des Arbeiterverbandes Basel für den

20. März einen Kongreß der schweizerischen Arbeiterunionsen zusammen, um die alte Frage der einheitlichen Arbeiterorganisationen, der Vereinigung der Arbeitergewerkschaften und der proletarischen Parteien der ganzen Schweiz zu besprechen. Dieser von der Baseler Arbeiterverbindung auf dem Gewerkschaftskongreß im Frühling gemachte Vorschlag wurde von der reformistischen Majorität abgewiesen. Die Kommunisten von Basel nahmen ihn wieder auf in ein Programm des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit und gegen die Versuche der Bourgeoisie, den Arbeitstag zu verlängern und die Löhne zu verringern. Ihr Ziel war, der reformistischen „Gewerkschaftlichen Vereinigung“ eine breite Arbeiterorganisation entgegenzustellen, die, von revolutionärem oder gar kommunistischem Geist beseelt, ohne die gewerkschaftliche Bewegung zu spalten, sie der Leitung und dem Einfluß der Reformisten entreißen würde. 25 Vereinigungen, ungefähr 90 000 Mitglieder umfassend, waren auf der Märzkonferenz vertreten; diese faßte zwei Resolutionen, die unter anderem folgendes sagten:

Die lokalen Arbeiterunionsen haben in ihrem Kampfe für eine schweizerische Einheitsorganisation vor und auf dem Gewerkschaftskongreß mit aller Schärfe die Notwendigkeit einer proletarischen Klassenorganisation betont und festgestellt, daß weder die politische noch die gewerkschaftliche Organisation für sich allein dieser Forderung entspricht. In einer organisatorischen Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaftsbund versuchten sie das Ziel zu erreichen. Aber nach den ablehnenden Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses erklärten sie, mit aller Energie die Schaffung der Einheitsorganisation im Interesse des revolutionären Kampfes gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus weiter verfolgen zu wollen. Das Ziel soll erreicht werden durch die lokale und regionale Zusammenfassung aller auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Organisationen in den Arbeiterunionsen und in der organisatorischen Verbindung der gewerkschaftlichen Landesorganisationen mit den sozialistischen und kommunistischen Parteien . . . Die Konferenz fordert die in den Gewerkschaften vereinigte Arbeiterschaft auf, an allen Orten dafür zu sorgen, daß in den lokalen Arbeiterunionsen sämtliche Gewerkschaftssektionen mit den Lokalorganisationen der sozialistischen und kommunistischen Parteien vereinigt werden. Sie erhebt Protest gegen die Nichaufnahme der kommunistischen Parteien in die Arbeiterunionsen Bern, Limmattal u. a. als eine Maßnahme, die einer Einigung des Proletariats entgegenarbeitet.

Um diese Resolution³ zu verstehen, muß man

wissen, daß schon lange über das Reorganisationsprogramm der Arbeitervereinigungen in den Organisationen der Gegner der reformistischen Bürokratie diskutiert worden war. Dieses Programm war das Steckenpferd der Opposition auf dem letzten schweizerischen Gewerkschaftskongreß und, obschon es nicht in voller Uebereinstimmung mit dem Standpunkt der kommunistischen Partei ist, haben wir doch erwogen, daß es unsere Pflicht sei, die Arbeitermassen die Taktik der Partei zu lehren. Wir lassen keineswegs außer acht, daß das von Schneider (Basel) ausgearbeitete Programm, das sich aus Opportunismus an unsere Partei hielt und von ihm nachher, als er zur Sozialdemokratie zurückkehrte, verworfen wurde, ein Erzeugnis seiner persönlichen Politik war und eine wahrhaft feindselige Auffassung unserer kommunistischen Thesen darstellte. Obschon Schneider Opportunist ist, teilt er doch die Idee der K. A. P. D., daß nicht die kommunistische Partei, sondern eine Organisation aller Arbeiterklassen einer Ortschaft, die Arbeitsvereinigung, die revolutionäre Tätigkeit leiten soll. Obwohl nach Schneider die einheitliche Organisation dazu bestimmt wäre, die Aufgabe der revolutionären Führung zu übernehmen, was eigentlich die Aufgabe der kommunistischen Partei ist, waren diese Resolutionen doch als Anfang der Bewegung für die proletarische Einheitsfront wertvoll, und wir konnten die schon gemachte Propaganda der Reorganisation der Arbeitervereinigungen für uns ausnutzen. Am Morgen nach der Konferenz brachte die Parteipresse, von den angenommenen Resolutionen sprechend, die Devise „Einheitsfront“ und nicht „Einheitsorganisation“ zur Geltung. Die Sozialdemokraten nahmen entschieden Stellung gegen diese Konferenz, die ihnen Vorgehen gegen die kommunistische Partei vorwarf, und stellten sich energisch unserer Partei entgegen. Sie machten uns den Vorwurf, daß wir gleichzeitig mit der Spaltung der sozialdemokratischen Organisation von proletarischer Einheit sprächen. Diese wiederholten Angriffe erlaubten der Kommunistischen Partei, ihren Gedanken klar und bündig auszusprechen und sich endgültig von der antikommunistischen Ideologie Schneiders zu befreien. Sie ist fest entschlossen, sich ebenso energisch einer Teilung der Gewerkschaftsbewegung zu widersetzen, wie sie gewillt ist, die Spaltung der politischen Bewegungen durchzuführen. Dieser Wille, an der Kampfeinheit der Arbeiterklasse festzuhalten, ohne dabei der Spaltungsarbeit zu schaden, die eben erfolgen mußte, hat die Entwicklung der Partei sehr begünstigt, indem sie den unentschlossenen und erschrockenen Arbeitern die Aufgabe einer revolutionären Politik und die Notwendigkeit der Schaffung einer unabhängigen kommunistischen Partei verständlich machte. Die

Partei erklärte, wenn sie sich auch von der Sozialdemokratie trenne, um frei die Prinzipien und die Taktik des Kommunismus in der Arbeiterbewegung zu verteidigen, so sei sie dennoch gewillt, die Arbeiterklasse zusammenzuhalten in ihren täglichen Kämpfen gegen die kapitalistische Reaktion. Für bestimmte Ziele und unmittelbare Aufgaben erklärte sich die Partei bereit, mit den Sozialdemokraten gemeinsam zu arbeiten; sie behalte sich aber das Recht und die Pflicht vor, ihre revolutionäre Taktik der reformistischen entgegenzustellen und Verrat und Schwäche aufzudecken, immer in gemeinsamer Tätigkeit mit den Arbeitermassen.

Die öffentliche Diskussion zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die der Konferenz der Arbeitervereinigungen vom 20. März folgte, erlaubte der kommunistischen Partei, ihre Taktik der Einheitsfront von den theoretischen Organisationsfragen der Arbeitervereinigungen, mit denen Schneider zuerst die Verhandlung begann, zu trennen. Die Partei stellte die Frage auf den praktischen Boden des Tageskampfes der Arbeiterklasse. Die Frage der Organisationseinheit der Arbeitervereinigung trat in den Hintergrund, und die Taktik der Einheitsfront für die unmittelbaren und bestimmten Aufgaben erlaubte der Partei, die breitesten Arbeitermassen zu erreichen und zu interessieren. Die Partei erkannte, daß es ihre Aufgabe war, diese Propaganda für die Einheitsfront, die ein Echo der Sympathie in der Arbeiterklasse hervorrief und ihr erlaubte, die begonnene Bewegung konkret fortzuführen, beherzt in ihre Hände zu nehmen. Am 20. April erließ die Zentrale der kommunistischen Partei folgenden Brief:

An das Bundeskomitee des schweizerischen Gewerkschaftsbundes!

An die Vorstände der Gewerkschaftsverbände und Arbeiterunions!

An den Föderativverband der eidgenössischen Beamten und Angestellten!

An die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz!

Das gesamte, festgeschlossene Unternehmertum auch unseres Landes, unterstützt durch die Regierung und die bürgerliche Presse, sucht der immer drohender werdenden Krise durch Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit und durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auch in den öffentlichen Betrieben zu begegnen. Aus diesem Grunde wird auch die Frage der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge einseitig im Interesse der Unternehmer geregelt.

Den finanziellen Schwierigkeiten des Staates will die Bourgeoisie begegnen durch eine Zoll- und Preispolitik, welche die Teuerung weiter bestehen läßt und sie noch zu verschärfen droht.

Dieser Auspöckerungspolitik unserer Klassengegner vermag die einzelne Organisation mit den ihr zur Verfügung stehenden Kampfmitteln keinen genügenden Widerstand zu leisten. Es droht darum der gesamten Arbeiterklasse die Gefahr der Verelendung und ihren Organisationen die Zermürbung und Zertrümmerung.

Die kommunistische Partei hat, in Voraussicht der Situation, der wir heute gegenüberstehen, schon vor Monaten die Bildung einer proletarischen Einheitsfront vorgeschlagen und in Konsequenz dessen auch die Anwendung von Kampfmitteln propagiert, die den veränderten Verhältnissen entsprechen.

Die Kampfansage einer Reihe von Unternehmerverbänden, die systematische Verschleppung des Besoldungsgesetzes für das eidgenössische Personal, die Verschlechterung der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit, die Ablehnung aller vom Gewerkschaftsbund in der Frage der Arbeitslosenfürsorge aufgestellten Forderungen, die immer weiter steigende Arbeitslosigkeit und die unter Umgehung der Verfassungsvorschriften durchgeführten neuen Zollerhöhungen beweisen, daß nun der Moment gekommen ist, wo die Bildung dieser Einheitsfront zur unabwendbaren Notwendigkeit geworden ist.

Angesichts all dieser drohenden Gefahren treten wir wiederum an alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Organisationen mit der Aufforderung heran, sofort mit uns diese Einheitsfront zu schaffen und zu diesem Zwecke auf einer unverzüglich einzuberufenden Konferenz die geeigneten Abwehrmaßnahmen und Kampfmittel zu besprechen und zu beschließen.

Wir schlagen vor, die erwähnte Konferenz noch vor dem 1. Mai abzuhalten und gewärtigen Ihre Antwort innerhalb 8 Tagen.

In diesem offenen Brief ist die Frage der Einheitsfront an die Arbeiterklasse der Schweiz gerichtet, klar, auf dem konkreten Boden des Kampfes um die Lebensbedingungen. Das Zentralkomitee der Gewerkschaftsverbindungen, für die die Konferenz der Arbeitervereinigungen eine ernste Warnung war, antwortete schon am 22. April mit einer Verurteilung der einen Monat früher abgehaltenen Konferenz und wies jede Fühlungnahme mit der kommunistischen Partei kategorisch zurück, indem sie die verbündeten Organisationen zur Disziplin für die Einheitsbewegung und gegen jeden Spaltungsversuch aufrief. Auf die Antwort der Gewerkschaftsverbindungen gestützt, lehnte auch die Leitung der sozialdemokratischen Partei drei Tage später ab, indem sie der kommunistischen Partei die Spaltung der politischen Bewegung zum Vorwurf machte und sie anklagte, durch die Taktik der Einheitsfront die Spaltung auch auf dem Gebiet der Gewerkschaften zu vollziehen. Also die reformistischen Führer hofften, durch diese zwei frühzeitigen und kategorisch verneinenden Beschlüsse die Propaganda der kommunistischen Partei für die Einheitsfront vollständig zu sperren, wenn auch nicht für die Arbeiterverbindungen, so doch für die Gewerkschaftsverbände. Die ganze sozialdemokratische und gewerkschaftliche Presse wurde für die antikommunistische Bewegung mobilisiert. Aber die Taktik unserer Partei hatte einen festen Grund im Volk: wir hörten die verneinenden Antworten der Reformisten, aber über

ihre Köpfe wandten wir uns an die Massen der Gewerkschaftler und der Arbeitslosen; nur sie nahmen unser Interesse in Anspruch. Die negative Antwort der Reformisten wurde von der Partei zur Demaskierung ihrer antikommunistischen und Anti-Arbeiterpolitik weitgehend ausgenützt. Als unsere Partei vorschlug, trotz unserer verschiedenen Tendenzen gegen die unmittelbaren Gefahren der kapitalistischen Reaktion Stellung zu nehmen, antworteten die reformistischen Führer mit einer Kriegserklärung an die Kommunisten und engten damit die Front ein, in der die Arbeiterklasse eine dringende Notwendigkeit sah im Kampf um ihre Existenz.

Am 8. Mai fand die durch die kommunistische Partei vorgeschlagene Konferenz statt. 7 zentrale Föderationen und 11 Arbeitervereinigungen nahmen an ihr teil: die Bau-, Holz-, Textil-, Leder- und Konfektionsarbeiter, die Föderation des Handels, des Transportes und der Lebensmittelarbeiter, die Föderation der Kommunal- und Staatsangestellten und -Arbeiter und die Verbindungen von Basel, Zürich, Biel, Schaffhausen, Luzern, Rheinfelden, Limmattal, Liestal, Pratteln, Talwil und Uster.

Die große Teilnahme an dieser Konferenz nach den Treibereien gegen die kommunistische Partei bedeutete einen Erfolg. Unsere Aufgabe war nun, den betretenen Weg weiter zu gehen und unsere Offensive gegen die reformistische Bürokratie zu verfolgen, indem wir uns noch einmal an die Arbeiterklasse in den Verbänden wandten. Die Konferenz beschloß einstimmig, ein Komitee zu bilden aus Vertretern der kommunistischen Partei und der Verbände und eine breite Propaganda in den Verbänden und in den syndikalistischen Kartellen zu unternehmen, um das Komitee der Gewerkschaftsverbände zu verpflichten, einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß einzuberufen, mit dem Ziel der Besprechung der Einheitsfront gegen die kapitalistische Reaktion und der Mittel des Verteidigungskampfes. Die Konferenz erteilte dem Komitee auch den Auftrag, diesen Kongreß durch eine Kampagne von Volksversammlungen vorzubereiten, wobei für die Einheitsfront Propaganda gemacht und dafür gesorgt werden müsse, daß die Delegierten nicht wie gewöhnlich Gewerkschaftsbeamte, sondern Arbeiter seien. Die Gewerkschaftsunion und die sozialdemokratische Partei widersetzten sich der Einberufung dieses außerordentlichen Gewerkschaftskongresses in wütendem demagogischen Kampf. Da sie keine grundsätzlichen Argumente hatten und ihre Beschimpfung der kommunistischen Partei auf die Organisationen keinen Eindruck machte, suchten sie auf dieselben einen Druck auszuüben, indem sie heuchlerisch bemerkten, daß die ansehnliche Summe, die der Kongreß verschlingen würde, den Arbeitslosen viel mehr Nutzen bringen würde, als wenn sie für Pro-

paganda zu kommunistischen Zwecken und zur Ausführung der Spaltung der Arbeiterbewegung verausgabt würde. Unsere Partei antwortete treffend, unterstützt von den mit ihr verbundenen Organisationen in diesem Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie. Während so die kommunistische Partei das Vertrauen einer großen Arbeitermasse gewann und festen Boden faßte in der Arbeiterklasse, verursachte die ganze Bewegung zugunsten der Einheitsfront Kampf und Spaltung in der sozialdemokratischen Partei, deren linksorientierte Sektionen zugunsten der Einheitsfront Opposition trieben gegen den Führerklüngel. Trotz des Druckes der reformistischen Bürokratie auf die Verbände und die Vereinigungen gegen den außerordentlichen Gewerkschaftskongreß, gelang es dem Initiativkomitee, die auf der ersten Konferenz vertretenen Organisationen zusammenzuhalten und noch zwei weitere zu gewinnen (Theater und Musik, Papier und graphische Kunst). Ebenso noch 17 Vereinigungen, unter ihnen große Industriezentren, wie Genf, Winterthur, Granges etc., was beweist, daß der große Metallarbeiterverband, der seinen reformistischen Führern treu blieb, ernstlich durch unsere Propaganda unterminiert worden war in einigen seiner großen Sektionen. In seiner verteidigenden und durch die Statuten beschränkten Eigenschaft berief das Zentralkomitee der Gewerkschaftsunionen den außerordentlichen Kongreß für Mitte Januar 1922 ein.

Die Gewerkschaftsbürokratie hält sich noch nicht für geschlagen. Sie sucht mit allen Mitteln die Kongreßeinberufung zu sabotieren und, gestützt auf den großen reaktionären Verband der Metallarbeiter und der Uhrmacher, rächt sie sich auf eine Art, die die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz bedroht. Auf dem Kongreß des Metallarbeiterverbandes schloß sie mit 165 gegen 36 Stimmen 6 Kommunisten mit Vertrauensposten im Verband und die Sekretäre der Sektionen von Zürich, Winterthur, Genf, sowie den Sekretär der Arbeiterverbindung von Winterthur aus.

Der Januarkongreß, der der erste Sieg der kommunistischen Partei und der schweizerischen Arbeiterklasse gegen die Gewerkschaftsbürokratie und die Sozialdemokratie ist, wird zum Kampfplatz werden, auf dem die Kommunisten die Haltung der Reformisten angreifen und ihre revolutionären Grundsätze verteidigen werden. Es ist kein Zweifel, daß sie die von den Metallarbeiterverbänden vorgenommenen Ausschließungen als Gelegenheit benützen werden, im Namen der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung ihre Offensive zu führen. Die Aufgabe der Partei ist sicherlich schwer. Die ökonomischen Bedingungen, in denen sich das Land befindet, die schwere Krise der Arbeitslosigkeit, die beinahe 200 000 Arbeiter betrifft, macht den Widerstand

der Arbeiterklasse schwierig. Unter solchen Bedingungen einen Streik zu führen, ist unmöglich. Andererseits ist es gewiß, wenn auch die Partei in ihrer Bewegung für die Einheitsfront eine große Arbeitermasse mitreißen konnte, daß viele Mitglieder dieser zahlreichen Verbände, die ihre Tätigkeit unterstützten, keine Kommunisten sind. Es ist nun die Aufgabe der Partei und ihrer Gewerkschaftszellen, das ihr gegenwärtig von den Organisationen bezugte Vertrauen zu stärken und sie enger mit dem revolutionären Ideal zu verknüpfen.

Trotzdem dieser Versuch nur mangelhaft ist, wird es dennoch möglich sein, einige Schlüsse zu ziehen und erfahrungsgemäß eine Lehre abzuleiten, was auch die Begebenheiten bringen mögen.

Die Taktik der Einheitsfront war durch die Partei zu doppeltem Zweck angewandt worden: einerseits um sich in engen Kontakt mit den breiten Arbeitermassen zu setzen, ihr Vertrauen zu gewinnen, andererseits um die Opportunisten und die sozialdemokratischen Führer zu entlarven und zu bekämpfen.

Dieser doppelte Zweck wurde erreicht. Die Partei hat mit ihrem Programm des Tageskampfes einen wichtigen Teil der Arbeiterklasse mitgerissen und gruppiert. Sie hat sich im Proletariat eine Stellung als Vorhut der Arbeiterorganisationen gesichert. Nie war die Rede davon, daß die Partei sich mit der Sozialdemokratie verständigen und den Kampf gegen sie aufgeben würde. Die ganze Bewegung der Einheitsfront war im Gegenteil ein energischer und systematischer Kampf gegen die Opportunisten, und wir haben nie geheimgehalten, daß, wenn die Front eines Tages gelänge, wir im gemeinsamen Kampf Disziplin halten, aber unermüdlich die Schwächen und Irrtümer der Reformisten aufdecken würden. Die Partei erwartete eine negative Antwort der Opportunisten; aber von Anbeginn des Kampfes war nicht eine Koalition der Führer, sondern eine Kampfeinheit der Massen beabsichtigt gewesen. Um diese Einheitsfront von unten her zu verwirklichen, mußte die Partei aus den akademischen und theoretischen Verhandlungen über die Diktatur des Proletariats und die Rote Gewerkschaftsinter-

nationale herauskommen, um die praktischen Fragen, die sich die Arbeiterklasse in ihrem täglichen Leben stellt, zu berühren: die Fragen der Arbeitslosigkeit, des Lohnabbaus, der Arbeitszeitverlängerung, der Zollltarife und der Erhöhung der Lebensmittelpreise etc.

Es wäre gewiß falsch, dieselbe Taktik überall bei allen Parteien und in allen Ländern anwenden zu wollen. Jede Partei muß die nationalen Bedingungen studieren, in denen eine solche Taktik ihr dienlich sein kann. Die schweizerische Partei hat sie angewandt, bevor die Exekutive diesbezügliche Thesen ausgearbeitet hatte, weil sie in ihren Verhältnissen nützlich und nötig schien. Dieser Versuch scheint mir auch in genügender Weise zu zeigen, daß diese Taktik keine neue und zufällige Sache ist, sondern eine Politik, dazu berufen, unseren Kampf gegen die Opportunisten auf praktischem Boden in die breiten Massen zu tragen. Sie ist ein Mittel, aus den bloßen Anschuldigungen herauszukommen, um die wirklichen Verhältnisse im gemeinsamen, täglichen Kampf der Arbeiterklasse zu entlarven. Die opportunistischen Führer der Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern fühlen das nahe Erwachen der Massen und den wachsenden Einfluß unserer Propaganda, die ihre Lage bedroht, und suchen deshalb durch Ausschließung kommunistischer Parteigänger eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung hervorzurufen.

Die Devise aller unserer Parteien bei diesen Spaltungsmanövern soll sein: Einheit der Gewerkschaftsbewegung und Einheitsfront der Arbeitermassen gegen die wachsende kapitalistische Reaktion.

Unsere Parteien haben die Spaltung und nötige Reinigung vorgenommen, sie haben daher von den opportunistischen Gegnern der Arbeiterklasse nichts zu fürchten; aber sie müssen das Vertrauen der Massen gewinnen, die sie zur Freiheit führen wollen. Nur so werden sie dies vollbringen.

Moskau, den 2. Januar 1922.

Jules Humbert-Droz.

Zur Frage der Einheitsfront.

Die Parole der Einheitsfront ist die logische Konsequenz und Weiterentwicklung der Arbeit des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Das Gutheißen der Thesen des 3. Kongresses bedeutete für viele Genossen eine gewisse Resignation. Die Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse in dem bisherigen Offensivkampf zurückge-

drängt worden war, und daß der Kampf, der mit der Märzaktion in Deutschland endete, eine abgeschlossene Periode darstellte, diese Erkenntnis war mit einer gewissen Resignation verbunden. Es war aber ein Trost für uns, daß wir diese Resignation von unseren russischen Freunden gelernt hatten. Das war eine Garantie dafür, daß

die neue Einstellung eine revolutionäre Notwendigkeit und unsere Resignationsstimmung nur ein Symptom unserer unvollkommenen revolutionären Erfahrungen war, ein Symptom dafür, daß unsere revolutionären Empfindungen zu einfach waren. Die revolutionäre Strategie ist eine komplizierte Wissenschaft und eine schaffende Kunst — das haben wir von dem 3. Kongreß gelernt. In diese Wissenschaft, in diese Kunst müssen wir noch weiter eindringen und uns in sie hineinleben, um die jetzige Taktik der Einheitsfront zu verstehen und zu beherrschen. Keine frühere Taktik hat so große geistige Forderungen an die Parteileitungen gestellt wie diese.

Die Parole der Einheitsfront ist ein Manöver im guten Sinne des Wortes, und die Voraussetzung für das Gelingen dieses Manövers ist, daß es als ein ehrliches, berechtigtes Manöver dargestellt und empfunden wird, als ein Manöver, das ganz einfach und ausschließlich aus der Sorge um die Lebensinteressen entspringen ist.

Das ist auch der Fall. Das können wir mit ruhigem Gewissen behaupten.

Während der drei „Friedensjahre“ nach dem blutigen Weltgemetzel ist die Arbeiterklasse in eine täglich zunehmende Armut herabgedrückt worden. In allen Ländern haben die kapitalistischen Regierungen sich außerstande gezeigt, sogar die einfachsten Lebensforderungen des arbeitenden Volkes zu erfüllen. Ueberall haben die Ausbeuter einen wütenden Angriffskampf gegen die Arbeiterklasse begonnen. Mit zynischer Freude haben sie gesehen, daß es den Kommunisten nicht gelungen war, die Mehrheit der Arbeiterklasse für ihren Offensivkampf zu sammeln, und deshalb wagen die Ausbeuter den Rachekrieg gegen die Arbeiterklasse. Der Offensivkampf der Kommunisten war aber ein Kampf für die Errichtung einer neuen menschenwürdigen Gesellschaft nach dem barbarischen Weltkriege. Die Racheoffensive der Ausbeuter dagegen ist ein neuer Weltkrieg: mit anderen Mitteln, aber ebenso barbarisch wie der frühere. Was ist unsere Pflicht als Kommunisten in dieser Situation? Die Arbeiterklasse ist zum Rückzug gezwungen, ist in die Defensive gedrängt. Aber jetzt wie vorher sind wir Kommunisten die Frontkämpfer. Wir sind imstande, das Lager der Feinde zu überblicken. Wir sehen, daß dort trotz der Offensive Auflösung und Verwirrung herrscht. Deshalb rufen wir den Arbeitermassen zu: Verzweifelt nicht, sammelt Euch, zieht all Eure müden und erschöpften Brüder zu Euch und zu uns, Euren Frontkämpfern, die noch kämpfen wollen und kämpfen können, sammelt Euch zur Einheitsfront, und der Sieg ist unser trotz alledem und alledem!

Es ist ganz klar, daß wir nur mit diesem Ruf in der jetzigen Weltsituation unsere Pflicht als Kommunisten tun. Indem wir die Massen zu einer

einheitlichen defensiven Kampffront zusammenrufen, entziehen wir auch den Füßen der reformistischen Führer den Boden. Die Einheitsfront kann nur eine Einheitsfront werden ohne sie. Sie wollen überhaupt nicht kämpfen, weder offensiv noch defensiv. Deshalb wüten sie gegen unsere Einheitsfrontparole noch mehr als früher gegen unsere Offensivparole. Endgültig werden sie jetzt den Arbeitern gegenüber enthüllt als das, was sie sind: Nutznießer der Arbeiterklasse, nicht ihre kämpfenden und opferwilligen Führer.

Wie wird die neue Taktik in den verschiedenen Parteien aufgenommen werden? Ich möchte darüber einige Worte sagen in bezug auf zwei Parteien: die kommunistischen Parteien Großbritanniens und Norwegens.

In Großbritannien ist der Einigungsdrang unter den Massen ganz offenbar. Das Lebensniveau der ganzen organisierten Arbeiterklasse ist ja unter das Existenzminimum herabgedrückt. In einem kürzlich erschienenen Buch „Wages, Prices and Profits“ (herausgegeben von dem Labour Research Department, mit einem Vorwort von Sidney Webb) ist ausgerechnet, daß sogar nach den offiziellen Ziffern eine Familie im Juli 1920 mehr als £ 4.15 sh verdienen mußte, um gemäß dem Niveau der qualifizierten Arbeit zu leben. Das war schon 1920. Rechnet man nach der offiziellen Regierungsstatistik über die Steigerung der Ausgaben für Gefangene aus, wieviel jetzt notwendig ist, um in derselben Weise zu leben wie die Gefangenen, kommt man zu dem Resultat, daß £ 9.1 sh 8 d pro Woche notwendig sind. („Thus, if the workers live like convicts, they now require a family income of £ 9.1 sh. 8 d per week.“) Und doch ist es eine Tatsache, daß die Durchschnittslöhne der englischen Arbeiter jetzt nicht höher als £ 3—4 wöchentlich sind. Bisher haben die Arbeitslosen von ihren verschiedenen Quellen (Staat, Gewerkschaften, Gemeinden) nicht viel weniger erhalten. Der Unterschied zwischen der Unterstützung der Arbeitslosen und dem Arbeitslohn ist bisher sehr gering gewesen. Deshalb haben sich die Arbeitslosen auch nicht viel darum gekümmert, Arbeit zu suchen. Sie stehen nicht mehr an den Fabrikpforten. Das ist ein charakteristischer Zug bei der jetzigen Situation in England. Aber diese Situation ist in eine Krise gekommen. Die Gewerkschaften können nicht länger Arbeitslosenbeiträge auszahlen. Im vorigen Jahre haben sie im ganzen mindestens 10 Millionen Pfund ausgezahlt. Mehrere der größten Gewerkschaftsverbände (General Workers, Amalgamated Engineers etc.) haben schon die Auszahlung eingestellt. Auch die Gemeinden können nicht mehr zahlen. Die 10 Millionen, die ihnen vom Staate bewilligt wurden, sind erschöpft. Die ganze ökonomische Situation treibt in dieser Weise die Arbeitermassen in eine gemeinsame

Kampffront. Unter dem Druck der Massen werden die reaktionären Gewerkschaftsführer unsicher und gehen nach links wie die Massen. In einem Aufruf der „General Federation of Trade Unions“ warnen die Gewerkschaftsführer die Ausbeuter und erklären, daß die Extremisten auf ihrer Seite viel mehr zu unüberlegten Handlungen geneigt sind als die „Extremisten auf unserer Seite“. Die Gewerkschaftsführer verteidigen also die Kommunisten. Das ist eine neue Erscheinung. In derselben Richtung geht auch die Entwicklung in der Labour Party. In der Arbeitslosenfrage hat sie Forderungen aufgestellt, die sich nicht viel von den Forderungen der Kommunisten unterscheiden. Die Labour Party fordert „Arbeit oder genügenden Unterhalt“ nach den „Gewerkschaftstarifen“. Und was die Verhandlungen um die „Affiliation“ der kommunistischen Partei an die Labour Party betrifft, ist bekannt, daß die Londoner Abteilung der L. P. beschlossen hat, die Kommunisten aufzunehmen. Der Vorstand der L. P. hat jetzt einen Fragebogen an die kommunistische Partei geschickt über die Stellung der Partei zu den verschiedenen Streitfragen. Die kommunistische Partei wird ihrerseits einige Fragen an die L. P. stellen, und die nächsten Kongresse der beiden Parteien werden dann endgültig die Anschlußfrage entscheiden. Innerhalb der kommunistischen Partei war lange ein großer Widerstand gegen diesen Anschluß. Es besteht auch jetzt noch eine kleine Fraktion, die sich skeptisch verhält. Aber es ist keine Gefahr mehr, daß die Partei durch diese Frage gespalten wird.

Die Parole der Einheitsfront wird bestimmt einen guten Einfluß auf die kommunistische Partei haben. Sie wird mit den „impossibilistischen“ Tendenzen der Partei aufräumen und die Partei zu einer revolutionären Realpolitik zwingen. Sie wird die Arbeitermassen in die kommunistische Partei treiben und die Stellung der Führer der Gewerkschaften und der Labour Party untergraben.

In Norwegen wird die Einheitsparole ähnliche Wirkungen haben, obgleich die Parteisituation hier sehr verschieden ist von der Lage in England.

In Norwegen hat ja, wie bekannt, die kommunistische Partei die große Mehrzahl der Arbeiterklasse schon hinter sich. Die Parole der Einheitsfront hat deshalb innerhalb der Parteileitung im gewissen Maße Widerstand hervorgerufen. Man hat gesagt: Wir sind doch eben jetzt auf dem besten Wege, die Rechtssozialisten endgültig zu vernichten. Warum sollen wir denn die Rechtssozialisten um eine Einheitsfront bitten? Sie ist doch schon einmal gebildet worden, und es hat sich dann gezeigt, daß die Rechtssozialisten noch mehr als früher gegen die kommunistische Partei aufgebracht waren. Niemals hat das „Zentralorgan“ der Rechtssozialisten eine so wütende Sprache gegen die Partei geführt wie eben jetzt nach der Ausgabe der Einheitsparole. Das Blatt behauptet, daß die Parole nur ein „Trick“, nur ein bewußt unehrliches Manöver sei. Das beweist, daß das Blatt die Gefahren für die Rechtssozialisten sieht, daß es die Wirkungen der Parole fürchtet. Eine Spaltung innerhalb der Rechtssozialisten wird dieser Parole folgen und wieder einen Teil der Arbeitermassen zu den Kommunisten hinübertreiben.

Die Gefahren der Parole liegen dagegen innerhalb der kommunistischen Partei. Die nach rechts schwankenden Elemente werden versuchen, die Parole der Einheitsfront für eine organisatorische Sammlung auszunutzen. Dagegen muß die Parteileitung sich natürlich strengstens wehren. Auch innerhalb der Gewerkschaften muß man mit ein bißchen Verwirrung als Folge der Parole rechnen. Man hört dann und wann Äußerungen in der Richtung, daß diese neue Taktik vielleicht richtig sei, aber es sei zu schwer für die einfachen, revolutionär empfindenden Arbeiter, diese Taktik zu verstehen. Ich habe aber keine Furcht, daß diese Erscheinungen von allgemeiner Art sein werden. Ich bin ganz überzeugt, daß die Parole der Einheitsfront im Prinzip richtig ist und daß sie auch in der Praxis gut wirken wird. Wie immer, wird es sich auch in dieser Frage zeigen, daß eine richtige theoretische und internationale Einstellung auch praktisch und national richtig sein muß.

Jacob Friis.

Die kommunistische Bewegung in Dänemark und die Einheitsfront.

Die Frage der Einheitsfront ist in der Dänischen Kommunistischen Partei noch nicht erörtert worden. Die Partei und ihr

Präsidium haben darüber noch keinen offiziellen Entschluß gefaßt. Auch innerhalb der von der Partei und der Gewerkschafts-

Opposition (F. S.) gebildeten Föderation ist diese Frage noch nicht zur Sprache gekommen. In unserem gemeinsamen Organ, dem „Arbeiterblatt“, erschien am 25. Jan. der erste Diskussionsartikel über die Einheitsfront.

Wir verfügen aber schon über eine gewisse Erfahrung in dieser Richtung.

Das Kommunistische Komitee der Arbeiter-Hilfe wandte sich bereits zweimal mit dem Anerbieten der Arbeitsgemeinschaft an die reformistischen Gewerkschaften. Das erste Mal, als es sich um die gemeinsame Sammlung von Spenden für die Hungernden Rußlands handelte, lehnten die Gewerkschaftsverbände das gemeinsame Vorgehen entschieden ab. Als wir später den Vorschlag machten, gemeinsam die Spenden zu versenden und die Lebensmittel einzukaufen, erhielten wir von den Verbänden überhaupt keine Antwort, statt dessen erschien aber im „Sozialdemokraten“ ein Aufsatz, der uns und unser Anerbieten verhöhnte.

Im Oktober des verflossenen Jahres brachte die reaktionäre Bauernregierung einen neuen Arbeitslosen-Gesetzentwurf beim Parlament ein, der gegen die grundlegendsten Interessen der Arbeiter gerichtet war.

Die Sozialdemokratische Partei und die reformistischen Gewerkschaftsverbände veranstalteten im ganzen Lande zahlreiche Protestversammlungen, während in Kopenhagen eine große Straßendemonstration stattfand. Wir haben diese Demonstrationen und Protestkundgebungen in jeder Weise unterstützt. In Kopenhagen haben wir selbst eine Demonstration organisiert in der Hoffnung, daß auch die Sozialdemokraten an ihr teilnehmen würden. Den reformistischen Führern gefiel indessen diese Initiative von unserer Seite nicht. Auf dem Platz vor dem Parlament, wo die Demonstration stattfand, schlugen wir den sozialdemokratischen Führern vor, zu den versammelten Arbeitern zu sprechen, aber sie lehnten es ab.

Unsere Erfahrung hat also gezeigt, daß die reformistischen Führer jede Arbeitsgemeinschaft mit den Kommunisten entschieden ablehnen. Es muß gesagt werden, daß die dänische Sozialdemokratie eine typische Scheidemannpartei ist; sie stützt sich auf die Zahl, denn sie vereinigt 95 Prozent aller Arbeiter. Die kommunistische Bewegung hat bei uns einstweilen nur eine untergeordnete Bedeutung, und nur in Ausnahmefällen, ganz elementar, erstreckt sich der Einfluß der Kommunistischen Partei auf die breiten Arbeiterschichten.

Es scheint daher unmöglich, in Dänemark eine geschlossene proletarische Front zu bilden; hervorgehoben zu werden verdient aber, daß der Vorsitzende der Dänischen Sozialdemokratischen Partei, Stauning, sich kürzlich mit einem offiziellen Brief an Henderson gewandt hat, in dem er im Namen seiner Partei, die jetzt eine der bedeutendsten der 2. Internationale ist, den Vorschlag unterbreitet, einen allgemeinen internationalen Arbeiterkongreß zu organisieren. Dieser Teil des Briefes wurde in der sozialdemokratischen Presse veröffentlicht. Der andere Teil konnte, nach Aeußerung des „Sozialdemokraten“, deshalb nicht veröffentlicht werden, weil „er von dem Verhältnis zu der 2^{1/2} Internationale und zu den Bolschewisten handelt“. Am Schluß dieses Briefes wird betont, daß der Kongreß so beschaffen sein müsse, daß keine der bestehenden Richtungen der Arbeiterbewegung daran Anstoß nehmen könne.

Möglich, daß dies als ein Schritt in der Richtung der Einheitsfront aufgefaßt werden kann, ich persönlich indessen hege keinerlei Hoffnungen.

★

Die Parole der „Einheitsfront“ entspricht meiner Ansicht nach durchaus den Interessen der kommunistischen Parteien und der Arbeiterklasse aller Länder, insbesondere Deutschlands.

Die Lage in Skandinavien erscheint mir folgendermaßen: die gegenwärtige ökonomische und politische Lage Schwedens ist der Einheitsfront günstig. Die Schwedische Kommunistische Partei ist stark genug, um der Bildung einer geschlossenen Front zuzustimmen zu können; die gemeinsame Arbeit mit den Reformisten wird die Partei nicht zerstören. In Norwegen, wo die Gewerkschaftsverbände jetzt eine tiefe innere Krisis durchmachen, kann die Einheitsfront zu einem völligen Zusammenbruch der rechten Sozialisten führen. Anders verhält es sich in Dänemark. Hier ist die Kommunistische Partei noch zu schwach; außerdem wird sich der nichtkommunistische Teil der gewerkschaftlichen Opposition gegen die Einheitsfront aussprechen, und das würde zu einer ganzen Reihe von Schwierigkeiten führen, denn unsere Partei gibt gemeinsam mit dieser Gruppe eine Zeitung heraus.

Nichtsdestoweniger ist die ökonomische Lage Dänemarks so schwer, daß die Einheitsfront auch hier, ungeachtet aller Schwierigkeiten, eine praktische Notwendigkeit werden kann. Von der Gesamtzahl der Arbeiter — annähernd 350 000 — sind mehr als 100 000 arbeitslos. Das neue Arbeitslosengesetz der Regierung hat ihre Lage noch verschlimmert. Anfang Februar wurde eine große Aussperrung angekündigt: 100 000 Arbeiter stehen unter der Drohung der Verringerung des Arbeitslohns, der Verlängerung der Arbeitszeit und weiterer Ansprüche der Kapitalisten. Die industrielle Krisis in Dänemark wird durch die landwirtschaftliche Lage besonders verschärft. Alles das schafft einen

günstigen Boden für die Verwirklichung der Einheitsfront.

Das Verhalten der reformistischen Führer in Dänemark zu der Frage der Einheitsfront hängt vielleicht zum Teil auch davon ab, daß es in Dänemark sehr viele am Handel mit Sowjetrußland interessierte Handelsunternehmungen gibt.

Die Parole der „Einheitsfront“ kann der Dänischen Kommunistischen Partei auch noch insofern von Nutzen sein, als sie ein ausgezeichnetes Argument gegen das Geschrei der rechten Sozialisten von den angeblich zerstörenden Bestrebungen der Kommunisten, die alle Parteien zu spalten suchen, liefert. Außerdem bietet sich uns dadurch die Möglichkeit eines unmittelbaren Kontaktes mit den breiten Arbeitermassen. Wenn im Frühjahr neue Wahlen stattfinden sollten — und das ist durchaus möglich — so muß die Dänische Kommunistische Partei alle ihre Kräfte anspannen, um Parlamentssitze zu erhalten, denn nach den Wahlen wird es zweifellos eine sozialdemokratische Regierung geben, und wir werden, falls wir unseren Vertreter im Parlament haben, imstande sein, die Grundlage für die Einheitsfront zu schaffen.

Aus den von mir angeführten Erwägungen folgt, daß die Einheitsfront auch uns große Vorteile verspricht. Die Verwirklichung dieser Parole ist mit großen Schwierigkeiten verknüpft, aber wenn der Kampf geschickt und bewußt geführt wird, so wird auch unsere kleine Partei einen großen Nutzen daraus ziehen können.

E. E. Christensen.

Leitsätze des Exekutivkomitees der K. I. über die proletarische Einheitsfront.

1. Die internationale Arbeiterbewegung macht gegenwärtig eine eigentümliche Uebergangsetappe durch, die sowohl die

Kommunistische Internationale im allgemeinen, als auch ihre einzelnen Sektionen vor neue wichtige taktische Probleme stellt.

Diese Etappe wird hauptsächlich durch folgendes gekennzeichnet: Die wirtschaftliche Weltkrise verschärft sich. Die Arbeitslosigkeit wächst. Das internationale Kapital ist in fast allen Ländern zur systematischen Offensive gegen die Arbeiter übergegangen, die sich vor allem in dem ziemlich offenkundigen Bestreben der Kapitalisten äußert, den Arbeitslohn und den gesamten Standard of Life der Arbeiter herabzudrücken. Der Bankrott des Versailler Friedens wird immer augenscheinlicher für die breitesten Schichten der Werktätigen. Die Unvermeidlichkeit eines neuen imperialistischen Krieges oder sogar mehrerer solcher Kriege ist klar, wenn das internationale Proletariat die bürgerlichen Regierungen nicht stürzt; Washington hat das sehr deutlich gezeigt.

2. Die im Zusammenhange mit einer ganzen Reihe von Umständen eingetretene Wiederbelebung reformistischer Illusionen unter den breiten Schichten der Arbeiter fängt unter den Schlägen der Wirklichkeit an, einer anderen Stimmung Platz zu machen. Die nach dem Abschluß des imperialistischen Gemetzels aufs neue entstandenen „demokratischen“ und reformistischen Illusionen der Arbeiter (einerseits der privilegiertesten Arbeiter, andererseits aber der rückständigsten, politisch am wenigsten erfahrenen) vergehen, ehe sie recht aufgeblüht sind. Der Verlauf und der Abschluß der ferneren „Arbeiten“ der Washingtoner Konferenz werden diese Illusionen noch stärker erschüttern.

Wenn man vor einem halben Jahre mit einem gewissen Recht von einem allgemeinen Nachrechtsrücken der Arbeitermassen in Europa und Amerika reden

konnte so kann man gegenwärtig zweifelsohne den Beginn einer Schwenkung nach links feststellen.

3. Andererseits ist unter dem Einfluß des sich verstärkenden Angriffs des Kapitals unter den Arbeitern ein spontanes, buchstäblich zurückzuhaltendes Streben zur Einheit erwacht, das mit einem allmählichen Anwachsen des Vertrauens der breiten Arbeitermassen zu den Kommunisten Hand in Hand geht.

Immer breitere Arbeiterkreise beginnen erst jetzt den Mut der kommunistischen Vorhut richtig einzuschätzen, die sich in den Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse stürzte zu einer Zeit, als die ganze ungeheure Arbeitermasse indifferent blieb oder sogar dem Kommunismus feindlich gegenüberstand. Immer breitere Arbeiterkreise überzeugen sich jetzt davon, daß nur die Kommunisten unter den schwierigsten Verhältnissen, bisweilen unter den größten Opfern ihre ökonomischen und politischen Interessen verteidigt haben. Die Achtung und das Vertrauen zu der unversöhnlichen kommunistischen Vorhut der Arbeiterklasse beginnt daher jetzt aufs neue zu wachsen, da selbst die rückständigeren Schichten der Arbeiter die Nutzlosigkeit reformistischer Hoffnungen eingesehen und begriffen haben, daß es außer dem Kampfe keine Rettung vor dem Raubzug der Kapitalisten gibt.

4. Die kommunistischen Parteien können und sollen jetzt die Früchte jenes Kampfes ernten, den sie früher in dem sehr ungünstigen Milieu der Gleichgültigkeit der Massen geführt haben. Aber indem die Arbeitermassen von immer größerem Vertrauen zu den unversöhnlichen, kampfbereiten Elementen der Arbeiterklasse, den Kommunisten, durchdrungen werden, zeigen sie als Ganzes einen noch nie dagewesenen Drang nach Einheit. Die zum aktiven Leben erwachenden neuen Schichten der politisch weniger erprobten Arbeiter träumen von der Vereinigung aller Arbeiterparteien und sogar aller Arbeiterorganisa-

tionen überhaupt und hoffen, auf diese Weise ihre Widerstandskraft den Kapitalisten gegenüber zu vergrößern. Neue Arbeiterschichten, die früher oft keinen aktiven Anteil am politischen Kampf genommen haben, gehen jetzt auf Grund eigener Erfahrung erneut an die Prüfung der praktischen Pläne des Reformismus heran. Wie diese neuen Schichten, so wollen sich auch bedeutende Arbeiterschichten, die den alten sozialdemokratischen Parteien angehören, nicht mehr mit dem Feldzug der Sozialdemokraten und Zentristen gegen die kommunistische Vorhut zufriedengeben, sie fangen schon an, eine Verständigung mit den Kommunisten zu fordern. Aber gleichzeitig haben sie noch nicht ihren Glauben an die Reformisten überwunden, und bedeutende Massen unterstützen noch die Parteien der 2. und die Amsterdamer Internationale. Diese Arbeitermassen formulieren ihre Pläne und Bestrebungen nicht genügend klar, aber im großen und ganzen läßt sich die neue Stimmung auf den Wunsch zurückführen, die Einheitsfront herzustellen und zu versuchen, die Parteien und Verbände der 2. und der Amsterdamer Internationale zum Kampf gegen den Angriff des Kapitals zusammen mit den Kommunisten zu veranlassen. So weit ist diese Stimmung fortschrittlich. Im wesentlichen ist der Glaube an den Reformismus untergraben. Unter den allgemeinen Verhältnissen, in denen sich die Arbeiterbewegung jetzt befindet, wird jede ernste Massenaktion, auch wenn sie nur von Teilforderungen ausgeht, unvermeidlich allgemeinere und grundlegendere Fragen der Revolution auf die Tagesordnung stellen. Die kommunistische Vorhut kann nur gewinnen, wenn neue Arbeiterschichten sich durch ihre eigene Erfahrung von den Illusionen des Reformismus und dem Verhängnis des Kompromißlertums überzeugen.

5. In der Anfangsperiode des Aufkeimens eines bewußten und organisierten Protestes gegen den Verrat der Führer der

2. Internationale hatten diese letzteren den gesamten Apparat der Arbeiterorganisationen in ihren Händen. Sie benutzten das Prinzip der Einheit und der proletarischen Disziplin, um dem revolutionären proletarischen Protest erbarmungslos den Mund zu stopfen und ohne Widerstand die ganze Macht der Arbeiterorganisationen in den Dienst des nationalen Imperialismus zu stellen. Unter diesen Umständen mußte der revolutionäre Flügel um jeden Preis sich die Freiheit der Agitation und Propaganda erkämpfen, d. h. die Freiheit, den Arbeitermassen den beispiellosen geschichtlichen Verrat zu erklären, den die durch die Arbeitermassen selbst geschaffenen Parteien begangen haben und noch jetzt begehen.

6. Nachdem sie sich die organisatorische Freiheit der geistigen Einwirkung auf die Arbeitermassen gesichert haben, sind die kommunistischen Parteien aller Länder bestrebt, jetzt in allen Fällen möglichst eine breitere und vollkommene Einheit der praktischen Aktionen dieser Massen zu erreichen. Die Amsterdamer und die Helden der 2. Internationale predigen in Worten diese Einheit, tatsächlich handeln sie aber umgekehrt. Nachdem es den reformistischen Kompromißlern Amsterdams nicht gelungen war, organisatorisch die Stimme des Protestes und des revolutionären Aufrufs zu unterdrücken, suchen sie jetzt den Ausweg aus der Sackgasse, in die sie sich durch ihre eigene Schuld verrannt haben, durch das Hineintragen der Spaltung, der Desorganisation, der organisatorischen Sabotage in den Kampf der werktätigen Massen. Eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunistischen Partei ist es jetzt, diese neuen Formen der alten Verräterei in flagranti zu entlarven.

7. Tiefe innere Prozesse, die im Zusammenhange mit der neuen wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse in Europa und Amerika in der letzten Zeit begonnen haben, zwingen jedoch die Diplomaten und

Führer der 2., 2^{1/2} und Amsterdamer Internationale, auch ihrerseits die Frage der Einheit in den Vordergrund zu rücken. Wenn bei den zu neuem bewußten Leben erwachenden, wenig erfahrenen Arbeiterschichten die Parole der Einheitsfront wirklich das aufrichtigste Bestreben ist, die Kräfte der unterdrückten Klasse gegen den Vormarsch der Kapitalisten zusammenzuschließen, so ist für die Führer und Diplomaten der 2., 2^{1/2} und Amsterdamer Internationale das Aufstellen der Einheitsparole ein neuer Versuch, die Arbeiter zu betrogen und sie auf eine neue Art auf den alten Weg der Zusammenarbeit der Klassen zu locken. Die nahende Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges (Washington), das Anwachsen der Rüstungen, die hinter den Kulissen geschlossenen neuen imperialistischen Geheimverträge —, alles das veranlaßt die Führer der 2., 2^{1/2} und Amsterdamer Internationale nicht etwa, Alarm zu schlagen und nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat die internationale Vereinigung der Arbeiterklasse zu unterstützen, sondern es wird im Gegenteil innerhalb der 2. und Amsterdamer Internationale unvermeidlich Reibungen und Spaltungen im großen und ganzen von der gleichen Art hervorrufen, wie sie sich im Lager der internationalen Bourgeoisie selbst zeigen. Diese Erscheinung ist deshalb unvermeidlich, weil die Solidarität der reformistischen „Sozialisten“ mit der Bourgeoisie gerade „ihres“ Landes der Eckstein des Reformismus ist.

Das sind die allgemeinen Bedingungen, unter denen die Kommunistische Internationale als Ganzes und ihre einzelnen Sektionen ihr Verhältnis zu der Parole der sozialistischen Einheitsfront zu formulieren haben.

8. Angesichts dieser Lage ist die Exekutive der Kommunistischen Internationale der Meinung, daß die Parole des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale: „Zu den Massen“ und die allgemeinen Interessen der kommunistischen

Bewegung überhaupt von den kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale als Ganzes die Unterstützung der Parole der Einheitsfront der Arbeiter und die Uebernahme der Initiative in dieser Frage in ihre Hände erfordern. Dabei muß natürlich die Taktik der kommunistischen Parteien im Zusammenhang mit den Verhältnissen eines jeden Landes konkretisiert werden.

9. In Deutschland hatte die kommunistische Partei auf ihrer letzten Reichskonferenz die Parole der Einheitsfront der Arbeiter unterstützt und es für möglich erklärt, auch einer „einheitlichen Arbeiterregierung“ Unterstützung zukommen zu lassen, die geneigt ist, einigermaßen ernsthaft den Kampf gegen die Macht der Kapitalisten aufzunehmen. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hält diesen Beschluß für unbedingt richtig und ist überzeugt, daß die K. P. D. bei voller Wahrung ihrer selbständigen politischen Stellung in breitere Arbeiterschichten einzudringen und den Einfluß des Kommunismus auf die Massen zu verstärken vermag. In Deutschland werden sich, mehr als in einem andern Lande, die breiten Massen mit jedem Tage mehr davon überzeugen, wie recht die kommunistische Vorhut hatte, als sie in der schwierigsten Zeit die Waffen nicht strecken wollte und hartnäckig die Wertlosigkeit der vorgeschlagenen Anwendung reformistischer Heilmittel angesichts einer Krise betonte, die nur durch die proletarische Revolution gelöst werden kann. Indem die Partei diese Taktik befolgt, wird sie mit der Zeit auch alle revolutionären Elemente des Anarchismus und Syndikalismus um sich gruppieren, die jetzt abseits vom Massenkampfe stehen.

10. In Frankreich ist die kommunistische Partei unter den politisch organisierten Arbeitern in der Mehrheit. Dadurch steht die Frage der Einheitsfront in Frankreich etwas anders als in den anderen Ländern. Aber auch hier ist es notwendig,

daß die ganze Verantwortung für die Spaltung des einheitlichen Arbeiterlagers auf unsere Gegner fällt. Der revolutionäre Teil der französischen Syndikalistens führt mit Recht den Kampf gegen die Spaltung der Gewerkschaften, d. h. für die Einheit der Arbeiterklasse in ihrem ökonomischen Kampfe gegen die Bourgeoisie. Der Kampf der Arbeiter aber endet nicht im Betrieb. Die Einheit ist auch notwendig angesichts der zunehmenden Erstarkung der Reaktion, der imperialistischen Politik usw. Die Politik der Reformisten und Zentristen hat dagegen zur Spaltung der Partei geführt und bedroht jetzt auch die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, wodurch nur bewiesen wird, daß Jouhaux ebensowohl wie Longuet objektiv der Sache der Bourgeoisie dienen. Die Parole der Einheit des Proletariats im wirtschaftlichen wie im politischen Kampfe gegen die Bourgeoisie bleibt das beste Mittel zur Durchkreuzung dieser Spaltungspläne.

Wie auch die reformistische C. G. T., die von Jouhaux, Merrheim und Konsorten geführt wird, die Interessen der französischen Arbeiterklasse verrät — die französischen Kommunisten und die revolutionären Elemente der französischen Arbeiterklasse überhaupt müssen doch vor Beginn jedes Massenstreiks oder jeder revolutionären Demonstration oder irgendeiner anderen revolutionären Massenaktion den Reformisten vorschlagen, diese Aktion der Arbeiter zu unterstützen, um die Reformisten systematisch zu entlarven, wenn sie sich weigern, den revolutionären Kampf der Arbeiter zu unterstützen. Auf diesem Wege werden wir am leichtesten die parteilosen Arbeitermassen erobern. Selbstverständlich soll das keinesfalls die Kommunistische Partei Frankreichs veranlassen, ihre Selbständigkeit einzuschränken, z. B. während der Wahlkampagnen in irgendwelchem Maße den „linken Block“ zu unterstützen oder sich jenen schwankenden Kommunisten gegenüber tolerant zu verhalten, die

noch immer die Spaltung von den Sozialpatrioten beweinen.

11. In England hat die reformistische Labour Party der kommunistischen Partei die Aufnahme neben den andern Arbeiterorganisationen verweigert. Unter dem Einfluß des Anwachsens der oben genannten Stimmungen unter den Arbeitern haben die Londoner Arbeiterorganisationen unlängst den Beschluß der Aufnahme der Kommunistischen Partei Englands in die Labour Party gefaßt.

Selbstverständlich ist England in dieser Beziehung eine Ausnahme, denn infolge eigentümlicher Bedingungen ist die Labour Party in England eine Art allgemeiner Arbeitervereinigung des ganzen Landes. Es ist die Aufgabe der englischen Kommunisten, eine energische Kampagne für ihre Aufnahme in die Labour Party zu beginnen. Der kürzliche Verrat der Gewerkschaftsführer während des Kohlenarbeiterstreiks usw., der systematische Druck der Kapitalisten auf den Arbeitslohn der Arbeiter usw. — alles das hat eine tiefe Gärung unter den sich revolutionierenden Massen des englischen Proletariats hervorgerufen. Die englischen Kommunisten sollen alle Anstrengungen machen, um für jeden Preis unter der Parole der revolutionären Einheitsfront gegen die Kapitalisten in die Tiefe der Arbeitermassen einzudringen.

12. In Italien beginnt die junge kommunistische Partei, die der reformistischen Italienischen Sozialistischen Partei und der sozialverräterischen Konföderation der Arbeiter gegenüber, die kürzlich ihrem offenen Verrat an der proletarischen Revolution die Krone aufgesetzt haben, äußerst unversöhnlich gestimmt war, nichtsdestoweniger ihre Agitation unter der Parole der geschlossenen proletarischen Einheitsfront gegen die Offensive der Kapitalisten zu führen. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hält diese Agitation der italienischen Kommunisten für durchaus richtig und besteht nur auf ihre Verstärkung in derselben Rich-

tung. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale ist überzeugt, daß die Kommunistische Partei Italiens bei genügendem Weitblick der gesamten Internationale ein Muster des kampfbereiten Marxismus sein kann, der erbarmungslos auf Schritt und Tritt die Halbheit und den Verrat der Reformisten und Zentristen, die sich in den Mantel des Kommunismus gehüllt haben, entlarvt und gleichzeitig eine uner müdliche, sich immer steigernde, in immer breitere Massen dringende Kampagne für die Einheitsfront der Arbeiter gegen die Bourgeoisie zu führen imstande ist.

Die Partei muß dabei selbstverständlich alles tun, um alle revolutionären Elemente des Anarchismus und Syndikalismus in den gemeinsamen Kampf einzubeziehen.

13. In der Tschechoslowakei, wo die kommunistische Partei die Mehrheit der politisch organisierten Arbeiter umfaßt, sind die Aufgaben der Kommunisten in einigen Beziehungen den Aufgaben der Kommunisten in Frankreich analog. Ihre Selbständigkeit festigend, die letzten zentristischen Traditionen ausmerzend, wird die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei zugleich in ihrem Lande die Parole der Einheitsfront der Arbeiter gegen die Bourgeoisie zu popularisieren verstehen und dadurch die Führer der Sozialdemokraten und der Zentristen, die in der Tat Agenten des Kapitals sind, endgültig in den Augen der rückständigen Arbeiter entlarven. Und zugleich sollen die Kommunisten der Tschechoslowakei die Arbeit der Eroberung der Gewerkschaften verstärken, die sich noch immer in bedeutendem Umfange in den Händen der gelben Führer befinden.

14. In Schweden ist nach den letzten Parlamentswahlen eine Situation entstanden, die der kleinen kommunistischen Fraktion eine große Rolle zu spielen ermöglicht. Einer der hervorragendsten Führer der 2. Internationale, Herr Branting, der zugleich Premierminister der schwedischen

Bourgeoisie ist, befindet sich gegenwärtig in einer Lage, in der für ihn zur Bildung der Parlamentsmehrheit die Stellung der kommunistischen Fraktion des schwedischen Parlaments nicht gleichgültig ist. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale findet, daß die kommunistische Fraktion des schwedischen Parlaments unter gewissen Umständen dem menschestischen Ministerium Branting die Unterstützung wird gewähren müssen, wie dies auch die deutschen Kommunisten in einigen Landesregierungen Deutschlands (Thüringen) richtig getan haben. Das heißt jedoch durchaus nicht, daß die Kommunisten Schwedens in irgendwelchem Maße ihre Selbständigkeit einschränken oder der Entlarvung des Charakters der menschestischen Regierung entsagen sollen; im Gegenteil, je mehr Macht die Menschewiki besitzen, desto mehr Verrat an der Arbeiterklasse begehen sie, und desto mehr Anstrengungen müssen die Kommunisten machen, um die Menschewiki in den Augen der breitesten Arbeiterschichten zu entlarven. Die kommunistische Partei muß auch weiterhin die Heranziehung der syndikalistischen Arbeiter zum gemeinsamen Kampfe gegen die Bourgeoisie mit allen Kräften anstreben.

15. In Amerika beginnt die Vereinigung aller linken Elemente der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung, die den Kommunisten die Möglichkeit gibt, in die breiten Massen des amerikanischen Proletariats einzudringen, indem sie den zentralen Platz in dieser linken Vereinigung einnehmen. Ihre kommunistischen Vereinigungen überall bildend, wo es nur einige Kommunisten gibt, sollen es die amerikanischen Kommunisten zugleich verstehen, an die Spitze dieser Bewegung für die Vereinigung aller revolutionären Elemente zu treten, und sollen jetzt mit besonderer Kraft die Parole der Einheitsfront der Arbeiter, z. B. zum Schutz der Arbeitslosen usw. aufstellen. Zur Hauptanklage gegen die Gewerkschaften von

Gompers soll werden, daß sie nicht an der Bildung der Einheitsfront der Arbeiter gegen die Kapitalisten, zum Schutz der Arbeitslosen usw. teilnehmen wollen. Als spezielle Aufgabe der kommunistischen Partei bleibt jedoch die Heranziehung der besten Elemente der I. W. W.

16. In der Schweiz hat unsere Partei einigen Erfolg auf dem oben angedeuteten Wege zu erreichen vermocht. Dank der Agitation der Kommunisten für die revolutionäre Einheitsfront ist es gelungen, die Gewerkschaftsbürokratie zu zwingen, einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, der bald stattfinden soll und auf welchem unsere Freunde es verstehen werden, vor allen Schweizer Arbeitern die Lügenhaftigkeit des Reformismus zu entlarven und die Arbeit des revolutionären Zusammenschlusses des Proletariats weiter zu treiben.

17. In einer Reihe anderer Länder steht die Frage infolge ganz neuer, lokaler Bedingungen anders. Nach Aufzeichnung der allgemeinen Linie, ist die Exekutive der Kommunistischen Internationale überzeugt, daß die einzelnen kommunistischen Parteien diese entsprechend den Verhältnissen, die sich in jedem Lande herausbilden, anzuwenden verstehen werden.

18. Für die Hauptbedingungen, die für die kommunistischen Parteien aller Länder gleich und unbedingt ultimatativ sind, hält die Exekutive der Kommunistischen Internationale die absolute Selbständigkeit und die völlige Unabhängigkeit jeder kommunistischen Partei, die dieses oder jenes Uebereinkommen mit den Parteien der 2. und 2^{1/2} Internationale trifft, in der Darlegung ihrer Anschauungen und in der Kritik der Gegner des Kommunismus. Indem sich die Kommunisten den Prinzipien der Aktion unterordnen, sollen sie dabei unbedingt das Recht und die Möglichkeit bewahren, nicht nur vor und nach der Aktion, sondern, wenn nötig, auch während der Aktion ihre Meinung über die Politik aller Organisationen der

Arbeiterklasse ohne Ausnahme zu äußern. Ein Aufgeben dieser Bedingung ist unter keinen Umständen zulässig. Indem sie die Parole größtmöglicher Einheit aller Arbeiterorganisationen in jeder praktischen Aktion gegen die kapitalistische Front unterstützen, können die Kommunisten indessen keinesfalls von der Darlegung ihrer Anschauungen Abstand nehmen, die allein der konsequente Ausdruck der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse als Ganzes sind.

19. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hält es für nützlich, alle Bruderparteien an die Erfahrung der russischen Bolschewiki zu erinnern, jener vorläufig einzigen Partei, der es gelungen ist, den Sieg über die Bourgeoisie zu erringen und die Macht in ihre Hände zu nehmen. Während der anderthalb Jahrzehnte, die seit der Entstehung des Bolschewismus bis zu seinem Sieg über die Bourgeoisie verflossen sind (1903—1917), hat der Bolschewismus nicht aufgehört, einen unermüdlichen Kampf gegen den Reformismus oder, was dasselbe ist, den Menschewismus zu führen. Aber zugleich haben die russischen Bolschewiki im Laufe dieser anderthalb Jahrzehnte öfters auch Uebereinkommen mit den Menschewiki getroffen. Die formelle Trennung von den Menschewiki geschah im Frühling 1905. Aber unter dem Einfluß der stürmischen Arbeiterbewegung bildeten die Bolschewiki schon Ende 1905 eine gemeinsame Front mit den Menschewiki. Das zweite Mal fand die formelle Trennung von den Menschewiki endgültig im Januar 1912 statt. Aber zwischen den Jahren 1905 und 1912 wechselte die Spaltung ab mit Vereinigungen und halben Vereinigungen in den Jahren 1906—1907 und auch 1910, und diese Vereinigungen und halben Vereinigungen geschahen nicht nur kraft der Peripetien des Fraktionskampfes, sondern auch unter dem direkten Druck der breiten Arbeitermassen, die zum aktiven politischen Leben erwachten und forderten, daß man ihnen die

Möglichkeit gebe, auf Grund eigener Erfahrung zu prüfen, ob die Wege des Menschewismus wirklich grundsätzlich von der Bahn der Revolution ablenkten. Vor der neuen revolutionären Bewegung, nach den Streiks an der Lena, kurz vor dem Beginn des imperialistischen Krieges ließ sich unter den Arbeitermassen Rußlands ein besonders verstärktes Streben zur Einheit beobachten, das die Führer und Diplomaten des russischen Menschewismus damals ungefähr ebenso für ihre Zwecke auszunutzen versuchten, wie es jetzt die Führer der 2. und 2½ und der Amsterdamer Internationale zu tun versuchen. Die russischen Bolschewiki antworteten auf das damalige Bestreben der Arbeiter zur Einheit nicht mit einem Lossagen von einer Einheitsfront. Im Gegenteil, als Gegengewicht gegen das diplomatische Spiel der menschewistischen Führer stellten die russischen Bolschewiki die Parole der „Einheit von unten“ auf, d. h. die Einheit der Arbeitermassen im praktischen Kampf um die revolutionären Forderungen der Arbeiter gegen die Kapitalisten. Die Praxis hat gezeigt, daß dies die einzig richtige Antwort war. Und als Ergebnis dieser Taktik, die sich abhängig von den Umständen der Zeit und der Orte änderte, wurde ein großer Teil der besten menschewistischen Arbeiter für den Kommunismus erobert.

20. Indem die Kommunistische Internationale die Parole der Einheitsfront der Arbeiter aufstellt und Uebereinkommen der einzelnen Sektionen der Kommunistischen Internationale mit den Parteien und Verbänden der 2. und 2½ Internationale zuläßt, kann sie sich selbstverständlich nicht von ebensolchen Uebereinkommen auch in internationalem Maßstabe lossagen. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat der Amsterdamer Internationale im Zusammenhang mit der Hilfsaktion für die Hungernden Rußlands einen Vorschlag gemacht. Sie hat diesen Vorschlag im Zusammenhang mit den Verfolgungen und

dem weißen Terror gegen die Arbeiter Spaniens und Jugoslawiens wiederholt. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale macht jetzt der Amsterdamer, der 2. und auch der 2½ Internationale einen neuen Vorschlag im Zusammenhang mit der ersten Tätigkeitsperiode der Washingtoner Konferenz, die bewiesen hat, daß der internationalen Arbeiterklasse ein neues imperialistisches Gemetzel droht. Die Führer der 2., 2½ und Amsterdamer Internationale haben bisher durch ihr Benehmen bewiesen, daß sie in der Tat ihre Einheitsparole fallen lassen, wenn es sich um praktische Aktionen handelt. In allen solchen Fällen wird es die Aufgabe der Kommunistischen Internationale als Ganzes und jeder ihrer Sektionen im besonderen sein, den breitesten Arbeiterkreisen die Heuchelei der Führer der 2., 2½ und Amsterdamer Internationale zu erklären, die die Einheit mit der Bourgeoisie der Einheit mit den revolutionären Arbeitern vorziehen, wie z. B. dadurch, daß sie im Internationalen Arbeitsamt beim Völkerbunde bleiben, also ein Bestandteil der Washingtoner imperialistischen Konferenz sind, anstatt den Kampf gegen das imperialistische Washington zu organisieren. Aber ein Abweisen dieser oder jener praktischen Vorschläge der Kommunistischen Internationale von seiten der Führer der 2., 2½ und Amsterdamer Internationale wird uns nicht veranlassen, der vorgezeichneten Taktik zu entsagen, die tiefe Wurzeln in den Massen hat und die wir systematisch und unabweichlich zu entwickeln verstehen müssen. In den Fällen, wo der Antrag eines gemeinsamen Kampfes von unseren Gegnern zurückgewiesen wird, ist es notwendig, daß die Massen das erfahren und auf diese Weise lernen, wer der wirkliche Zerstörer der Einheitsfront der Arbeiter ist. In den Fällen, wo der Gegner sich auf eine gemeinsame Parole einläßt, ist dieses Bündnis allmählich zu vertiefen und auf die höchste Stufe zu steigern. In beiden



Sen Katayama

Fällen ist es notwendig, daß die Aufmerksamkeit der breiten Arbeitermassen durch die Unterhandlungen der Kommunisten mit den andern Organisationen gefesselt wird, denn es ist notwendig, die breiten Arbeitermassen an allen Peripetien des Kampfes um die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiter zu interessieren.

21. Indem die Exekutive der Kommunistischen Internationale den vorbezeichneten Plan aufstellt, weist sie alle Bruderparteien auch auf die Gefahren hin, mit denen dieser unter gewissen Umständen verbunden sein kann. Nicht alle kommunistischen Parteien sind genügend ausgebaut und gefestigt, nicht alle haben mit der zentristischen und halbzentristischen Ideologie gänzlich gebrochen. Es sind Fälle der Ueberschreitungen möglich, Tendenzen, die tatsächlich die Auflösung der kommunistischen Parteien und Gruppen in dem einheitlichen formlosen Block bedeuten würden. Um mit Erfolg für die Sache des Kommunismus die vorgezeichnete Taktik durchzuführen, ist es notwendig, daß die kommunistischen Parteien selbst, die diese Taktik durchführen, stark und fest zusammengeschlossen werden, und daß ihre Führung sich durch ideelle Klarheit auszeichnet.

22. In den Gruppierungen innerhalb der Kommunistischen Internationale selbst, die mit mehr oder weniger Grund als rechts oder sogar halbzentristisch gewertet werden, gibt es zweifellos Tendenzen zweierlei Art. Die einen Elemente haben nicht wirklich mit der Ideologie und den Methoden der 2. Internationale gebrochen, haben sich nicht von der Pietät gegen ihre frühere organisatorische Macht befreit und suchen halbbewußt oder unbewußt die Wege ideeller Verständigung mit der 2. Internationale und folglich auch mit der bürgerlichen Gesellschaft. Andere Elemente, die gegen den formalen Radikalismus, gegen die Fehler der sogenannten „Linken“ u. a. kämpfen, sind bestrebt, der Taktik der

jungen kommunistischen Partei mehr Geschmeidigkeit, Manövrierungsvermögen zu geben, um ihr die Möglichkeit schnelleren Eindringens in die Tiefe der Arbeitermassen zu verleihen.

Der rasche Entwicklungsgang der kommunistischen Parteien hat bisweilen äußerlich diese beiden Tendenzen in dasselbe Lager, gewissermaßen in dieselbe Gruppierung gestoßen. Die Anwendung der eben angeführten Methoden, deren Aufgabe es ist, der kommunistischen Agitation eine Stütze in den vereinigten Massenaktionen des Proletariats zu geben, legt am besten die wirklich reformistischen Tendenzen innerhalb der kommunistischen Parteien klar und trägt bei richtiger Anwendung der Taktik außerordentlich zu innerer revolutionärer Konsolidierung der kommunistischen Parteien bei, sowohl durch die Umerziehung der ungeduldigen oder sektiererisch gestimmten Elemente durch die Erfahrung als auch durch die Reinigung der Parteien von reformistischem Ballast.

23. Unter der Einheitsfront der Arbeiter ist die Einheit aller Arbeiter zu verstehen, die gegen den Kapitalismus kämpfen wollen, also auch der Arbeiter, die noch den Anarchisten, Syndikalisten usw. folgen. In den anderen Ländern können solche Arbeiter gleichfalls im revolutionären Kampfe helfen. Die Kommunistische Internationale hat schon seit den ersten Tagen ihres Bestehens eine freundschaftliche Haltung diesen Arbeiterelementen gegenüber eingenommen, die allmählich die Vorurteile überwinden und zum Kommunismus kommen. Um so aufmerksamer müssen jetzt die Kommunisten ihnen gegenüber sein, wo die Einheitsfront der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten zur Wirklichkeit wird.

24. Zur endgültigen Bestimmung der künftigen Arbeit in der genannten Richtung beschließt die Exekutive der Kommunistischen Internationale, in nächster Zukunft eine Sitzung der Exekutive mit de

Vertretung aller Parteien mit der doppelten Anzahl von Delegierten einzuberufen.

25. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale wird sorgfältig jeden praktischen Schritt auf dem genannten Gebiet

verfolgen und bittet alle Parteien, von jedem Versuch und jedem Erfolg in der genannten Richtung der Exekutive der Kommunistischen Internationale mit allen faktischen Details Mitteilung zu machen.

Die Rolle der Bauernschaft im Verfallsstadium des Kapitalismus.

In diesem Aufsatz wollen wir skizzenhaft die Bedeutung der Bauernschaft für den Kampf des Proletariats darstellen. Die ungeheure Wichtigkeit dieser Frage geht daraus hervor, daß die bisherigen Diktaturen: Rußland, Ungarn, Bayern, in Agrarländern entstanden sind, daß gegenwärtig in allen Ländern ein scharfer Gegensatz zwischen der Bauernschaft und den anderen Schichten der besitzenden Klassen vorhanden ist, daß in manchen Ländern gegenwärtig die Bauern die regierende Klasse bilden, und daß es in den Ländern Mittel- und Osteuropas unmöglich scheint, ohne aktive Unterstützung und wohlwollende Neutralität weiterer Schichten der Bauernschaft die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Es ist daher absolut notwendig, daß jede kommunistische Partei sich eingehend mit der Bauernfrage ihres eigenen Landes beschäftigt. Wir wollen bloß eine allgemeine Skizze der Frage geben.

Die Bauernschaft als ökonomische Klasse.

Die Bestimmung, was man unter Bauernschaft versteht, ist nicht leicht. Die Bauernschaft ist eine Mittelklasse; Mittelklasse in dem Sinne, daß der typische Bauer weder Ausbeuter noch unmittelbar ein Ausgebeuteter ist. Wir könnten die Bauernschaft als eine Klasse bezeichnen, welche den eigenen Boden mit eigenen Produktionsmitteln durch eigene Arbeit und zum über-

wiegenden Teil für den eigenen Gebrauch bearbeitet. Der echte Typus des Bauern ist der selbstwirtschaftende Bauer, der soviel Boden besitzt, wie er selbst bebauen kann, und aus diesem Boden einen Ertrag sich erarbeitet, der zur Ernährung seiner Familie genügt. Das Eigentum der Bauern ist daher in diesem typischen Fall kein Mittel der Ausbeutung, sondern die natürliche Grundlage der nützlichen Anwendung der eigenen Arbeitskraft.

Real finden wir bei den selbstarbeitenden Bauern den Typus mehr oder weniger ähnlicher Schichten. Wir können unterscheiden: **Ausbeutende Bauern**, das heißt Bauern, die mehr Grund und Boden besitzen, als sie mit ihrer eigenen Arbeitskraft bebauen und bearbeiten können, und daher fremde Lohnarbeiter anstellen und ausbeuten. Andererseits **ausgebeutete Kleinbauern**, die nicht genug Boden besitzen, um ihre eigene Arbeitskraft darauf nützlich anwenden zu können und ihren eigenen Lebensunterhalt dadurch zu verdienen, sondern darauf angewiesen sind, Lohnarbeit zu verrichten. Die eigentlichen Lohnarbeiter, die alle rein oder überwiegend von Lohnarbeit leben, müssen wir aus der Bauernschaft ausschalten. Was die politische Scheidung der Schichten anbelangt, so wird dieselbe ungemein erschwert dadurch, daß es einen fast kontinuierlichen Uebergang vom ausbeutenden Bauern über den Mittelbauer hinweg zum ausgebeuteten Kleinbauern und Landarbeiter gibt. Es

existieren zwar Gegenden, wo eine scharfe Scheidung zwischen den Vollbauern und den kleinen Häuslern, Kättern usw. vorhanden ist. Es gibt Gegenden, wo diese Scheidung eine so scharfe ist, daß zwischen den beiden Schichten nicht einmal Heiraten stattfinden. Dies scheint mir aber eine Ausnahme zu sein. In den meisten Fällen ist also der Uebergang sehr allmählich und gibt den reichen Bauern die Möglichkeit, durch ideologische Beeinflussung die politische Führung aller Arbeitenden auf dem Lande an sich zu reißen.

Von der Besitzgröße abgesehen, gibt es auch eine rein ökonomische Differenzierung. Diese hängt von der klimatisch-geographischen Arbeitsteilung ab. Es gibt Gegenden, wo die Bauern noch sehr in der geschlossenen Hauswirtschaft stecken, das heißt, vor allem für den eigenen Gebrauch produzieren, während in den entwickelteren Ländern eine Spezialisierung der bäuerlichen Kultur vor sich gegangen ist. Im letztern Falle nähert sich die Bauernwirtschaft der kapitalistischen Wirtschaft in dem Sinne, daß vor allem für den Markt produziert wird und die Preisgestaltung der Waren einen entscheidenden Einfluß auf den Gang der Produktion ausübt.

Wenn wir ganz allgemein die Bauernschaft in den verschiedenen Weltteilen und Ländern betrachten, so ergeben sich sofort tiefgehende Verschiedenheiten. Der Bauer in den Vereinigten Staaten und in den englischen Kolonien, der Farmer, ist ein landwirtschaftlicher Kapitalist, ein freier und in jeder Beziehung gleichberechtigter Bürger des Staates. In Europa, wo die Reste der adeligen Großgrundherrschaft noch immer bestehen, ist die Bauernschaft sozial von den der Herrenklasse entstammenden Grundbesitzern scharf geschieden. Bei gleicher Besitzgröße bleibt der Bauer ein Bauer und der Großgrundbesitzer ein Mitglied der herrschenden Klasse. Je weiter wir in Europa nach Osten vordringen, desto schärfer wird der Gegensatz zwischen dem

physisch arbeitenden Bauern und dem keine Arbeit verrichtenden Grundbesitzer. Historisch ist dieser Unterschied durch die ungleiche Länge der Zeitperiode bestimmt, welche seit dem Aufhören der Leibeigenschaft verstrichen ist. In Amerika und in den Kolonien, wo es einen privilegierten Adel niemals gab, ist der Farmer sozial dem Kapitalisten gleichgestellt. Auf dem Balkan, in Kleinasien und am schärfsten vielleicht in Indien sind die Bauern bis heute eine unterdrückte, mißachtete Klasse. Wenigstens bis vor dem Kriege war es so. Während der letzten Jahrzehnte ist hierin ein ziemlich scharfer Wandel eingetreten.

Die Bauernschaft und die anderen Klassen.

Die Bauernschaft ist durch die Tatsache, daß sie die Produktionsmittel selbst besitzt, mit den herrschenden Klassen verbunden und von dem Proletariat geschieden. In dessen gibt es scharfe Gegensätze zwischen den Bauern und den verschiedenen Schichten der herrschenden Klassen. Dem Großgrundbesitzer gegenüber sind die Bauern, vielleicht mit Ausnahme jener Länder, wo es noch freies Land gibt, im allgemeinen feindlich eingestellt. Die Bauern drängen fast ausnahmslos auf Vergrößerung ihres Grundbesitzes. Sie stoßen hierbei in den meisten Ländern Europas auf den Großgrundbesitzer, welcher sich weigert, ihnen Land käuflich zu überlassen. Es entsteht das Phänomen des Landhungers. Der Landhunger ist ökonomisch sehr relativ. Es hängt von der Intensität der Kultur ab, ein wie großes Stück Land zur Ernährung einer Bauernfamilie genügt. Je intensiver die Kultur, eine desto kleinere Bodenfläche genügt. Der wirkliche Landhunger beginnt, wenn die Bauern nicht genügend Land haben, um ihre Arbeitskraft voll ausnutzen zu können. In diesem Falle wird die Bauernschaft ein Opfer der Ausbeutung von seiten des Großgrundbesitzers. Dies kann die verschiedensten ökonomischen

Formen annehmen: Pachtfelder, für welche der Bauer eine so hohe Pacht bezahlen muß, daß darin nicht nur die Grundrente, sondern auch ein Teil des normalen Arbeitslohnes vom Großgrundbesitz dem Bauern abgepreßt wird. Auch die verschiedenen Formen der Halbpacht und der Arbeitspacht gehören hierher.

Auch die Bourgeoisie steht, in der Form des Wucherkapitals, dem Bauerntum als Ausbeuter gegenüber. Vor einigen Jahrzehnten war der Wucher auf dem Lande eine allgemein verbreitete und für die Bauernschaft sehr drückende Erscheinung. In den letzten Jahrzehnten ist dieser Wucher durch die bäuerlichen Kreditgenossenschaften stark zurückgedrängt worden.

Als Käufer von industriellen Waren steht die Bauernschaft dem in Kartellen vereinigten Kapital ebenfalls feindlich gegenüber. Andererseits, in Zeiten eines scharfen Angriffs des Proletariats gegen die besitzenden Klassen im allgemeinen, zählt sich die Bauernschaft unter dem ideologischen Einfluß der reichen Bauern zu den besitzenden Klassen und ist bereit, das Kapital, den Besitz gegen das Proletariat zu verteidigen.

Insofern der Bauer fremde Arbeitskraft anwendet, ist er natürlich ein Ausbeuter. Und zwar ein viel energischerer Ausbeuter als der Großgrundbesitzer. Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Bauer wohl höhere Löhne zahlt als der Großgrundbesitzer, aber indem er selbst in Reih und Glied mit seinen Arbeitern mitarbeitet, nötigt er dieselben zu einem viel schärferen Arbeitstempo, als es auf dem Großgrundbesitz der Fall ist.

Wir sehen aus all dem, daß die Bauernschaft eine typische Mittelschicht ist. Der Umstand, daß besonders in Osteuropa die Bauern überwiegend für den eigenen Bedarf produzieren, schaltet sie aus dem kapitalistischen Warenmarkt und hierdurch auch mehr oder weniger aus dem Klassenkampf aus. Daher ist der Bauer

im allgemeinen unpolitisch. Er betrachtet die Politik als eine Angelegenheit der herrschenden Klasse. Ist aber der Landhunger stark und die Festigkeit der herrschenden Klasse erschüttert, so ist die Bauernschaft auch zu einem revolutionären Vorgehen fähig. Im allgemeinen aber ist ihre Stellungnahme in politischen und sozialen Dingen wie die jeder Mittelschicht: schwankend und unentschieden.

Die Bauernschaft und der bürgerliche Staat.

Jeder Staat erhält sich von den Ueberschüssen der Bauernwirtschaft. Die meisten Staaten von den Ueberschüssen der eigenen Bauernschaft, manche Staaten, wie zum Beispiel England, aus den Ueberschüssen der Bauern fremder Weltteile. Nicht bloß in dem Sinne, daß die Ueberschüsse der Bauernwirtschaft in ihrer Naturalform zur Ernährung der Städte dienen, sondern in Form einer positiven Ausbeutung. Die Städte, welche wir im modernen bürgerlichen Staate dem Staate selbst gleichstellen können, geben dem Lande der Bauern niemals den vollen Gegenwert der entnommenen Produkte. Wenn wir die Quellen, aus denen die Städte ihre Lebensmittel beschaffen, untersuchen, so finden wir folgendes:

Die Bauern bezahlen Steuern, das heißt, sie geben einen Teil der von ihnen produzierten Lebensmittel umsonst an die Städte ab. Die Grundrente, welche die Bauern für gepachtete Bodenstücke bezahlen müssen, fließt jedenfalls in der Form von Lebensmitteln in die Stadt. Außerdem bezahlen die Bauern für gewisse geistige Leistungen: Advokaten, Prozeßkosten, Kirche usw. Und nur der restliche Teil wird von der Stadt durch Güter, welche die Bauern von der städtischen Industrie erhalten, gedeckt.

Im allgemeinen kann man sagen, daß bis zur jüngsten Zeit die Bauernschaft diese staatlichen Lasten ziemlich ruhig getragen

hat. Jedenfalls genügte diese Belastung der Bauernschaft nicht, um dieselbe in den meisten Ländern zu aktiven politischen Parteien zusammenzuschließen. Je primitiver die Bauernschaft ist, je näher dieselbe der geschlossenen Hauswirtschaft steht, desto weniger ist die Bauernklasse an der Politik des Staates, an der Gestaltung der Wirtschaftspolitik interessiert. Ihr ganzes Interesse erschöpft sich in der Höhe der Steuern, die sie dem Staate leisten muß. Der Bauer neigt zu einem passiven Anarchismus, er möchte am liebsten ohne eine staatliche Organisation für sich selbst leben.

Die Wirkungen des Weltkrieges.

Wie auf jede Klasse, hat der Weltkrieg auch auf die Bauernschaft eine große Wirkung ausgeübt. Wollen wir diese Folgen des Krieges skizzieren, so müssen wir zwischen Westeuropa einerseits, Mittel- und Osteuropa andererseits unterscheiden. Gemeinsam ist beiden Gebieten eine scharfe Differenzierung der Bauernschaft. Wir könnten es roh so ausdrücken, daß jene Bauern, welche ursprünglich mehr Produkte aus ihrem eigenen Boden produzierten, als sie selbst verbrauchten, reicher und die auf den Zukauf von Lebensmitteln angewiesenen ärmeren Bauern noch ärmer geworden sind. In Westeuropa und in den Kolonien, welche durch den Weltkrieg nicht vom Weltmarkt abgeschnitten waren, hatte sich in der Lage der Bauern während des Krieges nicht allzuviel geändert. In diesen Ländern bestand die Möglichkeit, durch Preisgarantien, durch vom Staate garantierte Mindestpreise die Bauern zu einer erhöhten Produktion zu bewegen. Ganz anders gestaltete sich die Lage in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Vom Weltmarkt abgeschlossen, mit einer zur Ernährung der gesamten Bevölkerung ungenügenden Produktion an Lebensmitteln, entwickelte sich ein Lebensmittelmonopol

der Bauernschaft. Während im normalen Kapitalismus die Städte das Land ausbeuten, ging es während und nach dem Kriege umgekehrt zu: die Bauern Mittel- und Osteuropas besaßen eine Monopolstellung auf dem inneren Lebensmittelmarkt und benutzten dies zu einer skrupellosen Auswucherung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung. Das Weriverhältnis zwischen Lebensmitteln und industriellen Artikeln verschob sich zu Gunsten der Bauern.

Die dieses Gebiet charakterisierende Geldentwertung hatte für die Bauernschaft eine zwiespältige Folge. Die verschuldeten Bauern (und der größte Teil der Bauern war ja vor dem Kriege verschuldet) zogen aus der Entwertung des Geldes einen riesigen Nutzen. Die Zinsen blieben nominal, in Geldeinheiten ausgedrückt, die gleichen. Aber gegenwärtig genügt der zwanzigste Teil des Quantums an Lebensmitteln, um die Zinsen zu bezahlen, wie vor dem Kriege. Ähnlich steht es mit den Steuern, welche mit der Verteuerung der Lebensmittel ebenfalls nicht Schritt hielten. Andererseits aber häuften die Bauern in diesen Ländern große Mengen von Papiergeld auf. Dieses Papiergeld entwertete sich natürlich, und in diesem Falle hatten die Bauern den Schaden.

An diesem Punkte nun setzt der scharfe Gegensatz zwischen den Bauern und der Bourgeoisie ein. Im allgemeinen kann festgestellt werden, daß die Bauern von der Geldentwertung mehr Nutzen als Schaden haben. Wenn wir die Einstellung der verschiedenen Klassen zu der Valutafrage, welche zugleich eine Steuerfrage ist, in Betracht ziehen, so finden wir folgendes: Das produktive Kapital wünscht vor allem eine Stabilisierung der Valuta, das Leihkapital hat das größte Interesse an einer Erhöhung des Geldwertes. Bauern und Großgrundbesitzer hingegen sind an einer Erhöhung oder Stabilisierung der Valuta nicht interessiert. Sie sind in der angenehmen Lage, den Preis ihrer Produkte

immer im Verhältnis zur Entwertung des Geldes erhöhen zu können und hierbei als Schuldner große Gewinne zu machen. Während also die Bourgeoisie mit aller Kraft an der Stabilisierung der Valuta, an der Herstellung eines Gleichgewichtes im Staatshaushalt arbeitet und zu diesem Zwecke sich selbst, aber vor allem den anderen Klassen große Opfer aufzuerlegen wünscht, steht die Bauernklasse in ganz Mittel- und Osteuropa in dieser Frage der Bourgeoisie scharf gegenüber. Wir sehen diese Erscheinung in allen mittel- und osteuropäischen Ländern, in Polen, in Böhmen usw.

Die Bereicherung der Bauern durch ihr Lebensmittelmonopol war in vielen Fällen nur eine scheinbare. Besonders gilt dies für die ärmeren Schichten der Bauern. Zugleich trat während und unmittelbar nach dem Kriege die Bodenfrage wieder scharf in den Vordergrund. Die bürgerlichen Staatsmänner aller Länder hatten den in der Armee dienenden Bauern während des Krieges mehr oder minder deutlich eine Bodenreform versprochen. Dieses Versprechen wurde eigentlich in keinem Lande gehalten. Nur in jenen Ländern, wo sich die Bodenfrage mit der nationalen Frage vereinigte, wo in den neu entstandenen oder vergrößerten Nationalstaaten, wie die Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien, die Großgrundbesitzerklasse national fremd war, wurde eine Agrarreform eingeleitet und teilweise durchgeführt, indem der Boden der fremdstämmigen Großgrundbesitzer enteignet und den Bauern zugewiesen wurde. Dies ist aber nur ein Ausnahmefall. In den meisten Ländern wurde die Agrarreform von den herrschenden Klassen bis heute sabotiert.

Zusammenfassend können wir also sagen, daß die Bauernschaft aus dem Kriege mit einem erhöhten Klassenselbstbewußtsein hervorgegangen ist, mit einem größeren Interesse an der Politik. Dies zeigt sich besonders in einigen Staaten Osteuropas,

z. B. in Bulgarien, wo die Partei der reichen Bauern die Staatsmacht in der Hand hat, in Ungarn, wo der Kampf zwischen Bauern und Großgrundbesitzern weitergeht und wo das Schlagwort der Bauerndiktatur entstanden ist, usw. Aus einem passiven Element der Politik wird die Bauernschaft immer mehr zu einer aktiven politischen Kraft.

Die Bauernschaft und die kommunist. Partei.

Die vorhergehende Skizze zeigt, wie kompliziert die Bauernfrage ist. Hieraus ergibt sich, daß ein allgemeines Schema des Verhältnisses der kommunistischen Partei zu der Bauernschaft unmöglich gegeben werden kann. Es ist unbedingt notwendig, daß die kommunistischen Parteien aller Länder ihre volle Aufmerksamkeit auf die Lage der Bauernschaft ihres eigenen Landes richten und die politischen Möglichkeiten auf Grund einer eingehenden realen Analyse bestimmen. Theoretisch lassen sich folgende Fälle denken: 1. Ein Angriff des industriellen Proletariats mit dem landwirtschaftlichen Proletariat und dem gesamten Bauerntum gegen Großgrundbesitz und Bourgeoisie. (Rußland im Anfangsstadium der Revolution.) 2. Ein Zusammengehen des industriellen Proletariats mit den Landarbeitern und Mittelbauern gegen Bourgeoisie, Großgrundbesitz und Großbauerntum. 3. Industrielles Proletariat und Landarbeiter gegen Bourgeoisie, Großgrundbesitz und Großbauern, und Neutralität der mittleren Bauernschicht. Welche Kombination in einem Lande am Platze ist, hängt von den Besitzverhältnissen und der jeweiligen politischen Lage ab. Die Hauptschwierigkeit scheint uns in dem überwiegenden ideologischen

Einfluß der reichen Bauern auf die Gesamtheit der bäuerlichen Bevölkerung bis hinab zu dem echten landwirtschaftlichen Proletariat zu liegen. Die Agitation der kommunistischen Partei muß sich vor allem das Ziel setzen, das landwirtschaftliche Proletariat, die Kleinbauern und Mittelbauern von der ideologischen Führung der Großbauern loszureißen und diese Schichten zu einer selbständigen Klassenpolitik zu bewegen. Ist dies geschehen, erst dann ist die Möglichkeit eines revolu-

tionären Zusammengehens, einer gemeinsamen revolutionären Aktion mit einigen dieser Schichten gegeben. Es ist unbedingt notwendig, daß die kommunistischen Parteien aller Länder sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen und die gefundenen Ergebnisse sich gegenseitig im Wege der Kommunistischen Internationale mitteilen. Es gibt unseres Erachtens für die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Europa keine wichtigere Frage als diese.

E. Varga.

Zu den Thesen der Französischen Kommunistischen Partei über die Agrarfrage.

Zu den in der „Bauern-Stimme“ am 19. Nov. 1921 veröffentlichten Thesen über die Agrarfrage — unterzeichnet „Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei Frankreichs“ — möchte ich folgendes bemerken:

Die diesen Thesen zugrunde liegenden Gedanken scheinen mir durchaus richtig und den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale entsprechend. Man könnte sie folgendermaßen zusammenfassen: 1. Notwendigkeit der Revolution zur Vermeidung von neuen imperialistischen Kriegen; 2. Zusammenbruch der pazifistischen Wilson-Ideologie; 3. Notwendigkeit der Aufstellung eines „Programms der Uebergangsmaßnahmen“ zum Kommunismus auf dem Gebiete der Agrarfrage, die geeignet sind, die Bauernschaft zu einer freiwilligen Annahme der Vergesellschaftung der Landwirtschaft zu führen, und die gleichzeitig eine sofortige Besserung der Lage der überwiegenden Mehrheit der Landbevölkerung, der Landarbeiter und der kleinen Bauern herbeiführen könnten; 4. sofortige Konfiszierung, d. h. Expropriation ohne jede Entschädigung, sowohl der brachliegenden als auch derjenigen Ländereien, die von Kolonisten, Pächtern oder Lohnarbeitern bebaut werden; 5. Uebergabe dieses Bodens an diejenigen Arbeiter, die ihn jetzt bearbeiten, unter der Bedingung, daß sie Arbeiterkollektiven, „Produktionsgenossenschaften“, bilden, gemäß den Bestimmungen der neuen agrarischen Gesetzgebung; 6. unbedingte Sicherstellung des Nutzungsrechtes für diejenigen kleinen Eigentümer, die das Land selbst bearbeiten, — die Gewährung „eines steten (und erblichen) Nutzungsrechtes“ an die Landbesitzer

dieser Kategorie; 7. Ermöglichung einer „steten Steigerung der Produktion“ der Landwirtschaft; 8. Einführung einer ganzen Reihe von Maßnahmen, die „eine kommunistische Erziehung der Bauernschaft“ systematisch verwirklichen.

Diesen grundlegenden Ideen der Thesen durchaus beipflichtend, möchte ich folgende allgemeinen Bemerkungen daran knüpfen:

1. Der erste Teil der Thesen widmet sich der Frage: „Krieg oder Revolution?“ Durchaus gerechtfertigt erscheint hier unter anderem die Behauptung, daß „die letzten Ereignisse die pazifistische Wilson-Ideologie zerstört haben“.

Um die Zerstörung der pazifistischen Illusionen bis zu Ende zu führen, müßte man, meiner Ansicht nach, nicht nur über den Krieg im allgemeinen sprechen, sondern auch über den spezifisch imperialistischen Charakter sowohl des Krieges 1914/18, als auch des jetzt drohenden Krieges zwischen Amerika und Japan bei wahrscheinlicher Teilnahme Englands und Frankreichs.

Es besteht kein Zweifel, daß nur die proletarische Revolution den Kriegen für immer ein Ende machen kann. Aber es wäre eine pazifistische Illusion, zu glauben, daß eine sieghafte Revolution des Proletariats nur in einem Lande, z. B. in Frankreich, jede Gefahr eines Krieges auf einmal beseitigen würde.

Die Erfahrung in Rußland hat diese Illusion anschaulicher Weise widerlegt. Sie hat gezeigt, daß nur die Revolution das Ausscheiden aus dem imperialistischen Kriege möglich gemacht hat, und daß die russischen Arbeiter und Bauern, ungeachtet des ihnen von den Kapitalisten aller Länder auf-

gezwungenen Bürgerkrieges, unendlich viel gewonnen haben. In dem Grade, wie die reaktionären Kriege, insbesondere die imperialistischen Kriege (zu diesen gehört auch der von Frankreich geführte Krieg 1914/1918; der Friede von Versailles hat es anschaulich gezeigt) verbrecherisch und zerstörend sind, sind die revolutionären Kriege, d. h. Kriege zur Verteidigung der geknechteten Klassen gegen die Kapitalisten, zum Schutze der von den Imperialisten ausgebeuteten Kleinstaaten, — gerechtfertigt und zu bejahen. Je klarer sich die Arbeiter und Bauern Frankreichs dessen bewußt sind, desto erfolgloser und kürzer werden die Versuche der französischen, englischen und anderer Kapitalisten sein, die Arbeiter und Bauernrevolution in Frankreich zu unterdrücken. Im gegenwärtigen Europa, nach dem Siege Sowjetrußlands über alle jene kapitalistischen Länder, die Denikin, Koltshak, Wrangel, Judenitsch und Pilsudsky unterstützt haben, — im gegenwärtigen Europa, bei der maßlosen Erdrosselung Deutschlands durch den Versailler Frieden, wird der Bürgerkrieg der französischen Kapitalisten gegen eine sieghafte soziale Revolution in Frankreich nur von sehr kurzer Dauer und für die französischen Arbeiter und Bauern viel leichter sein als für die russischen. Aber es ist durchaus notwendig, imperialistische Kriege, kapitalistische Raubkriege, die kleine und schwache Nationen unterdrücken wollen, und revolutionäre Kriege, die ein Kampf gegen die reaktionären Kapitalisten sind, klar voneinander zu unterscheiden.

Auf Grund dieser Erwägungen würde ich es für richtiger halten, an Stelle des in den Thesen über die Frage „Krieg oder Revolution“ Gesagten etwa folgendes zu formulieren:

1. Die Erfahrungen der letzten Jahre enthüllten den ganzen Betrug der pazifistischen Ideologie und der Ideologie Wilsons. Diese Lüge muß endgültig beseitigt werden. Der Krieg 1914/1918 war ein reaktionärer, imperialistischer Raubkrieg, nicht nur von seiten Deutschlands, sondern auch von seiten Frankreichs; das hat der Friede von Versailles, der noch gemeiner als der von Brest-Litowsk ist, einwandfrei bewiesen. Der drohende neue Krieg zwischen Amerika und Japan (oder England), der bei dem herrschenden kapitalistischen System unvermeidlich ist, wird auch das kapitalistische Frankreich mit hineinziehen, denn Frankreich ist an allen imperialistischen Verbrechen und Zielen beteiligt und interessiert. Entweder wird der neue Krieg ein Krieg der „Verteidigung“ der französischen Imperialisten sein, oder ein Krieg der sozialen Revolution; einen anderen Ausweg haben die Arbeiter und Bauern Frankreichs nicht. Und das Geschrei der gegenrevolutionären Kapitalisten über die Lasten des Bürgerkrieges, den sie Sowjetrußland aufgezwungen haben, wird diese nicht

Kleinmütig machen. Die französischen Arbeiter und Bauern haben es verstanden, revolutionäre Kriege gegen ihre einheimischen Feudalen zu führen, als diese die Große Französische Revolution des 18. Jahrhunderts erdrosseln wollten. Die französischen Arbeiter und Bauern werden es wieder verstehen, einen ebenso rechtmäßigen und gerechten revolutionären Krieg gegen die französischen Kapitalisten zu führen, wenn diese sich in Emigranten verwandeln werden, die von auswärts her ausländische Ueberfälle auf die sozialistische französische Republik organisieren werden. Den französischen Arbeitern und Bauern wird es um so leichter fallen, seine Ausbeuter zu beseitigen, da das erschöpfte, gequälte, durch den Versailler Friedensvertrag balkanisierte Europa direkt und indirekt auf ihrer Seite sein wird.

2. Die im zweiten Teil der Thesen enthaltene Behauptung „Die bevorstehende Revolution in Frankreich werde eine in gewissem Sinne verfrühte Revolution sein“, halte ich für unrichtig, ebenso wie die folgende Behauptung: „der von der marxistischen Theorie aufgestellte Grundsatz der Konzentration des Eigentums vollzieht sich in der Landwirtschaft nicht regelmäßig.“

Das ist falsch; denn es unterstellt Marx oder dem Marxismus Ansichten, die nur die der „Theoretiker“ des „Quasi-Marxismus“ sind, die die II. Internationale bis zu dem schmachvollen Bankrott von 1914 gebracht haben. Das ist die Ansicht jener Pseudomarxisten, die 1914 auf die Seite „ihrer“ nationalen Bourgeoisie getreten sind und die in längst vergangenen Zeiten kein anderer als Jules Guesde so glänzend verspottet hat, als er schrieb, daß die Herren Millerand im künftigen Kriege wegen der Aufteilung der kapitalistischen Beute auf seiten „ihrer“ Kapitalisten sein werden.

Marx faßte den Prozeß der Konzentration des Bodenbesitzes nicht in dieser primitiven Weise auf. Beweis — der dritte Band des „Kapitals“. Beweis — der Aufsatz Engels' aus den neunziger Jahren gegen das damalige französische Agrarprogramm. Marx war nicht der Ansicht, daß eine proletarische Revolution nur dann „rechtzeitig“ ist, wenn auch der letzte Bauer expropriert wird. Ueberlassen wir diese Auffassung den Herren Renaudel, Vandervelde, Südekum, Turati und Serrati.

Meiner Ansicht nach sollte man diese überflüssigen, unrichtigen und die französischen Kommunisten kompromittierenden Behauptungen weglassen, auch als Beweis des theoretisch und praktisch wichtigen und richtigen Grundgedankens, daß eine sofortige, formal konsequente Anwendung der kommunistischen Prinzipien auf die Verhältnisse der kleinen Bauernwirtschaften (nicht in Frankreich allein, sondern in allen Ländern, in



Reparations-Rechnung

denen es kleine Bauernwirtschaften gibt) durchaus und in jeder Hinsicht falsch wäre.

Statt dieser unrichtigen Behauptungen wäre es besser gewesen, genauer auszuführen, warum die Bereicherung der französischen Bauern während des Krieges nur eine scheinbare ist; warum die Gelder dieser Bauern trügerisch sind; warum der Druck der Großbanken auf die Arbeiter und Bauern Frankreichs sich verstärkt; wie sich die Verstärkung äußert usw. usw.

3. In den Thesen wird nur erwähnt, daß die Statistik der Vorkriegszeit in Frankreich 5 700 000 Angehörige der Bauernbevölkerung zählte, von welcher Zahl 4 850 000 auf kleine Wirtschaften (bis zu 10 Hektar) und 850 000 — auf größere Wirtschaften entfallen. Diese Zahlen zeigen — heißt es in den Thesen — wie ungleichmäßig der Boden in Frankreich verteilt ist. „Aber diese Zahlen — heißt es weiter — geben keine genaue Vorstellung von der Größe der von den Eigentümern bearbeiteten Bodenfläche und von den Ländereien, die als Quelle für den kapitalistischen Gewinn dienen.“

Erstens ist auch jener Boden, der von den Eigentümern bearbeitet wird, sowohl in Frankreich, als auch in allen anderen kapitalistischen Ländern als eine „Quelle des kapitalistischen Gewinns“ zu betrachten. Theoretisch richtiger und praktisch nützlicher wäre in diesen Thesen der Französischen Kommunistischen Partei die Erwähnung der Form dieses Gewinns, als die Behauptung, daß die Konzentration des Bodenbesitzes in der Landwirtschaft sich nicht „regelmäßig“ vollziehe.

Es ist zweifellos richtig, daß die französische agrarische Statistik falsch ist, noch falscher als die deutsche, amerikanische, schweizerische und dänische, und daß sie eine genaue Feststellung der von der kapitalistischen Wirtschaft besetzten Bodenfläche nicht gibt. Richtig ist auch der weitere in den Thesen erwähnte Umstand, daß die Lohnarbeiter häufig auch Farmen von unter 10 Hektar bearbeiten, und daß es vorkommt, daß „auch landwirtschaftliche Betriebe von 20—30 Hektar und darüber“ von den Eigentümern selbst bebaut werden.

Indessen erlaubt die französische agrarische Statistik, wenn auch eine nicht durchaus genaue, so doch annähernde Einschätzung des kapitalistisch ausgebeuteten Grundbesitzes. Ich habe augenblicklich weder das Buch von Compère-Morel, noch andere Quellen zur Hand, aber ich erinnere mich, daß die französische Statistik Wirtschaftsbetriebe von 40 und mehr Hektar gesondert behandelt. Es wäre sehr nützlich, wenn man diese Angaben beibrächte, um den französischen Kleinbauern anschaulich zu zeigen, wie groß die Ländereien sind, die die französischen Kapitalisten und Gutsbesitzer den Bauern und den Arbeitern

genommen haben. Meiner Ansicht nach hätten die agrarischen Thesen außerdem anschaulich zeigen müssen, sowohl auf Grund des Zahlenmaterials der französischen agrarischen Statistik, als auch des von Compère-Morel (als dieser noch ein Sozialist war und nicht wie jetzt ein Verteidiger der Kapitalisten) erhaltenen Materials, welchen ungeheuren Vorteil die überwiegende Mehrheit der Landbevölkerung Frankreichs unmittelbar nach der sozialen Revolution und auch späterhin von dieser hätte.

Meine letzte Bemerkung bezieht sich auf jenen Teil der Thesen, in dem von der Notwendigkeit der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, von der Bedeutung der modernen Maschinen, Geräte, Verfahren usw. gesprochen wird.

Alle diese Hinweise der Thesen sind zweifellos richtig und praktisch notwendig. Es scheint mir nur, daß man nicht im Rahmen der unter dem Kapitalismus üblichen Technik bleiben darf. Es hätte die Notwendigkeit einer planmäßigen und durchgreifenden Elektrifizierung ganz Frankreichs, die absolute Unmöglichkeit dieser Arbeit zugunsten der Arbeiter und Bauern ohne Beseitigung der bürgerlichen Herrschaft, ohne Eroberung der Macht durch das Proletariat erwähnt werden müssen. In der französischen Literatur gibt es reiches Material über die Bedeutung der Elektrifizierung in Frankreich. Mir ist nur bekannt, daß ein kleiner Teil davon in den Arbeiten zitiert wurde, die auf Veranlassung unserer Regierung zum Zweck der Elektrifizierung Rußlands vorgenommen wurden, und daß nach dem Kriege die technischen Probleme der Elektrifizierung besonders in Frankreich sehr vorgeschritten sind.

Sehr wichtig vom theoretischen und praktisch agitatorischen Gesichtspunkte aus wäre meiner Ansicht nach, eine möglichst eindringliche Erwähnung des Umstandes in diesen Thesen (und überhaupt in der ganzen kommunistischen Literatur), daß die moderne fortschrittliche Technik eine Elektrifizierung des ganzen Landes — auch der Nachbarländer — nach einem einheitlichen Plan fordert; daß diese Arbeit auch durchaus durchführbar ist; daß gerade die Landbevölkerung dabei am meisten gewinnen würde; daß, solange der Kapitalismus und das Eigentumsrecht auf Produktionsmittel bestehen bleiben, die Elektrifizierung eines Landes, erstens nicht schnell und planmäßig und zweitens nicht zum Vorteil der Arbeiter und Bauern durchgeführt werden kann. Bei dem Kapitalismus wird die Elektrifizierung unweigerlich zu einem verschärften Druck der Großbanken auf die Arbeiter und Bauern führen. Vor dem Kriege noch hat nicht etwa ein „enger“ Marxist, sondern der patriotisch und lakienhaft das Kapital unterstützende Lissabien bewiesen, daß Frankreich in Wirklichkeit eine Finanzoligarchie ist.

Frankreich verfügt über eine glänzende Möglichkeit der Elektrifizierung. Unter der Voraussetzung eines Sieges des Proletariats in Frankreich wird von einer planmäßig, das Privateigentum ignorierenden Elektrifizierung gerade die kleine Bauernschaft unermeßliche Vorteile haben. Bei der Beibehaltung der Macht der Kapitalisten ist es unvermeidlich, daß die Elektrifizierung nicht nur keine planmäßige und schnelle sein wird, sondern sie wird, wenn sie überhaupt zustande

kommt, ein neues Joch für die Bauernschaft, eine neue Knechtschaft für die Bauern der „Finanzoligarchie“ bedeuten.

Das sind die wenigen Bemerkungen, die ich anläßlich der Thesen über die Agrarfrage der Französischen Kommunistischen Partei, die mir im großen und ganzen durchaus richtig scheinen, machen mußte.

Russischer Kommunist.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Finnlands.

Die alte Sozialdemokratie Finnlands war ziemlich radikal. Die Traditionen vom Jahre 1905, das der Partei einen so mächtigen Aufschwung gegeben hatte, gingen während der schweren Zeiten der Reaktionsperiode nicht ganz verloren. Der Radikalismus wurde aber modifiziert. Der Standpunkt des „selbständigen Klassenkampfes“ war stark genug, um die Bestrebungen des offenen Reformismus, des Revisionismus niederzudrücken, er wurde aber unter dem Einfluß der bürgerlichen Umgebung in die gesetzlichen Bahnen des unbewußt reformistischen Kautskyanismus hineingeleitet. Diese Veränderung vollzog und befestigte sich immer mehr sowohl in der parlamentarischen als auch in der gewerkschaftlichen Tätigkeit.

Die russische Revolution stellte die Partei auf die Probe. Während des Sommers und Herbstes 1917 hat die Partei zwar eine Entwicklung durchgemacht, die durch die Revolutionierung der Massen und die Entwicklung der russischen Revolution stark beschleunigt wurde. Der Widerstand der Bürgerlichen gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen zwang die Sozialdemokratie, in der nationalen Frage gegen die Kerenski-Regierung weiter zu kämpfen, und das hinderte sie, klar zu sehen, was danach folgen mußte — die proletarische Revolution. Die Frage nach dieser war nicht theoretisch erörtert worden, und auch im übrigen war die Partei nicht auf die Aufgaben einer revolutionären Situation eingestellt.

Im November 1917 eröffnete sich für die Arbeiterklasse Finnlands die Möglichkeit, die Macht zu nehmen, aber die Partei zog sich zurück. Die Bourgeoisie bekam Gelegenheit und Zeit, sich vorzubereiten und ging im Januar 1918 zum Angriff über. Die Partei stellte sich an die Spitze der kämpfenden Massen, wurde aber geschlagen durch die Uebermacht der weißen Heere und die Henkertuppen des deutschen Imperialismus.

Der weiße Terror hat das finnische Proletariat nicht das Evangelium der Unterwerfung gelehrt, sondern etwas ganz anderes. Das mußten die Herren Sozialdemokraten — die eigentlichen Revisionisten der früheren Jahre — erfahren, die glaubten, daß jetzt ihre Zeit gekommen sei, und die finnischen Arbeiter auf den „rechten Weg“ zu führen versuchten. Die Arbeiter antworteten damit, daß sie die Partei dieser Herren verließen und im Frühling 1920 eine neue Partei, die „Sozialistische Arbeiterpartei“, gründeten, die schon nach einigen Monaten trotz aller Verfolgungen die Majorität der organisierten Arbeiter hinter sich hatte. Diese Partei sympathisiert mit der Kommunistischen Internationale, infolgedessen wurden die Führer derselben zu vieljähriger Gefängnisstrafe verurteilt.

Die Kommunistische Partei Finnlands wurde als eine illegale Organisation von Emigranten in Moskau im Herbst 1918 gegründet. Sie hat ihr Programm auf den Konferenzen 1919 und 1920 näher ausgearbeitet, an denen auch Vertreter geheimer Organisationen aus Finnland teilnahmen. Vor einigen Wochen wurde ein geheimer Parteikongreß abgehalten, der ein klares Zeugnis dafür gab, daß die Partei schon tiefe Wurzeln in Finnland geschlagen hat. Bevor es aber in Finnland dazu kommen konnte, war etwas geschehen, das nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung der finnischen Arbeiterbewegung bleiben sollte.

Eine kommunistische Partei wird nicht ohne innere Krisen und Prüfungen geschaffen. Unter den Emigranten in Rußland begann eine Gruppe, die hauptsächlich aus kleinbürgerlich-bäuerlichen Elementen bestand, eine demagogische Agitations- und Intrigenkampagne gegen die Führung der jungen kommunistischen Partei, die unter schweren Verhältnissen ihre Arbeit ausführte. Und am 31. August 1920 wurden einige hervorragende Genossen durch diese Gruppe ermordet.

Die Parteidiskussion über die besten Methoden, diese Opposition zu liquidieren, wurde teilweise durch Korrespondenz geführt und hat mehrere Fragen zur Erörterung gebracht, z. B. die Frage über das Verhältnis zu den Massen. Die Auseinandersetzungen führten zur Fraktionsbildung, und die Partei geriet in eine Krise, die der Parteitag zu klären hatte.

In ihrem Beginn — so wird in der vom Parteitag angenommenen Resolution gesagt — hatte die Partei im Kampf gegen den sozialdemokratischen Opportunismus einen linksbolschewistischen sektiererischen Anstrich erhalten, während gleichzeitig Ueberbleibsel der alten Sozialdemokratie noch eine Zeit in ihr verharrten. Die Partei hat jedoch energisch danach gestrebt, von beiden frei zu werden, was nicht ohne innere Streitigkeiten vor sich gehen konnte. Der Parteitag konnte konstatieren, daß die beiden Fraktionen auf kommunistischer Grundlage zu demselben Ziel gelangt waren: vom Ultrabolschewismus zum marxistischen Kommunismus.

Der Parteitag sprach dem Zentralkomitee seine Anerkennung aus für seine wirksame und energische Erziehungs- und Organisationsarbeit, für die Entschlossenheit und Standhaftigkeit in der Verteidigung der Grundprinzipien der kommunistischen Partei, der Einigkeit und Disziplin in einem schweren Moment, in dem fremde anarchistische Elemente die Partei bedrohten. Nach einer Kritik der Mängel und Fehler der beiden Fraktionen, der Schwankungen nach links und rechts, des Versäumnisses einiger verantwortlicher Genossen, die entsprechenden Verbindungen mit der Parteileitung aufrechtzuerhalten usw. hat der Kongreß scharf die Bedeutung der inneren Festigkeit und Disziplin in der Partei unterstrichen.

Die Mordtat wurde vom Parteikongreß als ein anarchistischer Akt gekennzeichnet, nur geeignet, der weißen Konterrevolution zu nützen. Das Andenken der ermordeten Parteigenossen wurde vom Parteitag geehrt. Es wurde betont, wie wichtig energische Arbeit und Kampf gegen die kleinbürgerlichen, anarchistischen Tendenzen der nicht proletarischen Elemente seien, die von der Revolution mitgerissen werden, die sich aber der revolutionären Disziplin nicht unterwerfen wollen, die versuchen, die kommunistische Führung zu schwächen, ohne die der revolutionäre Kampf aussichtslos ist.

Nach eingehenden Diskussionen wurde die Resolution einstimmig angenommen, was davon zeugt, daß die Partei diese Krise überwunden hat und mit vereinten Kräften den Kampf gegen das Bürgertum fortsetzen kann. Die Leitung der Kommunistischen Internationale, besonders der Vorsitzende der Exekutive, Genosse Sinowjew, hat verständnisvoll der Partei geholfen, diese Krise

glücklich durchzukämpfen. Genosse Sinowjew hat eine Zeitlang die Tätigkeit des Zentralkomitees geleitet und die Fraktionen vereinigt zu der organisatorischen Arbeit, die die kommunistische Bewegung Finnlands endgültig konsolidieren wird. Auf dem Parteitag war die Exekutive durch den Genossen Radek vertreten, der besonders zur Klärung der Taktikfrage beigetragen hat.

Die Entschlüsse über die Situation, Taktik und Organisation wurden auch einstimmig angenommen. Ihr Inhalt war, kurz gesagt, folgender:

Die Situation. In den letzten sieben Kriegs- und Revolutionsjahren war der finnländische Kapitalismus von den produktiven Austauschbeziehungen mit der Außenwelt, die er für seine Weiterentwicklung gebrauchte, abgesondert. Die „Unabhängigkeit“ wurde in dieser Hinsicht eine schwere Enttäuschung für die finnische Bourgeoisie. Von 1918 an ist das Land durch den Ueberschuß des Imports immer ärmer geworden. Zuerst die Politik Deutschlands, dann die Isolierungspolitik Englands und endlich die Handelspolitik Frankreichs haben dazu beigetragen, die Kräfte des finnischen Produktionskapitals zu schwächen.

Sowjetrußland gegenüber hat Finnland offene Feindseligkeit gezeigt. Schlecht verhüllte Eroberungsangriffe auf Karelien und Ingermanland (die finnischen Umgebungen Petrograds) haben von Zeit zu Zeit stattgefunden. Nach dem Zusammenbruch der polnischen Offensive war Finnland gezwungen, den Dorpatfrieden mit Rußland zu schließen. Die konterrevolutionären Intriguen Finnlands gegen Sowjetrußland haben aber nicht aufgehört.

Die Frage der politischen Orientierung verursacht in den Reihen der Bourgeoisie Zersplitterung als Ausdruck für die ökonomischen Interessen, die nach verschiedenen Ländern, teils nach Westen, teils nach Osten streben. So hat sowohl die imperialistische Politik der Großmächte als auch die proletarische Revolution Rußlands, die den Kampfmut der Arbeiterklasse gesteigert hat, auflösend auf die finnländische Kapitalmacht gewirkt.

Die innere Lage ruft Wehklagen in der bürgerlichen Presse hervor. Die Weltkrise, die unproduktive Einfuhr, die Schwankungen der Valuta, die großen Kosten des Heerwesens, der Bürokratie, der politischen Polizei und der Schutzkorps, zahlreiche aufeinanderfolgende Unterschlagungsskandale, alles das hat auf die Schultern des Volkes eine erdrückende Steuerlast gelegt, die schon Proteste der Mittelschichten, besonders der Bauern, hervorgerufen, die mit der Einstellung der Bezahlung drohen. Diese ökonomische Auflösung wird in der Armee, sogar teilweise in den Schutzgarden zum Ausdruck kommen. Lohnrückungen, die Arbeitslosigkeit, die Teuerung, die politischen Verfolgungen werden den Klassenkampf zuspitzen.

In welcher Weise auch die weltpolitische Entwicklung der nächsten Zukunft auf die Klassenkämpfe in Finnland Einfluß ausüben mag — zuspitzend oder abstumpfend —, jedenfalls sind harte Teilkämpfe in naher Zukunft unvermeidlich. Die Organisiertheit, die revolutionäre Erfahrung und der tiefe Klassenhaß des finnländischen Proletariats bürgen dafür. Der Einfluß der Sozialverräter ist immer kleiner und kleiner geworden. Und da die Mehrheit des Proletariats schon bewußt der Fahne des revolutionären Klassenkampfes folgt, kann die kommunistische Partei durch eine energische Organisationsarbeit und eine zielbewußte Teilnahme an den täglichen Kämpfen der Arbeiterklasse in naher Zukunft der wahre Führer derselben werden.

In der Taktikresolution wird näher entwickelt, wie dies zu erreichen ist. Die außenpolitische Krise ist so auszunützen, daß die Gegensätze der besitzenden Gruppen immer mehr erweitert werden und der Klassenkampf des Proletariats gesteigert wird. Die Angriffsabsichten gegen Sowjetrußland zum Scheitern zu bringen, nähere Beziehungen, besonders Handelsverbindungen mit Rußland zu propagieren, den unter einigen Schichten der Bourgeoisie gegen den englischen Imperialismus herrschenden Antagonismus auszunützen und anzufachen — das sind die nächsten Aufgaben der Außenpolitik der Arbeiterklasse. Diese Politik wird die Sozialverräter zwingen, sich immer mehr als Verbündete der internationalen Konterrevolution zu entlarven.

Der wichtigste der besonderen Teilkämpfe des nächsten Winters wird vielleicht die Arbeitslosenbewegung sein. Diese ist zielbewußt zu organisieren, so daß die ganze Arbeiterklasse die Sache der Arbeitslosen als ihre eigene empfindet. Diese (wie im allgemeinen jede Teilaktion) muß auf breiter Front geführt werden; man darf sie nicht durch zersplitternde Einzelkämpfe im Sand verlaufen lassen.

Betreffs des Kampfes um die Produktionskontrolle wird in der Resolution gesagt, daß er wirksam sein kann, wenn er auf konkreten Forderungen der Massen in den Betrieben aufgebaut wird. Im Kampfe selbst sollen Fabrikkomitees und Betriebsräte gewählt werden. In den Kampf um die Kontrolle der großen Holzgesellschaften auf dem flachen Lande können und müssen auch die halbproletarischen Elemente, z. B. Kleinbauern, hineingezogen werden.

Das Verhältnis zu den Mittelschichten erfordert besondere Beachtung. Ihre Enttäuschungen in der nationalen Frage, die Vormundschaft des Imperialismus, die Teuerung und die Steuerlasten, die trostlose Erniedrigung der bürgerlichen Demokratie, die beginnende Abneigung, der Großbourgeoisie

Henkerdienste zu leisten — all das ist zu benutzen, um die Bewegungen dieser Klassen weiter zu treiben. Dabei müssen die Schwankungen dieser nichtproletarischen Schichten genau beobachtet und die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung bewahrt werden.

Die Aufklärungs- und Organisationsarbeit unter den werktätigen Massen im Dorfe, den Fronbauern, Kleinwirten, den Parzellenpächtern, den Angestellten, muß auf genauer Kenntnis ihrer konkreten Lage und der Beziehungen zwischen diesen Gruppen und den proletarischen Elementen, Tagelöhnern, Dienern, Waldarbeitern, aufgebaut werden. In der Agrarfrage muß das Recht der Arbeit gegen das parasitische Privilegium des Eigentums verteidigt werden.

Einen unermüdlichen täglichen Kampf müssen die Proletarier Finnlands um die Freiheit der Führung des Klassenkampfes wider die Diktatur der Bourgeoisie führen, die sich auf die bewaffneten „Schutzgarden“ stützt. Die Sozialverräter zeigen sich trotz ihrer alten Phrasen über die Freiheit als tätige Helfershelfer der „demokratischen“ Unterdrücker. In ihrer Presse und auch sonst treten sie oft auf als die Agenten der politischen Geheimpolizei, als Denunzianten der revolutionären Klassenkämpfer.

Die Taktikresolution enthält noch genaue Instruktionen über die Arbeit auf den verschiedenen Tätigkeitsgebieten: wie der Klassenkampf im Parlament, in den kommunalen Vertretungen, in der Genossenschaft, unter den arbeitenden Frauen, in der Jugendbewegung, in Arbeiterturnvereinen zu führen ist, wie die Propaganda in der Armee organisierte vereinigen wird. Schon vor dem und zu sammeln ist, so daß alles auf den Endkampf hinzielt und diesen erfolgreich macht. Besonders wichtig ist der Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen.

Die Arbeit der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung wurde als eine besondere Frage behandelt. In der Resolution werden die Richtlinien für diese wichtige Tätigkeit entwickelt, die den ökonomischen Kampf immer mehr revolutionieren und die finnische Gewerkschaftsbewegung auch formell mit der Roten Gewerkschaftsinternationale vereinigen wird. — Schon vor dem Parteitag und nach ihm haben mehrere Verbände sich prinzipiell für Moskau ausgesprochen: die Lederarbeiter, die Lebensmittelarbeiter, die Bäckereiarbeiter, die Kutscher, die Maler und der „Dreibund“ (Säge-, Schwer- und Hafendarbeiter). Im Anfang des Jahres 1922 wird die Landesorganisation ihren Beschluß durch Referendum fassen. Das Wüten der bürgerlichen und sozialverräterischen Presse bezeugt die Bedeutung dieser Aktion.

Ein besonderes Problem ist das Verhältnis der legalen zur illegalen Arbeit in Finnland. In ihrer Arbeit in den Reihen der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ müssen die Kommunisten mit ihrer Kritik, ihrer Initiative und ihrer ganzen Wirksamkeit die Halbheiten und die Ueberbleibsel der alten Sozialdemokratie wegräumen und den Mitgliedern der Partei zeigen, wie sie durch eine aktive, auf den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale basierte Parteiarbeit wahre Kommunisten und Mitglieder der kommunistischen Partei werden können.

Alle Massenbewegungen und Teilaktionen müssen so organisiert werden, daß sie — besonders im Zusammenhang mit großen Weltereignissen — zu Konflikten mit der bürgerlichen Klassenherrschaft und endlich zum entscheidenden Kampf gesteigert werden. Die Halbheiten der zentristischen Elemente und die Zeichen der Passivität in den eigenen Reihen müssen rücksichtslos kritisiert werden. Ungeduldige Elemente sind vor Provokation und Putschismus zu schützen. Auf diese Weise — der Linie der Kommunistischen Internationale folgend — wird die Partei als die Führerin des revolutionären Proletariats und des ganzen arbeitenden Volkes in dem Befreiungskampf gegen das Kapital auftreten können.

Die Organisationsresolution stellt fest:

„Die Kommunistische Partei Finnlands muß eine feste „unterirdische“ Organisation sein, die energisch und geschickt die Möglichkeiten der legalen und illegalen Tätigkeit benutzt, um das Vertrauen der Mehrheit der finnländischen Arbeiterklasse zu erobern und zu behalten und den revolutionären Klassenkampf derselben zum sicheren Sieg zu führen.

Die Partei muß durch die feste und unbedingte Parteidisziplin und eine starke Parteileitung zusammengehalten werden. Die Parteileitung muß durch lebendige revolutionäre Parteitätigkeit in Verbindung mit den Mitgliedern der Parteiorganisationen stehen und ihre führende Stellung auf eine revolutionäre Autorität basieren, die durch eine richtige und feste Führung erreicht wird.

Als Mitglieder der Partei werden die leitenden Parteiorgane nur solche Genossen aufnehmen, die als „Kandidaten“ tätig gewesen sind; wenigstens zwei Parteimitglieder sollen für den Kandidaten eine verantwortliche Parteibürgerschaft stellen. Die Probezeit muß für Handarbeiter wenigstens zwei, für andere wenigstens sechs Monate dauern. Bei der Aufnahme als Parteikandidat muß jeder Genosse sich seiner Pflicht bewußt sein, sich der Parteidisziplin und den Verpflichtungen eines Parteimitgliedes zu unterwerfen.

Die Beschlüsse und Direktiven des Parteikongresses, des Zentralkomitees und der übrigen führenden Parteiorgane sind für die Parteiorganisationen und für jedes Mitglied bindend.

Die Zentralleitung der Partei ist für ihre Tätigkeit dem Parteikongreß und der Leitung der Kommunistischen Internationale verantwortlich. Sowohl die Parteileitung wie die übrigen leitenden Parteiorgane müssen sich vor Versäumnissen wie auch vor Mißbräuchen ihrer Führerstellung hüten. Es ist auch ihre Pflicht, die Meinung der übrigen Parteimitglieder einzuholen, sich regelmäßig solide Informationen zu verschaffen und ihre eigenen Entschlüsse erst nach reichlicher, vielseitiger Erwägung zu fassen.

Die Parteimitglieder sind in ihrem Auftreten verpflichtet, sich stets als disziplinierte Mitglieder einer kämpfenden Organisation zu betätigen. Wo Meinungsverschiedenheiten über die richtige Handlungsweise vorkommen, sind diese im Kreise der Parteiorganisation zu entscheiden, und dann ist nach dieser Entscheidung zu handeln. Auch wenn der Beschluß der Organisation oder der Parteileitung nach der Meinung anderer Mitglieder fehlerhaft ist, dürfen diese Genossen in ihrem öffentlichen Auftreten nie vergessen, daß es das schlimmste disziplinarische Vergehen und der schlimmste Fehler im Kampf ist, die Einheitlichkeit der gemeinsamen Front zu stören oder gar zu brechen.

Es ist die oberste Pflicht jedes Parteimitgliedes, die kommunistische Partei und die Kommunistische Internationale gegen alle Feinde des Kommunismus zu verteidigen. Wer dies vergißt und im Gegenteil in Wort oder Tat die Partei oder die Kommunistische Internationale angreift, ist wie ein Gegner der Partei zu behandeln.“

In der Resolution werden dann detaillierte Instruktionen gegeben über die Bildung der Zellen und Kerngruppen, über die Pflicht der Berichterstattung, über die Agitation und über den Verbindungsdienst, zuletzt noch über das Verhältnis der Partei zur Sozialistischen Arbeiterpartei.

Der Parteitag behandelte noch mehrere Detailfragen, Berichte der verschiedenen Parteiorgane, Büros usw. Die Diskussionen waren durch Ernst und ehrliche Selbstkritik gekennzeichnet. Der Parteitag hat den Grund für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Parteiarbeit gelegt, die sicher den revolutionären Klassenkampf des finnischen Proletariats befruchten wird.

Moskau, im November 1921.

Yrjö Sirola.

Eine Hand wäscht die andere.

(Henry Thomas, das bürgerliche Gericht und die Kommunisten.)

„Ich schwöre bei Gott, dem Allmächtigen, daß ich als Geheimer Rat Seiner Hoheit dero treuer und ergebener Diener sein werde, daß mir fremd sein und fern liegen wird alles, was gegen die Person, die Ehre, die Krone Seiner Hoheit oder gegen dero königliche Würde unternommen, vollbracht oder gesagt werden kann. Ich werde aus ganzen Kräften mich widersetzen gegen Versuche, Taten oder Worte dieser Art, wovon ich persönlich Seiner Hoheit oder jenen unter dero Geheimen Räten Mitteilung machen werde, die es Seiner Hoheit melden können. In den königlichen Räten werde ich treu, untertänig und ehrlich meine Meinung aussprechen, die mir mein Gefühl und mein Bewußtsein diktieren wird, und werde geheim halten alles, was mir anvertraut oder in den königlichen Räten besprochen werden wird und nicht in die Öffentlichkeit zu gelangen hat; und wenn irgendetwas in den königlichen Räten irgendeinen der Räte betrifft, so werde ich es ihm gegenüber solange geheim halten, bis es mit Einverständnis Seiner Hoheit selbst oder des königlichen Rates veröffentlicht werden wird. Ich werde Seiner königlichen Hoheit mit ganzer Seele ergeben und treu sein, werde alle Rechte, Titel und Prärogativen der Macht Seiner Hoheit, die der Krone durch die Dekrete des Parlaments oder auf irgendwelchen anderen Wegen verliehen sind, schützen und verteidigen gegen alle ausländischen Prinzen, Persönlichkeiten, Staatspräsidenten oder Herrscher und werde überhaupt in allem in bezug auf Seine Hoheit als treuuntertäniger und ergebener Diener handeln. So wahr mir Gott helfe!“

Wer ist dieser treue und untertänige Diener Seiner Hoheit? Wer ist dieser Verteidiger der Prärogativen, der Ehre, der Würde und Krone des obersten Herrschers? Der Leser denkt natürlich, daß dies irgendein Sir, Lord, Herzog oder Prinz ist, vielleicht auch irgendein Direktor einer Dampfergesellschaft, der der hohen Würde eines Geheimen Rates Seiner Hoheit für seine Verdienste um Krone und Vaterland für würdig erachtet worden ist? Nein, keineswegs! Das fehlte noch, daß wir unser Papier, von dem wir ohnehin so wenig haben, noch für Erzählungen von irgendwelchen Lords und Sirs verschwenden wollten! Nein, es handelt sich hier um einen größeren Vogel und durchaus nicht um einen aus der

Reihe der Adligen und Kapitalisten, die durch den Willen der Könige in die vornehme Gesellschaft der Geheimen Räte geraten sind — es ist hier von einem Führer der Arbeiterklasse die Rede. Darum haben wir ja diese archaische Eidesformel mit ihrer vorsintflutlichen Sprache vollständig zitiert. Ich wiederhole — ein Führer der Arbeiterklasse. Jede Familie hat ihren Krüppel. Das Schlimme ist nur, daß in der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder schon zu viel solcher Krüppel vorhanden sind, als daß man sie mit Stillschweigen übergehen könnte.

Außer den offiziellen Geheimen Räten, außer den allgemein bekannten Mitgliedern des königlichen Hauses, — wieviel Agenten der Bourgeoisie gibt es da noch in der Arbeiterbewegung, die sich aus der Arbeiterklasse selbst rekrutieren, von denen wir gar nichts wissen und die den Klassenfeinden der Arbeiter — der Bourgeoisie — von allem Bericht erstatten, was in dem Lager der proletarischen Bewegung vorgeht! Von diesen geheimen Denunzianten erfahren wir erst dann, wenn die Archive der Abteilungen der politischen Polizei in die Hände der Arbeiter geraten. Jetzt aber wollen wir bei jenen Führern der Arbeiterbewegung Halt machen, die zu gleicher Zeit auch Mitglieder des königlichen Rates sind.

Als James Henry Thomas noch Eisenbahnangestellter war, nannten ihn die Kameraden einfach Jim. Das war damals, als die Arbeiter ihre diplomatischen Vertreter noch nicht an den Höfen der Hoheiten hatten, als die gekrönten Personen die Arbeiter noch als Gesindel betrachteten und die Bourgeoisie keinen Grund hatte, mit den Arbeitern anzubandeln. Es gab ihrer noch viele auf dem Markt, man konnte ihrer kaufen so viel man wollte und zu verhältnismäßig billigen Preisen. Die Arbeiter nannte man nicht Arbeiter, sondern einfach „Arbeits Hände“. Damals war Jim noch nichts anderes als Jim, und keinem der Machthaber kam es in den Sinn, ihn mit Titeln und Würden zu belohnen. Aber da brach der Krieg aus, ein äußerst hartnäckiger und blutiger Krieg, den man nur mit Hilfe der Arbeiterklasse, sowohl auf dem Schlachtfelde als auch an den Werkbänken, führen konnte. Ohne Fabriken und Werke wäre dies unmöglich gewesen. Die Arbeiter aber erwarben in den Augen der Bour-

geoisie und Aristokratie sofort einen besonderen Wert. Man begann die Arbeiter mit Gold aufzuwiegen. Aber es stellte sich heraus, daß die Arbeiterklasse sehr üble Angewohnheiten hat: je mehr man den Arbeitern zahlt, desto mehr verlangen sie. Außerdem begnügen sie sich nicht mit dem hohen Arbeitslohn, sondern wollen auch noch ihre alten Rechnungen mit ihren Exploiteuren zum Abschluß bringen, sie sozusagen an die Wand drücken, sobald sich hierfür eine günstige Gelegenheit bietet. Der geeignetste Moment hierfür war natürlich der Krieg. Auf den Schlachtfeldern vernichteten Millionen von Leuten in einer Minute, was Millionen von Arbeitern an einem Tage, im Laufe einer Woche oder eines Monats herstellten. Die Front stellte den ungeheuer großen, unersättlichen Rachen Molochs dar, der alles verschlang, was durch die werktätige Arbeit von Millionen von Arbeitern geschaffen wurde. Die Arbeiter hätten sich nur zu weigern brauchen, die Front zu ernähren und zu beliefern, und der Krieg wäre verloren gewesen. Das war es gerade, was die Bourgeoisie am allermeisten fürchtete. Sie fürchtete sich vor jener ungeheuren Macht, über die die Arbeiter verfügten und die sie gegen ihre Klassenfeinde in Anwendung bringen konnten. Man mußte die Arbeiter um jeden Preis an den Werkbänken halten, ihre Aufmerksamkeit vom Kampfe ablenken. Das wurde von der Bourgeoisie erreicht durch Steigerung des Arbeitslohnes — übrigens nicht des realen, sondern des nominalen Arbeitslohnes —, dadurch, daß die Arbeiter, je mehr Papiergeld sie erhielten, um so mehr auch für die Produkte des alltäglichen Gebrauches zahlen mußten. Immerhin wurde der Eindruck erzielt, als würden die Arbeiter nicht von Tag zu Tag, sondern von Stunde zu Stunde reicher, so daß es aussah, als würden sie nach dem Kriege überhaupt nicht mehr zu arbeiten brauchen, als würden sie dann alle reiche Leute sein. Die Bourgeoisie verhiess den Arbeitern für die Zukunft goldene Berge. Sie versicherte ihnen, daß nach dem Kriege (natürlich im Falle seines erfolgreichen Ausganges) das Himmelreich auf Erden eintreten werde. Die englische Bourgeoisie sprach davon, daß England ein seiner Helden würdiges Lund sein werde. Das sozialökonomische Programm, das die Bourgeoisie vor den Arbeitern entwarf, erstreckte sich auf alle Lebensphasen der Massen: hier war vorgesehen nicht nur ein hoher Arbeitslohn, nicht nur der kurze Arbeitstag, nicht nur die besten Wohnungsverhältnisse, sondern schon fast die Arbeiterkontrolle über die Produktion. Die Bourgeoisie

geizte nicht mit Versprechungen. Sie brauchte Arbeiterhände, sie brauchte eine hohe Produktivität der Arbeit, sie brauchte Geschütze, Munition — sie war hilflos der Arbeiterklasse gegenüber und war bereit, alles zu versprechen, was man nur wünschte.

Aber das Hauptmittel, das von der Bourgeoisie dazu angewandt wurde, um die Arbeiter in Gehorsam zu halten und an die Arbeit an den Werkbänken zu bannen, bestand darin, daß sie die Generäle der Arbeiterbewegung bestach. Wenn von Bestechungen und Korruption unter den Führern der Arbeiterbewegung die Rede ist, so stellt sich der Durchschnittsleser die Sache gewöhnlich wie im Kino vor. Die Agenten der Bourgeoisie, vom Kopf bis zu den Füßen maskiert und verkleidet, treffen „um Mitternacht“ mit den Führern der Arbeiterbewegung irgendwo außerhalb der Stadt, im Walde oder in der öden Vorstadt zusammen und schmieden dort Komplotte gegen das Proletariat, wofür die Agenten der Bourgeoisie den Führern der Arbeiter bestimmte Geldsummen in Gold zahlen. In Wirklichkeit aber geschieht das alles ganz anders. Wenn wir von Bestechungen und Korruption reden, so wollen wir damit durchaus nicht sagen, daß die Bourgeoisie einige Führer der Arbeiterbewegung mit Gold bezahlt (zwar kommen auch solche Fälle vor). Es gibt verschiedene Arten von Bestechung. Man kann z. B. diesen oder jenen Führer mit einer guten Stelle bestechen, wie das z. B. mit Breis der Fall war, einem der Führer der Föderation der Bergarbeiter, der nach dem bekannten Konflikt der Bergarbeiter mit der Regierung im Jahre 1919 eine Stelle im Staatsdienste erhielt, oder wie dies mit Barnes (George Nickol) der Fall war, der vom Alter von elf Jahren an in der Fabrik gearbeitet hatte und später Mechaniker geworden war. Seine Gewerkschaft — der Vereinigte Mechaniker-Verein — machte ihn zuerst zum Gehilfen des Generalsekretärs und später zum Generalsekretär selbst. So arbeitete Barnes bis 1916 in den Reihen seiner Klasse; ob er nun schlecht oder gut arbeitete, so arbeitete er doch im Dienste der Arbeiter, die ihn auf die verantwortlichsten Posten, bis zur Stelle des Vorsitzenden der Parlamentsgruppe der Arbeiterpartei, vorschoben. Er war 58 Jahre alt, als er offen in das Lager der Bourgeoisie übertrat, gerade damals, als sie die Arbeiter besonders an den Werkbänken für die Versorgung der Front ihres imperialistischen Krieges halten mußten. Die Bourgeoisie wußte, wie sie die Arbeiterbewegung schwächen

konnte, und war bemüht, die nachgiebigsten und am meisten zum Verrat neigenden Führer auf ihre Seite zu locken. So machte sie Barnes zum Minister. Das gleiche geschah mit George Robert Clynes. Clynes begann seine Karriere als einfacher Arbeiter einer Webereifabrik. Die Arbeiter begannen ihn auf verantwortliche Posten in der Arbeiterbewegung zu stellen. Er war Vorsitzender des Nationalverbandes der ungelerten Arbeiter, der einige 100 000 Mitglieder hatte. Ebenfalls während des Krieges wurde er von den Feinden der Arbeiterklasse auf den Posten eines Ministers gestellt und mit dem Titel eines Geheimen Rates seiner Hoheit belohnt. Das gleiche geschah auch mit William Cuck, der von neun Jahren an in der Fabrik gearbeitet hatte und während des Krieges Mitglied des königlichen Rates, d. h. Geheimer Rat geworden war. Wer aber ist der berüchtigte Arthur Henderson? Seinem Beruf nach ist er Metallarbeiter, eine Zeitlang war er Vorsitzender der Parlamentsgruppe der Arbeiter-Partei, Führer der Amsterdamer Internationale. Auch er ist von der Bourgeoisie aus den Reihen der Arbeiterklasse herausgeholt, auf den Ministersessel gesetzt und im Interesse des imperialistischen Krieges ausgenutzt worden.

John Hodges — Arbeiter, Maschinist — war erster Sekretär des Verbandes der Stahlgießer und darauf Vorsitzender des Gewerkschaftsrates in Glasgow. Hodges bekleidete immer verantwortlichere Posten in der Arbeiterbewegung, bis er schließlich zum Präsidenten des Kongresses der Gewerkschaften und zum Vizepräsidenten der Parlamentsgruppe der Arbeiter-Partei gewählt wurde. Wie alle anderen Führer der Arbeiterbewegung wurde auch er 1916 bis 1917 Arbeitsminister, später pensionierter Minister und natürlich Mitglied des königlichen Rates, d. h. Geheimer Rat seiner Hoheit.

George Henry Roberts — Setzer — war erster Vorsitzender der Assoziation der Typographen. Er war wie Hodges eine Zeitlang Vorsitzender des Gewerkschafts- und Arbeiterrates und wirkte bis 1915/16 in der Gewerkschaftsbewegung, als er plötzlich den Posten des zweiten Gehilfen des Ministers der Finanzen erhielt. Er war Nachfolger von Hodges, d. h. Arbeitsminister im Jahre 1917, und wurde der Würde des Geheimen Rates seiner Hoheit für würdig erachtet.

James Packer begann seine Karriere in der gleichen Weise wie Thomas, d. h. vom zwölften Jahre an war er Laufbursche, dann Droschkenkutscher, Pferdeknecht, ungelerner

Arbeiter und Metallarbeiter. Während des Krieges bekleidete er im Kabinett Lloyd Georges den Posten eines Lord-Kommissars der Finanzen. Wir könnten eine große Anzahl solcher Beispiele anführen, aber wir beschränken uns auf die bereits erwähnten, denn alle übrigen sehen diesen verblüffend ähnlich. Bei jedem von ihnen finden wir ungefähr die gleiche Biographie; der Mann hat begonnen, von Kindesbeinen an in der Fabrik zu arbeiten, hat entweder gar keine Bildung empfangen oder den Kurs irgendeiner Elementarschule durchgemacht, wurde von seinen Kameraden, den Arbeitern, auf irgendeinen verantwortlichen Posten in einer Gewerkschaft gestellt, dann ins Parlament gewählt, wo er eine bedeutende Rolle spielte, indem er sich zuweilen sogar an die Spitze der Arbeiterpartei stellte, und wurde allmählich aus jenem Milieu herausgerissen, in dem er geboren war, aufwuchs und gearbeitet hatte. Indem sich unser Held fortwährend in bourgeoisen Sphären bewegte, vergaß er allmählich seine proletarische Herkunft. An seine Vergangenheit erinnerte er sich nur in den Arbeiterversammlungen, in denen er nur zu dem einzigen Zweck erschien, sich die Stimmen der Arbeiter für die Parlamentswahlen oder irgendwelche anderen Wahlen zu sichern. Mit seiner Vergangenheit brüstet er sich gern auf Banketts, die von der Bourgeoisie und den ihr dienenden Organen, den Universitäten, Handelskammern u. a., veranstaltet werden. Auf solchen Banketts treten Führer dieser Art gern auf, indem sie die Bourgeoisie mit Deklamationen über folgendes Thema unterhalten: „In diesem großen demokratischen Lande hat jeder Mensch die gleichen Chancen für die Erreichung von Amt und Würden. So habe z. B. ich einstmals in der Fabrik gearbeitet, jetzt aber, sehet mich an, bin ich — Minister.“ In der Tat aber haben diese Leute schon jeden inneren Zusammenhang mit der Arbeiterklasse verloren. Der Apparat der Arbeiterklasse liegt in ihren Händen, und mit Hilfe dieses Apparates halten sie wiederum die Arbeitermassen in Händen.

Für die Bourgeoisie ist es sehr vorteilhaft, ihre Freunde aus der Reihe der Vertreter der Arbeiterklasse mit hohen Titeln, Ehren und Posten zu belohnen, denn die Vorteile, die hieraus gezogen werden, sind von unermeßlichem Wert. Ein einziger Agent in dieser großen Arbeiterorganisation, wenn es noch zu dem der Sekretär oder Vorsitzende der Organisation selbst ist, ist zehn kleine Agenten, Gewerkschaftsorganisatoren und Denunzian-

ten wert. Die Mitglieder des königlichen Rates sind nun gerade solche Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung. Durch ihren Eid als Geheimer Rat verpflichten sie sich, von allem Meldung zu erstatten, was der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft drohen kann. Sie müssen aus allen Kräften bekämpfen: „Alles, was gegen die Konstitution unternommen, gesagt oder getan werden kann“. Vor allem aber müssen sie Meldung erstatten oder, milde ausgedrückt, informieren. Aus dem Eid, den sie dem königlichen Rat leisten, folgen bestimmte praktische Pflichten. Als Führer der Arbeiterbewegung müssen sie danach trachten, diese Bewegung in den Schranken des rein ökonomischen Kampfes zu halten, und wenn die geringste Gefahr in Erscheinung tritt, daß der ökonomische Kampf zu einem Zusammenstoß mit der Verfassung des Landes führen, d. h. die Herrschaft der Bourgeoisie bedrohen könnte, so ist es ihre Pflicht, diese Gefahr zu beseitigen und die Niederlage dieser Bewegung sogar in jenem Falle zu fördern, wenn eine solche Niederlage einen großen Nachteil für die ökonomischen Interessen der Arbeiter nach sich ziehen kann. Mit anderen Worten: wenn z. B. ein Streik der Arbeiter die Grenzen des friedlichen ökonomischen Streiks überschreitet, so muß er zum Scheitern gebracht werden.

Die Bourgeoisie begreift sehr gut die Bedeutung der Arbeit innerhalb der Arbeiterorganisationen. In dieser Beziehung ist sie weitsichtiger und praktischer als jene Kommunisten, die freiwillig aus den Arbeitermassenorganisationen austreten, um ihre eigenen Organisationen aus „richtigen“, „erprobten“ und „konsequenten“ Revolutionären zu bilden. Sie treten aus den Gewerkschaften aus und gewähren auf diese Weise den Agenten der Bourgeoisie volle Aktionsfreiheit. Die letzteren sind natürlich hierüber sehr erfreut, denn dies ermöglicht ihnen, ihre Geschäftchen unbehindert abzumachen, ohne eine Kritik von seiten des vorgeschrittensten und bewußten Elements zu befürchten, das für sie von Tag zu Tag immer gefährlicher wird. Warum sind die rechten Führer der Gewerkschaften so erbittert gegen die Kommunisten, warum sprechen sie von ihnen mit solchem Haß? Weil sie zum ersten Male in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ihrer Nemesis in Gestalt der kommunistischen Zellen begegnet sind. Es gab Zeiten, da diese „verfluchten Zellen“ nicht existierten und die Mitglieder der Gewerkschaft ihren Führern ergeben und ohne Murren folgten. In den Gewerkschaften

war es still und ruhig, niemand hinderte die Gewerkschaftsbürokratie daran, die ihr von der Bourgeoisie diktierte Linie durchzuführen. Jetzt verfolgt dieses unruhige „meuterische“ Element in den Gewerkschaften aufmerksam die Aktionen der Drahtzieher, kritisiert sie offen und laut. Die rechten Führer der Arbeiterorganisationen beschäftigen sich jetzt hauptsächlich mit der Säuberung dieser Organisationen von den unerwünschtesten, für sie „schädlichsten“ Elementen — den Kommunisten. Sie greifen zu allen und jeglichen Mitteln bis zur Denunziation, bis zur Inanspruchnahme der Polizei, um diesen schädlichen Einfluß des Kommunismus loszuwerden. Selbstverständlich freut sich niemand so sehr über den freiwilligen Fortgang der Kommunisten aus diesen Organisationen wie die rechten Führer. Sie wissen, daß das bewußte fortschrittliche Element, wenn es sich unter den Massen befindet, von großer Bedeutung sein und großen Einfluß haben kann; außerhalb der Massen, d. h. in seinen kleinen Zirkeln, stellt es keinerlei Gefahr dar.

Die Bourgeoisie aber, die die ganze Wichtigkeit des unmittelbaren Einflusses auf die Massen innerhalb der Organisationen des Proletariats begreift, macht vor nichts Halt, um ihren Stützpunkt innerhalb derselben zu schaffen und zu befestigen. Ohne einen solchen Stützpunkt, ohne einen solchen Einfluß, den sie in proletarischen Massenorganisationen ausübt, wäre ihre Existenz unsicher und vielleicht sogar unmöglich. Man kann mit Sicherheit sagen, daß die Herrschaft der Bourgeoisie sich ausschließlich auf jenen Einfluß aufbaut, den sie auf die Arbeiterbewegung und ihre Führer ausübt.

Bekanntlich hat die Bourgeoisie seit dem Waffenstillstand eine Menge Dummheiten und die unglaublichsten Fehler begangen. Schon allein der Versailler Vertrag, den jetzt seine Autoren selbst für einen verhängnisvollen Fehler halten, würde genügen, um der Bourgeoisie das Genick zu brechen, wenn jene Unterstützung nicht wäre, die ihr die Sozialpatrioten und die rechten Führer der Gewerkschaftsbewegung gewährten. Das Proletariat hat es nicht nur unterlassen, sich die Fehler seiner Feinde zunutze zu machen, sondern hat ihnen im Gegenteil geholfen, aus jenem Zauberkreis herauszukommen, in den sie hineingeraten waren. Das Proletariat hat sich nicht die ihm von der Geschichte gewährte Gelegenheit zunutze gemacht, um dem Feind, der sich selbst in seinen eigenen Widersprüchen verwickelt hat, den tödlichen Schlag zu ver-

setzen, und die Bourgeoisie ist hierfür hauptsächlich jenem Einfluß zu Danke verpflichtet, den sie auf die rechten Führer der Arbeiterbewegung ausübt. Mit ihrer Hilfe hat die Bourgeoisie die Arbeiterfront gesprengt. Jetzt müssen die Kommunisten diese Front wiederherstellen. Das ist die historische Aufgabe des augenblicklichen Moments.

Kehren wir aber zu unserem Jim zurück. Wir hatten ja begonnen, diesen Artikel über ihn zu schreiben. Jetzt heißt er nicht mehr einfach Jim, sondern James Henry Thomas, Exzellenz Thomas, M. P. (Mitglied des Parlaments), D. C. L. (Doktor des Bürgerlichen Rechtes), P. C. (Mitglied des königlichen Rates oder nach unserer früheren Rangordnung Geheimer Rat). Ja, kehren wir also zu Seiner Exzellenz zurück. Als also Jim 9 Jahre alt war, bestimmte ihn sein Vater — ein Arbeiter — irgend wohin als Laufburschen. Er war ein fähiger Knabe (so wenigstens pflegt man zu sagen, wenn man von der Jugend jedes beliebigen großen Mannes erzählt), bald sehen wir ihn bereits als Heizer bei einer Eisenbahn und dann auch als Maschinisten. Er war ein tüchtiger, fähiger Arbeiter, seine Kameraden liebten ihn und machten ihn bald zum Organisator des Verbandes der Eisenbahnangestellten. Später wählten ihn die Arbeiter ins Parlament, wo er eine leitende Stelle in der Fraktion der Arbeiter-Partei einnimmt. So steigt unser Held mit Riesenschritten immer höher und höher und wird schließlich Parlamentssekretär des Nationalverbandes der Eisenbahner, Führer des Dreiverbandes seligen Andenkens und einer der größten Führer der Amsterdamer Internationale. Während des Krieges war seine Organisation — der Nationalverband der Eisenbahner — von ungeheurer Bedeutung, denn von ihr hing der richtige Transport der Truppen und ihre Versorgung ab. Für die Bourgeoisie war es äußerst wichtig, daß der Führer dieser Organisation endgültig auf ihrer Seite stand, und sie machte ihn zum Geheimen Rat seiner Hoheit, indem sie ihn eidlich verpflichtete, ihr Agent unter den Eisenbahnern und in allen jenen Organisationen zu sein, in denen er eine bedeutende Rolle spielte. Heute, da Thomas sich in den „obersten Sphären“ zu bewegen beginnt, muß er mit den Vertretern des feindlichen Lagers in freundschaftliche Beziehungen treten. Auf die Lobreden, die sie reichlich vor ihm verschwenden, muß er mit ebensolchen Freundslichkeiten antworten. Allmählich hört er auf, in ihnen seine Klassenfeinde zu sehen, er empfiehlt sie der Arbeiterklasse als Freunde, die

er sehr gut kennt. Lesen wir z. B. das Vorwort von Thomas zu dem Buch des in der ganzen Welt bekannten Bankiers Otto Kahn „Betrachtungen eines Bankiers“. In diesem Vorwort sagt Thomas folgendes:

„Der Krieg hat viele sonderbare und außerordentliche Erscheinungen verursacht: Leute, deren Lebenswege und alltägliche Arbeit weit auseinandergehen, wurden durch den Krieg eng miteinander verbunden. So begegneten sich ein in der ganzen Welt bekannter Bankier und ein Führer der englischen Arbeiterbewegung. Unter den früheren Verhältnissen hätte sich wohl kaum jemals Gelegenheit für ein ähnliches Zusammentreffen geboten, und obwohl ich und Otto Kahn in vielen Fragen verschiedener Meinung sind, so stimme ich doch mit ihm in verblüffend vielen Punkten überein.“ (Wörtlich: „Man muß sich wahrhaft wundern über die große Zahl der Fragen, in denen wir übereinstimmen.“)

An einer anderen Stelle des Vorworts bringt Thomas sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß das Volk die Verdienste solcher Bankiers wie Otto Kahn nicht genügend einschätze. Außer seinen direkten Pflichten der Bourgeoisie gegenüber tritt also Thomas auch in der speziellen Rolle eines feurigen Verteidigers der Bankiers vor dem Volke auf.

Thomas sucht Gerechtigkeit.

Gewöhnlich meint man, daß der Niedergang von Thomas und Co. von dem Augenblick an beginnt, da sie die Bergarbeiter verrieten, indem sie den Streik des Dreiverbandes aufhoben. Das ist aber nicht richtig. Der Verrat, begangen an den Bergarbeitern, war lediglich der deutlichste Ausdruck der provokatorischen Tätigkeit der Sozialpatrioten. Der an den Bergarbeitern begangene Verrat und die Vernichtung des Dreiverbandes war sozusagen die Generalprobe für jene Rolle, die die Führer vom Typus Thomas gemäß dem Wunsche der Bourgeoisie im Klassenkampf des englischen Proletariats zu spielen berufen waren. Ihr Niedergang begann schon lange — viele Jahre vor dem Bergarbeiterstreik und hauptsächlich während des imperialistischen Krieges. Auf dem Posten von Ministern stehend, halfen sie in den königlichen Räten der Bourgeoisie, die Arbeiter von jeder aktiven Massenaktion zurückzuhalten. Nach dem Kriege, in den Jahren 1919—20, als sie offiziell aus den Ministerien ausgetreten waren, tatsächlich aber mit ihnen weiterhin die Verbindung aufrecht erhielten, indem sie den Titel Geheimer Rat beibehielten, fuhren sie fort, der Bourgeoisie zu helfen, die Arbeiter mit königlichen Kommissionen, Whitleykomitees für Arbeit und Kapital, an der Nase herumzuführen und zu

betrügen, die angeblich die Versprechungen verwirklichen sollten, die den Arbeitern während des Krieges gegeben worden sind. Natürlich war das einzige reale Resultat dieser Politik der Zusammenarbeit der Klassen, daß der günstige Moment für den gerechten und offenen Kampf des Proletariats versäumt und der Bourgeoisie die Möglichkeit gegeben wurde, sich von den Kriegsschlägen zu erholen, die nach dem Kriege gegen sie heranrückenden revolutionären Stürme zu vermeiden, und bereits 1921 wurde es ihr ermöglicht, an der ganzen Front zum Angriff gegen die Arbeiterklasse überzugehen. Der erste Schlag brach bekanntlich über die Bergarbeiter Anfang 1921 herein. Die Aussperrung, die den Bergarbeitern auf der Grundlage der Verkürzung des Arbeitslohnes erklärt wurde, bezeichnete eine neue Epoche in der englischen Arbeiterbewegung. Wenn bis dahin die Bourgeoisie noch nicht gewagt hatte, offen gegen das Proletariat vorzugehen, um ihm jene bescheidenen Errungenschaften zu nehmen, die es dank seiner günstigen Stellung in der Periode 1915—1920 erreicht hatte, so hat sie sich jetzt, da sie überzeugt ist, daß von seiten der Arbeiterklasse keine einheitliche und geschlossene Front zu befürchten ist, zum endgültigen und entscheidenden Angriff entschlossen. Günstig für sie wirkte hierbei auch die nie dagewesene ökonomische Krise, die zur Schließung von Fabriken und Werken führte und Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße setzte.

Der Augenblick für die Abrechnung mit dem Proletariat und für die hundertfältige Vergeltung jener Unannehmlichkeiten, die es der Bourgeoisie während des Krieges und unmittelbar nach ihm, d. h. in der Periode der hohen Konjunktur, bereitet hatte, war so günstig, wie man ihn sich nur denken konnte. Alles hing nur davon ab, wie sehr zusammengeschlossen das Proletariat sein würde, um an der ganzen Front den Feind in der gebührenden Weise zurückzuschlagen. Das Ultimatum, das die Bourgeoisie den Bergarbeitern Anfang 1921 auf der Grundlage der Verkürzung des Arbeitslohnes vorlegte, beabsichtigte im Grunde genommen die Feststellung des Grades der Widerstandskraft des englischen Proletariats und wollte Klarheit darüber haben, wie weit die Bourgeoisie mit ihrer Offensive vorgehen dürfe. Das an die Bergarbeiter gerichtete Ultimatum sollte feststellen, in welchem Maße das englische Proletariat zu einer einigen organisierten Aktion fähig ist, und wie stark der Einfluß der rechten Führer auf die Arbeiter-

massen ist. Wie bekannt, haben die Bergarbeiter den Feldehandschuh aufgenommen. Ja, weit mehr — sie gingen sofort zur Gegenoffensive über, indem sie alle Arbeiter ohne Ausnahme aus den Minen und Gruben abriefen, mit Einschluß sogar der Arbeiter an den Pumpen, und dadurch das Eigentum der Bourgeoisie oder das, was die Führer der Arbeiter-Partei im Parlament als Nationaleigentum bezeichneten, der Ueberschwemmungs- und Explosionsgefahr aussetzten. Diese glänzende Offensive einer Million von Arbeitern war doch erst die Offensive der Avantgarde und unvermeidlich zum Mißlingen verurteilt, wenn der Avantgarde nicht die ganze Arbeiterarmee folgt. Die Bergarbeiter konnten den Krieg nur unter der Bedingung der Einheit der ganzen Arbeiterfront gewinnen. Ungeachtet dessen, daß die breiten Massen des englischen Proletariats den Ernst der Lage sehr gut begriffen und in jeder Weise ihre Bereitschaft zum Ausdruck brachten, ihrerseits eine Einheitsfront gegen die Einheitsfront der Bourgeoisie zu bilden, so erfolgte doch keine Aktion, sondern die einzelnen Versuche einer gemeinsamen Aktion erlitten zwei Wochen nach dem Ultimatum ein Fiasko. Der Bourgeoisie wurde es auf diese Weise ganz klar, daß ihre Offensive gegen die Bergarbeiter und dann auch gegen die anderen Arbeitergruppen, die die einzelnen Abschnitte der ganzen Arbeiterfront bilden, für sie erfolgreich enden und zu einer völligen Niederlage des Gegners führen müsse. Das Vorgehen einzelner Arbeitergruppen mußte, so heroisch sie auch kämpften, unvermeidlich mit einem vollständigen Mißerfolg enden. Und nun waren die Bergarbeiter nach einem äußerst hartnäckigen und selbstlosen Kampf, der fast drei Monate gedauert hatte, unter Bedingungen in ihre Gruben zurückgekehrt, die von der Bourgeoisie diktiert waren. Danach setzte die Bourgeoisie ihre Offensive in der Richtung der Verkürzung des Arbeitslohnes in den anderen Produktionen und überhaupt der Herabsetzung des Lebensniveaus der Arbeiter fort, fast ohne auf ihrem siegreichen Wege auf irgendeinen Widerstand zu stoßen.

Wie konnte es geschehen, daß im Augenblick der höchsten Gefahr für das ganze englische Proletariat dieses trotz seiner gigantischen Verbände — Föderationen, Dreiverband usw. — sich vereinzelt schlagen ließ, ohne sogar zu versuchen, mit dem dreist gewordenen Feind ins Gefecht zu treten, der für seine Offensive die ökonomische Krisis ausgenutzt hatte. Wir hatten bereits Gelegenheit, aus-

führlich auf die Ursachen hinzuweisen, infolgedessen das englische Proletariat Anfang 1921 so leicht geschlagen werden konnte. (S. „Kommunistische Internationale“ Nr. 18, Artikel „Der Streik der englischen Bergleute und seine Lehren“, und meine Broschüre „Die Geschichte des großen Verrates“¹⁾.) Jetzt wollen wir einem der Hauptschuldigen der Niederlage der Arbeiterklasse in England, Thomas, das Wort erteilen. Möge er selbst von diesen Ursachen erzählen und dem Leser zeigen, daß unsere Kritik der rechten Führer der englischen Arbeiterbewegung und der englischen Sozialpatrioten, die daran schuld sind, daß das Proletariat nicht in geschlossener Masse der Bourgeoisie Widerstand geleistet hat und nicht zur rechten Zeit zur Offensive übergegangen ist, durchaus nicht übertrieben ist. Wir meinen den Gerichtsprozeß des Genossen Max Manus und anderer Kommunisten anläßlich ihrer durch Thomas erfolgten Beschuldigung wegen Verleumdung, der damit endete, daß das königliche Gericht die Angeklagten zu einer Strafe von 2000 Pfund Sterling zugunsten von Thomas verurteilte.

Worin bestand die „Verleumdung“ von Thomas durch die Kommunisten? Darin, daß er, wie die Kommunisten behaupteten, einer der Hauptschuldigen, wenn nicht überhaupt der Hauptschuldige daran war, daß die Hilfe, die die Bergarbeiter von ihren Verbündeten erwarteten, ihnen nicht erwiesen worden ist; darin, daß der zweimal zur Unterstützung der Bergarbeiter proklamierte Streik des Dreiverbandes beide Male zum Scheitern gebracht wurde. Im Parlament, bei den privaten Beratungen mit Lloyd George, in den Versammlungen des Dreiverbandes, überall lag hinter Thomas' Verhalten die Absicht, das Vorgehen des Dreiverbandes zu verhindern. Die Hauptursache eines solchen Verhaltens war die, daß er die Aktion der drei größten Arbeiterföderationen (Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter) als den Anfang des Bürgerkrieges betrachtete. Er wußte, daß diese drei Föderationen gemeinsam mit jenen proletarischen Organisationen, die sich dem Streik anzuschließen bereit erklärten, sich auf über zwei Millionen Arbeiter erstrecken würden. Bei jenen ökonomischen Bedingungen, unter denen diese Aktion stattfinden sollte, war es leicht zu erwarten, daß sie eine allgemeine werden würde. Thomas hat mehrfach erklärt, daß diese Aktion des Dreiverbandes zur Re-

volution führen könne. Er stand vor dem Dilemma zweier Verrate — entweder seinem Eid als Mitglied des königlichen Rates untreu zu werden oder die Sache des von dem Dreiverband geplanten Streiks zu verraten. Thomas sagt, daß er den Interessen des Staates nur in der Weise dienen konnte, daß er die Kommunisten verriet. Es ist selbstverständlich, daß es sich nicht um den Verrat an den Kommunisten, sondern darum handelte, auf welcher Seite er im Kampfe der Bergarbeiter gestanden hat: ob auf der Seite des Proletariats oder der Bourgeoisie. Wenn er in Diensten des bürgerlichen Staates, d. h. der Regierung stand, so konnte er natürlich nicht dem Proletariat dienen.

Der „Communist“, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Großbritanniens, sagt in der Nummer vom 9. April 1921 (während des Bergarbeiterstreiks), indem er sich an die englischen Arbeiter wendet, unter anderem folgendes: „Achtet aufmerksam auf das, was Thomas sagt, und dann auf das, was er tut. Achtet auf seine Hände, nicht aber auf seinen Mund.“ In der Nummer des „Communist“ vom 16. April befindet sich eine Karikatur, die einen erschlagenen Bergarbeiter darstellt, neben dem Thomas steht und spricht: „Ich habe das Recht, den ersten Kranz niederzulegen: ich habe ihn erschlagen.“ In der gleichen Nummer des „Communist“ heißt es: „Achtet auf eure Führer. Wenn ihr sie hinter den Kulissen sehen könntet, so würdet ihr nur eines sehen: Verrat, Verrat und nochmals Verrat. Die Namen der Verräter sind: D. G. Thomas.“ Auf der letzten Seite der gleichen Nummer befindet sich eine andere Karikatur: das Kapital, der Militarismus und der Premierminister spielen Karten mit Frank Hodges, dem Sekretar der Föderation der Bergarbeiter, mit Herrn Bewin (Vertreter der Transportarbeiter) und Herrn Thomas. Hierbei reicht Thomas dem Premierminister heimlich die Trumpf-AB-Karte.

Am 23. April schrieb der „Communist“ folgendes: „Gemeiner Verrat! Die Vertreter müssen bestraft und von ihren Posten gejagt werden, die sie für den Verrat der Arbeiter benutzt haben. Thomas muß gehen!“ In der gleichen Nummer finden wir eine Karikatur mit der Ueberschrift: „Das Abendmahl“ mit folgendem Text: „Darauf antwortete Judas, der ihn verriet, und sprach: „Bin ich's, Rabbi?“ Er sprach zu ihm: „Du sagst es.“ Gewidmet seiner Exzellenz D. G. Thomas, M. P. (Mitglied des Parlaments), P. C. (Geheimer Rat), D. C. L. (Doktor des bürgerlichen Rechtes).“

¹⁾ Erscheint demnächst deutsch im Verlage der K. I. Auslieferungsstelle für Deutschland: Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg.

Der Verteidiger des „Communist“ wies darauf hin, daß Thomas im Dreiverband zu bleiben beschlossen hatte, um mit seiner Hilfe die Arbeiterbewegung nicht, wie er versprach, zum Siege, sondern zur Niederlage zu führen. Er habe darum kein Recht gehabt, sich darüber zu beklagen, daß die Arbeiter, deren Führer er war und die er verraten hat, ihn des Verrates beschuldigten. Er habe die Bergarbeiter kritisiert, in deren Aktion er eine außerordentlich große Gefahr für den Staat sah, eine Gefahr, die aus der Stilllegung der Pumparbeit hervorging. Die Beschuldigung, die gegen ihn aufgestellt wurde, besteht darin, daß er alle Mühe darauf verwendet hat, um die Bergarbeiter zu diskreditieren. Er habe sich mehrmals in dem Sinne ausgesprochen, daß eigentlich niemand sagen könne, was eigentlich die Arbeiter zu erreichen suchen.

Seine Hauptaufmerksamkeit wandte Thomas den Arbeitern an den Pumpen zu und bestand darauf, daß die Bergarbeiter auf ihr Trumpf-Aß verzichteten, d. h. daß sie sich bereit erklärten, die Arbeiter an die Pumpen zurückkehren zu lassen, in der Hoffnung, daß sie dann die ihnen versprochene Hilfe des Dreiverbandes erhalten würden. Dann wurden sie ihrem Schicksal preisgegeben, diskreditiert und gezwungen, jene Bedingungen anzunehmen, die ihnen von ihren Arbeitgebern aufgezwungen wurden.

In seinen Erklärungen an die Geschworenen sagte der Richter, indem er die Frage der Vereinbarkeit der Rolle eines Führers einer Arbeiterorganisation mit dem Titel eines Geheimen Rates seiner Hoheit berührte, daß der Rang eines Geheimen Rates nicht nur ein Ehrentitel sei. Dieser Titel ziehe bestimmte Pflichten nach sich. Ein Mann, der sich dieser hohen Ehre würdig erzeigt hat, lege einen sehr strengen Eid ab, einen viel strengeren als der übliche Eid der Königstreue. Es sei selbstverständlich, daß er sich nicht habe an einer revolutionären Bewegung beteiligen und die Ansichten der Kommunisten nicht habe teilen können. Der Eid des Geheimen Rates lasse hierüber auch nicht den geringsten Zweifel bestehen. Er fordere die Meldung jeder Aktion gegen die Staatsbehörden an den königlichen Rat und unmittelbar an seine Hoheit. Es sei Pflicht eines Mitgliedes des königlichen Rates, einer derartigen Aktion Halt zu gebieten. Zum Schluß wundert sich der Richter nicht darüber, daß sich unter den Kameraden von Thomas Leute gefunden hätten, die behaupteten, daß er, Thomas, nicht zu gleicher Zeit ein loyaler Geheimer Rat und ein aufrichtiges Mitglied

einer Gewerkschaft sein könne. Sie hätten den Text des Eides unter den Arbeitern verbreitet, um Thomas zu diskreditieren. Thomas sei der Ansicht gewesen, daß man mitten im Strudel stehen und ihn lenken könne. Ist dies möglich? fragt der Richter. Wenn sich eine solche Sachlage ergeben hätte, wie sie die Kommunisten wünschten, hätte sich dann einer unter ihnen gefunden, der uns gerettet hätte? G. Thomas habe erklärt, daß er in einem solchen Falle in einem bestimmten Moment gegangen wäre, sich von der Bewegung entfernt hätte. Er wäre dann gegangen, wenn die Bewegung eine blutige Revolution mit allen ihren furchtbaren Folgen bedeutet hätte. Aber es wäre in dem Fortgang von Thomas in einem solchen Moment wenig Tröstliches für jene Millionen von Leuten gewesen, die durch diese Bewegung zum Leiden verurteilt gewesen wären.

Das Wesentliche der von den Kommunisten gegen Thomas erhobenen Beschuldigung besteht darin, daß er sich an die andere Partei, d. h. die Kapitalisten und die Regierung, verkauft habe, und daß er unloyal in bezug auf jene Arbeiter gehandelt habe, die ihn in Dienst genommen hatten. Die Geschworenen hätten nun zu entscheiden, ob sie diese Beschuldigung als richtig betrachten oder nicht.

Der Richter erklärt sich nicht mit jenem Standpunkt von Thomas einverstanden, daß in einem bestimmten Moment „zuverlässige“ Führer die Arbeiterbewegung zu verlassen haben, indem sie ihr volle Entwicklungsfreiheit in der Richtung der Revolution gewähren. Sie müssen im Gegenteil in der Bewegung, d. h. in dem angeschwollenen Strom stehen bleiben und sich bemühen, ihn in das richtige Strombett zu lenken. Das verlange auch der Eid des Mitgliedes des königlichen Rates. Im Eid sei deutlich gesagt, daß ein Geheimer Rat seiner Hoheit alle Mühe daran wenden müsse, alles zu verhindern, was unternommen, gesagt oder getan werden kann gegen die Prärogativen, die Person und die Autorität der obersten Gewalt. Der Richter ist dagegen, daß die Arbeiterbewegung ganz in die Hände der Kommunisten gelegt werde, die sie in eine erfolgreiche revolutionäre Bewegung verwandeln würden. Wenn aber die Revolution unvermeidlich sei, so sei es für die Führer um so notwendiger, in der revolutionären Bewegung zu bleiben, denn es müsse doch irgend jemand mit dieser Bewegung in Verbindung stehen, der die Interessen der Gegenrevolution vertreten kann.

So wurde Thomas von jenem königlichen Richter belehrt, an den er sich mit der Bitte



Pilsudskys Hoflieferant

um Schutz gegen die Kommunisten gewandt hatte.

An die Geschworenen richtete der Richter folgende Fragen:

1. Haben im „Communist“ Erklärungen gestanden, die eine Verleumdung des Klägers enthielten?

2. Sind diese Erklärungen im „Communist“ tatsächlich richtig oder nicht?

3. Stellten sie eine gerechte und gewissenhafte Beleuchtung richtig festgestellter Tatsachen dar?

4. Muß an den Kläger eine Geldentschädigung gezahlt werden und, wenn ja, welche Summe?

Die Geschworenen berieten sich fast eine ganze Stunde und beantworteten die erste Frage positiv, die zweite und dritte negativ, in der vierten fällten sie das Urteil, daß dem Kläger (Thomas) eine Geldentschädigung in der Höhe von 2000 Pfund zu zahlen sei.

Die „Times“, die in ihrem Leitartikel vom 3. Dezember das Urteil gegen die Kommunisten in der Sache Thomas für vollständig gerecht hält, sagt folgendes: „Die Lage von Thomas während des Kohlenstreikes war eine sehr schwierige. Thomas bestätigt selbst, daß in der Organisation, der er angehörte, Leute waren, die die Revolution voraussahen und ihr Herannahen begrüßten. Nach seinen eigenen Worten wußte er selbst, daß die industrielle Erschütterung als Folge des Generalstreiks zu einer Revolution führen konnte. Er ist auf seinem Posten geblieben, um diese Bewegung in die richtige Bahn zu lenken. Er hegt keinerlei Sympathie für die Bewegung der Kommunisten, die „heute schon weit über die erträglichen philosophischen und idealistischen Doktrinen von Karl Marx hinausgeschritten ist, der selbst vielleicht jene Resultate nicht erwartet hat, zu denen heute seine Schriften geführt haben“.

Die Zeitung erklärt ferner, daß das „Volk“, indem es den Wert eines vernünftigen und in der richtigen Weise gelenkten Trade-Unionismus anerkennt, die Erwartung hege, daß die Arbeiterklasse sich endgültig von der kommunistischen Bewegung befreien werde. „Es ist Zeit für die Gewerkschaften, im Interesse ihres eigenen Wohls, für die Aufrechterhaltung ihrer Würde und die Wahrung ihrer Reputation, aus ihren Reihen ein Häuflein aufrührerischer Köpfe auszuschließen, die offen von ihrer Bereitschaft reden, die Konstitution zu vernichten, um, hinter dem Schutzmantel einer angeblichen Regierung versteckt, sich dem Plündern hinzugeben.“

So sprach sich das königliche Gericht und die bourgeoise Presse in der Sache Thomas gegen Mac Manus aus.

Damit die Arbeiter ihr Urteil in dieser Sache selbst fällen können, ist es notwendig, wenigstens teilweise das Originalbild des Prozesses selbst zu reproduzieren und im besonderen jenes Kreuzverhör, dem Thomas von dem talentierten Verteidiger des Angeklagten Genossen Mac Manus unterzogen wurde.

Wie Thomas die Einfeit der Arbeiterfront herstellte.

Verteidiger des „Communist“. Die ethische Grundforderung jeder Arbeiteraktion besteht darin, daß von Seiten der Führer keine Kritik der Handlungen der an ihr unmittelbar beteiligten Arbeiter stattfinden darf.

Thomas. Ihrer Meinung nach ist es also das Vernünftigste, sich des Hinweises auf Fehler zu enthalten, die zur Katastrophe führen können?

Verteidiger. Sind denn die Vertreter der Arbeiter nicht verpflichtet, sich der Enthüllung ihrer Meinungsverschiedenheiten während der Aktion vor dem Gegner zu enthalten?

Th. Im allgemeinen schon.

Vert. Ist während des Bergarbeiterstreikes (1921) davon die Rede gewesen, daß Sie ihre Handlungen kritisiert haben?

Th. Das weiß ich nicht.

Thomas gibt ferner zu, daß er von der Bestimmung der Bergarbeiter wußte, die Arbeiter von den Pumparbeiten abzuberauben.

Vert. Das sollte als Mittel dienen, um die Regierung zu zwingen, auf die Grubenbesitzer einzuwirken. Sie wußten, daß dies von der Organisation der Bergarbeiter beschlossen war und kritisierten dennoch im Unterhaus offen diese Bestimmung.

Th. Man bat die Eisenbahner, sich dem Streik anzuschließen, und ich hatte ein Recht, die Bestimmung der Bergarbeiter über die Verweigerung der Arbeit an den Pumpen zu kritisieren.

Vert. Ist es für einen Vertreter der Arbeiter, der die Meinung der Minderheit in einem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital vertritt, zulässig, sozusagen auf der Straße mit einer Kritik des Vorgehens seiner Kameraden aufzutreten?

Th. Ich bin sehr erstaunt über die Worte, daß meine Meinung die Meinung der Minderheit gewesen sei. Es war dies im Gegenteil

die Meinung der ungeheuren (!) Mehrheit der Trade-Unionisten Englands.

Vert. Wer teilte zu dieser Zeit ihre Meinung?

Th. Die Sektionen des Dreiverbandes, die Transportarbeiter und Eisenbahner teilten meine Meinung!

Vert. Brachten sie dies zum Ausdruck?

Th. Ja.

Vert. Als Organisationen?

Th. Ja.

Vert. Sind Sie denn nicht zu dem Zweck in der Bewegung geblieben, um eine Niederlage der Revolutionspartei zu erreichen?

Th. Ja, das war meine Absicht.

Vert. Und wenn es notwendig gewesen wäre, so wären Sie sogar bereit gewesen, die Streikniederlage zu fördern?

Th. Nein.

Richter. Der Verteidiger wollte Sie fragen, ob Sie, wenn Sie gesehen hätten, daß die Revolutionspartei ihre Ziele im Falle eines Streikerfolges erreichen könnte, alles in Ihren Kräften liegende getan hätten, um den Streik zum Scheitern zu bringen?

Th. Unter diesen Umständen hätte ich es für meine Pflicht gehalten, in dieser Weise zu handeln.

Auf eine der weiteren Fragen des Verteidigers antwortete Thomas, daß es in der Delegiertenversammlung der Eisenbahner am 6. April bekannt gewesen sei, daß zwischen den führenden Organen der Bergarbeiter eine Meinungsverschiedenheit bestand, und er, Thomas, habe erklärt, daß man in einer so ernsten Frage wie des Eisenbahnerstreiks nicht irgendwelche bestimmte Beschlüsse fassen könnte, solange den Arbeitern nicht alle Tatsachen bekannt seien. In dieser Versammlung habe er im Zusammenhang mit dem Streik des Dreiverbandes gesagt: „Ich bin tief davon überzeugt, daß dieser Streik den Keim eines blutigen Konfliktes in sich trägt. Alle Voraussetzungen hierfür sind schon vorhanden. Die Eisenbahner werden mit ihrem Streik auf zwei wichtige Umstände stoßen: 1. Eineinviertel Millionen Arbeitslose befinden sich in einer furchtbaren Lage — die Bedeutung hiervon ist nicht zu unterschätzen —, und zweitens, Millionen von Arbeitern sind überzeugt, daß sie für ihre Existenz kämpfen und verzweifelt bereit sind, zu kämpfen. Das also sind die Umstände, unter denen ihr zu kämpfen haben werdet, wenn ihr den Streik erklären werdet. Wer wird sich entschließen, vorauszusagen, was die Resultate eines derartigen Beschlusses von euch sein können? Wenn ihr den Streik

erklären werdet, so wird dies eine neue Regierung, und zwar keine parlamentarische Regierung bedeuten. Macht euch keine Illusionen in dieser Hinsicht! Wenn die bestehende Regierung infolge einer nationalen Katastrophe fällt, so wird man unvermeidlich das Land in die Hand nehmen und in neuer Weise regieren müssen, unter einer neuen Regierungsform, mit allen hieraus hervorgehenden Folgen. Ich beschwöre euch, begreift es doch, daß diese Methode die letzte, nicht aber die erste sein muß. Das muß euer letzter Schritt sein.“

Vert. Waren Sie tatsächlich davon überzeugt, daß der Streik Keime eines blutigen Konfliktes in sich barg?

Th. Ich hätte es nicht gesagt, wenn ich nicht davon überzeugt wäre.

Vert. Waren Sie davon überzeugt, daß dieser Streik dahin geführt hätte, daß Sie unvermeidlich das Land in einer neuen Weise hätten regieren müssen?

Th. Ja, wenn eine solche Katastrophe stattgefunden hätte.

Vert. Und Sie stimmten für den Streik, trotzdem Sie wußten, daß er zu solchen Resultaten führen konnte?

Th. Nein, ich hatte kein Stimmrecht.

Vert. Sind Sie auch jetzt noch davon überzeugt?

Th. Ja, ich bin jetzt absolut davon überzeugt, nachdem klar geworden ist, daß der allgemeine Mißerfolg unvermeidlich war.

Richter. Das bedeutet also, daß die Regierung Lloyd Georges ihre Demission hätte einreichen müssen und das Ende der Monarchie eingetreten wäre?

Th. Ja, das ist meine Meinung.

Richter. England würde dann nicht mehr vom König und Parlament regiert werden, sondern von wem denn?

Th. Mir schwebte der Sowjet vor.

Vert. Bedeutet das soviel, daß, wenn der Dreiverband als Sieger hervorgegangen wäre, Sie bereit gewesen wären, Sowjets zu schaffen?

Th. Ich sagte schon: ein solches Dilemma schwebte mir vor.

Vert. Welche Regierung hätten Sie vorgezogen?

Th. Ich hätte ohne Schwanken erklärt, daß ich mich nicht an der Leitung der Revolution beteiligen würde.

Vert. Hätten Sie mit der Sowjetregierung nichts gemein gehabt?

Th. Ich hätte mit ihr nichts gemein gehabt und wollte auch mit ihr nichts gemein haben,

noch will ich es jetzt, und darin bestehen im wesentlichen die gegen mich erhobenen Klagen der anderen Partei.

Vert. Es wäre eine Zeit eingetreten, da der Dreiverband sich in einer der Regierung gegenüber unbedingt feindlichen Lage befunden hätte, das aber hätte Revolution bedeutet. Sie wären dann natürlich aus dem Dreiverband ausgeschieden?

Th. Ja, gerade so hätte ich mich verhalten.

Indem Thomas die Frage des Verteidigers beantwortete, erklärte er, daß, als der Beschluß, den Streik zu erklären, gefaßt wurde, sich vor ihm die Frage erhoben habe, ob er sofort zurücktreten oder in der Bewegung bleiben solle, um zur Abschließung eines „würdigen Friedens“ beizutragen. Er habe alle Gründe für und wider erwogen und habe ohne Schwanken zu bleiben beschlossen.

Vert. Wenn die Erreichung eines würdigen Friedens einen Streik verlangt hätte, der die Konstitution bis in ihre Grundlagen hätte erschüttern können, hätten Sie dann trotzdem den Streik fortgesetzt?

Th. Dort, wo ein Streik notwendig ist, kann von einem würdigen Frieden gar keine Rede sein.

Thomas sprengt die revolutionäre Bewegung von innen her und rettet die Bourgeoisie.

Vert. Sind Sie Ihren Ueberzeugungen nach ein Anhänger der konstitutionellen Agitationsmethoden?

Th. Jawohl.

Vert. Ist es Ihrer Meinung nach absolut falsch, unter den Arbeitern revolutionäre Agitation zu betreiben?

Th. Allgemein gesprochen schon.

Vert. Halten Sie es für sich persönlich unzulässig, den Posten eines Führers in einer revolutionären Bewegung zu bekleiden, die gegen die Konstitution gerichtet ist?

Th. Jawohl.

Vert. Wenn Sie sich in einer Lage befinden würden, die es ihnen ermöglichte, zur Niederlage einer solchen Bewegung beizutragen, die Sie für eine revolutionäre halten, würden Sie es dann tun?

Th. Ich würde Maßnahmen zu ihrer Niederlage treffen.

Vert. Waren Sie überzeugt davon, daß der Streik des Dreiverbandes zum Zwecke der Unterstützung der Forderungen der Bergarbeiter eine Revolution bedeutet hätte?

Th. Ja, er hätte zur Revolution führen können.

Vert. Sie hatten sich also die Meinung gebildet, daß ein solcher Streik zur Revolution führen werde?

Th. Nein, aber die Gefahr hiervon war vorhanden.

Vert. Sind Sie an der Spitze der Bewegung stehen geblieben, um ihre Niederlage zu fördern?

Th. Nein, ich blieb, um sie auf die richtige Bahn zu lenken.

Vert. Ungeachtet der Gefahr der Revolution?

Th. Ich erstrebte eine würdige Lösung des Konfliktes.

Vert. Sind Sie der Meinung, daß Sie, auf Ihrem Posten stehen bleibend, das Land vor einer Revolution gerettet haben?

Th. Ja, der Meinung bin ich.

Vert. Sehen Sie denn nicht, daß Sie an der Spitze einer Bewegung gestanden haben, in deren Verlauf die Revolutionäre ihr Ziel erreichen konnten?

Th. Ja, ich sehe dies.

Vert. Mir scheint, daß Sie zu dem Zweck auf ihrem Posten blieben, um die Revolutionäre an der Erreichung ihres Zieles zu hindern.

Th. Sie haben Unrecht. Ich blieb, um die Interessen der Arbeiter zu verteidigen.

Richter. Sind Sie auf ihrem Posten geblieben, um die revolutionäre Partei zu hindern, ihr Ziel zu erreichen?

Th. Natürlich hinderte ich sie daran, ihr Ziel zu erreichen.

Vert. Wenn es notwendig gewesen wäre, wären Sie dann bereit gewesen, die Niederlage des Streiks zu fördern, nur um diese Revolutionäre daran zu hindern, ihre Ziele zu erreichen?

Th. Wenn eine Revolution als Folge des Streiks unvermeidlich gewesen wäre, so hätte ich es für meine Pflicht gehalten, zur Niederlage des Streiks beizutragen.

Indem der Verteidiger einen Artikel aus dem „Communiste“ zitiert, fragt er, ob es richtig sei, daß Thomas, Bevin und Williams versucht hätten, den Dreiverband von einer Aktion zum Zwecke der Unterstützung der Bergarbeiter zurückzuhalten. Hierauf erwidert Thomas, daß sie alle danach gestrebt hätten, daß der Streik nur die letzte, äußerste Maßnahme sei.

Vert. Gab es in jener Organisation, mit der Sie in Verbindung stehen, Leute, die die Resultate des Streiks voraussahen?

Th. Ja, und sie freuten sich darüber.

Richter. Ueber was? Ueber die Revolution?

Th. Jawohl.

Der Verteidiger verliest Auszüge aus Reden von Thomas, in denen davon die Rede ist, daß jede Partei, sei sie nun eine sozialistische, eine Arbeiterpartei oder irgendeine andere, jene Leute (die Streikbrecher) hätte in Schutz nehmen müssen, die geholfen haben, die Gruben vor der Gefahr der Ueberschwemmung und der Explosionen zu schützen, indem sie an den Pumpen arbeiteten.

Richter. Diese Worte sollten in Bronze gegossen werden!

Vert. Und ihren Kupferklang durch das ganze Land tönen lassen!

Der Verteidiger verliest einen Auszug aus einer Rede von Thomas auf einer der Konferenzen: „Wir werfen jetzt der ganzen Konstitution des Landes und der ganzen kapitalistischen Ordnung den Fehdehandschuh hin“.

Richter. Zugleich mit der Vernichtung der Konstitution und der kapitalistischen Ordnung wäre auch das Institut der Geheimen Räte beseitigt worden. (Gelächter.)

Auf die Frage des Verteidigers, wie die von ihm zitierte Erklärung zu verstehen sei, antwortet Thomas, daß dies die Meinung der Eisenbahner gewesen sei, die er auf ihren Wunsch geäußert hätte.

Vert. Hat das etwa zu bedeuten, daß Sie die Konstitution des Landes beseitigen wollten?

Th. Im Gegenteil, wie ich bereits sagte, wendete ich alle Mühe daran, um dies nicht zuzulassen.

„Ich schwöre bei Gott, dem Allmächtigen, daß ich die Prärogativen der obersten Gewalt verteidigen und ihr von Revolutionsversuchen Meldung erstatten werde!“

Thomas erklärte ebenfalls, daß er eine Zeit lang über die Frage nachgedacht habe, ob er nicht auf den Titel eines Geheimen Rates des Königs verzichten solle, daß er aber, nachdem er alle Umstände als ganzes erwogen habe, zu dem Schlusse gekommen sei, daß dies überflüssig ist. Er habe weder vor dem Bergarbeiterstreik, noch während desselben und überhaupt bei keinem der Konflikte zwischen Arbeit und Kapital irgendetwas getan, was im Wider-

spruch zu seinem Eid als Geheimer Rat gestanden hätte.

Thomas erzählt, daß er mehr als einmal mit dem König über die ökonomische Lage gesprochen habe und fügt hinzu: „Und ich bin von seiten Seiner Königlichen Hoheit stets dem unparteiischsten Verhalten begegnet, er hat nie den Versuch gemacht, von mir zu erfahren . . .“

Hier unterbricht ihn der Richter mit den Worten, daß er nicht weiter sprechen dürfe, da dies zur öffentlichen Bekanntmachung von dem führen könne, was zwischen dem König und einem der Mitglieder des Königlichen Rates besprochen worden sei.

Vert. Wußten Sie von der Verschwörung, deren Ziel die Aufhebung der Konstitution war?

Th. Nein. Ich sagte nur, daß die industrielle Katastrophe zu einer Revolution führen kann.

Vert. Es fand also eine Bewegung statt, die die Konstitution des Landes gefährdete, die letzten Endes zum Sowjetsystem in England hätte führen können. Haben Sie nun den Minister Seiner Hoheit von dem Verlauf dieser Bewegung benachrichtigt, wie dies von Ihnen Ihre Beeidigung als Geheimer Rat verlangt?

Th. Ich sprach hiervon in dem Unterhaus in Gegenwart der Minister Seiner Hoheit und wies auf alle Gefahren hin, indem ich darauf bestand, daß sie dazu beitragen möchten, eine Verständigung mit den Bergarbeitern zu erzielen. Ich sprach drei Mal davon in dem Unterhaus.

Vert. Haben Sie den Ministern irgendetwas anderes gesagt, außer dem, was Sie im Unterhaus gesagt haben?

Th. Nein.

Vert. Haben Sie ihnen nicht gesagt, daß einige Ihrer Kameraden für die revolutionäre Bewegung sind?

Th. Nein, aber ich wußte, daß einige der Genossen bereit waren, unter allen Umständen zu streiken.

Vert. Wie aber verhielt sich die Mehrzahl ihrer Kameraden?

Th. Die Mehrzahl wollte zunächst die Karten nicht aufzeigen und sprach ihre Meinung nicht offen aus.

Vert. Sie sprachen doch gestern davon, daß der Generalstreik zur Revolution geführt hätte?

Th. Ich habe nur gesagt, daß dies möglich gewesen wäre. Ich sagte, daß der General-

streik vielleicht zu einer nationalen Katastrophe geführt hätte.

Vert. Sie haben aber den Arbeitern nichts von dieser Gefahr gesagt.

Th. Ich war bemüht, die Arbeiter den richtigen Weg zu führen.

Vert. Sie sagen, daß sie auf Ihrem Posten blieben, um die drohende Gefahr abzuwenden. Haben Sie aber mit den Ministern Seiner Hoheit von dieser Gefahr gesprochen?

Th. Ich wies im Unterhaus auf diese Gefahr hin und bestand auf der Notwendigkeit einer Verständigung mit den Bergarbeitern.

Vert. Es ist aber doch Ihre Pflicht, den Ministern von jeder Bewegung Mitteilung zu machen, die es auf den Sturz der bestehenden Regierung absieht.

Th. Ich habe in keiner Weise meinen Eid der Treue Seiner Hoheit gegenüber verletzt, den Eid, der uns allen Pflichten auferlegt.

Richter. Es handelt sich nicht um den gewöhnlichen Treueid, sondern um den Eid als Geheimer Rat.

Vert. Dieser Eid verlangt von Ihnen, daß Sie Meldung erstatten. Der „Communiste“ sagt nun auch, daß Sie in der Tat den Ministern Seiner Hoheit von allem Meldung erstattet haben. Das entspricht doch der Wahrheit?

Th. Dort ist nicht dies allein gesagt. Dort ist gesagt, daß ich den Ministern Seiner Hoheit von allem Meldung erstattete, was in dem Lager der Arbeiter vorging, und daß ich sie auf diese Weise verraten habe.

Thomas versichert, daß er seine Pflicht erfüllt habe, die ihm durch den Eid als Geheimer Rat auferlegt ist. Er sei weiter auf seinem Posten verblieben, um den Konflikt innerhalb der ökonomischen Schranken zu halten. „Ich sah die Gefahr voraus, und ich wies sowohl öffentlich als auch in privaten Gesprächen auf dieselbe hin. Ich strebte fortwährend danach, daß eine Verständigung erreicht werde.“

Vert. Sie werden aber doch nicht leugnen, daß die Verantwortung für die Rückkehr der Arbeiter an die Pumpen auf Sie fällt?

Th. Ich sprach hiervon in allen meinen Reden, in allen unseren Versammlungen; es war dies aber einfach ein guter Rat von meiner Seite.

Vert. Haben Sie hiervon mit dem Premierminister gesprochen?

Th. Nein. Ich sprach hiervon in seiner Gegenwart nur in meiner Rede im Unterhaus; damals trat ich mit dem Vorschlag auf, die

Arbeiter an die Pumpen zurückkehren zu lassen. Dadurch kam es, daß Osten Chamberlain sich an mich wandte und ich mit ihm hinter der Tribüne des Vorsitzenden ein Gespräch hatte.

Vert. Sie leugnen aber nicht, daß dieses Ihr Gespräch, das Gespräch mit dem Premierminister hinter der Tribüne des Vorsitzenden, sich auf die Arbeiter an den Pumpen bezog?

Th. Nein, ich leugne das nicht; aber ich erstattete von diesem Gespräch der Versammlung bereits am nächsten Tage Bericht.

Aus diesem Eingeständnis von Thomas geht hervor, daß an dem Gespräch hinter der Tribüne des Vorsitzenden sich nicht nur Chamberlain, sondern auch Lloyd George beteiligt hat.

Vert. Sie führten also über die Rückkehr der Bergarbeiter an die Pumpen ein Gespräch?

Th. Jawohl. Aber die Rückkehr der Arbeiter an die Pumpen brachte den Bergarbeitern nur Nutzen.

Vert. Ist es aber richtig, daß infolge der Aprilniederlage viele Bergarbeiter gezwungen waren, sich mit einem Arbeitslohn einverstanden zu erklären, der niedriger war als die Tarife von 1914?

Th. Wenn die Bergarbeiter den Rat von Hodges, den er ihnen am Freitag, den 15. April, morgens, erteilt hat, und auch unseren Rat befolgt hätten, so hätten sie ein vorteilhafteres Uebereinkommen erreicht als jenes, das sie letzten Endes erreicht haben. Wenn es ihnen aber selbst dann nicht gelungen wäre, einen ehrenvollen Frieden zu schließen, so hätte der Streik des Dreiverbandes weiter gedauert. Ich aber hätte meinerseits ihnen dadurch einen Nutzen erwiesen, daß ich diesen Streik im Rahmen eines rein industriellen Konfliktes gehalten hätte. Wenn die Arbeiter damals zur Arbeit zurückgekehrt wären, so hätten sie es jetzt besser, und die Arbeitslosigkeit wäre geringer. Gegenwärtig sitzen die Arbeiter ohne Arbeit da, weil einige Gruben überschwemmt sind.

Ferner spricht Thomas davon, daß er nach Möglichkeit bemüht war, den Streik zu vermeiden und daß er sehr froh war, als ihm das tatsächlich gelang.

Die Angst vor dem kommunistischen Einfluß in den Gewerkschaften.

Vert. Sympathisieren Sie nicht mit der Idee des Kommunismus?

Th. Nein. Ich halte diese Idee für gefährlich.

Vert. Sind Ihrer Meinung nach die Kommunisten um ihrer eigenen Ziele willen in den Streik eingetreten?

Richter. Was sind das für Ziele? Blutige Erschütterungen?

Vert. (zu Thomas gewendet). Ja, wie hatten Sie sich doch ausgedrückt — um der blutigen Revolution willen?

Th. Jawohl.

Vert. Und Sie blieben an der Spitze einer Bewegung stehen, die von Kommunisten unterstützt wurde?

Th. Sie waren bereit, jede Streikbewegung zu unterstützen.

Richter. Jeden Streik?

Th. Jawohl, jeden Streik.

Vert. Aber doch nicht jeder Streik ist eine Revolution?

Th. Nein, soweit der Konflikt die ökonomischen Schranken nicht überschreitet.

Vert. Hätten Sie den Erfolg der Bewegung zu stören versucht, wenn Ihnen klar geworden wäre, daß sie den Kommunisten nützt?

Th. Wenn diese Bewegung auf die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter gerichtet gewesen wäre, so hätte ich nicht darauf geachtet, ich hätte aber keinen Augenblick überlegt, ob ich die Niederlage der Kommunisten fördern soll.

Vert. Hätte man in einem solchen Falle Ihr Verhalten als Verrat bezeichnen können?

Th. In bezug auf die Kommunisten wohl! Sie behaupten aber, daß dies ein Verrat in bezug auf jene Arbeiter war, deren Vertreter ich bin. Den Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften halten Sie für eine Art von Segen, in der Tat aber ist er ein Fluch. Die Gewerkschaften werden sich viel besser ohne ihre Hilfe stehen.

Vert. Aber die Kommunisten sind doch auch Arbeiter?

Th. Ich habe Grund zu der Annahme, daß sie aus einer anderen Quelle finanziert werden.

Richter. Das heißt, Sie wollen sagen, daß die Kommunisten von den Kapitalisten unterstützt werden? (Gelächter.)

Von Angesicht zu Angesicht.

Thomas wird vom Genossen Mac Manus gefragt, welches die Gründe der Aufhebung des Streiks des Dreiverbandes gewesen wären,

worauf Thomas antwortet, daß hierfür zwei Gründe bestanden: der erste ist der, daß die Bergarbeiter nicht umhin konnten, sich zu Verhandlungen mit den Grubenbesitzern bereit zu erklären, nachdem Hodges in einer dem Vorschlag des Abschlusses einer Interimprivaten Sitzung der Unterhausmitglieder mit Übereinkunft ausgetreten war; der zweite Grund sei gewesen, daß sie Hodges in einem so kritischen Moment nicht desavouieren durften.

Auf die Frage, ob er jeden Streik gegen die Regierung für eine revolutionäre Bewegung halte, antwortet Thomas verneinend und fügt hinzu, daß man hier Unterschiede machen müsse. Der Eisenbahnerstreik sei gegen die Regierung gerichtet gewesen, weil die Regierung zu jener Zeit Eigentümer der Eisenbahnen gewesen sei. Gegenwärtig wäre ein Eisenbahnerstreik gegen die Eisenbahngesellschaften gerichtet, was die Sachlage wesentlich ändert.

Mac Manus. Sie sagen, daß der Streik des Dreiverbandes einen Revolutionskeim in sich barg.

Th. Nein, ich sagte nur, daß Ihre Freunde, wie beschaffen auch immer die Bedingungen der Übereinkunft sein mochten, gegen diese Bedingungen aufgetreten wären. Dies überzeugte mich davon, daß sie den Streik nicht deshalb wollten, um den Bergarbeitern zu helfen, sondern daß sie ihn zu andern Zwecken wollten.

Auf die Frage von Mac Manus, wieviel kommunistische Delegierte in der Versammlung des Nationalverbandes der Eisenbahner während des Kohlenarbeiterstreiks zugegen gewesen seien, sagt Thomas, daß sich dies schwer feststellen lasse, da die kommunistische Propaganda so intensiv geworden sei, daß sogar viele unschuldige Leute auf diesen Leim gegangen seien.

Mac Manus. Glauben Sie daran, daß der Kapitalismus die Szene verlassen muß?

Th. Ich werde Ihnen kein Material für Propaganda geben. Die Arbeiterklasse Englands kann das, was sie will, mit Hilfe der Gewerkschaftsbewegung und des Wahlrechtes erreichen.

Eine Hand wäscht die andere.

Frank Hodges, der als Zeuge vernommen wurde, erzählte in seinen Aussagen von den Hauptvorfällen während der Verhandlungen, die während des Kohlenstreiks geführt wurden. Am 31. März habe sich das Exekutiv-

komitee der Föderation der Bergarbeiter mit der Bitte um Unterstützung an den Dreiverband gewendet; Thomas aber habe der Föderation der Bergarbeiter niemals Versprechungen darüber gegeben, daß, wenn die Arbeiter zu den Pumpen zurückkehrten, er, Thomas, einen Streik der Eisenbahner hervorrufen werde. Hinsichtlich des berühmten Morgens vom 15. April, an dem das Vollzugskomitee der Föderation der Bergarbeiter einen Brief vom Premierminister erhalten hat mit dem Vorschlag weiterer Verhandlungen auf der Grundlage jener Thesen, die Hodges in seiner Skizze in der privaten Sitzung der Parlamentsmitglieder skizziert hatte, hatte Hodges erklärt: „Ich denke, daß der Premierminister zum ersten Mal in seinem Leben nur mit Unterwäsche bekleidet einen Brief geschrieben hat. Er hat ihn geschrieben, ehe noch die Stenotypistinnen aufgestanden waren“.

Beim Kreuzverhör gab Hodges zu, daß er selbst die Einstellung der Arbeit an den Pumpen für unrichtig gehalten hat. Infolge dieses Schrittes seien die Sympathien der Gesellschaft mehr auf seiten der in den Gruben zurückgebliebenen Pferde als auf seiten der Bergarbeiterkinder gewesen. Er, Hodges, habe instinktiv gefühlt, daß der Streik des Dreiverbandes nicht erklärt werden würde. Er habe das bereits gefühlt, als die Grubenbesitzer noch keine Aussperrung proklamiert hatten.

Schon nach dem Novemberstreik 1920 hatte er sich davon überzeugt, daß schon die Organisationsstruktur des Dreiverbandes es ihm nicht ermöglichte, zur rechten Zeit vorzugehen.

Die Regierung sei von Anfang an gegen die Bergarbeiter gewesen, es wäre aber falsch, zu meinen, daß der Streik im Jahre 1921 gegen die Regierung gerichtet gewesen sei. Die Bergarbeiter wären schließlich gezwungen gewesen, sich mit dem rayonweisen Arbeitslohn einverstanden zu erklären, gegen den er, Hodges, die ganze Zeit gekämpft hatte. Bei diesem Lohnsystem seien die Arbeiter einiger Rayons nicht imstande, mit ihrem Lohn auszukommen. Seiner Meinung nach sei ein großer Fehler begangen worden, als (am 15. April) die Aufforderung des Premierministers, mit ihm in weitere Verhandlungen einzutreten, von den Bergarbeitern abgelehnt worden sei. Die Annahme dieser Aufforderung hätte dem Streik im Laufe einiger Tage ein Ende machen können, und es könne kein Zweifel daran bestehen, daß die Berg-

arbeiter ein günstigeres Uebereinkommen erreicht hätten als jenes, das sie nach 13 Wochen Aussperrung abschließen mußten.

Hodges verteidigte Thomas, indem er das Vorhandensein irgendeines privaten Einverständnisses zwischen ihm und Thomas leugnete, das angeblich zur Aufhebung des Streikes des Dreiverbandes hätte führen sollen. Er führte keinerlei Angaben zur Bestätigung dieser Erklärung an, unterließ aber nicht, zu sagen, daß die Kommunistische Internationale nichts anderes sei als eine russische politische Institution, die die Aufpropfung des Kommunismus in der ganzen Welt zum Ziele habe. Auf die Frage des Richters, ob er selbst dieser Bewegung angehöre, antwortet Hodges: „Nein, ich gehöre ihr nicht an und hoffe, daß ich ihr niemals angehören werde.“)

Als die Frage erhoben wurde, ob vom Dreiverband eine Reihe von Unterkommissionen geschaffen worden sei, um das Land für den Fall eines Generalstreiks mit Lebensmitteln zu versorgen, bemerkte der Richter, daß zweifellos alle Vorbereitungen für die Versorgung der Führer der Gewerkschaften mit Lebensmitteln getroffen worden seien. (Gelächter.)

Der Gerichtsprozeß hat deutlich gezeigt, wer der wahrhaft Schuldige am Fehlen einer Einheitsfront der Arbeiterbewegung gewesen ist in der für das englische Proletariat kritischen Zeit, d. h. Anfang 1920. Das aufmerksame Studium dieses Prozesses wird der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei Großbritanniens begreifen helfen, was sie tun müssen, um jetzt eine proletarische Einheitsfront zu schaffen, und wie sie diese Front gegen innere Zersetzung sichern können. Diesmal stand nur Thomas allein vor Gericht. Wenn es sich aber nur um ihn persönlich handelte, so würden wir diesem Prozeß nicht soviel Aufmerksamkeit zuwenden. Thomas ist nicht der einzige, Thomas ist ein Typus, er ist nur einer in einer ganzen Schar von Sozialverrätern, die sich nur zu dem Zwecke an der Arbeiterbewegung beteiligen, um sie in den Schranken des enggewerkschaftlichen Kampfes zu halten, sie daran zu hindern, eine große geschlossene und organisierte Aktion gegen die Bourgeoisie zu entfalten, die die eigentlichen Grundlagen der bürgerlichen Rechtsordnung mit Vernichtung bedrohen würde. Dieses Ziel werden die

*) Nach den Aussagen von Hodges entstand im Gerichtssaal eine offenbar sehr vergnügte Stimmung, besonders der Richter begann nicht nur über die Kommunisten, sondern auch über die Führer der Gewerkschaften Witze zu machen.

gelben Führer am leichtesten dann erreichen können, wenn das Proletariat in einzelne, nicht miteinander verbundene und verschmolzene Gruppen zerspalten bleiben wird. Der Gerichtsprozeß von Thomas hat, wie man es nicht besser wünschen kann, bewiesen, daß eine der Hauptaufgaben der Führer vom Typus Thomas darin besteht, die Bildung einer proletarischen Einheitsfront nicht zuzulassen.

Das Königliche Gericht hat Thomas rehabilitiert und Mac Manus zu einer hohen, für den „Communiste“ sehr harten Strafe verurteilt. Thomas wußte sehr gut, daß im Prozeß zwischen ihm und dem „Communiste“

das bürgerliche Gericht sich auf seine Seite stellen würde. Als auf dem Kongreß der Gewerkschaften zu Cardiff die Arbeiter eine Untersuchung der Ursachen der Niederlage der Bergarbeiter und des Zerfalles des Dreiverbandes verlangten, tat Thomas natürlich alles, um nicht einmal eine Diskussion über diese Frage zuzulassen. Da er befürchtete, vor ein proletarisches Gericht gestellt zu werden, beeilte er sich, sich an das Königliche Gericht zu wenden, da er überzeugt war, daß die Bourgeoisie ihn gegen die Kommunisten schützen würde. Eine Hand wäscht die andere. andere.

M. Borodin.

„Die büßenden Intellektuellen.“

„Weichenwechsel“, Zeitschrift, Prag 1921; „Weichenwechsel“, Wochenzeitschrift, Nr. 1-3, Paris, Oktober-November 1921.)

„Es ist für uns durchaus kein Geheimnis, daß unter der russischen Intelligenz, sowohl in Rußland selbst, als auch im Auslande, große Verwirrung herrscht. Wir wissen, daß ein bedeutender Teil dieser Intelligenz zu den Bolschewisten übergeht, aufrichtige oder erheuchelte Kameradschaft mit ihnen hält und sogar das von ihnen Geschaffene verherrlicht.“ („Letzte Neuheiten“, 30. Oktober 1921, Leitartikel „Geistiger Marasmus“.)

Dieses Eingeständnis des Organs Miljukows entbindet uns von der Notwendigkeit, die Frage nach der Bedeutung jener Erscheinung aufzuwerfen, die von jetzt ab die symbolische Bezeichnung „Weichenwechsel“ erhalten hat. Ja, es ist wahr: durch die weißgardistische Masse geht wieder ein neuer Riß (der erste war die Abspaltung Miljukows und seiner Gruppe von den „Kadetten“), und zwar ein weit größerer. Ein „bedeutender Teil“ der intellektuellen Kräfte, der bisher der Gegenrevolution diente, kehrte der dreifarbigem Flagge den Rücken und strebt offen und, vom Gesichtspunkte der gestrigen Kampfgenossen aus, schamlos zu dem „roten Fetzen“. Das Wort „bedeutender Teil“ ist kein Verlegenheitsausdruck. Fast einen Monat darauf wissen sich die „Letzten

Neuheiten“ nur damit zu trösten, „daß, wenn dieser Zersetzungsprozeß quantitativ auch bedeutend sein mag, er in qualitativer Hinsicht belanglos bleiben wird“. („Letzte Neuheiten“, 22. Nov., Leitartikel „Bolschewismus und Liberalismus“. Das Wort „quantitativ“ ist von uns unterstrichen, das Wort „qualitativ“ dagegen von den L. N. Die Red.)

Es beginnt eine Massenfahnenflucht des „Kommandobestandes“ der weißen Armee. Die Ankunft von Personen mit Generals-epauletten in Sowjetrußland gibt dieser Erscheinung nur die prägnante Form. Aber auch die „Weichenwechsler“ selbst gehören dem Kommandobestand an, vielleicht in einem viel ernsteren Sinne als General Slaschtschew und seine Begleiter. Einer der bedeutendsten unter diesen „Weichenwechslern“ ist Bobrischtschew-Puschkin, ein hervorragender Oktobrist des alten Rußlands.) Die andern drei,

*) Da zu fürchten ist, daß dem jüngeren Teil unserer Leser das Wort „Oktobrist“ nicht mehr verständlich ist, erinnern wir, daß diesen Namen jene bürgerliche Partei trägt, die rechts von den „Kadetten“ steht.

Kljutschnkiow, Ustrijalow und Lukijanow, sind Professoren, Fleisch und Blut jenes Teils unserer Intelligenz, der mit der regierenden Schicht des alten Regimes fest verwachsen ist. Er weiß die bürgerliche Ideologie unvergleichlich besser zu verteidigen als die kapitalistische Bourgeoisie selbst und erhält mittels der von ihm monopolisierten und dem Proletariat ebenso wie Brot notwendigen Wissenschaft die Blockade gegen Sowjetrußland aufrecht, noch lange Zeit, nachdem Lloyd George seine Blockade aufgehoben hat. Millionen von Menschen verhungern bei uns buchstäblich, und wir erörtern und veröffentlichen Dekrete über die „Besserung der Existenzbedingungen der Gelehrten“,*) die nur in den Spalten der weißen Zeitungen vor Hunger sterben, (dort, wo in der einen Woche Trotzki Lenin verhaften läßt und in der nächsten Woche Lenin Trotzki und wo allmonatlich der Kreml von den aufständischen Arbeitern gestürmt wird.)

Wenn die Mitglieder dieser super-privilegierten Kaste, die sich jetzt von der Revolution einigermaßen erholt zu haben scheint, anfangen, diese Revolution und die Sowjetmacht anzuerkennen, so bedeutet das viel mehr als der Uebertritt des Generals Slaschtschew auf die Seite der Sowjetrepublik. Ehemalige Generäle haben wir in der Roten Armee genug; aber die „Sowjet“-professoren konnten wir bisher an den Fingern herzählen.

Die „Letzten Neuheiten“ insinuiert, daß die emigrierten Professoren durch Hunger und Kälte zum Uebertritt getrieben worden sind „... verführten einige Kleinmütige und Hungrige“ — derselbe Aufsatz vom 22. November. Aber erstens wäre es für die Hungrigen viel einfacher, in aller Bescheidenheit in den Sowjetdienst zu treten, wo keinerlei „Glaubensbekenntnisse“ und

*) Die Professorenration beträgt 136 Prozent des Minimums, das die Arbeiter niemals erhalten. Auch gelangen diese Rationen viel regelmäßiger zur Verteilung als alle anderen.

Verzichterklärungen gefordert werden, vorausgesetzt, daß der „Spez“ (Spezialist) wirklich arbeiten will, zweitens widersprechen sich die „L. N.“; denn in einem anderen Aufsätze verhöhnen sie die „Weichenwechsler“, die nicht nach Rußland wollten, und zwar deshalb nicht, weil es ihnen „in Paris, wo alles in Ordnung ist, sehr gut geht, während zu Hause Hunger und Kälte herrschen“. („L. N.“ vom 18. November in dem sehr wütenden und in seiner Wut außerordentlich charakteristischen Aufsatz von Peter Ryss „Die Verbrüderung“.)

Die Beweggründe der Umkehr eines Teils der ausländischen und inländischen Professoren zur Revolution sind natürlich nicht individuell-physiologischer Art; es sind soziale, politische Beweggründe. Wir haben nicht den geringsten Anlaß, an der subjektiven Aufrichtigkeit der Umkehrenden zu zweifeln, aber was bedeutet der „Weichenwechsel“, als objektiv-historische Erscheinung? Mit dieser Frage wollen wir uns nun beschäftigen.

Hier muß man vor allen Dingen jenen Umstand im Auge behalten, daß der von den Weißen abgespaltene Teil der Intelligenz zwar unter einem Buchtitel („Weichenwechsel“) zusammengefaßt wird, aber durchaus nicht einheitlich ist. Der Titel unseres Aufsatzes, „Die büßenden Intellektuellen“, charakterisiert die Masse. Die Stimmung dieser Masse kann am besten mit den Worten des Autors des Schlußaufsatzes des Bandes — J. N. Potechin — ausgedrückt werden! „Der russische Intellektuelle, der sich Zeit seines Lebens von der bürgerlichen Welt abkehrte und die Bezeichnung „Kleinbürger“ als höchste Beleidigung auffaßte, fühlte sich während der Revolution plötzlich und allen Ernstes als „Bourgeois“. Zusammen mit der waschechten Bourgeoisie stürzte er Hals über Kopf davon. Erst jetzt, nach vielen schweren Monaten der Verbannung, wird der emigrierte Teil der Intelligenz über das Paradoxe seiner Lage nachdenk-

lich und fühlt sich immer häufiger in der Lage eines Hasen, der seinen heimatischen Wald deshalb verließ, weil eine Verordnung erschien, alle Kamele zu beschlagen.“ („Weichenwechsel“ S. 172.) „Die Intelligenz wird Rußland den Tod bringen“, warnten die „Weichen“ vor 12 Jahren. „Die Intelligenz tötet Rußland, könnte man jetzt schon sagen . . . Aber nicht durch ihren unbändigen revolutionären Geist, wie es damals schien, sondern umgekehrt, durch ihre Unfähigkeit, die große russische Revolution in ihrer einzig möglichen Form, nämlich als Volksbewegung, zu erfassen.“ (Ebenda S. 170.)

Diese Charakteristik ist so erschöpfend, daß sie eigentlich keiner Erklärungen mehr bedarf. In ihrem Verhältnis zu den Arbeiter- und Bauernmassen war unsere Intelligenz immer von jenem Gift infiziert, daß manche als „Generalin“ bezeichnen. Bauern- und arbeiterfreundlich, wie sie war, pflegte sie das Proletariat „den jüngeren Bruder“ zu nennen, und obschon sie sich selbst niemals als den „älteren Bruder“ bezeichnet hat, so fühlte sie sich doch als solcher und faßte ihre Aufgabe in diesem Sinne auf. Der Jüngere aber muß dem älteren parieren! Als nun der Jüngere, für den Älteren etwas unerwartet, die Romanows plötzlich hinauswarf, nahm man ihm das übel; er hätte doch vorher fragen müssen! Aber man konnte gegen diese große Geste nicht protestieren. Die Februarrevolution verzieh man dem Jüngeren gnädig; aber man machte ihm bei dieser Gelegenheit klar, daß er die Ungezogenheit nicht zu weit treiben dürfe. Die Romanows — das mochte gehen, aber die Bourgeoisie müsse unangetastet bleiben — das sei vom „streng marxistischen“ Gesichtspunkte aus durchaus nötig. Der Jün-

*) Diejenigen, die die Geschichte der grauen Vorzeit nicht kennen, erinnern wir wiederum daran, daß „Die Weichen“ der Name einer Zeitschrift war, die im Jahre 1909 vom rechten Flügel der damaligen Intelligenz, mit Struve an der Spitze, in Rußland herausgegeben wurde, und die die Reue dieser Intelligenz über die Revolution von 1905 zum Ausdruck brachte.

gere gehorchte zunächst; aber nach genauere Betrachtung überzeugte er sich, daß die „streng marxistische“ Linie schnurstracks in den Sumpf führte. Abermals sprang er aus den Deichseln — jetzt allen Ernstes und für lange — und diesmal galt sein Kampf der Bourgeoisie selbst. Das war entschieden zuviel. Dem Menschen macht es im allgemeinen kein Vergnügen, sich in einer Narrenkappe zu erblicken. Als sich nun das „Gehirn des Landes“ mit dieser Kappe verziert sah, geriet es in einen furchtbaren Zorn und handelte danach. Eine Handlung ist nun aber leider etwas Objektives, und selbst Gott der Herr kann bekanntlich das Geschehene nicht ungeschehen machen. Diese Handlungen der Intelligenz führten dazu, daß das Blut in Strömen floß, und je breiter diese Ströme wurden, desto unmöglicher war es, die Hand hinüberzureichen.

Dann waren da der Gram über die vom Rayonsowjet annektierten Hosen, Unannehmlichkeiten durch den in die Wohnungen einquartierten Arbeiter, die Notwendigkeit, Holz zu spalten und im Gemüsebeet zu stochern, um nicht vor Hunger und Kälte zu sterben. Und trotz all dieser Arbeiten und Mühen Hunger und Kälte infolge des allgemeinen Zusammenbruches, den jene verschuldet haben, die nicht auf den Gedanken kamen, Nikolai schon im Herbst 1915 zu allen Teufeln zu schicken; denn schon damals war die dazu erforderliche Lage objektiv vorhanden. Endlich war da das Geraune über die entsetzlichen Grausamkeiten der „Tscheka“. Alles dies gestaltete sich zu einer Art von Weltanschauung, die noch bis heute — wir gönnen den „Letzten Neuheiten“ diesen Trost — von der Mehrheit der intellektuellen Masse in Rußland eifrig gepflegt wird. Ja, die Zahl ist immer noch auf seiten derer, die den „jüngeren Bruder“ betrübt fragen: „Kain, was hast du mit deinem Bruder Abel getan?“ Arbeiter und Bauern, was habt ihr mit der russischen Intelligenz getan?

Aber dieser Zorn und diese Betrübnis sind höchst unklug: denn es ist eine unzweckmäßige Beschäftigung, der Geschichte ihre Taten übel zu nehmen. Das hieße den Ozean mit Ruten peitschen. Zwar soll dies irgendein alter König versucht haben: aber das ist nur der Unvollkommenheit des damaligen Kommissariats für Volkswohlfahrt zuzuschreiben, das noch nicht auf den Gedanken gekommen war, Irrenhäuser einzurichten. Der klügeren Minderheit der Intelligenz mußte zuerst das beschämende Bewußtsein kommen, daß man sich nicht wie ein schlecht erzogenes Kind benehmen darf, das die Suppe zurückweist, weil es keinen Kuchen bekommt. Gerade die qualifizierte Minderheit der Intelligenz arbeitet denn auch schon lange mit der revolutionären Macht zusammen und bevölkert die Kollegien unserer Kommissariate. Daß der klügere Teil der ausländischen Intelligenz diesem Beispiel folgen wird, war schon längst klar, besonders, nachdem sich die Revolution stärker als die Gegenrevolution erwiesen hat. Der Schreiber dieser Zeilen hatte schon etwa vor einem Jahr Gelegenheit, mit einer in Rußland gebliebenen Gruppe von Intellektuellen über das Thema zu sprechen, ob eine Massenamnestie für die ins Ausland Geflohenen möglich sei und in welcher Weise sie folgen könne. Er konnte natürlich keine bestimmte Antwort darauf geben und nur auf die Körperschaft hinweisen, wo eine Antwort gefunden werden konnte. Ob man seinen Rat befolgt hat oder nicht, das weiß er nicht. Aber sowohl ihn, als auch die anderen bei dieser Gelegenheit anwesenden Kommunisten wird die neue reumütige Richtung der „Weichenwechsler“ am allerwenigsten in Erstaunen gesetzt haben. Das war schon längst vorauszusehen.

Aber der „Weichenwechsler“ beschränkt sich nicht nur auf dieses „das“. Wenn sich auch ein gewisser Teil der Intelligenz bei seinem Entschluß, sich der Revolution freundschaftlich zu nähern, von persön-

lichen Beweggründen leiten ließ, so läßt sich das durchaus nicht von allen Intellektuellen sagen. Ganz abgesehen von allgemeinen Bedingungen, die in einem gewissen Augenblick der ökonomischen Entwicklung jede Intelligenz gegenrevolutionär machen, so stand doch die große Mehrheit der Intellektuellen im Oktober 1917 besonders auch deshalb „jenseits der Barrikade“, weil sie *verbürgert* war, weil sie die Fähigkeit verloren hatte, jede Revolution, jedes heroische Pathos, jeden Idealismus zu begreifen, natürlich nicht im philosophischen Sinne — denn in diesem war unsere Intelligenz seit jeher sehr stark —, sondern im sozialen. Sie verlor das Verständnis dafür, daß die Menschen nicht nur ihres Magens und der Karriere wegen leben, sondern auch für andere Dinge. Das war jene Mehrheit, die von Stolypin, der sich damit begnügte, die Führer auszurotten, unberührt blieb, die sich die Legalität bewahrte, von der Revolution nichts mehr wissen wollte. Zur größeren Beruhigung ihres Gewissens erklärte sie jede Revolution für das Werk der Provokateure. Sich gänzlich der Sorge ihres Magens und ihrer Wohnung widmend, haben diese spießbürgerlichen Intellektuellen die Schläge der Revolution gerade auf diesem Gebiet sehr schmerzlich empfunden. Dabei muß auch der verhängnisvolle Einfluß der ersten Revolution (1905—1907) auf die Intelligenz bei der Bewertung der Rolle dieser Intelligenz im Jahre 1917 unbedingt in Rechnung gezogen werden. Für das durch die erste Revolution revolutionierte russische Proletariat war das Frühjahr 1917 der für die Felder so notwendige Frühlingssturm; für die Intelligenz aber war es ein „Sturm des kalten Herbstes“, ein Sturm, der ihre Wiesen zu Sümpfen machte und den Wald entblöbte.

In diesem Sumpf wuchsen die Legenden über „Banditen“, „deutsche Spione“ und ähnliche Früchte der intellektuellen Psychologie. Warum strengen sich die Bolschewisten so an? Es ist doch klar, daß sie

jemand dafür bezahlt, daß man sie gedungen, gekauft hat. Sie wollen eben in Villen wohnen! — Nicht umsonst spielte das „Palais der Kschesinskaja“ in den Legenden der ersten Zeit eine so große Rolle. Für den intellektuellen Spießbürger war das eine durchaus handgreifliche Sache. Noch lange tönte das Echo dieser Wohnungs- und Magenstimmung in der weißgardistischen Presse — noch im Jahre 1919 konnte man dort Berichte über die lukulischen Feste lesen, die Gorki angeblich für Trotzki und Lunatscharski veranstaltete. Aber schon in dem berühmten Tagebuch der Frau Gippius schrumpften diese Festmahle Gorkis zu bescheidenen Koteletts zusammen, und der „Weichenwechsel“ bedeutet den entschiedenen Bruch mit dieser Stimmung.

„Der gegenwärtige Extremismus mit dem echten revolutionären Pathos und Willen nimmt unvermeidlich sozialistische Formen an, resp. die Form der kommunistischen Ideologie. Es ist kein Zufall also, daß auch der russische Extremismus, der natürlich spezifisch russisch-nationale Züge trägt, kommunistische Ideale aufgestellt hat.“ (S. Lukijanow, „Weichenwechsel“, S. 86.) „Oder ist es wirklich leichter, einen Thron zu zerstören als die Banken? Schreiben sie gegen Gott, so wird es keine Revolution sein. Schreiben sie gegen die Behörden, so ist es nur eine Opposition. Schreiben sie aber gegen den Kapitalismus, so ist es die gefährlichste Revolution. Jedes Wort füllt sich da mit roter Farbe. Hier werden die Starken angegriffen. Die politische Revolution rührt sie nicht weiter. Die das bestehende Eigentum zerstörende Revolution trifft das Ziel, diese ist die echte Revolution. Und eben deshalb, weil sie wirklich verwundete, hörte man auch wirklich schreien. Aber ist die Treffsicherheit ein Verbrechen? Wenn das ganze menschliche Geschlecht auf Erden einen heiligen Götzen anbetet, so ergibt sich für die Revolution von selbst die Taktik, gerade diesen Götzen niederzuschlagen und

mit sieghaftem Lächeln das Gejammer und die Flüche der betrübten Priester anzuhören. Mögen diese Götzenprediger ihre Augen mystisch gen Himmel richten, mögen sie die Verruchten, die dieses Heiligtum angetastet, Satanskinder heißen oder die ganze große Revolution auf gestohlene Silberlöffel zurückführen, die Revolution können sie damit nicht entwerten — sie bezeugen damit nur die Formalität und die Enge ihres Gesichtskreises. Das russische Volk hat nicht gestohlen, sondern genommen.“ (Bobrischtschew-Puschkin. Ebenda, S. 127—128.)

Das gegenrevolutionäre Philistertum hat sich überlebt. Wir wollen damit natürlich nicht sagen, daß die Herren Lukijanow und Bobrischtschew-Puschkin früher einmal gegenrevolutionäre Philister waren. Wir kennen sie nicht. Aber jedenfalls haben sie solche Dinge vor vier Jahren nicht geschrieben; denn wenn sie sie geschrieben hätten, so wären sie jetzt nicht in der Emigration, sondern in der Russischen Kommunistischen Partei. Das Unglück ist nur, daß es jetzt nicht schwer ist, so etwas zu schreiben . . . Aber wir wiederholen, daß es sich nicht um einzelne Personen handelt: Lukijanow und Bobrischtschew-Puschkin haben ihren Leserkreis, ihre Anhänger — das wissen wir aus den „Letzten Neuheiten“. Diese Anhänger lasen vor zwei Jahren die Erzählungen von den feinen Weinen, die Gorki trinkt, und von den Erdbeeren, die Lenin im Januar zu essen pflegt. Und jetzt lesen sie etwas ganz anderes. Was hat sie so entbürgert?

So merkwürdig es klingt: aber es war vor allem die Gegenrevolution selbst. Im Bürgerkriege wurde auf beiden Seiten mit Pathos gekämpft; sonst hätte es keinen Krieg gegeben. Die Bankiers und Fabrikanten aber flüchteten einfach ins Ausland und nahmen soviel wie möglich mit. Sie schlugen sich nicht an der Front. Jene anderen, die an der Front standen, vorwiegend die städtische und intellektuelle Kleinbourgeoisie, mußten irgendein Ideal

haben, für das sie ihr Leben ließen. Wir haben keinen Grund, es zu verheimlichen: es war der moralisch beste Teil der Reaktion, der an die weiße Front ging. Die im Inlande gebliebene Intelligenz bietet vielleicht gerade deshalb ein so trostloses Bild, weil diese Leute nichts hatten, wofür sie sich schlugen. Man kann sich keinen Menschen vorstellen, der einer Semmel wegen sein Leben hingibt. Das Bild der an den weißen Fronten sterbenden Jugend, die unsinnig starb, nicht für die Zukunft, sondern für die Vergangenheit, die aber immerhin ihre Seele für die Sache hingab, — dieses Bild mußte dem intellektuellen Philistertum den ersten Stoß geben. Die Emigration tat das übrige. Die Emigration hat viele von uns von den letzten demokratischen Illusionen befreit und die „Großen Demokratien“ in ihrem Alltagsleben gezeigt, — nicht in dem Paradekostüm der parlamentarischen Schönrednerei, sondern in der profanen Gestalt eines Pariser Schutzmanns, einer Pariser Portiersfrau oder eines Pariser Krämers. Man müßte blind sein, um nicht zu sehen, worauf diese „Demokratie“ beruht. Die Autoren der „Weichenwechsler“ sind wahrscheinlich auch schon früher im Ausland gewesen. Aber im Auslande gewesen sein, ist etwas ganz anderes, als dort leben müssen — und zwar nicht als reicher Ausländer leben, sondern als armer Verbannter. Da lernt man das revolutionäre Pathos recht gut begreifen!

Die Psychologie der „Weichenwechsler“ ist für uns somit klar. Der durch die harte Lehre der Geschichte entbürgerlichte Intellektuelle ist beschämt, daß eine der größten Revolutionen der Welt an ihm vorübergegangen ist, ohne daß sie von ihm etwas anderes gehört hätte als das Gemjammer über die verlorenen Silberlöffel. Das ist in großen Zügen die Psychologie, die den Leser vielleicht an den „bereuenden Edelmann“ der sechziger Jahre erinnern wird. Es ist charakteristisch, daß die Reue auch damals die Loslösung des

Menschen von seiner materiellen Basis zur Voraussetzung hatte. Solange es leibeigene Bauern gab, bereute der Edelmann nicht. Die reumütige Stimmung kam erst dann über ihn, als die Rechte und Privilegien der im Reich herrschenden Klasse sich in Papierfetzen verwandelten.

Aber im „Weichenwechsel“ findet sich nicht nur eine Erklärung für die Psychologie der Intelligenz, ja die Psychologie ist nicht einmal das historisch Interessanteste. Die „Weichenwechsler“ haben auch eine Ideologie, und diese Ideologie trägt ein eigentümliches Merkmal: wenn die Psychologie der Intelligenz sich der unsrigen annähert, gibt uns ihre Ideologie die Möglichkeit, eine klare Grenze zwischen ihnen und uns zu ziehen. Und diese Abgrenzung ist notwendig: denn obwohl es natürlich besser ist, ein „Neo-Kommunist“ als ein Alt-Weißgardist zu sein, muß doch auch die Bezeichnung Kommunist, selbst wenn sie mit dem Zusatz „Neo“ versehen ist, ihre Berechtigung haben. Worauf gründet sich dieses Recht der Autoren des „Weichenwechsel“?

Bei ihrer Ideologie kommt jene Vielgestaltigkeit zum Vorschein, von der wir oben sprachen. Es ist mehr oder minder dieselbe Psychologie, die sie alle haben; aber Ideologien gibt es unter ihnen mehrere. Die elementarste unterscheidet sich sehr wenig von der Ideologie eines X-beliebigen Neophyten der Sowjetordnung, wie wir sie in diesen vier Jahren viel gesehen haben. Nehmen wir zum Beispiel den Aufsatz von Prof. Lukijanow im zweiten Heft des Journals „Revolutionäres Schaffen der Natur“. Das hätte auch Prof. Gredeskul oder zwei Jahre früher W. J. Brjusow schreiben können. Es ist nur eine gewisse quantitative Ausweitung der Ideologie zu verzeichnen. Aber wir haben keine Veranlassung, darüber besonders begeistert zu sein, zumal, wenn man bedenkt, daß dies nach unserem Sieg geschrieben wurde. Wir haben lediglich darauf zu achten, ob der Schreiber wirklich einer von den

unsrigen ist. Da ist z. B. auch die Stelle aus dem „Neuen Glauben“ von Bobrischtschew-Puschkin. „Für die Anhänger des russischen Staatsgedankens, für die Patrioten, besteht die Frage, welche Rolle die Sowjetmacht spielt: die des Zementes, der die Sprünge am Körper Rußlands verkittet, oder die einer zersetzenden Säure. Trotz aller Flüche der Emigrantepresse wird es immer klarer: keine Säure, sondern Zement. Es ist nicht eine zentrifugale, anarchische Kraft, sondern eine zentripetale, staatliche. Dann aber kann man vieles ertragen, vieles verzeihen und im Glauben an eine bessere Zukunft mit Geduld abwarten . . . Es ist nicht neu, daß gegen eine starke Macht immer Anklagen laut werden, sie erhalten die Bevölkerung im Sklavenzustand, sie regieren den Volkswillen. Eine schwache Macht kann nicht bestehen, daher will das Volk immer eine starke Macht haben, und in stürmischen historischen Epochen wird sie zu einer Existenzfrage des Landes. Auch jetzt ist sie die Frage der Existenz Rußlands. Aber wenn dem so ist, dann läßt sich die zulässige Stärke dieser Macht nicht genau abmessen, man hat auch keine Zeit dazu und an viel Wichtigeres zu denken. — Mag es Despotie, Härte sein, — wenn nur die Zügel nicht aus der Hand gelassen werden.“ („Neue Weichen“, S. 146.)

Hier horcht man unwillkürlich auf. Mag es eine „Härte“ sein, dafür ist es eine Diktatur. Aber wozu diese Härte? Wir üben die Härte im Namen der Beseitigung der letzten Sklaverei, im Namen der Beseitigung der letzten Reste des Kannibalentums und der Ausbeutung. Allerdings spricht Bobrischtschew-Puschkin über die Beseitigung dieser letzten Reste, „wie es sein muß“, und fast mit denselben Worten wie die Kommunisten. (Siehe besonders S. 100 und folgende.) Aber das geschieht an einer ganz anderen Stelle seines ungeheuer langen Aufsatzes — und wer weiß, ob er den 40 Seiten zurückliegenden Anfang nicht schon selbst vergessen hat. In

der Einleitung aber werden dem „Staatsgedanken“ nur zwei Aufgaben auferlegt, die so alt wie die Welt sind: Bekämpfung der ausländischen Kräfte und der inneren anarchistischen und zentrifugalen Tendenzen. Wird die Macht mit diesen Aufgaben fertig? Ja, das wird sie. Folglich ist sie die echte Staatsmacht. (S. 146 bis 147.)

Der auf den nächsten zwei Seiten folgende Panegyrikus der künftigen sozialen Revolution und der Sowjetmacht (der Autor schreibt das Wort mit großen Buchstaben), beruhigt uns wenig. Und das um so weniger, als der „starken“ Macht folgender Kommentar gegeben wird: „Der energische, gebieterische Herrscher ist hart, biegt den Willen des Volkes unter seinen Willen, verschmäht die heiligen Worte zuweilen um der großen Tat willen. Bei seiner schweren schwarzen Arbeit erlaubt er sich nicht einmal den sittlichen Luxus, rein zu sein“. (Ebenda.)

Gar zu sehr ist Bobrischtschew-Puschkin bereit, der Macht um ihrer „Stärke“ willen zu verzeihen; mehr sogar, als es in diesem Falle erforderlich ist. Mit dem „sittlichen Luxus, rein zu sein,“ haben die kommunistischen Spitzen der Sowjetmacht sicher alle historischen Rekorde geschlagen. Wieviel redete man von den 500 Francs, die die Mitglieder der Pariser Kommune als Gehalt bezogen. Wenn man aber das Gehalt eines russischen Volkskommissars in Goldfrancs umrechnet (im Jahre 1871 war in Frankreich Papiergeld im Umlauf, aber der Kurs stand sehr hoch, und das Leben war viel billiger als jetzt), so wird man diese Zahl bei weitem nicht erreichen. Ein spartanisches Regime hat noch kein einziges Volk für seine Regierungsspitzen eingeführt. Und keine einzige regierende Partei der Welt hat für seine Mitglieder den praktischen sittlichen Zensus eingeführt, der in unserer Partei „reinigung“ verwirklicht ist. Allein schon diese Reinheit wird den Historikern genügen, um die Sowjetmacht auch des Jahres 1921 als eine echte

revolutionäre Macht anzuerkennen, eine Macht von dem höchsten sittlichen Niveau und dem reinsten Pathos.

Aber wir wollen nicht abschweifen. Nehmen wir an, daß der Autor mit dem „sittlichen Luxus, rein zu sein,“ den Terror und die „Tscheka“ im Auge hatte. Er ist da unwillkürlich wieder in die traditionelle Moral der bürgerlichen Gesellschaft verfallen, bei der der Kapitalist den Proletarier indirekt und sogar direkt töten darf (dann nennt man das Aufrechterhaltung der Ordnung), bei der aber die Tötung eines Kapitalisten durch einen Proletarier als ein Verbrechen angesehen wird, das der Proletarier büßen muß und für das sich seine Freunde zu schämen haben. Die Kommunarden, die als Antwort auf die Bestialität der Bourgeoisie von Versailles hundert Geiseln erschossen haben, sind Bösewichte; die Regierung von Versailles aber, die dreißigtausend Pariser Arbeiter erschießen ließ, ist nur eine harte Vollzieherin ihrer Pflicht. Vor 20 Jahren haben wir Urteile dieser Art von unseren Professoren oft genug gehört, — und diesen alten Adam wird man nicht so leicht los. Bringen wir das auf die Rechnung der unvermeidlichen, mit der juristischen Professur verknüpften Infektion. — Immerhin zieht Herr Bobrischtschew-Puschkin an der Sowjetmacht ganz besonders ihre äußere Kraft an, die sich sowohl den Russen als auch den Ausländern gegenüber kundgibt. Nun, und wenn die Ausländer uns geschlagen hätten? Was dann? Vae victis? Kerenski war nicht imstande, für die „Ordnung“ zu sorgen, und ging daher „im revolutionären Sturm“ unter — also fort mit Kerenski! Nun, und wenn er dazu imstande gewesen wäre? Die deutschen Kerenskis haben es doch verstanden, Liebknecht und Rosa Luxemburg umzubringen und alle Aktionen der Kommunisten (die in diesem besonderen Fall eine „zentrifugale Kraft“ genannt werden) niederzuschlagen: Sind sie denn nun auch die „echte Macht“ oder nicht? Im Sommer

1917, als er illegal arbeiten mußte, war Lenin demnach eine zentrifugale Kraft, und im Herbst ist diese Kraft dann zentripetal geworden? War er also im Sommer eine „Säure“ und im Herbst „Zement“? Wirkt das Wetter so ein?

Alle Hosiannas auf die soziale Revolution, alle Jeremiaden gegen den kapitalistischen Kannibalismus können diese Frage nicht aus der Welt schaffen. Herr Bobrischtschew-Puschkin wird sich entscheiden müssen: für die kapitalistische Macht oder für die Revolution. Denn auf dem internationalen Gebiet — und dieses ist für viele Jahre hinaus das wichtigste — stehen sich diese Macht und die Revolution mit Schwertern in Händen einander gegenüber. Was hat das zu besagen, daß wir in unserem Lager Ordnung und Disziplin geschaffen haben? Bei den Hussiten, sagt man, war es ebenso, und jene Armeen, die die Pariser Jakobiner auf Europa losließen, standen in dieser Hinsicht hinter unserer Roten Armee nicht zurück. Aber sonderbar hätte jeder Mensch angemutet, der sich im XV. Jahrhundert vom Katholizismus losgesagt hätte und nur deshalb zu den Hussiten gegangen wäre, weil — weil sie eine so schöne Ordnung hatten! Zwischen den Jakobinern und der damaligen alten Welt haben die Menschen nicht nach diesem Gesichtspunkte gewählt.

Alles das, was bei Bobrischtschew-Puschkin in abstrakter Form, halb verdeckt mit echtem, wenn auch verspätetem Enthusiasmus eines Neophyten der sozialistischen Revolution erscheint, kommt viel konkreter zum Ausdruck bei dem zweifellos interessantesten und bedeutendsten der „Weichenwechsler“, bei Professor Ustrijalow. Man lernt ihn am besten nicht aus seinem Aufsatz im Sammelband des „Weichenwechsel“ kennen, sondern aus dem im dritten Heft der gleichnamigen Zeitschrift veröffentlichten Aufsatz „Nationalbolschewismus“, der eine Polemik gegen P. B. Struve ist.

„Sowohl für ihn (Struve), als den Teilnehmer der „Weichen“ (es sind natürlich die alten „Weichen“ von 1909 gemeint), als auch für mich, der ich ihr Leser bin, kann kein Zweifel bestehen über den großen schöpferischen Wert der Prinzipien der staatlichen Organisation als solcher“, schreibt Professor Ustrijalow. „Im sozialen Leben“ kann der „Ueberbau“ unter Umständen eine schöpferische und entscheidende Rolle spielen. Er ist nicht unbedingt etwas Sekundäres, Derivatives, etwas durch das Fundament detailliert Vorbestimmtes. Der Ueberbau kann eine selbständige Basis gewinnen, wobei es kein mathematisch bestimmtes Verhältnis gibt zwischen einem gegebenen konkreten Ueberbau und einer bestimmten konkreten Basis. Auf der schöpferischen Suche nach einer ökonomischen Grundlage kann sich der Staat selbst transformieren.“

Dieser Ausspruch beseitigt alle Zweifel. Die soziale Basis — anders gesagt, der *Klassengrad* der Macht ist für Prof. Ustrijalow etwas Sekundäres. Die Macht ist eine Art Adler, der über der Erde schwebt. Er kann sich auf die Spitze des höchsten Felsens niederlassen, kann sich aber auch „bis zu den Hühnern herablassen“. Das ist Sache seiner eigenen Wahl. Bisher hat sich die Sowjetmacht auf das Proletariat und die Bauernschaft gestützt, d. h. auf den nicht-kapitalistischen Teil der russischen Gesellschaft; aber sie hätte sich auch auf die Kapitalisten stützen können.

Hier haben wir also die dritte Phase der weißgardistischen Hoffnung vor uns. Die erste drückte sich in der Parole aus: „Niederschlagen!“ Das ist nicht gelungen: man schlug sich selbst nieder. Dann kam die zweite: „Innere Zersetzung!“ Struve glaubt bis jetzt an sie und begegnet darin einer kühlen Ablehnung von seiten Ustrijalows. Als Antwort auf den leichtmaskierten Rat seines Lehrers, im Kampfe gegen den Bolsche-

wismus die von diesem geschaffene Rote Armee zu verwerten, stellt Professor Ustrijalow die Frage über die konkrete Form dieser Verwertung. „Wenn er (Struve) ein durchaus schmerzloses Rezept“ im Auge hat, d. h. ein geschlossenes Vorgehen der Roten Armee mit allen ihren Kursanten gegen die gegenwärtige Macht — im Namen einer bestimmten Idee oder einer bestimmten Person —, so fehlt ihm „jeder Sinn für die konkrete Realität“. Dieser naiven Phantasie „lassen sich keinerlei Direktiven für das praktische Handeln“ entnehmen, sogar wenn man annimmt, daß dieses Rezept „theoretisch richtig ist“. Wenn er aber daran denkt, die Rote Armee mit denselben Methoden zu zersetzen, mit denen seinerzeit die Bolschewisten die Weiße zersetzt haben, so ist das ein irrsinniger und nationalverbrecherischer Gedanke; denn er zerstört jene „weißen Prinzipien“, die nach der treffenden Bemerkung Schulgins als Ergebnis unseres furchtbaren, aber lehrreichen Bürgerkrieges in die Linie der Roten Front hinübergeschlichen sind.

Und Prof. Ustrijalow wählt an Stelle der staatsfeindlichen Parole: „Innere Zersetzung“, die Parole Nr. 3, einstweilen die letzte: „Verwandeln!“ Mag die Sowjetmacht mit allen ihren Attributen bleiben. Mag sogar die K. P. R. als Aushängeschild bestehen bleiben. Aber damit die „konkrete Basis“ eine neue wird, wird an Stelle der Arbeit und des Kleinbesitzes etwa das Kapital und der Großbesitz gesetzt werden.

Wir sagen — „etwa“, weil Herr Ustrijalow diese „konkrete Basis“ selbst nicht kennt und nicht nennt. Aber seine Ideale lassen sich mit den Idealen der russischen Großbourgeoisie durchaus in Einklang bringen. Es wird nützlich sein, sich daran zu erinnern, was die Vertreter dieser letzteren in der Vorkriegszeit zu sagen pflegten. Hier ein Muster aus einer Rede Rjabuschinskys auf dem Bankett zu Ehren des fünfzigjährigen Bestehens des Kauf-

mannsklubs. „Jede Macht — und hierin kommt das tiefe Wesen des Staates zum Ausdruck — muß die Gewalt des Staates wahren und seine Stellung den anderen Staaten gegenüber stärken und festigen . . . Wir wollen Rußland als einen großen Staat sehen . . . Wir wollen uns das Ziel setzen, einen mächtigen Großstaat zu schaffen, und wir wünschen dem russischen Reich Ruhm und Herrlichkeit.“ (Zitiert nach „Reden“ 1913, Nr. 331.)

Das klingt etwas hottentottisch gleichförmig, aber Rjabuschinsky ist ja auch kein Professor. Dem Wesen nach jedoch unterscheidet sich das wenig von der folgenden Tirade Ustrijalows (sie wird etwas lang sein, aber ich bitte die Leser um Geduld): „Rußland muß eine Großmacht, ein großer Staat bleiben. Andernfalls würde die gegenwärtige geistige Krisis seine Kräfte übersteigen. Da nun die Macht der Revolution — und gegenwärtig nur sie allein — fähig ist, die russische Großmachtstellung, das internationale Prestige Rußlands wiederherzustellen, so sind wir im Namen der russischen Kultur verpflichtet, ihre politische Autorität anzuerkennen . . . In einem großen Irrtum befinden sich jene, die das Territorium als ein „totes“ Element des Staates, als etwas seiner Seele Indifferentes betrachten. Ich bin eher zu der gegenteiligen Behauptung bereit. Das Territorium ist einer der wesentlichsten und wertvollsten Bestandteile der Staatsseele, u n g e a c h t e t seines scheinbar „grob - physischen“ Charakters.

„Ich erinnere mich noch, wie ich im Jahre 1916 in der Moskauer Presse die Ideologie des russischen Imperialismus gegen den Andrang der Verfallsstimmungen Wilsons verteidigte und die im Grunde „mystische“, aber gleichzeitig durchaus greifbare Beziehung zwischen dem staatlichen Territorium — als dem wichtigsten Faktor der äußeren Gewalt des Staates — und der staatlichen Kultur — seiner inneren Gewalt — zu beweisen suchte. Diesen Zusammenhang erkenne ich jetzt noch ausge-

prägter.“ („Weichenwechsel“, Sammelband S. 57.)

Ustrijalow ist ein ehrlicher Mann. Er gibt zu, daß seine Ideologie eine Abart der „Ideologie des russischen Imperialismus“ ist. Der zaristische Absolutismus brach unter der Last des Imperialismus zusammen. Es besteht aber die Hoffnung, daß die „umgewandelte“ bolschewistische Macht diese Last aushalten wird. Um aber eine dauerhafte Basis des Imperialismus zu werden, muß diese Macht selbst wieder eine Basis in Gestalt des wiederauflebenden Kapitalismus gewinnen.

Wir wollen nicht mit Herrn Ustrijalow über Prinzipien streiten. Er ist kein Marxist, gibt dies auch ehrlich zu und wirft Struve mit Recht vor, daß dieser „aus irgendeinem Grunde die marxistische Terminologie“ verwendet. Das geschieht wahrscheinlich nach der Gewohnheit der Jugendjahre. Bei den hochgestellten Parvenüs kommt es zuweilen vor, daß sie die bürgerlichen Gesellschaftsregeln verletzen. Herr Ustrijalow hat solche üblen Gewohnheiten nicht.

Auf dem Gebiete der Geschichte ist er, könnte man sagen, ein Antimaterialist. „Die staatliche Macht wird in weit höherem Maße durch den Geist als durch die Materie geschaffen, um so mehr, als der gesunde Geist sich letzten Endes unvermeidlich mit materiellen Machtmitteln ergänzt — sich in Gold prägt und mit Bajonetten umgibt.“ (Zeitschrift „Weichenwechsel“, Heft 3, S. 14.) Was kann man denn mit „Prinzipien“ anfangen? Aber sehen wir zu, ob jenes Bild, das Ustrijalow so verlockt, objektiv möglich ist: eine revolutionäre Sowjetmacht, die sich ihre Basis außerhalb jener Klassen sucht, die die Revolution des Proletariats und der Bauernschaft verwirklicht haben?

Die Geschichte kennt keine Fälle solchen Umsattels der Macht als einer geschlossenen O r g a n i s a t i o n. Jede Macht sucht sich ihren Generalstab aus Leuten bestimmter psychologischer Kategorien. Der

Jakobinerklub hätte dem Imperium Napoleons in keiner Hinsicht von Nutzen sein können, und ein Bündnis mit dem Erzengel Michael wäre der Sowjetregierung ebenso wenig von Vorteil. Aber es gab Fälle eines individuellen Umsattels in der Geschichte — Fälle, bei denen diese oder jene hervorragende historische Persönlichkeit aufhörte, jener sozialen Kraft zu dienen, die sie emporgetragen hat, und zugunsten einer direkt entgegengesetzten Kraft zu arbeiten begann. Aus Mangel an einem adäquaten Beispiel, wie es Ustrijalow braucht, begnügen wir uns mit diesem.

Wie der Leser gleich sehen wird, haben wir natürlich nicht die Aufgabe der Ueberzeugungen aus rein persönlichen, karriéristischen Zielen im Auge (Millerand, Briand, Aleksinsky usw.). Diese haben auf die historische Entwicklung keinerlei Einfluß. Wir haben nur die bedeutenden, wirklich historischen Umwandlungen im Sinne, welchen keinerlei persönliche Berechnung zugrunde lag. Das Gedächtnis bringt uns drei von diesen Beispielen in Erinnerung — eins aus der neueren Zeit, die beiden anderen sind viel älter. Das erste Beispiel ist der aus dem Junkertum hervorgegangene Bismarck, der das historische Werkzeug einer gegenfeudalen Kraft, des deutschen industriellen Kapitalismus wurde. Das zweite — ist Cromwell, der als Führer der Independenten, der revolutionären kleinbürgerlichen Massen, begann und der später, als er die Macht eroberte, sich auf die nicht revolutionäre, mittlere, presbyterianische Bourgeoisie stützte. Das dritte gehört unserer Geschichte an — es ist Boris Godunow, der von dem mittleren und kleinen Adel auf den Thron gehoben wurde und der in den letzten Jahren seiner Regierung eine breitere Basis in der Bauernschaft zu finden hoffte.

Was ist aus allen diesen Fällen geworden? Bismarck hatte einen großen historischen Erfolg. Aber warum? Weil er von der jungen und frischen Klasse, der die Zu-

kunft gehörte, aufgenommen worden ist. Es wäre eine Analogie, wenn z. B. Lloyd George von der imperialistischen englischen Bourgeoisie zu den Arbeitern gehen und den Versuch machen würde, seine Regierung auf diese zu stützen. Es ist durchaus möglich, daß er wenigstens zeitweilig einen Erfolg zu verzeichnen hätte. In Sowjetrußland kann es diese Analogie nicht geben, denn eine fortschrittlichere Klasse als das Proletariat gibt es nicht. Godunow liefert das erstaunliche Beispiel, daß sogar der Uebergang von einer unterdrückenden Minderheit zu der bedrückten Mehrheit erfolglos bleiben kann. Der Bauernschaft das geben, was sie brauchte, durfte dieser immerhin legitime Monarch nicht, das konnte sich nur der revolutionäre Kosakenzar Dimitry leisten. Aber seine Basis hatte Godunow dabei wirklich verloren und stürzte in den Abgrund. Und endlich Cromwell, der, verglichen mit Godunow, den entgegengesetzten Weg ging? Was ist praktisch daraus geworden, daß Cromwell den revolutionären unteren Schichten den Rücken kehrte und sich auf die nicht revolutionäre „goldene Mitte“ zu stützen suchte? Nur das eine, daß das Gespann der Revolution mitsamt der Diktatur Cromwells immer schneller den Abhang hinabjagte und schon am anderen Tage nach dem Tode Cromwells, ungeachtet aller Bremsvorrichtungen, kopfüber in die Tiefe stürzte. Die auf Cromwell folgende englische Reaktion ging so weit, wie es sicherlich kein Zeitgenosse am nächsten Tage nach der Hinrichtung Karls I. gedacht hatte. Und (Herr Ustrijalow möge sich das merken) mitsamt der revolutionären Diktatur stürzte auch die „Macht“ des Cromwellschen Staates zusammen. Das England des Lord-Protektors imponierte dem Kontinent, mit ihm rechnete damals die größte Macht der Welt, Frankreich. Dagegen wurde Karl II. eine Art von Klient dieses selben Frankreichs.

Also die Parole der „Umwandlung“ ist eine ähnliche „naive Phantasie“, und damit

verliert auch sie „jeden praktischen Sinn“, ebenso wie die Parole der inneren Zersetzung. Sie sind einander wert. Professor Ustrijalow, der einzige von den Weichenwechslern, bei dem wirklich alles streng durchdacht ist, erweist sich mit seinem „Nationalbolschewismus“ als ein zurückgebliebener Mensch, als ein Mensch aus der Zeit vor 1917, der nicht versteht, daß der Staat von demselben dialektischen Prozeß erfaßt ist, wie ihn alle Lebenden durchmachen, und daß der durch die Revolution geschaffene Staat und der durch die Revolution umgeworfene Staat durch eine Kluft voneinander getrennt sind.

Die revolutionäre Macht zu verwandeln, ist ein unsinniger und zweckloser Gedanke: viel leichter ist es, sich selbst zu verwandeln. Es wundert uns nicht, daß der Entwicklungsprozeß nicht bei den „Weichenwechslern“ stehen geblieben ist und noch weitergeht. Im letzten (hier noch nicht eingetroffenen) Heft findet sich schon ein Brief von W. Ljwow, der von seinem Austritt aus der Zahl der Mitglieder berichtet, und zwar aus dem Grunde, „weil seine politischen Ueberzeugungen“ viel „linksgerichteter sind“. (Zitiert nach den „Letzten Neuheiten“ vom

29. November.) Und recht hat die Miljukowsche Zeitung, wenn sie subjektiv tieftraurig (und dann objektiv höchst erfreut) in dem Aufsatz „An der Wende“ (30. November) konstatiert, daß die „Moskauer Beherrscher“ „die russische Emigration zersetzen“. Ja, und wir werden fortfahren, es zu tun. Wir haben das Weißgardistentum (die Abspaltung von Miljukow machte den Anfang) zersetzt; ebenso werden wir auch den „Nationalbolschewismus“ zersetzen. Die russische ausländische Intelligenz hat sich mit der Tatsache der russischen Revolution abgefunden: sie wird sich auch mit der Folge dieser Tatsache — mit dem revolutionären Staat — abfinden müssen. Dieser letztere braucht aber keine Basis zu suchen; dann seine Basis bilden jene, die die Knechtschaft beseitigt haben und ihre Rückkehr nicht wollen. Alle, wenn auch noch so komplizierten Ideologen werden an dieser Tatsache ebenso wenig ändern wie an dem Gesetz der Anziehungskraft. Aber ein „neues Leben anfangen“, das wäre vielleicht möglich, wenn man sich fest dazu entschliesse. . . .

M. Pokrowski.

Mißernte und Hungersnot 1921.

Die Hungersnot, die über die Sowjetrepublik hereingebrochen ist, 25 Millionen Menschen in 20 Bezirken und Gouvernements erfaßt hat, ist keine einzigartige, keine ungewöhnliche Erscheinung in der Geschichte Rußlands.

Im Gegenteil: in Rußland ist eine Hungersnot ebenso regulär wie die guten Ernten nach einer Reihe von Missernten. Nach der großen Missernte im Jahre 1901 kamen auch in der Periode 1906-1911 schlechte Erntejahre vor. 1907 stellt Tolstoi die Frage: Wird der Bauer im Jahre 1908 hungern? Zweifellos ereigneten sich in den Jahren 1891 bis 1921 noch weitere Missernten, sie wurden aber von der offiziellen Statistik nicht registriert.

Die Missernte 1921 ist außergewöhnlich, sowohl hinsichtlich der Größe des erfaßten Gebiets, als auch ihrer zerstörenden Gewalt. In diesem Sinne übertrifft sie bei weitem das Jahr 1891, das das schwerste Hungerjahr des 19. Jahrhunderts war.

Die letzten Jahre waren gewissermaßen eine Vorbereitung auf diesen Anschlag gegen die Getreideproduktion, den Wohlstand des Bauern und den Hauptreichtum der Sowjetrepublik. Beginnend mit dem Jahre 1914, vollzieht sich eine regelmäßige, in einem ansteigenden Tempo verlaufende Verschlechterung der Landwirtschaft: Verminderung des Viehbestandes, Zerstörung des landwirt-

schaftlichen Inventars, Ersatz der männlichen Arbeit durch die weibliche in den fruchtbarsten Gebieten (wo ehemals die weibliche Arbeit nur sehr wenig in Anwendung kam), Kriegsstürme, Ungewißheit über den kommenden Tag, wiederholte Plünderungen, Einquartierungen, — alles das zusammengenommen brachte unsere Landwirtschaft schon gegen Anfang des Bürgerkrieges in eine sehr schwere Lage.

Der Bürgerkrieg, bei dem die Armeen Tausende von Werst durchzogen, die Wirtschaft großer Landstriche unvermeidlich zerstörend, war die Ursache, daß den Bauern die Zeit der Erntearbeit verloren ging; gleichzeitig damit entfalteten sich ungehindert die feindlichen Elementargewalten, deren der russische Bauer so viele zu bekämpfen hat. An einem Ort erringt der Sand einen Sieg nach dem anderen, mit dicker Schicht überzieht er die Kulturfelder; an einem anderen werden weite, noch vor kurzem bebaute Gebiete durch wucherndes Unkraut verwüstet; an einem dritten haben Heuschrecken und Feldmäuse alles vernichtet, was vernichtet werden konnte; an einem vierten ist eine große Anzahl von verhältnismäßig gut eingerichteten Wirtschaften zerstört worden; an einem fünften setzte sich eine ganze Generation von Menschen fest, die im Krieg aufgewachsen waren und sich an die Zerstörung gewöhnt hatten; an einem sechsten . . . Aber wir wollen nicht fortfahren, wir sagen nur, daß man die für die Landwirtschaft ungünstigen Faktoren leider bis ins Endlose aufzählen könnte.

Es muß hervorgehoben werden, daß das Jahr 1920 eine ernsthafte Warnung bedeutete: die Ernte war unter dem Durchschnitt, während fünf Gouvernements als Hungergebiete erklärt werden mußten. Für diese Gebiete wurde eine besondere Kommission der Allrussischen Zentral-Exekutive geschaffen, die im allgemeinen mit ihrer Aufgabe gut fertig geworden ist. Jedenfalls wurden in den erwähnten Hungergouvernements die Felder bebaut, und vier von ihnen bedurften im Jahre 1921 schon keiner Hilfe mehr.

Die Trockenheit von 1920 und der schneearme Winter haben sowohl die Bevölkerung, als auch die Organe der Sowjetmacht mit Besorgnis erfüllt. Die Verlesung der ersten Frühjahrsbulletins wurde in der Allrussischen Zentral-Exekutive und im Rat der Volkskommissare mit der gleichen Spannung aufgenommen wie die Berichte von den Kriegsschauplätzen, und der Hunger war weder für die Sowjetmacht, noch für die Bevölkerung etwas Unerwartetes. Bereits Mitte Juli schlug die Sowjetregierung Alarm wegen der heranziehenden Gefahr und schuf ein Organ zu ihrer Bekämpfung. Indessen beeilte sich die Bevölkerung zu Tausenden, aus dem Hungergebiet herauszukommen, solange die warme Witterung die

Möglichkeit bot, mit eigenen Mitteln das Land zu verlassen, oder solange es mehr oder minder leicht war, an den Haltestellen der Dampfer oder auf den Stationen die erforderliche Zeit bis zur Abfahrt in glücklichere Gebiete abzuwarten.

Die ersten Maßnahmen der „Zentral-Kommission zur Abhilfe der Hungersnot“ richteten sich auf die Feststellung wenigstens des annähernden Umfangs der ganzen Hungersnot und des Grades ihrer Einwirkung auf die einzelnen Rayons. Zu diesem Zweck entsandte die Allrussische Zentral-Exekutive einige Expeditionen, während die Zentral-Kommission der Allrussischen Exekutive die Arbeit der Versorgung der von der Not betroffenen Gebiete mit Winteraussaat aufnahm.

Die größte Schwierigkeit bestand darin, daß bis zur nächsten Aussaat kaum ein Monat blieb; in diesem kurzen Zeitraum mußte das Korn von den Feldern eingebracht, auf dem Wege der Naturalsteuer und anderer Erhebungen von den Bauern eingesammelt, verladen, an Ort und Stelle geschafft und unter die Hungernden verteilt werden, — eine auf den ersten Blick fast unausführbare Aufgabe.

Mir scheint dennoch, daß wir mit dieser Arbeit wirklich gut fertig geworden sind. Insgesamt wurden an Wintersaaten 12 144 593 Pud versandt, von welchen 10 832 178 Pud auf einer Fläche von 3 625 000 Desjatinen zur Aussaat gelangten, was fast 62 Proz. des Wirtschaftsplans des landwirtschaftlichen Kommissariats und 75 Proz. der Aussaat des Jahres 1920 ausmachte. Wenn man in Betracht zieht, daß die aus eigenen Mitteln von den Bauern bewerkstelligte Aussaat einen sehr unbedeutenden Prozentsatz bildete, so wird man von dem Umfang der für die Winteraussaat bestimmten Hilfeleistung bis zu einem gewissen Grade befriedigt sein können, besonders in Anbetracht der schweren Arbeitsverhältnisse.

Die Saatkampagne setzte im August ein und dauerte bis Anfang Oktober. Parallel damit verlief die Organisation der Hilfskommissionen sowohl in den Hungergebieten, als auch in denen mit günstiger Ernte. Nach Beendigung der Saataktion machte sich die Zentral-Hilfskommission an die Aufbringung der Sommersaaten. Laut Erklärung des landwirtschaftlichen Kommissariats sind davon nicht weniger als 33 Millionen Pud erforderlich, während die Regierung mit der Möglichkeit rechnet, 25 Millionen Pud zu liefern. Ich persönlich bin der Meinung, daß man wohl kaum hoffen darf, mehr als 15 Millionen Pud zu erhalten; das ist jene Menge, die von der Regierung im allrussischen Wirtschaftsplan vorgesehen ist; die übrigen 10 Millionen Pud sind unter dem stärksten Druck der Hilfskommission und des landwirtschaftlichen Kommissariats zugestanden worden. Ich bezweifle nicht im geringsten den Wunsch der Regierung, die ganze Aussaat voll zu liefern, aber der Eingang

der Naturalsteuer verläuft verhältnismäßig langsam, und es ist anzunehmen, daß sie nicht voll aufzubringen sein wird. Aber wie dem auch sei: es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß alle Maßnahmen für die Versorgung der hungernden Bevölkerung von uns unternommen werden, und nur der Mangel an Ressourcen kann die Menge des an die Hungernden zu liefernden Getreides einschränken.

Was die staatliche Versorgung der hungernden Rayons mit Lebensmitteln anbelangt, so rechnet der Plan mit 24 Millionen Pud im Jahr, d. h. im Durchschnitt mit 2 Millionen Pud im Monat.

Die tatsächliche Versorgung kommt in den folgenden Zahlen zum Ausdruck: Juli 0, August 399 500 Pud, September 1 288 500 Pud, Oktober 2 388 500 Pud, in den ersten zehn Tagen des Novembers 2 152 000 Pud. Die erhöhten Mengen der beiden letzten Monate decken den Ausfall für Juli, August und September.

Die staatliche Versorgung bietet den Hungernden aber nur eine sehr geringe Hilfe. Sie ist hauptsächlich für die Armee, für die Arbeiter der staatlichen Betriebe und für die Angestellten der Sowjetbehörden bestimmt. Was die Bevölkerung anbelangt, so erhalten nur die Kinderheime, die unheuer überfüllt sind, die nötigen Lebensmittel vom Staate. Im Staatsbudget ist die Lebensmittelnorm der Kinderrationen von 110 000 auf 160 000 Rationen erhöht worden. Diese neuen 50 000 Rationen haben wir um einen hohen Preis erhalten: wir mußten die Kinder der günstigeren Gouvernements von der staatlichen Lebensmittelversorgung ausschließen. Es versteht sich von selbst, daß das Volksaufklärungskommissariat nur infolge eines energischen Drucks der Hilfskommission seine Zustimmung dazu erteilte. Diese Einschränkung der Lebensmittelversorgung in den von der Ernte begünstigten Gouvernements zerstört dort die vom Aufklärungskommissariat bereits geleistete Arbeit.

Selbstverständlich entfällt auf die Bauern selbst aus diesem äußerst beschränkten Staatsfonds nur ein sehr unbedeutender Prozentsatz, sei es in Form einer Ration für das arbeitende Mitglied der Familie oder für das Kind, das das Glück hat, in ein Kinderheim aufgenommen zu werden; das sind natürlich Ausnahmefälle, solcher Bauern gibt es wenige. Nichtsdestoweniger bildet die Zufuhr von 2 Millionen Pud Getreide, die aus anderen Gebieten hingschafft worden sind, im großen und ganzen eine wichtige Unterstützung der Bevölkerung.

An Kartoffeln z. B. wurden 4 090 900 Pud geliefert, davon 600 000 von der Zentralgenossenschaft, das übrige vom Lebensmittelkommissariat. Man hoffte, eine weit größere Menge in das Hungergebiet zu bringen, aber der frühe Frost in diesem Jahre zwang zur Einstellung der Arbeit.

Die im Dezember abgehaltene Konferenz der Gouvernements-Hilfskommissionen beschloß indessen, die Lieferung der Kartoffeln an die Hungernden fortzusetzen, auch auf die Gefahr hin, daß sie erfrieren sollten.

Für die Verpflegung der hungernden Bevölkerung, d. h. für die sogenannte öffentliche Verpflegung, lieferte der Staat nach dem Plane 12 Millionen Pud Getreidefrüchte, welche folgendermaßen verteilt werden sollten:

im Oktober	500 000 Pers.	75 Proz. Kinder	25 Proz. Erwach.
.. November	1 000 000	75	25
.. Dezember	1 500 000	75	25
.. Januar	2 500 000	60	40
.. Februar	3 000 000	50	50
.. März	3 250 000	46	54
.. April	3 250 000	46	54
.. Mai	3 000 000	50	50
.. Juni	2 250 000	65	35
Insgesamt 20 250 000 Monatsrationen.			

Im Verhältnis zu der gesamten hungernden Bevölkerung ist der Prozentsatz der verpflegten Kinder 17 Proz., der der Erwachsenen 10 Proz. Die Geringfügigkeit dieser Hilfe springt in die Augen, und nur die absolute Unmöglichkeit, sie zu vergrößern, zwingt uns, es dabei bewenden zu lassen. Die Hilfe ist nicht nur für den niedrigen Prozentsatz der Menge derjenigen, denen sie zuteil wird, ungenügend, sondern auch im Sinne der geringen Nährkraft der Rationen: sie kommt 930 Kalorien für Kinder und 900 für Erwachsene gleich. (Die Norm beträgt ungefähr 3000 Kalorien pro Person.)

Die Evakuierung der Hungernden hat bisher folgenden Umfang angenommen: Im November sind 530 000 Personen aus den Hungergebieten evakuiert worden. Am meisten aus der tatarischen Republik — 191 878; weiter aus dem Gouvernement Simbirsk 98 849, aus dem Gouvernement Ssaratow 82 248 Personen. Natürlich schließen diese Zahlen diejenigen Personen nicht mit ein, die auf eigenes Risiko ausgewandert sind; deren Zahl ist meiner Ansicht nach nicht geringer als die angeführte. Der Hunger hat also über eine Million Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Darunter befindet sich übrigens auch ein gewisser Prozentsatz von Flüchtlingen des imperialistischen Krieges, die in den Jahren 1918/19 durch den Hunger aus den nördlichen Gouvernements vertrieben worden waren. Aber zweifellos sind die meisten Ausgewanderten hungernde Bauern.

Die begonnenen öffentlichen Arbeiten werden kaum eine weitere Entwicklung erfahren, denn in der Hauptsache sind es Meliorationsarbeiten, also Erdarbeiten, die sich im Winter nicht durchführen lassen: sie erfordern eine ernsthafte Vorbereitung. Aber wie dem auch sei, alle Produktionskommissariate erhöhen von Monat zu Monat ihre Kredite, bestrebt, durch die Organisation von verschiedenen Produktionen die materiellen Fonds der Hunger-

gebiete zu erhöhen. Eine Anhäufung von Zahlen vermeidend, möchte ich lediglich Angaben über den Eingang der Geldsummen in die Hungergebiete machen: Juli 56 600 Millionen Rubel, August 92 100 Millionen Rubel, September 159 700 Millionen Rubel, Oktober 225 800 Millionen Rubel, November 435 285 Millionen Rubel.

Die Zentrale Hilfskommission ist nicht allein bestrebt, gewisse materielle Mittel in die vom Hunger betroffenen Rayons zu schaffen zur Durchführung von Staatsaufträgen, sondern sie erteilt auch aus eigenen Mitteln Kredite zur Schaffung eines Betriebsfonds für die hungernden Kleinindustriellen.

Bei der Hilfsaktion im hungernden Wolgagebiet hat unsere Rote Armee einen besonders ehrenvollen Platz eingenommen. Die Beteiligung der Roten Armee machte sich schon in den ersten Tagen der Entstehung der öffentlichen Hilfsorgane bemerkbar; am 4. September aber wurde beim Militärischen Revolutionären Rat eine Zentralkommission für die Abhilfe der Hungersnot organisiert, die die früher entstandenen militärischen Hilfskommissionen vereinigte und einen weiteren Anstoß gab zur Entwicklung einer Massenarbeit in der Armee für die Hungernden.

Nach den unvollständigen Berichten sind bis zum 1. November von den militärischen Hilfskommissionen insgesamt 4000 Millionen Rubel, viele verschiedene Gegenstände, darunter goldene und silberne, die sich einstweilen schwer einschätzen lassen, und 360 000 Pud Getreideprodukte eingesammelt worden. Die Rote Armee, die im Laufe von vier Jahren unser Vaterland mit der Waffe in der Hand verteidigte, beweist jetzt im schweren Notjahr von neuem ihre grenzenlose Bereitschaft, dem Volke zu dienen.

Die Zentrale Hilfskommission sah seit den ersten Tagen ihrer Tätigkeit ein, daß die Sowjetregierung allein, selbst bei äußerster Anstrengung aller Kräfte, sogar das Minimum der Bedürfnisse der hungernden Bevölkerung nicht befriedigen könnte. Daher suchte sie gleich vom Anfang an die breiten Bauernmassen, die Arbeiter und die anderen Schichten der Bevölkerung zur Teilnahme am Feldzug für die Hungernden heranzuziehen. Wir waren bestrebt, nicht nur die Initiative der Massen der R. S. F. S. R. zu verwerten, sondern wir hofften auch auf eine Hilfe von seiten der Arbeiter und ehrlichen Bürger der anderen Länder. Unsere Hoffnungen wurden bis zu einem gewissen Grade erfüllt: am ersten November erhielten bis zu 500 000 Kinder eine Ergänzungsverpflegung von seiten der ausländischen Organisationen. Besonders bemerkbar machte sich die Hilfe der amerikanischen Hilfsaktion, der deutschen Kommunisten, der englischen Quäker und des Roten Kreuzes von Deutschland, Schweden und der Tschechoslowakei.

Die Zahl dieser Organisationen nimmt zu, und man kann annehmen, daß ihre Tätigkeit eine wesentliche Unterstützung der Hilfsaktion bilden wird. Uebrigens fällt die von anderen Ländern erteilte Ergänzungsverpflegung auch uns nicht in den Schoß, denn alle Transportausgaben und die gesamte Organisation der Arbeit am Platze selbst hat die Sowjetregierung zu leisten. So ist z. B. in dem mit den Amerikanern abgeschlossenen Vertrag die Bedingung enthalten, daß jede den Hungernden übermittelte Kalorie zur Hälfte von der Sowjetregierung oder von der örtlichen Hilfskommission aus den in Rußland eingesammelten Mitteln bezahlt wird.

Die aus den inneren Quellen der R. S. F. S. R. geschöpfte Hilfe dehnt sich mit jedem Tage mehr aus, umfaßt immer neue Gebiete und vertieft sich, wo die Arbeit schon früher begonnen hat. Bis zum 25. November sind insgesamt ca. 26 Milliarden Rubel eingesammelt worden. Parallel mit der Sammlung von Geldspenden verläuft die Einsammlung von Lebensmitteln. Soweit wir jetzt darüber urteilen können, wachsen die Gesamtsummen der eingehenden Produkte schnell an.

Es muß bemerkt werden, daß, während die einen Gouvernements bereits mit voller Anspannung mitarbeiten, die anderen erst an die Arbeit herantreten. So hat z. B. das Gouvernement Kursk 160 000 Pud bereits geliefert, und die Berichte besagen, daß bei der Kursker Hilfskommission weitere 300 000 Pud auf Waggons warten; aus einer Reihe von Gouvernements sind die Berichte noch nicht eingetroffen, aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die dort gesammelten Vorräte mindestens nach Zehntausenden von Pud berechnet werden können; solche Vorräte werden unter anderem auch im Gouvernement Altaj sein, das im vorigen Jahre dreißig Millionen Pud Naturalsteuer abgeliefert hat.

Die Mengen der Eingänge waren folgende: August/September: 286 209 Pud Getreide, sonstige Produkte 327 175 Pud; Oktober: Getreide 409 387, andere Produkte 489 235; November: 577 826 Pud Getreide, andere Produkte 178 806. Insgesamt also über 2 Millionen Pud. Diese Mengen gingen bis Ende November ein. Sie haben die öffentlichen Spenden der Hungerjahre 1891/92 weit überschritten. Besonders groß sind sie im Verhältnis zum Wohlstand der Spendenden. Unter den Bauernmassen muß eine riesenhafte Arbeit geleistet werden. Von unseren Arbeitern spreche ich nicht; solche Arbeiter gibt es nicht auf der ganzen Welt; sie haben die Last der Revolution auf ihren Schultern getragen; die Opfer, die sie selbst und ihre Familien brachten, oft zum Hungern verurteilt, können nicht ermessen werden. Die Bauernmassen aber sind seit jeher daran gewöhnt, überhaupt keiner Regierung zu vertrauen; im vorigen

Jahre hatten sie die Zwangsumlage zu leisten, in diesem — die Naturalsteuer; sie haben jetzt keine alten Vorräte mehr. Freiwillig sammeln die Bauern das Getreide zugunsten der Hungernden ein, sie bringen es selbst in die hungernden Gebiete und veranstalten dort unter den Hungernden Volksversammlungen.

Es werden wohl kaum irgendwo in der Welt mehr unorthographische und unliterarische Resolutionen verfaßt als auf den Meetings in den baschkirischen oder tatarischen Dörfern, die von den mit Getreidespenden ankommenden alten Bauern aus Kursk oder Twerj veranstaltet werden. Ich hatte das Glück, diese Resolutionen zu lesen; ihr Inhalt ist schwer zu verstehen, aber in ihnen sind Worte, mit denen die Tschuwaschen sagen wollen, „daß sie niemals vergessen werden, daß weit vom Norden her ebensolche Bauern wie sie selbst ihnen zu Hilfe gekommen sind,“ und — „wenn Euch etwas zustößt, so werden wir Euch auch helfen“. Mir scheint, daß die Liebe zum Nächsten, zu dem Menschen, der am Abgrund steht, die Liebe des Menschen zum Menschen kaum anderswo schöner zum Ausdruck kommt. Die Hilfskommission der Allrussischen Zentral-Exekutive ist bestrebt, diese bei der wechselseitigen Hilfe entstehenden edlen Gefühle zu verwerten und zu festigen.

Vor der Hilfskommission breitete sich die ganze ungeheure Not aus, die Millionen von Menschen unerträgliches Leid bringt. Ihre Arbeit verläuft unter unbeschreiblich schwierigen Verhältnissen, unter allgemeinem Verfall und vollkommener Verarmung des Landes; aber um so angespannter, um

so hartnäckiger muß sie sein, um so mehr muß sich ihr Tempo von Tag zu Tag steigern, besonders in den Hungergebieten selbst.

Am 2. Dezember tagte die Allrussische Konferenz der Gouvernements-, Kreis-, Bezirks- und militärischen Hilfskommissionen und die Kommissionen der autonomen und föderativen Republiken. Auf dieser Konferenz begegneten sich die Vertreter der notleidenden Gebiete und der Gouvernements mit guter Ernte zur Beratung des weiteren Planes und der Koordinierung der Arbeit der Sowjets im Kampfe gegen den Hunger. Die Konferenz hatte ein sehr bescheidenes, unauffälliges Aussehen. Die zusammengekommenen Delegierten, Arbeiter aus den einzelnen Orten, wollten eine Bewertung ihrer praktischen Bemühungen im Kampfe gegen den Hunger erhalten; sie wollten die Erfahrung der Kollektivarbeit für die Sache verwerten. Die in Beschlüssen fixierte Arbeit der Konferenz wird für die Arbeiter in den Hungergebieten ein weiterer Antrieb sein. Die IX. Allrussische Sowjetkonferenz aber wird die Arbeiter- und Bauernmassen zu neuen Anstrengungen im Kampfe gegen den Hunger anspornen.

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß das Echo solch eines Aufrufs eine neue Welle, ein neuer Zustrom von materiellen Mitteln sein wird, nicht nur von seiten der russischen Arbeiter und Bauern, sondern auch von seiten der breiten Schichten des internationalen Proletariats.

14. Dezember 1921.

M. Kalinin.

Resultate der neuen ökonomischen Politik Sowjetrußlands.

Die Schwenkung zur neuen ökonomischen Politik ist von der R. K. P. auf dem Parteikongreß im März 1921 vorgenommen worden. Die Veränderung der Politik machte sich sofort nur auf dem Gebiete des Handels bemerkbar, insofern als die Zulassung des freien Handels sofort eine Vergrößerung der Aufnahmefähigkeit des freien Marktes, einen Zustrom von Warenwerten hervorrief, die bisher versteckt waren, und letzten Endes spiegelte sich das alles in den Preisen und im Rubelkurs wider, dessen Sinken sich für einige Zeit

verlangsamte und in den ersten Wochen in manchen Gegenden sogar vollständig aufhörte. Die Ersetzung des Umlageverfahrens durch die Produktensteuer übte sofort einen Einfluß auf die politische Stimmung der Bauernschaft aus, indem sie in das Dorf Beruhigung hineintrug, während sie auf die Bauernwirtschaft in den ersten Monaten nur in sehr geringem Maße und nur dadurch einwirken konnte, daß sie bis zu einem gewissen Grade zweifellos zur Vergrößerung der Saatfläche beitrug. Der politische Einfluß des Ueberganges zur

neuen Politik war ein schneller und starker und erstreckte sich überhaupt auf alle Bevölkerungsschichten. Da in diesem Artikel aber nur von den ökonomischen Bilanzen des neuen Kurses die Rede sein wird, lasse ich diese Seite der Frage unberücksichtigt. Einen ernsthaften Einfluß auf die ganze Oekonomie des Landes hat jedoch der Uebergang zur neuen Politik erst bedeutend später ausgeübt. Es wird kein Fehler sein, zu behaupten, daß an der ganzen Wirtschaftsfront der Umbau erst im Sommer und im Herbst 1921 begann. Für die Bilanzziehung steht uns darum nur eine sehr kurze Zeitspanne, allerhöchstens fünf bis sechs Monate, zur Verfügung. Aber selbst für diese Zeitspanne haben sich die Tatsachen in allen Wirtschaftszweigen in solcher Menge angesammelt, daß bereits vorläufige Bilanzen gezogen werden können.

Ehe ich zu diesen Bilanzen übergehe, halte ich es für notwendig, einige Bemerkungen über jenen Typus unserer Wirtschaft zu machen, von dem man nicht gerade sagen kann, daß er während des Bürgerkrieges entstanden ist, sondern der einfach während desselben deutliche Umrisse angenommen hat, sowie auch über jenen Typus, der gegenwärtig entsteht. Man kann nicht gerade sagen, daß es leicht wäre, eine solche Charakteristik, besonders für die Periode der neuen ökonomischen Politik, zu geben. Wenn unsere neue politische Struktur mit voller Bestimmtheit als Diktatur des Proletariats in einem bäuerlichen Lande charakterisiert werden kann — und diese Charakteristik bleibt im großen und ganzen auch für die Periode des Bürgerkrieges und für die Nachkriegsperiode richtig —, so gibt es für die Charakteristik der ökonomischen Struktur für die vorhergehende und für die jetzige Periode in der sozialistischen und überhaupt in der ökonomischen Literatur keinen fertigen Terminus. Wir stehen hier vor solchen Neubildungen, die es nicht nur in der Geschichte nicht real gegeben

hat, sondern die auch in ihren konkreten Umrissen noch nicht theoretisch vorweggenommen sind. Wenn in bezug auf die wirtschaftlichen Umrisse der Kriegsperiode diese Aufgabe leichter ist, weil es sich hauptsächlich um die Vergangenheit handelt, so ist dies in bezug auf die neue Periode, in der alles sich erst formt, alles umgebaut wird, alles sich im Werden befindet, die wirtschaftlichen Gewebe noch weich wie Wachs sind, eine außerordentlich schwere Aufgabe.

Die Hauptzüge des wirtschaftlichen Organismus Sowjetrußlands in der Kriegsperiode lassen sich auf folgendes reduzieren. Die ganze Groß- und Mittelindustrie, alle nicht aufgeteilten großen und mittleren Güter befinden sich in den Händen des Arbeiterstaates. Der ganze kapitalistische Ueberbau über die kleinbürgerliche Basis des Landes ist zu einem sozialistischen Ueberbau geworden, vorausgesetzt, daß man unter Sozialisierung nur die Vergesellschaftung der Produktionsmittel versteht. Wenn man unter sozialistischer Produktion die Kollektivproduktion nicht zu Profitzwecken, sondern für die planmäßige Verteilung durch den Arbeiterstaat versteht, so haben wir sowohl eine sozialistische Produktion als auch eine sozialistische Verteilung in äußerst primitiven, groben Formen innerhalb eines sozialistischen Kreises gehabt. Aber das ist noch nicht alles. Der charakteristischste Zug unserer Wirtschaft in der Kriegsperiode war der Versuch des Proletariats, auch der Kleinbauernschaft seine Verteilungsmethoden zu diktieren. Diesen Weg betrat die Sowjetmacht mit Notwendigkeit. Bei dem ungeheuren Bedarf von Stadt und Armee an Produkten der Landwirtschaft, bei der Unmöglichkeit, diese auf dem Wege des Handels zwischen Stadt und Dorf zu erhalten, infolge der unvermeidlichen Passivität der Handelsbilanz der Stadt im Vergleich zum Dorf, infolge der Zerrüttung der Industrie und bei der Unmöglichkeit, die nötigen Ressourcen mittels der sinken-

den Valuta zu beschaffen, mußte der proletarische Staat die zwangsweise Herausholung der Ueberschüsse der landwirtschaftlichen Produktion aus dem Dorfe einführen, wobei für die Erzielung von Vorräten oftmals nicht nur die Ueberschüsse verwendet werden mußten, sondern auch Abzüge an dem Fonds des unmittelbaren bäuerlichen Konsums gemacht werden mußten. Das Umlageverfahren war keine sozialistische Methode der Brotverteilung im Lande im eigentlichen Sinne des Wortes, aber es hätte sich zu einer sozialistischen Verteilung unter dem Proletariat und der Bauernschaft entwickeln können, wenn die Stadt die materiellen Voraussetzungen hierfür gehabt hätte, d. h. wenn die Stadt für das Bauernbrot eine Äquivalenzmenge an Produkten der Industrie in aller kürzester Zeit hätte liefern können.

Das konnte nicht stattfinden. Andererseits hätte sich die Verteilung der Produkte der Stadt im Dorfe an den kleinbürgerlichen Wirtschaftstypus anpassen müssen, d. h. jeder Landwirt hätte durch Kooperation umso mehr erhalten müssen, je mehr Getreide er abgeliefert hat. Das war auch nicht der Fall. Es fand aber eine Umlage statt ohne äquivalenten Warentransport aus der Stadt ins Dorf, wobei jene wenigen Waren, die dorthin transportiert wurden, ausgleichend verteilt wurden. Das Umlageverfahren blieb in seinem Anfangsstadium eine in bezug auf die Entwicklung der kleinbürgerlichen Wirtschaft außerordentlich harte und schädliche Naturalsteuer. Es konnte sich nicht zu einer sozialistischen Verteilung entwickeln — infolge unserer Armut, der Zerrüttung der Industrie, der Verzögerung der proletarischen Weltrevolution. Die letztere hätte, wenn sie unserem Proletariat in den Jahren 1918, 1919 und 1920 zu Hilfe gekommen wäre, die Situation von Grund auf verändern können und hätte uns gestattet, auf der eingenommenen Position der Zwangsverteilung der landwirtschaft-

lichen Produkte festen Fuß zu fassen, indem sie die materielle Möglichkeit gegeben hätte, diese Zwangsverteilung für die Bauernschaft in Form der Kooperativverteilung zu einer freiwilligen und annehmbaren zu machen.

Wir mußten diese Position aufgeben und uns auf die Marktverteilung zurückziehen, die vorläufig durch die in ihren Ausmaßen gemäßigte Produktensteuer und Planwirtschaft in der Sphäre der staatlichen Industrie abgeschwächt wird. Gerade in diesem Punkte liegt der radikale Unterschied der alten ökonomischen Politik von der neuen, gerade mit dieser Schwenkung ist die organisatorische Umgestaltung auch der ganzen sozialistischen Industrie verbunden.

Der Unterschied besteht nicht darin, daß wir von den nationalisierten Unternehmen einen großen Teil der mittleren Unternehmen an private Unternehmer oder Artels verpachtet haben, sondern darin, daß der proletarische Staat gezwungen ist, zu der Bauernschaft in ein Verhältnis von Kauf und Verkauf auf dem Markte einzutreten und durch Verkauf eines Teiles seiner Produktion den ihm fehlenden Teil der landwirtschaftlichen Produkte zu kaufen. Früher versuchten wir, auf der Grundlage der sozialistischen Groß- und Mittelproduktion, die Kleinwirtschaft der sozialistischen Verteilung unterzuordnen. Heute sind wir umgekehrt gezwungen, die sozialistische Produktion den Forderungen der kleinbürgerlichen Waren-Geld-Verteilung gemäß umzugestalten. Von der Offensive gegen die Kleinproduktion sind wir zur Defensive und zur Vorbereitung einer neuen Offensive auf einer anderen Grundlage übergegangen, auf der Grundlage der Marktverteilung (neben der Produktensteuer), des Marktkampfes der staatlichen Großproduktion gegen die Kleinproduktion.

Selbstverständlich kann unsere Großindustrie im Kampfe auf einer solchen Arena und mit solchen Waffen nur dann Erfolg haben, wenn sie sich umgestaltet,

wenn sie die nötige Beweglichkeit erwirbt, wenn die Formen ihrer Wechselbeziehungen zum Staate in wesentlicher Weise verändert werden.

Die Entwicklung der Produktivkräfte einer Industrie, die auf der sozialistischen Verteilung oder einer solchen vom sozialistischen Typus und der Entwicklung der Produktivkräfte der Industrie basiert, die sich ganz oder teilweise auf den Markt stützt, fordert ganz andere Organisationsformen. Unsere Volkswirtschaftler brauchen diese Formen nicht erst zu erfinden, sie nahmen die höchste Form der Organisation der Industrie auf der Grundlage des Marktes, die der Kapitalismus erreicht hat, nämlich das System der Trustorganisation.

Wenn man die einzelnen Unternehmen, die sich in den Händen der lokalen Organe der Sowjetmacht befinden, oder die Unternehmen des Obersten Volkswirtschaftsrats, die sich trustieren lassen, nicht mitrechnet, wenn man die Hauptmasse der staatlichen Unternehmen betrachtet, so sieht man, daß sie sich heute zu einem System staatlicher sozialistischer Trusts organisiert haben. Unsere staatliche Industrie schließt in sich gleichzeitig die Elemente des sozialistischen und die Elemente des kapitalistischen Wirtschaftstypus ein. Die Grundelemente des Sozialismus sind: die Vergesellschaftung der Produktions- und Transportmittel in den Händen des Arbeiterstaates, der staatliche Wirtschaftsplan, dank dem durch Entfaltung der einzelnen Produktionszweige die Produktivität gesteigert wird, die staatliche Versorgung der Arbeiter und Angestellten mit Gebrauchsprodukten nach einem bestimmten Plane, der mit dem Produktionsplan in Uebereinstimmung gebracht ist (im Jahre 1921-22 wurden annähernd 4 Millionen Personen staatlich versorgt), die Versorgung der Industrie mit Produktionsmitteln, Heizmitteln und einem großen Teil der Rohstoffe aus den Ressourcen des sozialistischen Staates durch innere Umverteilung und Normierung der Arbeitslöhne unter Mitwirkung der Ge-

werkschaften auf Grund eines Fonds aus Budgetmitteln in Höhe von 50—60 Prozent der Produkte und Gesamtausgaben des Budgets. Die kapitalistischen Elemente sind folgende: 1. Volle Arbeit der einen staatlichen Unternehmen und teilweise Arbeit der anderen für den freien Markt und die Notwendigkeit für alle Unternehmen ohne Ausnahmen, für Einkäufe den freien Markt zu benutzen, selbst wenn für einige Gruppen diese Benutzung ganz kleinen und zufälligen Charakter trägt; 2. die jetzt eingeführten Verrechnungen zwischen den staatlichen Unternehmen und dem Staate selbst und seinen Unternehmen in Geldform, wobei aller Grund vorliegt anzunehmen, daß diese Verrechnungsform trotz des Schwankens unserer Valuta zu der herrschenden werden wird; 3. die ersten und vollständig erfolgreichen Versuche des staatlichen Engroshandels und der Ausnutzung der Kooperation zum Zwecke der Marktverteilung neben den alten Formen der Naturalversorgung der Arbeiter und Angestellten; 4. der Uebergang des Staates von der Rolle eines Organisators der Produktion zur Rolle eines Verpächters des vorläufig für die Exploitation ungeeigneten Teiles der mittleren Unternehmen, die in der Mehrzahl der Fälle die Pacht in Form von 8—10 Prozent der Gesamtproduktion in Abzug bringen. Die anderen, weniger wichtigen Züge sowohl des sozialistischen als auch des kapitalistischen Typus in der staatlichen Industrie behandle ich hier aus Mangel an Platz nicht.

Auf Grund des Gesagten kann man versuchen, eine Charakteristik jenes Wirtschaftstypus zu geben, der jetzt in unserer Industrie entsteht und für den die marxistische Literatur keine fertigen Bezeichnungen hat. Im ganzen Wirtschaftsleben Rußlands existieren und bestehen nebeneinander fast alle Wirtschaftsformen, die überhaupt denkbar sind, und in dieser Hinsicht stellt Rußland ein Museum anschaulicher Lehrmittel aus der Geschichte des ökonomischen Lebens dar.

Wir haben: 1. Den Typus der patriarchal-naturalen Wirtschaft, bei den Nomaden und teilweise im Norden; 2. die kleinbürgerliche Geld-Waren-Wirtschaft; 3. den Handels- und Produktionskapitalismus in Form privater Unternehmen mit Lohnarbeit, in der Stadt und hier und da in den Randgebieten im Dorfe; 4. den staatlichen und kooperativen Kapitalismus, wobei der staatliche Kapitalismus, wenn man hierunter ein Verwachsen des proletarischen Staates mit einem Teil der kapitalistischen Unternehmen mehr in Projekten als in der Wirklichkeit versteht; 5. den Sozialismus, wenn man als sozialistische Wirtschaft die Trusts des Arbeiterstaates betrachtet, die innerhalb der Grenzen des Staatsplanes und teilweise innerhalb der Grenzen der Marktverteilung arbeiten. Wenn wir nur die staatliche Wirtschaft charakterisieren wollen, so kann man es mit gleichem Rechte auch als waren-sozialistische Wirtschaft oder als sozialistische Warenwirtschaft bezeichnen. Wenn wir Kommunisten vereinbart haben, als Sozialismus das Uebergangsstadium vom Kapitalismus zum Kommunismus zu bezeichnen, insofern als unter dem Sozialismus noch Klassen erhalten bleiben (obgleich nur die zwei Klassen der Arbeiter und der selbständigen Kleinproduzenten), der Staat erhalten bleibt und das Verteilungssystem dem Prinzip entspricht: einem jeden nach seinen Bedürfnissen, einem jeden nach seinen Fähigkeiten, so kann man auf jeden Fall den Typus der heutigen Staatswirtschaft in Sowjetrußland als Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus bezeichnen. Bestenfalls ist dies eine der primitivsten und zurückgebliebensten Formen der sozialistischen Wirtschaft, die genötigt ist, ihren Produktionsplan teilweise, und vielleicht größtenteils durch Ausnutzung des freien Marktes zu verwirklichen, die genötigt ist, den Verteilungsprozeß sogar innerhalb des sozialistischen Kreises in Papiergeldform zu

hüllen, die sich den Kleinproduzenten durch den Markt unterordnen muß und den Mehrwert aus der Kleinproduktion nur teilweise in Naturalform, größtenteils aber in Form des Handelsprofits beim Verkaufe ihrer Produktion, in Form von Geldsteuern und in Form einer barbarischen Steuer durch Emission von Papiergeld erhält.

Aber bei aller Zurückgebliebenheit unseres Typus der sozialistischen Industrie, bei der nur der Kopf in der reinen und klaren Atmosphäre sozialistischer Registrierung und planmäßiger Leitung atmet, während die Füße und der Rumpf in den Sumpf des freien Marktes versenkt sind, hat diese Industrie einen großen Vorzug vor der Industrie der Kriegsperiode. Dieser Vorzug besteht in folgendem:

In der Periode des sogenannten Kriegskommunismus sind wir ziemlich weit auf dem Gebiete der sozialistischen Produktions- und Verteilungsform vorgeschritten, auf dem Gebiete der Entwicklung der Produktivkräfte der Wirtschaft dagegen stand es bei uns ganz faul. Die Zentralisation der Verwaltung der Staatswirtschaft diente nicht so sehr Produktionszwecken, als daß sie ein Produkt unserer Armut war und der Registrierung und (vor allem für die Front) dem ökonomischeren Verbrauch aller bei uns vorhandenen Ressourcen des Landes diente. Aber eine so schnelle Entwicklung gab es nicht und konnte es nicht geben. Es konnte sie nicht nur deshalb nicht geben, weil der Krieg die Hauptkräfte und Mittel für sich in Anspruch nahm, weil die Produktion keine Zirkulationsmittel hatte, sondern auch deshalb, weil es uns bei dem niedrigen Kulturniveau des Proletariats nicht gelang, jene Anreize zur Hebung der Produktivität der Arbeit und zur Oekonomie mit den Ressourcen zu finden, die der sozialistischen Wirtschaftsstruktur eigen gewesen wären. Es klingt paradox, aber es ist Tatsache, daß die Produktivkräfte der Industrie sich unter anderem

auch deshalb nicht entwickeln konnten, weil die Organisationsform der Industrie trotz der unnützen bürokratischen Ausartungen einen allzu sozialistischen Charakter trug.

Die heutige Organisationsform der Industrie dagegen ist ihrem Typus nach eine niedrigere als die in der Kriegsperiode, sie ist aber dafür mehr der Entwicklung der Produktivkräfte und den Verhältnissen des kleinbürgerlichen Bauernmarktes angepaßt. Nicht nur die Industrie selbst bewegt sich leichter und die einzelnen Unternehmen helfen sich leichter bei Mangel an Ressourcen, als dies beim einheitlichen Staatsplan für ihre Versorgung, *der niemals ganz durchgeführt wurde*, der Fall war, sondern auch die Bauernwirtschaft wird durch diese Bewegung der Industrie vorwärts gebracht, insofern als die Vergrößerung des Quantums der auf den Bauernmarkt hinausgeschleuderten Produkte die Tendenz der Bauernschaft zur Vergrößerung der Saatlfläche und zur Vergrößerung des Quantums der Getreideüberschüsse steigert, die sie verkaufen können. Alle diese Anreize sind durchaus nicht sozialistischer Art, aber sie sind die einzig möglichen für die Hebung der Wirtschaft im gegebenen Entwicklungsstadium.

Endlich seien meine Schlußfolgerungen durch statistische Angaben allgemeinen Charakters erhärtet:

Das zentrale Wirtschaftszentrum für die Schwerindustrie und für den Transport auf allen südlichen Eisenbahnen ist das Donezbassin. Die monatliche Förderung des Donezbassins für die zweite Hälfte 1921 ist folgende: Juli 9,1 Mill. Pud, August 11,3, September 18,5, Oktober 34,3, November 43, Dezember 53 Millionen. Wenn man die Förderung der kleinen Gruben hinzuzählt, so sind es im November 52 Mill., im Dezember 63, für das erste Drittel 1921 beträgt die Förderung 116 Mill. Pud, für das zweite 63, für das dritte (einschließ-

lich die kleinen Gruben) — 180 Millionen. Die Produktivität der Stollenarbeiter erreicht das Niveau der Friedenszeit und übersteigt in einigen Gruben das Niveau der Vorkriegszeit. 1919 betrug die Produktivität der Stollenarbeiter 3358 Pud monatlich, November 1921 3400. Die Kohlenförderung steigt fast in allen übrigen Kohlenrayons. In Sibirien ist die Förderung von 4 Mill. monatlich auf über 7 Mill. gestiegen. In dem Podmoskowny-Rayon ist im Juli die Förderung bis auf 5,6 Millionen gestiegen, d. h. es ist eine Rekordziffer für die ganze Zeit des Bestehens des Bassins erreicht. Die Förderung über das programmäßig verlangte Quantum hinaus steigt auch in den größten Gruben des Urals, den Kiselowski-Gruben. Die Torfgewinnung betrug für 1920 92 Millionen, für 1921 26 Mill. Pud. Es steigt ebenfalls, wenn auch langsam, die Gewinnung von Gußeisen und Stahl, deren Produktion von allen Hauptzweigen der Industrie im Vergleich zur Produktion der Vorkriegszeit am katastrophalsten gesunken war.

Das Jahresprogramm der Metallproduktion ist auf 20 Millionen Pud festgesetzt, d. h. es ist zweieinhalbmal größer als die tatsächliche Gewinnung des vorhergehenden Jahres.

Die Naphthagewinnung in Baku, die im September bis auf 11,6 Millionen gesunken war, steigt seitdem immer mehr. Der Oktober ergab 12,6, der November 13,5, der Dezember endlich 15,2 Millionen Pud. Eine bedeutende Steigerung der Produktion haben wir in allen anderen Hauptindustriezweigen: in denen der mechanischen, der Manufakturindustrie, der Lederindustrie, der chemischen Industrie, der Salzindustrie. Die Zeitungen sind täglich voller Mitteilungen dieser oder jener Fabriken, die das Produktionsprogramm mit Ueberschuß durchgeführt haben, wobei die Steigerung zuweilen 200 Proz. erreicht; neben dem erreichten Niveau der Produktivität der Vorkriegszeit kommen jetzt sogar zu-

weilen Mitteilungen von der Uebersteigung des Niveaus der Vorkriegsproduktion vor.

Im Vergleich zu den Sommermonaten sehen wir einen schroffen Aufstieg der Produktivität auf der ganzen Linie unserer Industrie. Zwar hat es einen Aufschwung auch im zweiten Halbjahr 1920 gegeben, nachdem die Einsammlung der Ernte begonnen hatte und die Lebensmittel in den Fabriken einzutreffen begannen. Aber der Aufschwung des Jahres 1920 war viel weniger bedeutend, brach dann plötzlich ab und wurde im Frühjahr und Sommer durch eine Krisis infolge des Mangels an Lebensmitteln und des Mangels an Heizmitteln abgelöst. Der Aufschwung, der sich im Herbst und Winter 1921 bemerkbar machte, ist aus folgenden Gründen, von denen einige mit den Verhältnissen der neuen ökonomischen Politik im Zusammenhang stehen, ein viel sicherer: 1. Friedensverhältnisse, 2. Entfaltung nur jener Unternehmen, die für das ganze Jahr mit Heiz- und Nahrungsmitteln versorgt sind oder sich selbst versorgen können, 3. Verbesserung auf dem Gebiete der Heizmittelindustrie, 4. Möglichkeit bei Mangel staatlicher Versorgung oder Unterbrechung derselben, sich mit dem anderen Fuß auf den freien Markt zu stützen, 5. Bezahlung der Leistung des Arbeiters in Abhängigkeit von den Ausmaßen der Produktivität, sowie Uebergang aller Unternehmen zur wirtschaftlichen Verrechnung bei allen Operationen, was ja unseren Unternehmen in der Kriegsperiode so sehr gefehlt hatte.

Selbst wenn infolge der Transportschwierigkeiten bei der Getreidezustellung aus Sibirien aus einer Entfernung von 2000 Werst Unterbrechungen in der Versorgung eingetreten sind, und infolgedessen die Produktionskurve ein Fallen verzeichnet, so wird doch unter allen Umständen dieses Fallen ein geringeres sein als 1921, ebenso wie der Aufschwung Ende 1921 ein viel größerer war als in der zweiten Hälfte 1920.

Wie aus dem Gesagten zu ersehen ist, hängt die Entfaltung der Großindustrie gänzlich von den Nahrungsmittelressourcen ab. Die geringe Größe der Ueberschüsse der bäuerlichen Wirtschaft bildet jene Grenze, durch die die mögliche Erweiterung der Industrie beschränkt wird. Infolge der Verringerung der Saatfläche, der Verringerung der Viehmenge und der Verschlechterung des Inventars ergibt die Landwirtschaft Rußlands heute nur die Hälfte der Vorkriegsproduktion. Das Land, das früher die ganze Bevölkerung seiner Städte voll versorgte und bis zu 5 Millionen Pud Getreide exportierte, ist jetzt außerstande, seinen inneren Bedarf zu decken. Hieraus ist klar zu ersehen, daß das Schicksal der Sowjetgroßindustrie viel enger mit dem Schicksal der bäuerlichen Wirtschaft verknüpft ist, als man zuweilen meint.

Sehen wir zu, welche Tendenzen sich in der Bauernwirtschaft unter der neuen ökonomischen Politik bemerkbar machen. Seit Beginn des Krieges ließ sich in der Landwirtschaft eine ständige Verringerung der Saatfläche von Jahr zu Jahr beobachten. Während der Revolution und des Bürgerkrieges dauert dieser Prozeß ununterbrochen fort. Dagegen macht sich 1921 in bezug auf die Wintersaat ein Umschwung bemerkbar: nicht volle Aussaat im Vergleich zum vorhergehenden Jahre fand in den Hungergouvernements statt, in denen nur 75 Prozent der Fläche des vorigen Jahres bestellt sind.

In den Mißernte - Gouvernements sind bereits 102 Prozent bestellt, in den produzierenden 123 Prozent, in den konsumierenden 126 Prozent. Wenn wir nicht das Elementarunglück im Wolgagebiet hätten, so könnten wir von einem Aufstieg der Bauernwirtschaft auf der ganzen Linie sprechen. Auf jeden Fall ist ein Umschwung eingetreten, und das Sinken der Saatfläche ist in der Mehrzahl der Rayons durch den entgegengesetzten Prozeß abgelöst worden.

Das Handwerk und die bauerngewerbliche Industrie, deren Jahresproduktion vor dem Kriege ungefähr auf 900 Mill. Goldrubel geschätzt wurde, haben viel weniger unter dem Kriege und der Revolution gelitten als die Großindustrie, und die Freiheit des Handels hat im Gegenteil einen starken Einfluß auf die Steigerung der Produktion des Handwerks und der bauerngewerblichen Industrie ausgeübt. Eine allgemeine Statistik für eine so kurze Zeit, wie es zehn Monate sind, haben wir nicht, aber einige Untersuchungen für einzelne Gouvernements (z. B. das Gouvernement Kiew) konstatieren ganz deutlich eine Vergrößerung der Zahl der Unternehmen, sowohl der Individualunternehmen als auch der Artelunternehmen.

Bis zu dem Uebergang zur neuen ökonomischen Politik lag die Mehrzahl der mittleren Unternehmen wegen Mangels an Rohstoffen, Heizmitteln und Zirkulationsmitteln still. Im Laufe des letzten Halbjahres ist ein Teil der stillliegenden Unternehmen durch die lokalen Wirtschaftsorgane der Sowjets in Gang gesetzt worden, während ein großer Teil an private Personen, an Kooperative und Artels von Arbeitern verpachtet wurden.

Es sind im ganzen etwa 3000 Unternehmen verpachtet worden. Das Resultat ist auch auf diesem Gebiet eine Steigerung der Produktion und eine Vergrößerung des Warenfonds im Lande.

Es zeigt sich also in der ganzen Volkswirtschaft Rußlands, sowohl im großen als im kleinen, sowohl in der Stadt als auch im Dorfe ganz deutlich die Tendenz zur Entwicklung der Produktivkräfte nach ihrem fortwährenden Sinken im Laufe der letzten sieben Jahre. Die ungeheure prinzipielle Bedeutung dieser Tatsache für die Bewertung der allgemeinen Lage Sowjetrußlands wird wohl kaum noch extra betont werden müssen.

Was den Handel anbelangt, so ist er in der neuen Periode für den Arbeiterstaat

von ungeheurer Bedeutung, insofern als heute hauptsächlich gerade durch den Handel der ökonomische Zusammenhang zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft hergestellt wird, und insofern als die staatliche Industrie im besonderen gerade auf dem Wege des Handels jenen Teil der Nahrungsmittelressourcen erhält, die sie außer den Ergebnissen der Produktensteuer unbedingt braucht (das ist mehr als die Hälfte). Gegenwärtig geht der größere Teil der Produkte, die auf dem anarchischen Marktwege zur Verteilung kommen, durch den Privathandel, ein geringerer Teil durch den Kooperativhandel hindurch, und ein noch geringerer Teil passiert die staatlichen Organe des Engros-Innenhandels (der Außenhandel ist fast ganz in Händen des Staates), denn die großen staatlichen Engrosmagazine und Niederlagen beginnt man erst zu organisieren. Die Aufgabe des Staates auf diesem Gebiete besteht darin, mit Hilfe des staatlichen Kredits, der Kooperation und des staatlichen Engros-handels, sowie auch der gemischten staatlichen Gesellschaften, sich des Handelsapparates zu bemächtigen und das private Handelskapital in einen Hilfsapparat des Großproduzenten Staat bei seinen Warentauschbeziehungen zur bäuerlichen Wirtschaft zu verwandeln.

Dies ist die niederste Form der sozialistischen Industrie in dem zurückgebliebenen, ungeheuer großen Lande. Unsere ganze Zukunft liegt in der Entwicklung der Großindustrie und in der Elektrifizierung, die die technische Grundlage nicht nur der Industrie, sondern allmählich auch der Landwirtschaft verändern muß. Beim Bestehen des Kapitalismus in den fortschrittlichsten Industrieländern der Welt wird dieser Prozeß reichlich schwer und langsam sein. Eine proletarische Revolution im Westen könnte im bedeutenden Grade diesen Prozeß beschleunigen, Jahrzehnte durch Jahre ersetzen.

E. Preobraschensky.

Der „Neue Kurs“ in Sowjetrußland.

Unter diesem Titel veröffentlicht Otto Bauer in einer kürzlich erschienenen Broschüre seine Ansichten über den neuen ökonomischen Kurs. Seiner Ansicht nach handelte es sich in Sowjetrußland vom ersten Tage an um eine bürgerliche Revolution. Entsprechend den Entwicklungsgesetzen der bürgerlichen Revolutionen mußte auch die russische Revolution weit über ihre bürgerlichen Ziele hinaus geführt werden, um die ertreifenden Siegesfrüchte — in diesem Falle die Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus — einbringen zu können. Der neue Kurs in Sowjetrußland bedeute die Zurückführung der Revolution auf ihre durch die ökonomischen Verhältnisse gegebenen Ziele, bedeute demnach den Abbau der sozialistischen Einrichtungen und den Aufbau des Kapitalismus. Damit wird aber die ökonomische Basis umgeändert, und nun muß die Umwälzung des ganzen politischen und juristischen Ueberbaues folgen. Die Bolschewiki stehen seiner Meinung nach jetzt vor zwei Möglichkeiten: entweder widersetzen sie sich dem friedlichen Abbau des Sowjetssystems — und dann werden die hungernden verzweifelten Volksmassen die Diktatur stürzen, und als Erbe wird die blutige Konterrevolution hervorgehen, oder aber sie liquidieren die Diktatur, gehen zu einer bürgerlichen Demokratie über und können dadurch wesentliche Elemente der Sowjetverfassung in die entstehende Demokratie hinüberretten. Es ist überflüssig, zu erwähnen, daß Otto Bauer und seine Sozialdemokraten mit aller Wärme für die letztere Möglichkeit eintreten und mit aller Energie und allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln denjenigen Elementen Unterstützung gewähren, die die Sowjetregierung zu dieser freiwilligen Liquidation drängen. Mit dieser Tat glaubt Otto Bauer seine Pflicht auch dem internationalen Proletariat gegenüber erfüllt zu haben, das sich durch die kommunistische Ideologie der russischen Revolution irreführen ließ und sich durch diesen Irrtum gespalten hat. Nachdem hinter dem Schein der kommunistischen Ideologie die Realität der bürgerlichen Revolution aufgedeckt wurde, kann das Proletariat vieler Länder aus den gefährlichen kommunistischen Irrwegen gerettet werden.

Das Charakteristikum mancher Werke ist eben das, was sie nicht enthalten. Das Görlitzer Programm der Sozialdemokraten enthält nicht das Wort „Klassenkampf“, und diese Broschüre enthält nicht Ausdrücke wie Weltkrieg, Weltrevolution, Krise des Kapitalismus. Wie die Sozialdemokratie den Klassenkampf, so möchte Otto Bauer die Weltkrise des Kapitalismus und die revolutionären Bewegungen des Weltproletariats bei seinen Be-

trachtungen außer Acht lassen. Das würde aber bedeuten, die ganze Frage aus falschem Gesichtswinkel sehen. Die Führer der russischen Proletarierrevolution betonten von Anfang an, daß die Sowjetrepublik nur das erste Glied in der Epoche der sozialen Revolutionen, die den Weltkrieg ablösen, darstellt. Die Bourgeoisie hat vom ersten Moment an den wirklichen Charakter der bolschewistischen Revolution erkannt und bekämpfte sie dementsprechend. Otto Bauer versucht, die Bolschewiki als die russischen Erben der für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit kämpfenden Jakobiner hinzustellen. Die Ähnlichkeit ist insofern vorhanden, als die Jakobiner ebenfalls von allen Seiten angegriffen wurden. Das bürgerliche England griff sie an, nicht weil sie für die Freiheit waren, sondern weil sie die zukünftigen Konkurrenten des englischen Kapitalismus waren. Die feudalen Länder bekämpften sie, weil der Sieg der Jakobiner die Verstärkung der Bourgeoisie und die Schwächung des herrschenden Feudalismus in jedem Lande bedeutete. Wären die Bolschewiki bloß der eiserne Besen, der in Rußland die Ueberreste des Feudalismus wegfegte, um freien Weg für den Kapitalismus zu bahnen, — welches Interesse hätten die kapitalistischen Staaten an ihrer rücksichtslosen Bekämpfung? Eben der unerbittliche Kampf, den die Bourgeoisie aller Länder gegen das kommunistische Rußland führt, zeigt am besten, daß sie im Sowjetstaat nicht den Vernichter der feudalen Ueberreste, sondern den Entfacher der proletarischen Revolution fürchtet. Der Eindruck der Siege und Niederlagen der russischen Revolution auf die Arbeiterbewegung der ganzen Welt zeigt auch mit einer Deutlichkeit, die nur Otto Bauer nicht sehen will, den proletarischen Charakter dieser Revolution. Otto Bauer selbst fühlt diese schwache Seite seiner Argumentation und sucht nun in Rußland die Träger der Bourgeois-Revolution. Er findet sie auch in der „Sowjet-Bourgeoisie“. Wie die neue Bourgeoisie der französischen Revolution, so kämpfen nach Otto Bauer die guten Sowjetspekulanten ebenso energisch gegen die Konterrevolution wie ihre französischen Vorfahren. Die Kenner der russischen Revolution wissen, daß mit der Zeit Tausende und aber Tausende ehrlicher Bürger sich freiwillig in die Rote Armee oder zur Arbeit meldeten, da sie einsahen, daß die Kommunisten der Weltbourgeoisie gegenüber die Interessen des ganzen russischen arbeitenden Volkes vertreten. (Dies war sicher eine Art „Burgfrieden“. Der Unterschied zwischen ihm und dem Burgfrieden der Renner und Scheidemänner besteht aber darin, daß dieser die Proletarier in die Dienste des

Kapitalismus stellte, der Burgfrieden der Bolschewiki aber einen Teil der Bourgeoisie für den Kampf gegen das Weltkapital gewann.) Diese Bürger, obwohl keine Kommunisten, fochten gut und gaben oft ihr Leben für die proletarische Revolution. Daß aber unter ihnen Angehörige der Sowjetspekulanten-Gilde sehr zahlreich vertreten waren, wird selbst Otto Bauer nicht zu behaupten wagen. Die „Sowjetbourgeoisie“ ist der russische Teil der Weltbourgeoisie, und sie wird zusammen mit der Weltbourgeoisie jedes Gewaltmittel anwenden, um die Sowjetrepublik zu stürzen, ebenso wie die Bourgeoismächte den bewaffneten Angriff solange nicht aufgaben, bis der Widerstand des russischen Proletariats, die Krise der kapitalistischen Produktionsweise und das Anwachsen der revolutionären Arbeiterbewegung sie zur Anwendung friedlicherer Kampfmethoden zwang.

Den größten Beweis für den bürgerlichen Charakter der russischen Revolution erblickt Otto Bauer darin, daß der neue ökonomische Kurs unter verschiedenen Formen die Sozialisierung abbaut und dementsprechend auch einen Teil der sich auf die Sozialisierung beziehenden Gesetze beseitigt.

Nachdem es der Bourgeoisie gelungen ist, den ersten revolutionären Ansturm des Proletariats in Westeuropa blutig niederzuwerfen, und dadurch das sofortige Uebergreifen der sozialen Revolution auf die westlichen Industriestaaten zu verhindern, mußte es das russische Proletariat so einrichten, daß seine Errungenschaften in der Zeit zwischen der vergangenen und kommenden revolutionären Welle nicht unter dem Drucke der erstarkten Bourgeoisie vernichtet werden. Nach der Periode der großen Kämpfe entstand eine Feuerpause und die Parole mußte lauten: Durchhalten bis zur nächsten oder übernächsten, am Ende siegreichen Welle der Revolution. Wenn das russische Proletariat seine ganze, auf die rasch herannahende Weltrevolution berechnete Front auch dann beibehielt, nachdem diese nicht eingetroffen ist, würde es sich der sicheren Niederlage aussetzen. Um aushalten zu können, muß es einen beträchtlichen Teil seiner Front verkürzen und ein beträchtliches, seinerzeit mit großen Opfern erkaufte Gelände dem Feinde, der Bourgeoisie, überlassen. Wie die Bolschewiki 1918 im Frieden von Brest-Litowsk einen großen Teil des Landes der kapitalistischen Ausbeutung und sogar dem weißen Terror überließen, um den anderen Teil sicherer retten zu können, so überlassen sie jetzt einen Teil der sozialisierten Produktionsmittel der Bourgeoisie. Wie damals, so auch jetzt, denken sie: Möge die Bourgeoisie noch so große Profite herauschlagen und sich an uns bereichern. Wir zahlen für diesen Shylock-Preis und erkaufen damit

die Möglichkeit, in einer kapitalistischen Welt die Staatsmacht in proletarischen Händen zu behalten. Es ist möglich, daß wir gezwungen sein werden, noch weitere Opfer zu bringen und weitere Konzessionen zu machen: am Ende wird aber die Bourgeoisie uns alles zurückgeben müssen, wie die deutschen Imperialisten uns die Ukraine zurückgeben mußten.

Wir geben uns keinen Illusionen hin und sind mit den Gefahren dieses ökonomischen-Rückzuges vertraut. Wir wissen ganz gut, daß jede „desozialisierte“ oder von Konzessionären in Betrieb gesetzte Fabrik eine Verstärkung des inneren Feindes, der Bourgeoisie, bedeutet. Wir wissen aber gleichzeitig, daß das Plus an Warenmengen, das der Fabrikpächter, der „Arendator“, aus der Fabrik herausschlägt, zur Erleichterung der ökonomischen Lage dienen wird. Und die Arbeiter, die der Konzessionär mit Mühe und Not aus den Dörfern zurückruft oder von den Märkten, wo sie jetzt spekulieren, zu der Maschine lockt, werden nicht nur eine Profitquelle für den Kapitalisten, sondern auch eine Kraftquelle für die durch Bürgerkriege, Ueberarbeit und Unterernährung dezimierte russische Arbeiterschaft bedeuten.

Wo die Bourgeoisie während des Weltkrieges gezwungen war, sämtliche Produktivkräfte auf ein Ziel, auf die Gewinnung des Krieges, einzustellen, schreckte sie keine Minute davor zurück, einen ökonomischen Rückzug anzutreten. Ihr Rückzug lief nicht in der Richtung der feudalen, sondern der sozialistischen Produktion. Um der Vernichtung oder der Ausbeutung durch die feindlichen Kapitalistengruppen zu entgehen, war das Kapital in fast allen kriegführenden Ländern gezwungen, sich sozusagen aufzuheben und eine Zeitlang, wenigstens während der Dauer der größten Gefahr, eine Art Staatssozialismus einzuführen. Unter dem Drucke der Blockade und anderer kriegerischer Maßnahmen wurden die lebenswichtigsten ökonomischen Gesetze des Kapitalismus für die Kriegsdauer und notgedrungen auch für die Nachkriegszeit aufgehoben. Es entstand in den kriegführenden Ländern eine Art Staatssozialismus. Die Anarchie der kapitalistischen Produktion und der Güterverteilung wurde aufgehoben. Statt dessen kam eine streng zentralisierte Produktion und planmäßige Verteilung der produzierten Güter. Die Gesetzgebung mußte ebenso wie jetzt im „neuen Kurs“ mit diesen Tatsachen rechnen und hielt Schritt mit ihnen, dem Gesetze folgend, wonach mit der Veränderung der ökonomischen Basis sich auch der politische und ideologische Aufbau verändern muß. Als Otto Bauer aus Rußland zurückkam (Ende 1917), war dieser Staatssozialismus in seiner schönsten Blüte. Wäre er ein revolutionärer Marxist gewesen, so

hätte er wenigstens mit demselben Eifer, wie er es jetzt im Falle Sowjetrußlands tut, den Proletariern der kriegführenden Länder klar gemacht, daß auf Grund der neuen Produktionsweise die Bourgeoisie **gezwungen** sein werde, die Institutionen des Kapitalismus abzubauen und statt dessen ein dem neuen Unterbau entsprechendes System, das System des Sozialismus, aufzubauen. Otto Bauer weiß aber vorzüglich, daß die politischen und ideologischen Auswirkungen der veränderten wirtschaftlichen Basis nicht gradlinig und nicht sofort einsetzen, sondern erst später und mit großen Umbiegungen. Er weiß auch ganz gut, daß das Durchdringen der neuen Ideologie durch die Machtorganisation der herrschenden Klasse, durch die zentrale Handhabung der geistigen Waffen der herrschenden Klasse (Zeitung, Nachrichtendienst, Zensur etc.) verlangsamt, geschwächt und bekämpft werden kann. Mit Hilfe dieser Mittel hat die Bourgeoisie während des Krieges es erreichen können, daß die ideologische Auswirkung des Kriegssozialismus bei der Ernennung von sozialpatriotischen Munitions- und Arbeiterberuhigungsministern und bei der Zulassung der sozialdemokratischen Blätter in den Schützengraben halt machte. Weitere wesentliche Veränderungen hat die Bourgeoisie während der 6, 7 Jahre dieser ökonomischen Maßnahmen durch ihre ideologischen und Machtmittel zu vereiteln gewußt. Sie hat dagegen nicht verstanden, daß der kapitalistische Unterbau durch die Kriegswirtschaft so zerrüttet und deformiert wurde, daß die bloße Aenderung des Oberbaues (Aufhebung der Gesetze der Kriegswirtschaft etc.) die weitere Zerrüttung nicht aufhalten konnte, und die eigentliche Weltkrise des Kapitalismus mit der vollständigen Abschaffung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen zusammenfiel.

Wie gesagt, war Otto Bauer zu dieser Zeit von der Stärke des kapitalistischen Organismus, der Unerschütterlichkeit der Machtmittel und der ideologischen Kräfte des Bourgeois-Staates so überzeugt, daß er es nicht für notwendig erachtete, der kriegführenden Bourgeoisie den Rat zu erteilen: Entweder baut Ihr die Gesellschaft der veränderten ökonomischen Basis entsprechend um, oder Ihr widersetzt Euch dieser Notwendigkeit, und es kommt die Revolution, die das tun wird. Statt dessen schrieb Otto Bauer eine Broschüre, in der er schon damals, vor dem Siege der Bolschewiki, den europäischen Proletariern die Möglichkeit einer sozialen Revolution abzuleugnen versuchte. Dieses Urteil aus der Feder eines bekannten Marxisten, der dazu als Augenzeuge erhöhten Kredit bei den Proletariern genoß, war zu dieser Zeit der ersten proletarischen Proteste die

größte Hilfe, die der Bourgeoisie geleistet werden konnte.

Den Charakter eines taktischen Rückzuges auf der Front der Wirtschaft will Otto Bauer mit einem Engels-Zitat verwischen. Engels sagt: „Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, daß die Revolution bedeutend über das Ziel hinausgeführt wurde — ganz wie 1793 in Frankreich und 1848 in Deutschland. Es scheint dies in der Tat eines der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein.“ Otto Bauer sagt, die russische Revolution wurde ebenfalls weit über die Ziele einer bürgerlichen Revolution hinausgeführt. Und das beweist eben, daß sie eine bürgerliche Revolution sei. Nun haben wir aber nicht nur die russische, sondern auch die ungarische Räterediktatur gesehen. Die Erfahrungen beider Revolutionen zeigen, daß nicht nur die Bourgeois-Revolutionen, sondern auch die Proletarier-Revolutionen weit über ihre Ziele hinausgeführt werden müssen, um die erntereifen Siegesfrüchte pflücken zu können. Trotzdem die ungarische Räterediktatur nicht mit dem großen Schwung einer revolutionären Welle einsetzte und ihre Führer bestrebt waren, aus den Erfahrungen der russischen Revolution heraus Fehler und Uebergriffe zu vermeiden, konnten sie nicht verhindern, daß die Sozialisierung der Industrie, des Handels und des Grundbesitzes weit über das Geplante hinaus durchgeführt wurde. Man konnte sich z. B. der „Ubersozialisierung“ nicht erwehren, und die Frage der Dessozialisierung der kleinen Geschäfte, der unrentablen manufakturmäßig arbeitenden Werkstätten oder der Grundstücke, die aus mehreren Parzellen bestanden, mußte schon im zweiten und dritten Monat der ersten Räterediktatur aufgeworfen und teilweise zur Entscheidung gebracht werden. Es ist sicher, daß die soziale Revolution in Deutschland oder in England ebenfalls weit über die Ziele hinausgehen wird: Diese Tatsache kann aber in keiner Weise den Bourgeois-Charakter der Revolution beweisen.

Und nun noch einiges zu dem guten Räte, den Otto Bauer den russischen Kommunisten erteilt. „Liquidiert freiwillig die Diktatur, damit könnt Ihr der Gefahr der Gegenrevolution entgehen.“ Es ist nicht das erste Mal, daß Otto Bauer einen solchen Rat erteilt. Als die ungarische Räterediktatur noch bestand, war die Haupt Sorge Bauers ebenfalls die Liquidation der Diktatur. Zu diesem Zwecke wandte er nicht nur alle Machtmittel an, die dem damaligen Minister des Aeußern (der zufällig mit unserem Otto Bauer, der „linken“ Leuchte der 2^{1/2} Internationale, identisch war) von den Drohnoten bis zur Blockade zur Verfügung standen, sondern er versuchte mit Aufbietung des ganzen

Marxismus die Notwendigkeit der Liquidation der Diktatur zu beweisen. Er ging so weit, daß er in einer diplomatischen Note an die ungarische Räteregierung mit Marxziten argumentierte. Um die Liquidierung zu beschleunigen, ließ er nicht nur den weißen Offiziersbanden, die auf österreichischem Boden bewaffnete Formationen gegen Sowjetungarn organisierten, volle Freiheit, sondern unterstützte mit allen Mitteln den Verrat der ungarischen Sozialdemokraten, die die Diktatur ebenfalls liquidieren wollten. Wie bekannt, übernahm nach dem Sturze der Räteregierung ein „Liquidationsministerium“, das ausschließlich aus Sozialdemokraten bestand, die Macht und besorgte mit Volldampf den „Abbau der Diktatur“. In vier, fünf Tagen waren nicht nur die Gesetze des Sowjetstaates außer Kraft gesetzt und das Proletariat entwaffnet, man konnte sogar zum Aufbau der Demokratie schreiten. Die Bourgeoisie wartete natürlich nur den Zeitpunkt ab, da die Proletarier entwaffnet waren, und nahm dann den weiteren Abbau in die eigenen Hände. Statt durch die Liquidation „wesentliche soziale Errungenschaften der Revolution“ zu retten, wurde das ungarische Proletariat dem schrankenlosen weißen Terror ausgeliefert und hat nicht nur die Errungenschaften der Räteregierung, sondern die Früchte langjähriger Kämpfe mit einem Schlage verloren. Das ungarische Proletariat zahlt mit ungeheuren Opfern für den guten Rat und hat es am eigenen Leib verspürt, daß die proletarische Diktatur — und wenn sie noch so friedlich und freiwillig liquidiert wird — nur durch die Bourgeoisiediktatur abgelöst werden kann. Otto Bauer wurde aber durch diese Ereignisse nicht klüger, und indem er den russischen Genossen denselben Rat erteilt, der von den ungarischen Proletariern zu ihrem Unglück befolgt wurde, will er den russischen Proletariern dasselbe Schicksal zuteil werden lassen.

Deshalb ist es Heuchelei, wenn Otto Bauer von einer Solidarität mit der russischen Revolution spricht. Wo er Gelegenheit hatte — wie im Falle der ungarischen Räteregierung — der russischen Revolution unmittelbar Hilfe zu leisten, dort schlug er sich auf die Seite der Gegenrevolution. Jetzt, wo kein Krieg droht, spricht er von dem Kampf gegen den Waffenschmuggel nach Polen und Rumänien, unterstützt aber mit allen Mitteln diejenigen Elemente, die auf die „friedliche Liquidation“ der Diktatur dringen. Mit anderen Worten, nachdem die Munition, die nach Polen und Rumänien geschmuggelt wurde, nicht die „Aufrichtung der Demokratie“ bewirken konnte,

soll jetzt das Rezept, das sich in Ungarn so gut bewährt hat, versucht werden. Eine nette Solidarität fürwahr!

Eine ebenso rührende „Pflichterfüllung“ ist es, wenn Otto Bauer auf das „irreführende Mißverständnis“ hinweist, dem das internationale Proletariat zum Opfer fiel, indem es sich spaltete und kommunistische Massenparteien bildete. Wir waren bisher der Ansicht, daß die großen kommunistischen Parteien in Frankreich und in Deutschland, in Norwegen oder in Italien nur entstehen konnten, nachdem das ungeheure Sinken des Lebensniveaus, die noch nie dagewesene Arbeitslosigkeit, die unverhüllte, immer häufigere Anwendung der Machtmittel des Bourgeois-Staates, der unberechenbare Wert des Papiergeldes und der Verrat der Sozialdemokratie den Proletariern die Unzulänglichkeit der reformistischen und die Richtigkeit der kommunistischen Kampfmethoden bewiesen hatten. Solange der Kapitalismus gesund war, gab es keinen Boden für kommunistische Kampfmethoden. Der Verfall des Kapitalismus, d. h. die Aenderung der ökonomischen Basis, schuf erst die Möglichkeit — und auch die Notwendigkeit — der kommunistischen Massenparteien. Nach Otto Bauer entstanden diese Parteien durch einen „Irrtum“. Diese einfache „marxistische“ Erklärung ist deshalb etwas unerwartet, weil er einige Zeilen höher mit „den Waffen der Marx'schen Geschichtsanalyse“ gegen die „Phrasen und Einbildungen“ der Kommunisten zu kämpfen vorgibt.

Am Ende noch einige Worte über das österreichische Proletariat. Otto Bauer behauptet, daß die österreichischen Arbeiter trotz ihrer Sympathien für die russische Revolution den heißen Wunsch hegen, die Sowjetregierung mit allen Mitteln zur Liquidation der Diktatur zu drängen. Unter der bewährten Führung von Otto Bauer und Genossen ist das Lebensniveau der österreichischen Proletarier auf das tiefste gesunken. Es ist verständlich, daß diese Arbeiter eine ungeheure Sympathie für die russischen Brüder hegen, die den Mut und die Entschlossenheit fanden, wenn auch durch die größten Opfer und Entbehrungen, das Joch des Kapitalismus abzuschütteln. Daß aber dieselben Arbeiter Sowjetrußland auf den Weg der „proletarisch-demokratischen Entwicklung“ drängen möchten, deren Segen sie am eigenen Leibe verspüren, ist eine echt Otto Bauer'sche Behauptung, die zusammen mit der „irrtümlichen“ Auffassung über die Entstehung der kommunistischen Parteien die Broschüre sinnvoll schließt. Das russische Proletariat läßt sich durch die guten Ratschläge der Otto Bauer ebensowenig

beirren, wie die Proletarier der anderen Länder, die auf die „gefährlichen Irrwege“ der kommunistischen Parteien gelockt worden sind, und das österreichische Proletariat bekundete in seiner ungeheuren spontanen Hungerdemonstration, die einige Wochen nach dem Erscheinen dieser Broschüre in

Wien stattfand, daß es über die „proletarisch-demokratischen Methoden“ ganz anderer Meinung ist als seine Führer von der 2^{ten} Internationale.

Moskau, 23. Januar 1922.

M. Rakosi.

Das Genossenschaftswesen in Sowjetrußland.

I.

Die ersten Anfänge einer Kooperation von Konsumenten reichen in Rußland sehr weit zurück; bereits im Jahre 1865 entstand die erste Konsumgenossenschaft. Zur selben Zeit wurde auch die erste Kredit- und Spargenossenschaft gegründet.

Feste Wurzeln hatte die Kooperation im ökonomischen und sozialen Leben des damaligen Rußlands noch nicht gefaßt, und daher nahm diese Bewegung einen sehr langsamen Verlauf. Ihre Initiatoren waren meistens liberal gesinnte Intellektuelle. Mit der sozialistischen Bewegung hatte diese Kooperation nichts zu tun. Für den Kapitalismus und den Absolutismus bildete sie keinerlei Gefahr. Im Gegenteil, das Kapital hat es sogar verstanden, die Konsumgenossenschaft in seinem Interesse zu verwerten, indem es in den Fabriken und Betrieben sogen. „Abhängige Arbeiter-Kooperativen“ schuf und mit Geldmitteln unterstützte. Die Administration der Fabrik pflegte dabei die Verwaltung der Genossenschaft an sich zu reißen und mittels der Vorteile, die die Genossenschaften den Arbeitern boten, den Arbeitslohn zu drücken und andererseits die Arbeiter auf diese Weise an die Fabrik zu binden.

Erst nach der Revolution 1905/06 setzt in Rußland eine rasche Entwicklung der Genossenschaften ein. Trotz aller Hindernisse, die die zaristische Regierung den Genossenschaften entgegenstellte, begann sie in dieser Zeit zu Hunderten zu entstehen, nach Beginn des Weltkrieges aber zu Tausenden. Die Mehrzahl der Konsumgenossenschaften entstand in dieser Periode in den Dörfern und trägt daher einen ausgesprochen kleinbürgerlichen Charakter. Auch die städtischen Genossenschaften sind meistens von derselben Art. Die während der Kriegszeit gegründeten Arbeitergenossenschaften waren sehr wenig zahlreich. Zu dieser Zeit war die russische Kooperation von jeder revolutionären und sozialistischen Bewegung sehr weit entfernt. Ihre einzige Aufgabe erblickte sie in dem Schutz ihrer Mitglieder gegen die übermäßige Ausbeutung durch das Handelskapital. An

irgendeine breite soziale Arbeit hat die Genossenschaft vor dem Kriege nicht gedacht.

Ungeachtet der langsamen Entwicklung der Konsumgenossenschaft und der Schwierigkeiten, die ihr die Zarenregierung entgegenstellte, bildete die Genossenschaft zu Anfang des Krieges einen so bedeutenden Faktor im Wirtschaftsleben Rußlands, daß die Regierung sich entschloß, sie als einen Warenverteilungsapparat zu verwerten, denn die schrankenlose Spekulation der Händler weckte eine immer größere Unzufriedenheit unter der Bevölkerung. Die Regierung übertrug ihr die Verteilung von Zucker, Mehl, Butter und anderen Lebensmitteln. Die russische Genossenschaft hat nicht nur keinen Protest dagegen erhoben, sie hat diese Funktionen sogar mit großem Vergnügen übernommen; damit ist sie zum Werkzeug eines absolutistisch-kapitalistischen Staates geworden. Die russische Konsumgenossenschaft verwandelte sich ohne jeden Widerstand in ein Hilfsorgan dieses Staates.

Die Februarrevolution 1917 hat den Charakter der russischen Konsumgenossenschaft und ihrer Arbeit nicht verändert. Sie beseitigte lediglich durch das Gesetz vom 20. März 1917 jene Hindernisse, die der Entwicklung der Genossenschaft bisher im Wege standen.

Dafür hat aber die Novemberrevolution 1917 in den Aufbau der Konsumgenossenschaft, in ihren Charakter und in die Aufgaben, vor die sie sich gestellt sah, einschneidende Änderungen gebracht.

Im Zusammenhang mit der allgemeinen ökonomischen Politik der Sowjetmacht, im besonderen mit ihrer Lebensmittelpolitik, zerfällt die weitere Geschichte der Konsumgenossenschaft in zwei Perioden. Die erste bis zum Frühjahr 1921; die zweite beginnt mit der Aufhebung der Zwangsumlage und der Einführung der Naturalsteuer.

II.

Als sich die Sowjetmacht nach der Novemberrevolution vor die Aufgabe der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung gestellt sah,

eröffneten sich ihr zwei Wege: auf dem Gebiete der Großindustrie der Weg der Nationalisierung, auf dem der Kleinindustrie und in der Bauernwirtschaft der Weg der Kooperation dieser Wirtschaftszweige. Die Sowjetmacht war sich stets darüber klar, daß sie der Kleinproduktion gegenüber sich die Worte von Engels zur Richtschnur nehmen müsse: „Unsere Aufgabe den kleinen Bauern gegenüber besteht darin, ihre Privatbetriebe und ihr Privateigentum in Kooperativen zu verwandeln, aber nicht gewaltsam, sondern durch das Beispiel einwirkend und durch weitgehende Unterstützung seitens der Regierung“. Bereits im Frühjahr 1918 zitierte Lenin diese Worte in seinen Reden. Auch in der Literatur auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens wurden sie zu jener Zeit oft zitiert.

Aber die harten Bedingungen des Bürgerkrieges und der Blockade führten die Sowjetmacht nicht nur auf den Weg der beschleunigten intensiven Nationalisierung der Groß- und Mittelindustrie, sondern zwangen sie auch zur Einführung der Lebensmittelumlage. Das Wesen dieses Systems lief darauf hinaus, daß der Bauer alle Uberschüsse seiner Produktion an die Lebensmittelverteilungsorgane abliefern mußte. Gemäß dem Dekret über den Kollektivwarentausch sollten die Bauern von der Sowjetmacht Fabrikate dagegen erhalten, und zwar für denselben billigen Preis, der für die von ihnen abzuliefernden Lebensmittel festgesetzt war.

Das Umlageverfahren bestand somit im wesentlichen darin, daß nicht die Wirtschaft selbst und nicht deren Produktionsmittel nationalisiert wurden, sondern die Erzeugnisse der Wirtschaft. Das war die Anwendung des Nationalisierungssystems auf die Kleinproduktion.

Unter diesen Umständen war das Tätigkeitsfeld der Konsumgenossenschaft stark eingeeignet. Die gesamte Beschaffung des Getreides und anderer landwirtschaftlicher Produkte übernahmen die Lebensmittelorgane der Sowjetmacht. Die Aufbringung der Industrieerzeugnisse übernahmen die die Industrie leitenden Wirtschaftsorgane (die Volkswirtschaftsräte). In dieser Richtung blieb den Konsumgenossenschaften kein Tätigkeitsfeld. Sie hatten nur die Aufgabe, alle jene Produkte unter die Bevölkerung zu verteilen, die sie zu diesem Zweck von den Organen der Sowjetmacht erhielten. Die Konsumgenossenschaft mußte sich in eine ausschließlich verteilende Organisation verwandeln.

Diese Richtung verfolgte auch eine Reihe von Dekreten, anfangend mit dem Dekret vom 12. IV. 1918 und endend mit dem Dekret vom 20. III. 1919; auch die auf das letztere sich stützenden Instruktionen verfolgten den gleichen Zweck.

Die zügellose Spekulation der Privathändler und deren Drohung, „die Revolution mit der knochigen Hand des Hungers zu erdrosseln“, zwangen die Sowjetmacht, die Verteilung der Lebensmittel in ihre Hand zu nehmen. Zu diesem Zweck begannen sie mit der Organisation ihrer eigenen Verteilungsstellen, der sogen. Sowjetmagazine. Aber es war nicht leicht, in einer kurzen Zeit einen derartigen gut funktionierenden Apparat zu schaffen. Man beschloß daher, neben den Sowjetmagazinen auch die bereits vorhandenen Magazine der Konsumgenossenschaften zu verwerten. Das Dekret vom 12. IV. 1918 beauftragte die Genossenschaften mit der Versorgung nicht allein ihrer Mitglieder, sondern auch der übrigen Bevölkerung. Um die Genossenschaften in ihrem Kampfe mit der Privatkonzurrenz zu stärken, verfügte das erwähnte Dekret die Einführung einer fünfprozentigen Steuer für den Privathandel, während die Genossenschaften zu dieser Steuerabgabe nicht verpflichtet waren.

Einige Monate später, am 2. XI. 1918, wurde ein neues Dekret veröffentlicht, nach dem der gesamten Bevölkerung der Beitritt zu einer bestimmten Verteilungsstelle zur Pflicht gemacht wurde: entweder zu den Sowjetmagazinen oder zu einer Konsumgenossenschaft.

Da es aber nur sehr wenige Sowjetmagazine gab — in den Dörfern überhaupt keine —, mußte die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung den Konsumgenossenschaften beitreten, denn sonst hätten sie die von der Sowjetmacht verteilten Produkte nicht erhalten können. Das war der erste Schritt auf dem Wege der Einbeziehung der gesamten Bevölkerung Rußlands in die Konsumgenossenschaften.

Nach dem Dekret vom 2. XI. 1918 blieben die Sowjetmagazine neben den Genossenschaften bestehen. Das führte zu vielen Unbequemlichkeiten: eine unrationelle Vergeudung von Kräften und Mitteln zur Erhaltung des Apparats, ungleichmäßige Versorgung der Mitglieder beider Organisationen, eine privilegierte Stellung der Genossenschaftsmitglieder, die außer dem, was die Organe der Sowjetmacht aufbrachten, noch manches andere erhielten, was die Genossenschaften aus eigenen Kräften aufbrachten. Alle diese Schwierigkeiten wurden durch das Dekret vom 20. III. 1919 beseitigt, das alle Sowjetmagazine und überhaupt die ganze Verteilungsarbeit in die Hände der Konsumgenossenschaft legte.

Laut diesem Dekret wurde in Rußland ein dichtes Netz von Konsumgenossenschaften geschaffen, die die gesamte Bevölkerung versorgen mußten. Eine Reihe von dem Dekret vom 20. III. 1919 ergänzenden Instruktionen setzte die Organisation dieser Genossenschaften und die Art ihrer

Verwaltung fest. Als die zentrale Vereinigung der Konsumgenossenschaften wurde der Allrussische Zentral-Verband der Konsum-Genossenschaften („Zentral-Verband“) eingesetzt.

Die Beschaffung der Lebensmittel hatte — wie bereits gesagt — der ökonomische Apparat der Sowjetmacht zu besorgen, der den Genossenschaften die Produkte zu liefern hatte, die zur Verteilung unter die Bevölkerung bestimmt waren. Die Genossenschaften hatten lediglich die Verteilung zu besorgen. Ihre Tätigkeit in der Eindeckung war ganz minimal, sie erstreckte sich nur auf jene Produkte, die freigegeben waren.

Aber wenn die Tätigkeit der Genossenschaften sich nur auf die Verteilung beschränkte, so brauchte sie zu diesem Zweck kein eigenes Betriebskapital. Der Staat lieferte Lebensmittel, ohne daß die Genossenschaften sie im voraus zu bezahlen brauchten. Die Handelsunkosten wurden durch einen Aufschlag auf die Warenpreise gedeckt oder durch Kredite, die der Staat gewährte. Unter solchen Umständen konnte auch das Beitrittsgeld der Mitglieder in Wegfall kommen. Und das Dekret vom 20. III. 1919 sanktionierte die Abschaffung jedweder Mitgliedsbeiträge, um die Aufnahme der Bevölkerung in die Genossenschaften zu erleichtern.

Das Dekret vom 27. I. 1920 endlich vereinigte alle Arten der Kooperativen zu einer einheitlichen Organisation, indem es aus den verschiedenen landwirtschaftlichen und Produktions-Genossenschaften besondere Sektionen des „Zentral-Verbandes“ bildete. Dieses Dekret schuf in Rußland eine einheitliche, integrale Kooperation.

III.

Im Frühjahr 1921 wurde die Lebensmittelumlage abgeschafft und statt ihrer das System der Naturalsteuern eingeführt. Bei diesem System liefern die Bauern nicht alle Ueberschüsse ihrer Wirtschaft an den Staat ab, sondern nur einen Teil. Nach der Entrichtung der Steuer bleibt ihnen ein bedeutender Teil ihrer Erzeugnisse, den sie an jeden beliebigen verkaufen können.

Mit der Einführung der Naturalsteuer erfuhr die Lage der Genossenschaften eine einschneidende Aenderung. Sie sehen sich jetzt vor neue wichtige Aufgaben gestellt.

Die auf dem Wege der Naturalsteuer einlaufenden Getreide- und Lebensmittelmengen reichen für die Bedürfnisse des Staates nicht aus. Das Fehlende muß bei den Bauern entweder für Geld erworben oder gegen industrielle Erzeugnisse eingetauscht werden. Wenn der Staat diese Einkäufe durch seine eigenen Organe besorgen lassen wollte, so müßte er einen ungeheuren Apparat von Einkaufsstellen schaffen, und das würde ihm teuer

zu stehen kommen. Andererseits wäre das auch für die Genossenschaften sehr unvorteilhaft, denn es würde sie hindern, ihre Operationen zu entwickeln. Daher wurde die Aufgabe des Einkaufs von landwirtschaftlichen Produkten für die Bedürfnisse des Staates, wenn nicht ganz, so doch zum größten Teil, der Konsumgenossenschaft übertragen, der auf diesem Gebiete eine Vorzugsstelle eingeräumt wurde. Es war lediglich die Schwäche des genossenschaftlichen Apparats, der es unmöglich machte, die gesamte Arbeit der Konsumgenossenschaft zu übertragen.

Somit bleibt auch bei der neuen Lage der Genossenschaft bestehen, was ihr die Novemberrevolution gegeben hat: auch jetzt arbeiten die Kooperativen nicht nur aus eigener Initiative und nicht allein zur Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder, sondern auch für die gesamte Bevölkerung, für den Staat.

Die Konsumgenossenschaft ist einstweilen noch zu schwach, um dieser Aufgabe in ihrem ganzen Umfange gewachsen zu sein. In Zukunft, wenn sie sich weiter entwickeln kann, wenn sie ihre Organisation vervollkommenet und ausgebaut hat, wird ihre Tätigkeit zweifellos einen ungeheuren Umfang annehmen. Die Kooperativen werden den gesamten Warenaustausch zwischen dem Staat und der Bauernschaft bewerkstelligen. Aber auch gegenwärtig nehmen ihre Operationen einen bedeutenden Umfang an, obwohl die Tätigkeit auf dem Gebiete der Eindeckung mit Lebensmitteln für die neue Kooperation eine durchaus neue Arbeit ist. Nach den von dem Vorsitzenden des „Zentral-Verbandes“ — Genossen Chintschuk — mitgeteilten Angaben erreichte die Eindeckungsarbeit der Konsumgenossenschaft Anfang Dezember folgende Zahlen:

Brotgetreide	4 258 575	Pud
Anderer Getreideprodukte	148 477	„
Futterstoffe	831 608	„
Saatgetreide für die Hungergebiete	997 600	„
Oelsamen	123 706	„
Stroh und Heu	451 456	„
Kartoffeln	724 348	„
Frisches Gemüse	812 958	„
Getrocknete Pilze	59 257	„
Eingemachte Pilze	112 436	„
Fleisch	2 045 294	„
Felle	252 875	„
Häute	1 811 388	„
Wolle	28 460	„
Hanf	203 848	„
Flachs	161 277	„

Die wirklichen Zahlen übertreffen die mitgeteilten wahrscheinlich sehr wesentlich, denn die Berichte verspäten sich meistens sehr. Für den

Anfang können die erzielten Resultate als glänzende bezeichnet werden, insbesondere, wenn man die Mißernte in Betracht zieht. Die Tätigkeit nimmt mit jedem Monat einen immer größeren Umfang an. Man kann mit Bestimmtheit annehmen, daß in diesem Jahre die Eindeckungsarbeit der Konsumgenossenschaften, eine einigermaßen gute Ernte vorausgesetzt, nicht nach Millionen, sondern nach zehn Millionen Pud gezählt werden wird. Auf dem Gebiet der Belieferung des Staates sieht sich die Konsumgenossenschaft Rußlands vor Aufgaben gestellt, von denen die alten Kooperativen nicht träumen durften.

Neben den rein staatlichen Aufgaben sieht sich die Konsumgenossenschaft auch noch vor andere Aufgaben gestellt: es handelt sich um die Organisation eines rein genossenschaftlichen Warenaustausches, der von den Kooperativen durchaus selbständig durchgeführt wird. Auch auf diesem Gebiete entwickelt sich die Arbeit der Kooperativen sehr schnell. Von August bis November 1921 haben die Genossenschaften zu diesem Zweck 9 995 059 Pud aufgebracht. Aber in Wirklichkeit steht auch diese Zahl hinter der tatsächlichen zurück, da manche Genossenschaften ihre Berichte sehr spät absenden.

Soweit es sich um die Durchführung der staatlichen Pläne handelt, genießen die Kooperativen einen staatlichen Waren- und Geld-Kredit. Aber den eigenen Warenaustausch müssen sie mit ihren eigenen Betriebsmitteln durchführen. Allerdings leistet der Staat ihnen auch hierin Zuschüsse, aber sie reichen nicht aus. Daher gibt das Dekret vom 7. IV. 1921 den Konsumgenossenschaften das Recht, von ihren Mitgliedern Beitrittsgelder, Vorschüsse usw. zu fordern.

Dasselbe Dekret betont außerdem das Recht der Konsumgenossenschaft, eigene Betriebe auf dem landwirtschaftlichen und industriellen Gebiete zu organisieren: Werkstätten, Molkereien, Gemüsebau usw. Einzelne Genossenschaften werden und müssen ihre Tätigkeit in dieser Richtung intensiv entwickeln. Ganz besonders werden sie das in den Dörfern tun müssen, durch Gründung von kleinen landwirtschaftliche Erzeugnisse verarbeitenden Betrieben: Mühlen, Oelpressereien, Stärkefabriken usw.

Die Bestrebungen der Sowjetmacht richten sich darauf, die Konsumgenossenschaft auf dem Lande zu einer Zentrale aller Kooperativorganisationen des Dorfes zu machen. Zu diesem Zweck muß die Konsumgenossenschaft besondere Sektionen organisieren — landwirtschaftliche, gewerbliche usw. Der Beitritt zu diesen Organisationen ist nicht obligatorisch. Die landwirtschaftlichen und industriellen Genossenschaften können auch unabhängig von der Konsumgenossenschaft bestehen.

Die Gouvernements-Verbände der Konsumgenossenschaften und insbesondere deren allrussische Vereinigung — der „Zentral-Verband“ — müssen an die Organisation einer Reihe von industriellen Großbetrieben herantreten. Da die russische Konsumgenossenschaft die gesamte Bevölkerung der Republik umfaßt, so werden auch die von dem Zentral-Verband geschaffenen industriellen Betriebe als nationale Unternehmungen zu betrachten sein. Das wird dieselbe Nationalisierung der Industrie sein, die aber stetig, auf friedlichem Wege, unter der Flagge der Kooperative durchgeführt wird. Auch die Organisation von kleineren industriellen Betrieben durch einzelne Konsumgenossenschaften bedeutet eine Munizipalisierung dieser Unternehmungen, die zeitweilig unter der Flagge der Kooperation vorgenommen wird.

Durch die Organisation von industriellen Betrieben kann die Konsumgenossenschaft sehr Wesentliches zu dem erfolgreichen Kampfe gegen den wirtschaftlichen Zerfall und für die Hebung der Produktivkräfte Rußlands beitragen. Aber die Hauptarbeit auf diesem Gebiet entfällt nicht auf die Konsumgenossenschaft, sondern auf die Produktionsgenossenschaft, insbesondere auf dem landwirtschaftlichen Gebiet.

Diese beiden Arten der Kooperation werden in Sowjetrußland eine ganz andere Rolle spielen, als die ihnen vor der proletarischen Revolution beschiedene.

Zu jener Zeit bestand die Aufgabe der Kooperation in dem Schutz der Bauern und Kleinindustriellen vor der Ausbeutung durch die Aufkäufer und Händler, die die Bauern beim Einkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und bei dem Verkauf von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, von Rohstoffen und Hilfsmaterialien in jeder Weise übervorteilten. Damals beschäftigten sich die Genossenschaften hauptsächlich mit dem Absatz von landwirtschaftlichen und kleinindustriellen Erzeugnissen und mit der Durchführung gemeinsamer Einkäufe. Mit der Kooperation der Produzenten beschäftigten sich diese Genossenschaften nur ausnahmsweise (hauptsächlich auf dem Gebiete der Verarbeitung der Milchprodukte).

Unter den Verhältnissen der sozialistischen Revolution änderte sich die Aufgabe der landwirtschaftlichen und gewerblichen Kooperativen. Die Bauern und Handwerker brauchen ihre Produkte nicht mehr an Aufkäufer und Händler abzusetzen, — der Staat nimmt sie ihnen ab. Zu diesem Zweck können sie den Apparat der Konsumgenossenschaft verwerten. Dasselbe gilt auf dem Gebiete der Versorgung dieser Kleinproduzenten mit den erforderlichen Maschinen, Geräten, Düngemitteln usw. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften

werden diese Tätigkeit natürlich fortsetzen. Eine ganz besonders große Bedeutung für den Staat gewinnt die Arbeit der landwirtschaftlichen und proletarischen Kooperativen auf dem Gebiete der Kooperation der Kleinproduzenten, und zwar nicht zum Zweck des Absatzes, sondern zu dem der Organisation der Produktion. Nur auf diesem Wege werden die Genossenschaften die Produktivkräfte der zurückgebliebenen Landwirtschaft zur Entfaltung bringen. Einzelne, zersplitterte Bauernwirtschaften zu großen Betrieben vereinigend, werden die landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften auf diese Weise nicht nur eine materielle Basis für den Sozialismus schaffen, sondern auch die individualistisch gerichteten Bauern zur gemeinsamen Kollektivarbeit erziehen und so die psychologische Voraussetzung für den Sozialismus schaffen. Die Kooperation der Wirtschaft wird für die Bauern eine Schule des Sozialismus und die Uebergangsstufe zur Vergemeinschaftlichung der Arbeit auf landwirtschaftlichem Gebiete werden.

Die vom Gesichtspunkte der sozialistischen Revolution wichtigste und wertvollste Aufgabe der landwirtschaftlichen und gewerblichen Kooperation ist gegenwärtig daher die Organisation der kollektiven Bodenbearbeitung, der kollektiven Bearbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, der Organisation von Werkstätten, in welchen die bisher einzeln arbeitenden Handwerker zu der Kollektivarbeit herangezogen werden. Wir sehen somit, wie die gegenwärtige proletarische Revolution der landwirtschaftlichen und gewerblichen Kooperation ganz andere Aufgaben stellt als in der Zeit vor der Revolution.

Rußland ist ein Land, das Rohstoffe in großen Mengen in mannigfaltiger Art liefern kann. Sowohl die russische als auch die ausländische Industrie leiden gegenwärtig sehr an Rohstoffmangel. Diese Rohstoffe können nur bei dem Bauern eingesammelt werden; einen Teil müssen die russischen Fabriken erhalten, einen anderen das Ausland. Die Konsumgenossenschaft, deren Netz die gesamte Republik umfaßt, kann und muß diese Aufgabe durchführen. Auf diesem Gebiete hat die russische Kooperation eine große und dankbare Aufgabe zu leisten, deren Durchführung ihr eine glänzende Entwicklung verbürgt.

Aber die Konsumgenossenschaft wird die Beschaffung von Rohstoffen und Lebensmitteln nur dann mit Erfolg betreiben können, wenn sie über genügende Mengen industrieller Produkte verfügt, die sie dem Bauern zum Austausch gegen Lebensmittel liefern kann. Die Entwicklung der Konsumgenossenschaft in Rußland ist daher eng

verknüpft mit der Entwicklung der Großindustrie. Andererseits muß die Konsumgenossenschaft den ausländischen Markt erfassen können, um dort das zu erhalten, was sie für den inneren Warenaustausch braucht. Das ist eine der wichtigsten und nächsten Aufgaben der russischen Konsumgenossenschaft.

Die Periode des Bürgerkrieges und der Blockade hat die russische Industrie sehr schwer geschädigt. Auch die russische Konsumgenossenschaft ist stark davon betroffen worden, denn es war eine Periode des absoluten Warenmangels. Jetzt erholt sie sich wieder, entsprechend dem Aufleben von Industrie und Landwirtschaft.

Aber die gegenwärtige Wiedergeburt der russischen Kooperation bedeutet nicht eine einfache Rückkehr zu alten, vorrevolutionären Formen. Die alte, vorrevolutionäre Kooperation fand sich mit dem Kapitalismus ab, sie suchte sich ihm anzupassen und ahmte ihn zuweilen in der Ausbeutung sogar nach. Ihre wichtigste, wenn nicht ausschließliche Aufgabe erblickte sie im Kampf gegen die schrankenlose Ausbeutung von seiten irgendeiner Kapitalsgruppe — vor allem des Handelskapitals. Die alte Kooperation stellte sich während des Krieges nicht ungerne in den Dienst des kapitalistischen Staates, obgleich sie sich in der blaßrosa Farbe eines gemäßigten Sozialismus zu präsentieren pflegte.

Die neue Kooperation in Sowjetrußland wird zu einem Kampfmittel der Werktätigen in ihrem Kampfe gegen das Wesen der kapitalistischen Herrschaft. Die russische Konsumgenossenschaft ist eine freie, selbstverwaltende Organisation der Werktätigen, die mit der Sowjetmacht gemeinsame Ziele verfolgt und daher mit ihr auf das engste verknüpft ist. Die Verknüpfung können oder wollen manche jener Genossenschaftler nicht verstehen, die gewohnt sind, den Staat, als die Organisation der ausbeutenden Klassen, der Kooperation der Arbeitenden entgegenzusetzen.

Die alten Kooperativen arbeiteten nur für sich selbst; die neuen — für die gesamte Gesellschaft, nach den Direktiven der zentralen Organe des proletarischen Staates.

Die alte landwirtschaftliche und gewerbliche Kooperation stellte sich Aufgaben hauptsächlich auf dem Gebiete der Organisation des Einkaufs und des Absatzes. Die neue Kooperation muß in erster Linie die Produktion kooperieren. In der Uebergangsperiode zum Sozialismus muß sie eins der wichtigsten Werkzeuge für den sozialistischen Aufbau sein.

N. Meschtscherjakow.

Der wirtschaftliche Kampf der Kommunistischen Jugendorganisationen.

1. Eine neue Aufgabe.

Der II. Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale (K. J. I.) und der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale haben die Rolle der Jugendorganisationen in der kommunistischen Gesamtbewegung neu bestimmt. Im wesentlichen wurde dieselbe entsprechend der historischen Notwendigkeiten so formuliert: Eroberung der Massen der Arbeiterjugend zum Zwecke ihrer Erziehung im Geiste des Kommunismus und ihrer Ausbildung zu tapferen und klassenbewußten Soldaten der proletarischen Revolution. „Zu den Massen der Arbeiterjugend!“ — das ist die Parole des II. Kongresses. Dieser Parole folgend, müssen die kommunistischen Jugendorganisationen nunmehr jenen Fragen eine viel größere Aufmerksamkeit wie bisher widmen, die das Lebensinteresse der proletarischen Jugend unmittelbar berühren und welche sie in den letzten Jahren, weil sie aus historisch bedingten Ursachen ihre größte Kraft der Schaffung der kommunistischen Parteien widmen mußten, fast gar nicht berücksichtigen konnten.

Eine der wichtigsten neuen Aufgaben, vor die sich die K. J. O. gestellt sehen, ist die Aufnahme und selbständige Leitung des ökonomischen Kampfes der Arbeiterjugend. Damit übernehmen sie aufs neue eine fast schon vergessene Tätigkeit der proletarischen Jugendbewegung. Das bedeutet jedoch nicht die einfache Rückkehr auf ein altes, längst verlassenes Arbeitsgebiet; es ist vielmehr das Wiederanknüpfen an eine bewährte Tätigkeit der Arbeiterjugendorganisationen, die aber nunmehr mit völlig anderen Methoden und anderem Inhalt und zu einem ganz neuen Ziel fortgesetzt wird.

Den ökonomischen Kampf in der Gründungsperiode der Jugendbewegung kennzeichnet sein mehr spontanes Ausbrechen und, dadurch bedingt, das Fehlen eines aufgestellten Planes und die Enge der gesteckten Ziele; er wurde ausschließlich gegen die schrankenlose Ausbeutung und die rechtlose Lage der Lehrlinge und der jungen Arbeiter geführt. Selbstverständlich wurden praktisch, wenn auch unbeabsichtigt, weit größere Resultate dabei erzielt: das Erwachen des Klassenbewußtseins, Erziehung zur proletarischen Solidarität, Entstehung, Ausbreitung und Festigung der Organisation etc.

Der ökonomische Kampf, den die kommunistischen Jugendorganisationen nunmehr führen, unterscheidet sich von den früheren insbesondere dadurch, daß er bewußt und planmäßig durchgeführt

wird, daß er nicht in mehr oder minder zufälligen Einzelaktionen seinen Verlauf nimmt und sich durchaus nicht immer und überall in eventuellen Streiks der Jugendlichen äußert, sondern eine stetige, planmäßige und zähe Arbeit, die Arbeiterjugend auf dem Gebiete ihrer wirtschaftlichen Interessen zugleich für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu gewinnen, darstellt.

Neben dem selbstverständlichen Umstand, daß er dem unmittelbaren Schutze der Jugend vor dem Versinken im wirtschaftlichen Elend dienen soll, besteht sein Hauptziel in der Vorbereitung und Erziehung der Jugend zur Teilnahme am allgemeinen proletarischen Klassenkampf und in ihrer Einreihung in die geschlossene proletarische Front, indem er gleichzeitig den jungen Proletariern ein leicht erklimbares Ziel zeigt und ihnen in seinem Verlauf tausendfältige praktische Erfahrungen und Erkenntnisse vermittelt, an denen die politische Erziehungsarbeit der K. J. O. sehr leicht anknüpfen kann. Damit wird der ökonomische Kampf der K. J. O. zu einem Glied des gesamten proletarischen Befreiungskampfes. Das Prinzip der Arbeitsschule wird hier gleichsam in weitestem Maßstabe durchgeführt und in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes gestellt.

2. Wie sie sich herauskristallisierte.

Die Frage des ökonomischen Kampfes der Arbeiterjugend hat seit dem Kriege innerhalb der K. J. I. viele heftige Diskussionen hervorgerufen. In der ersten Zeit, als es den Anschein hatte, daß sich die Revolution nicht nur auf Rußland beschränken würde, wurde die Notwendigkeit des Kampfes um wirtschaftliche Forderungen der Jugend heftig bekämpft. Ausgehend von der durchaus richtigen Tatsache, daß die ökonomische Lage der Arbeiterjugend in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt nicht radikal verändert werden kann, kamen seine Gegner zu dem Schlusse, daß es überhaupt nicht angebracht sei, um kleine ökonomische Verbesserungen zu kämpfen, die unter der Jugend nur reformistische Illusionen erzeugen könnten, daß man vielmehr alle Kräfte auf die entscheidende Umgestaltung der Gesellschaft konzentrieren müsse. Im wesentlichen war es dieselbe revolutionäre Ungeduld, dieselbe Ueberschätzung des Tempos der Revolution, die im Prozeß der Entwicklung und Kristallisation der kommunistischen Parteien eine so ungeheure Rolle gespielt hat. Gleichzeitig war es

aber auch eine Unterschätzung und sogar ein Nichtverstehen der Bedeutung des ökonomischen Kampfes im allgemeinen Verlauf der Entwicklung des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse.

Eine andere Richtung hielt die Bildung von besonderen ökonomischen Organisationen der Arbeiterjugend für notwendig, die ähnlich den Gewerkschaftsverbänden und neben diesen den Schutz der ökonomischen Interessen der Jugend verwirklichen sollten.

Gleichzeitig aber bestand in den Reihen der Anhänger des ökonomischen Kampfes eine Strömung, ähnlich wie in den kommunistischen Parteien, die die Idee der Einheitlichkeit der ökonomischen und politischen Organisation, der sogenannten Einheitsorganisation, und zwar in der radikalsten Form vertraten. Sich auf die Tatsache stützend, daß die ökonomischen Organisationen der Arbeiterklasse, die Gewerkschaftsverbände, bisher die ökonomischen Interessen des Proletariats nicht oder nur mangelhaft verteidigten und daß sie noch weniger etwas gegen die Verelendung der Arbeiterjugend unternahmen, zogen sie die Schlußfolgerung, daß, ähnlich den zu schaffenden Einheitsorganisationen des erwachsenen Proletariats, die K. J. O. solche Einheitsorganisationen sein müßten, die den ökonomischen Kampf selbstständig, ohne die Unterstützung der übrigen Arbeiterklasse, ohne die Gewerkschaften etc. führen müßten.

Schon die flüchtige Skizzierung dieser verschiedenen Strömungen zeigt, daß eine grundlegende Aufklärung der Streitfragen nur im Verlaufe einer gewissen Periode und auf dem Wege ernsthafter Diskussionen, die die internationalen Erfahrungen genau in Rechnung stellten, möglich sein und die Grundlage für eine endgültige und richtige Lösung des ganzen Problems im internationalen Maßstabe bieten konnte. Diese Lösung wurde jedoch, infolge des langwierigen Prozesses der Schaffung und Klärung der kommunistischen Parteien, an dem alle Sektionen der Kommunistischen Jugendinternationale hervorragenden Anteil nahmen, beträchtlich erschwert. Außerdem blieb, nachdem dieser Prozeß im großen und ganzen abgeschlossen war, das Verhältnis zwischen Jugend und Partei, das nun eine andere Form annehmen mußte, noch lange ungeklärt. Aus allen diesen Ursachen zog sich die Diskussion durch ein ganzes Jahr hin und fand, wenigstens im internationalen Maßstabe, ihr Ende erst auf dem Moskauer Kongreß, der zur Frage des ökonomischen Kampfes der Jugend besondere Thesen beschloß. Die konkrete Formulierung der neuen Funktionen der K. J. O. und damit auch des ökonomischen Kampfes war eben erst in dem Augenblick möglich, als die Rolle der kommunisti-

schen Jugendorganisation im Rahmen der kommunistischen Gesamtbewegung genau bestimmt war. Die volle Durchführung dieses Beschlusses wird ebenfalls erst dann möglich sein, wenn sich innerhalb der K. J. O. das klare Verständnis der neuen Funktionen der kommunistischen Jugendorganisationen gefestigt hat.

3. „Einheitsorganisation“ oder besondere ökonomische Jugendorganisationen?

Der II. Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale stellte in seinen Thesen fest, daß besondere ökonomische Jugendorganisationen überflüssig seien. Damit wies er auf die prinzipielle Notwendigkeit einer einheitlichen ökonomischen Front der jungen und erwachsenen Proletarier hin und tat gleichzeitig den ersten Schritt zur Beseitigung der durch die kapitalistische Gesellschaft geschaffenen Trennung der Arbeiter in Jugendliche und Erwachsene.

Worauf gründete sich dieser Beschluß? Er ging von der einfachen und nüchternen Betrachtung der Klassenverhältnisse und von der Stellung des jungen Arbeiters innerhalb der Produktion aus.

Vor dem Kriege ging infolge der zunehmenden Verfeinerung der technischen Hilfsmittel, die den Arbeitsprozeß außerordentlich vereinfachte und dem die Maschine bedienenden Menschen allmählich immer mehr verhältnismäßig einfache und rein mechanische Funktionen — für die weder besonders schwer zu erwerbende Erfahrungen und Kenntnisse, noch bedeutende physische Kraft notwendig waren — zuwies, ein stetiger und sich steigernder Zustrom jugendlicher Arbeiter in die Produktion vor sich. Während sie früher hauptsächlich als Lernende am Produktionsprozeß teilnahmen, wurden sie, infolge dieser Entwicklung, mehr und mehr zu einem wirklichen Faktor im Produktionsprozeß, die die Leistung einer normalen Arbeitskraft vollbrachten; mit dem Unterschiede jedoch, daß sie infolge der aus der Vergangenheit überlieferten gesellschaftlichen Auffassung billiger arbeiteten und damit für den Unternehmer ein günstiges Ausbeutungsobjekt waren. Der Weltkrieg hat diese Entwicklung noch gesteigert. Er bannte den erwachsenen Proletarier auf die Schlachtfelder, in die Schützengräben. Inzwischen besetzten die Kapitalisten seinen Platz in den Betrieben mit Jugendlichen und Frauen.

Aber auch nach dem Weltkriege vollzog sich diese Veränderung der Rolle der jugendlichen Proletarier im Produktionsprozeß weiter, zum Teil in sehr drastischen Formen. Die Besitzer der Produktionsmittel, während des Weltkrieges an fette Profite gewöhnt, liefen infolge der nach dem Kriege einsetzenden Wirtschaftskrise Gefahr, diese

Profite zu verlieren, und ließen natürlich kein Mittel unversucht, das ihnen geeignet schien, ihre Gewinne zu erhalten und sie möglichst noch zu steigern. Die billige Arbeitskraft der Jugend war für sie ein solches Mittel. Und während sie die Arbeiterzahl verminderten und die Arbeitszeit verkürzten, fuhren sie fort, jugendliche Arbeiter in großer Zahl zu beschäftigen. Sie entließen die Erwachsenen und bedienten sich der billigen Arbeitskraft der Jugendlichen, um die Löhne der Erwachsenen zu drücken. So schufen sie einen künstlichen Gegensatz zwischen jugendlichen und erwachsenen Arbeitern, die im Grunde einheitliche Klasseninteressen haben.

Die Aenderung der Rolle des jugendlichen Arbeiters im Produktionsprozeß hat jedoch noch eine andere Bedeutung. Solange die Jugendlichen in ihrer großen Masse und tatsächlich als Lernende in den Betrieben standen, hatten sie tatsächlich innerhalb der Gesellschaft und in Beziehung auf die Arbeiterklasse eine gewisse Sonderstellung inne. Sie waren mit dem Schicksal der Arbeiterklasse in einer bestimmten Periode ihres Lebens noch nicht so eng verbunden. Diese ökonomische Tatsache hatte im Laufe der Zeit besondere Traditionen geschaffen, die sich äußerten in den Beziehungen zwischen Lehrling und Gehilfen und in den sogenannten Lehrverträgen. Und selbst als der Name Lehrling nur mehr ein Deckmantel für eine bequemere Ausbeutung wurde, erhielt sich diese Tradition, die den jugendlichen Arbeiter vom Schicksal seiner Klasse isolierte. Anders verhält es sich mit der Großindustrie. Hier wurde der junge Arbeiter tatsächlich mit dem Schicksal seiner Klasse verknüpft, obgleich das formell noch nicht zum Ausdruck kam (geringerer Arbeitslohn und rechtlose Lage). In geschichtlichem Sinne bedeutet das die Einbeziehung der jugendlichen Arbeiter in den Produktionsprozeß als normale Glieder desselben macht sie zu einem Teil des Proletariats, dessen Interessen mit denen der gesamten Klasse völlig identisch sind und dessen ökonomische Lage nur im Rahmen der Lage der gesamten Arbeiterklasse verändert werden kann. Diese Tatsache ergibt, daß für eine besondere ökonomische Organisation der Arbeiterjugend weder ein besonderes Tätigkeitsfeld, noch besondere Aufgaben vorhanden sind, und daß ihr folglich auch die Existenzberechtigung fehlt. Dazu kommt noch, daß das Bestehen einer solchen ökonomischen Organisation die notwendige gemeinsame ökonomische Front der erwachsenen und jungen Arbeiter gegen ihren wirtschaftlichen Gegner zersplittern und schwächen würde. Ihren von völlig einheitlichen Klasseninteressen diktierten ökonomischen Kampf können sie nur gemeinsam in einer wirtschaftlichen Organisation siegreich durchführen. Die

Arbeiterjugend hat keinerlei besonderen, ihren psychischen oder physiologischen Besonderheiten entspringende wirtschaftlichen Interessen, die so wesentlich wären, daß sie das Bestehen einer besonderen ökonomischen Kampforganisation der Jugend rechtfertigten. Die Gewerkschaftsverbände sind die wirtschaftlichen Organisationen der gesamten Arbeiterklasse; folglich müssen sie auch für die Interessen der proletarischen Jugend, als ein Teil der Arbeiterklasse, kämpfen und damit ihre bisherige Tätigkeit erweitern.

Vorläufig ist freilich von dieser so notwendigen einheitlichen ökonomischen Front der erwachsenen und jugendlichen Arbeiter noch recht wenig sichtbar, obwohl die Voraussetzungen dazu schon längst vorhanden sind. Die Gewerkschaften haben bisher auf dem Gebiete der Verteidigung für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterjugend nur wenig, vielfach sogar überhaupt nichts getan. Ja, sie sind teilweise sogar noch von der gesellschaftlichen Tradition so stark beherrscht, daß die Jugendlichen in vielen Ländern nicht einmal Zutritt zu den Gewerkschaften haben, um für ihre ökonomischen Interessen kämpfen zu können. In manchen werden sie nur mit teilweiser Einschränkung der Mitgliederrechte zugelassen, indem zwei jugendliche Mitglieder zusammen nur eine Stimme oder überhaupt kein Stimmrecht haben. Damit trägt ein Teil der Gewerkschaften sogar dazu bei, die von der kapitalistischen Gesellschaft geschaffene künstliche Spaltung der Arbeiterklasse in jung und alt zu unterstützen und zu vertiefen, indem er sie auch vom proletarischen Standpunkt aus anerkennt und anwendet.

Die Notlage der Jugend nimmt jedoch immer mehr zu und wird durch ihre rechtlose soziale Lage noch verstärkt. Das bedeutet für den Befreiungskampf der Arbeiter eine große Gefahr; denn die notleidende demoralisierte Jugend wird nicht imstande sein, die Lücken im kämpfenden Proletariat auszufüllen und neue kampftüchtige Soldaten der Revolution zu stellen. Daher ist der Kampf gegen die ökonomische Verelendung der Arbeiterjugend eine Lebensnotwendigkeit für das gesamte Proletariat. Die Gewerkschaften führen diesen Kampf heute noch nicht. Die Schaffung von besonderen ökonomischen Jugendorganisationen widerspricht den einheitlichen Klasseninteressen des Proletariats. Wer also soll diesen Kampf führen? Wer hat dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften ihre Pflichten gegenüber der Arbeiterjugend als einen Teil der Arbeiterklasse erfüllen? Welche Organisationen müssen innerhalb der Arbeiterklasse die allgemeinen und besonderen Interessen der Arbeiter-

jugend verteidigen? — Die kommunistischen Jugendorganisationen. So werden diese Fragen durch die Thesen des Moskauer Kongresses beantwortet. „Führer und Träger des ökonomischen Kampfes ist der Kommunistische Jugendverband“. Wie ist das aufzufassen?

Viele Genossen glaubten, daß das bedeuten solle, die kommunistische Jugendorganisation sei eine besondere ökonomische Organisation gegenüber den Gewerkschaften, die die Aufgabe habe, Streiks zu organisieren, selbständige Lohnkämpfe zu führen usw. Daher protestierten sie heftig gegen den erwähnten Beschluß. Sie sagten ganz richtig, daß es lächerlich sei, anzunehmen, daß die kleinen kommunistischen Jugendorganisationen imstande sein könnten, den ökonomischen Kampf gegen die mächtige Bourgeoisie selbständig ohne Unterstützung der Gewerkschaften oder gar gegen sie zu führen.

Diese Auffassung geht indessen von einem Mißverstehen der Thesen des Weltkongresses aus. Der II. Kongreß sprach sich gegen eine besondere ökonomische Organisation aus; daraus folgt, daß auch die kommunistischen Jugendorganisationen nicht den Charakter von besonderen ökonomischen Organisationen haben dürfen.

Welchen Sinn hat nun aber die oben angeführte Formulierung des II. Kongresses? Sie bedeutet, daß die kommunistischen Jugendorganisationen diejenigen Organisationen sind, die innerhalb der Arbeiterklasse die Interessen der proletarischen Jugend vertreten müssen. Führer und Träger des ökonomischen Kampfes der Arbeiterjugend sein, heißt, daß die K. J. O. überall, in den wirtschaftlichen Organisationen des Gesamtproletariats, in den Betrieben und Schulen etc., die Initiative zur Vertretung der ökonomischen und kulturellen Interessen der Arbeiterjugend ergreifen müssen. Die K. J. O. müssen überall die Lage der Arbeiterjugend studieren, ihre besonderen Interessen aufdecken und Mittel zur Abhilfe ausfindig machen. Sie müssen die Jugend über ihre Lage aufklären, und ihr jenen Weg weisen, der sie zur Besserung ihrer Existenzbedingungen führt. Sie müssen gleichzeitig die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, die Gewerkschaftsverbände, zur Ergreifung der notwendigen Maßnahmen gewinnen.

Daher heißt es in den Thesen des II. Kongresses:

„Von der tatsächlichen Einheit der wirtschaftlichen Interessen und der darum notwendigen Einheit des wirtschaftlichen Kampfes der gesamten Arbeiterklasse ausgehend, müssen die K. J. O. sich immer bemühen, den ganzen Kampf durch die Gewerkschaften — als die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse — und mit ihrer Hilfe durchzuführen. Auf Grund der Einheit der prinzipiellen Auf-

fassungen ist die Kampfgemeinschaft mit den revolutionären Gewerkschaften (angeschlossen der Roten Gewerkschaftsinternationale) gegeben. Aber auch in den Ländern, wo die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit oder teilweise noch nicht diese grundsätzliche Umstellung erfahren haben, muß immer versucht werden, dieselben für die Einbeziehung der revolutionären wirtschaftlichen Forderungen der Jugend in ihr Tätigkeitsfeld zu gewinnen und sie zu veranlassen, den Kampf dafür aufzunehmen.“

Zweifellos wird noch einige Zeit vergehen, ehe die Gewerkschaften die Interessen der Arbeiterjugend aktiv verteidigen werden. Das wird solange nicht erreicht werden, solange nicht der Widerstand der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie gebrochen ist. Die Ueberwindung dieses Widerstandes ist eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Jugendorganisationen. Und sie werden sie auch nur dann lösen können, wenn sie breite Massen der Arbeiterjugend um sich gruppieren. Sie werden dabei zu den verschiedensten Mitteln greifen müssen; es ist sogar möglich, daß sie selbständige Kämpfe gegen die Unternehmer führen müssen. Aber prinzipiell erfordert die Einheitlichkeit der Interessen der jungen und erwachsenen Proletarier eine geschlossene wirtschaftliche Kampffront gegen das Kapital. Der Kampf mit der Bourgeoisie, der Kampf gegen die ökonomische Verarmung der Arbeiterjugend muß mit und von den Gewerkschaften geführt werden. Die kommunistischen Jugendorganisationen haben nur die Aufgabe, die Interessen der Arbeiterjugend innerhalb der Arbeiterklasse und in den Gewerkschaften wahrzunehmen, und diese für die Vertretung dieser Interessen gewinnen. Ferner müssen sie auch dafür sorgen, daß die Jugend in die Reihen der proletarischen Kämpfer tritt und an diesen Kampf teilnimmt. Bei selbständigen Konflikten mit dem Kapital muß die K. J. alle ihre Kräfte mobilisieren und die Kampfgrenzen zu erweitern suchen. Vor allem aber müssen sie jeden dieser Kämpfe und jede proletarische Bewegung dazu benutzen, um die Arbeiterjugend für den Befreiungskampf des Proletariats zu erziehen und aus ihr mutige Kämpfer für diesen Kampf der unter dem Banner des Kommunismus ringenden Arbeiterklasse zu machen. Das ist der Sinn des Ausdrucks: „Führer und Träger des ökonomischen Kampfes sind die kommunistischen Jugendorganisationen“. In diesem beschränkten Sinne sind sie tatsächlich die „Einheitsorganisation“ der Arbeiterjugend.

4. Einer der nächsten notwendigen Schritte.

Aus alledem folgt, daß gegenwärtig eine der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Jugendorganisationen der Kampf um die Aner-

kennung wirtschaftlicher Forderungen der Jugend und ihre gleichberechtigte Aufnahme in die Gewerkschaftsverbände ist. Wir haben schon erwähnt, daß viele Gewerkschaften die gleichberechtigte Mitgliedschaft der Jugend ablehnen, und daß manche die Jugend überhaupt nicht in ihre Reihen aufnehmen. Wir wollen hier nicht untersuchen, warum das so ist. Zweifellos aber ist, daß diese Einrichtung durchaus den Interessen der Kapitalisten entspricht, indem sie es ihnen ermöglicht, die Jugendlichen im Kampfe zwischen Kapital und Arbeiterklasse gegen die erwachsenen Arbeiter auszunutzen und sie als Streikbrecher und Lohndrücker zu verwenden.

In dieser Richtung steht den kommunistischen Jugendorganisationen eine große Arbeit von ungeheurer revolutionärer und historischer Bedeutung bevor. Die Jugend zur Verteidigung ihrer eigenen Interessen mobilisierend, sie in die allgemeine Arbeiterfront einreihend, beschleunigen sie die Bildung einer geschlossenen wirtschaftlichen Front der gesamten Arbeiterklasse.

Von besonderer Bedeutung ist die Frage der Jugendsektionen bei den Gewerkschaften. Diese Sektionen spielen in Deutschland eine beträchtliche Rolle; sie zählen dort bis zu 400 000 Mitglieder und sind somit tatsächlich eine Massenorganisation der deutschen werktätigen Jugend. Dabei muß freilich in Betracht gezogen werden, daß die organisatorische Verbindung der einzelnen Sektionen untereinander recht ungenügend ist, und daß ein großer Prozentsatz (durchschnittlich 90% der Mitglieder) ihrer Organisation vollkommen indifferent gegenübersteht.

Die Jugendsektionen haben in der Bewegung der proletarischen Jugend ihre besondere Geschichte. Sie wurden zu dem Zwecke geschaffen, die proletarische Jugend dem Einflusse der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu unterwerfen und sie der Beeinflussung seitens der politischen und revolutionären Jugendorganisationen zu entziehen, nicht etwa, um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterjugend zu vertreten. Das beweist die Tätigkeit dieser Sektionen. Dort werden den jungen Arbeitern „Berufskennnisse“ und eine „Allgemeine Bildung“ bürgerlicher verschwommener Art, wenn auch mit „sozialistischer Färbung“, vermittelt und Ausflüge, Spiele, Unterhaltungsabende etc. veranstaltet.

Die Mitglieder der Jugendsektionen besitzen, wie gesagt, in den meisten Gewerkschaften kein Stimmrecht; in manchen haben zwei junge Arbeiter das Recht auf eine Stimme. Sie sind also nicht einmal berechtigt, ihre eigenen Interessen innerhalb der Verbände und gegenüber den Unternehmern wahrzunehmen. Die Schaffung und Tätigkeit dieser Sektionen richtet sich darauf, die Arbeiterjugend vom Klassenkampf zu isolieren und

so den Interessen des Klassenkampfes zu widersprechen.

Der Kampf gegen diese Erscheinung ist gleichfalls eine der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Jugendorganisationen. Sie müssen die von den Gewerkschaften errichtete Barriere zwischen den jungen und erwachsenen Arbeitern niederreißen und gleichzeitig die schon bestehenden Organisationen ausnutzen, um dem Kampfe der Arbeiterjugend gegen die wirtschaftliche Not eine breite Basis zu geben. Sich auf diese Organisationen stützend, werden sie imstande sein, die Gewerkschaften an ihre Verpflichtungen gegenüber der jungen proletarischen Generation nachdrücklich zu erinnern.

Wenn wir die Frage vom internationalen Standpunkt aus betrachten, so müssen wir vor allen Dingen ihre außerordentliche Bedeutung für die kommunistische Gesamtbewegung feststellen. Denn es ist sehr leicht möglich, daß die Amsterdamer Internationale, die in einem Teil der kapitalistischen Länder großen Einfluß hat, die Erfahrungen der deutschen Gewerkschaftsbürokratie mit den Jugendsektionen auch in anderen Ländern auswertet. In Oesterreich sind schon Versuche in dieser Richtung zu beobachten. Diese Herrschaften haben vor nichts größere Besorgnis, als daß die Arbeiterjugend unter den Einfluß der kommunistischen Organisationen kommen könnte. Und sie werden alles tun, um sie von diesem Einflusse und vom revolutionären Klassenkampfe fernzuhalten. Wenn dies zunächst auch nur Annahmen sind, so müssen unsere Organisationen doch darauf gefaßt sein. Je systematischer die kommunistischen Jugendorganisationen aller Länder die Arbeiterjugend zum Kampfe für ihre eigenen Interessen sammeln werden, umso energischer werden diese Herren nach Mitteln suchen, um ihre Herrschaftsstellung sicherzustellen und die Revolutionierung der Gewerkschaften zu verhindern. Die Kommunisten in den Gewerkschaften müssen jeden Versuch in dieser Richtung aufmerksam beobachten und energisch bekämpfen.

5. Nicht nur Propaganda, sondern zäße Kleinarbeit!

Je mehr die K. J. O. die neue Aufgabe übernehmen, umso mehr zeigt sich, wie ungeheuer schwer sie ist und wie sehr sich die auf diesem Gebiete Tätigen vor einer oberflächlichen und die Schwierigkeiten dieser Aufgabe unterschätzenden Einstellung hüten müssen. Es gab — und gibt noch heute — manche unter uns, die sich den ökonomischen Kampf nur propagandistisch, oder sich in elementaren Bewegungen der Arbeiterjugend darstellend, dachten. Und als dann die ersten Aufrufe erlassen worden waren und die

Jugendlichen nicht Folge leisteten, ja, als selbst die Veröffentlichung einer ungeheuren Fülle von Material über die elende Lage der Arbeiterjugend nichts nützte, erklärten sie: Wir können mit dem ökonomischen Kampf nichts ausrichten, dieses Mittel ist schlecht. Und sie wurden mutlos, verfielen zum Teil auf allerlei Spekulationen, die helfen sollten. Sie hatten eben den ganzen Umfang der Aufgabe nicht erfaßt, sahen nur einen Teil davon. Sie hatten auch vergessen, daß nach so vielem Versagen der proletarischen Organisationen, nach soviel Niederlagen und Verrat ein Kampf oder auch nur eine Bewegung nicht mehr mit „Aufrufen“ oder Propaganda entfesselt werden kann. Aus ihren eigenen Fehlern, aus ihrem Mißverstehen der Aufgabe schlossen sie, daß die Aufgabe falsch gestellt sei. Das ist natürlich ein Irrtum.

Der ökonomische Kampf der K. J. O. ist eben nicht nur Propaganda, er ist in den seltensten Fällen eine elementare Aktion und bringt nicht mit einem Schlage die Entwicklung der K. J. zur Massenorganisation zuwege. Es ist vielmehr eine alltägliche zähe und vielseitige Arbeit in Betrieb und Schule, in der Gewerkschaft, bei der wir, nur Erfolg in der Agitation haben können, wenn wir die Jugendlichen bei ihren wirtschaftlichen Interessen packen — für die wir sie zum größten Teil sogar erst interessieren müssen —, die Arbeiterjugend in rastloser, unermüdlicher Kleinarbeit um uns scharen müssen. Die Methoden dieser Arbeit sind, wie gesagt, tausendfältig und nicht zu normalisieren. Ein Schema für sie aufzustellen, wäre ein Unsinn. Sie ergeben sich konkret aus der jeweiligen und örtlichen Situation und erfordern von jedem einzelnen Mitglied der K. J. O. die größtmögliche Summe von Initiative, Findigkeit und Arbeitsbereitschaft. Immer aber muß

durch sie eins erreicht werden: die Arbeiterjugend muß in jedem jungen Kommunisten, in jeder jungen Kommunistin und darüber hinaus im kommunistischen Jugendverband die tatkräftigsten Vertreter ihrer gesamten Interessen erkennen. Und das bedeutet, daß wir uns keinesfalls darauf beschränken dürfen, Propaganda zu machen und Anklagen zu erheben, sondern daß wir durch alltägliche Arbeit dort, wo Jugendliche sind und wo sie uns täglich kennen lernen, beweisen, daß wir wirklich etwas tun. Nur so werden die K. J. O. das Vertrauen der Massen der Arbeiterjugend gewinnen. Und nur wenn sie bereit sind, die alltägliche, mühevolle Kleinarbeit auf sich zu nehmen, wenn sie planmäßig die Organisation dieser großen Arbeit durchführen, wird die Arbeit auf dem ökonomischen Gebiet im ganzen Umfange den gestellten Aufgaben gerecht werden.

Das sind in großen Zügen jene Probleme, vor die sich die K. J. O. durch die Beschlüsse des Zweiten Kongresses auf dem Gebiete des ökonomischen Kampfes gestellt sahen. Indem sie die durch diese Beschlüsse gestellten Aufgaben durchführen, werden sie eine riesige erzieherische Arbeit leisten und neue breite Massen der proletarischen Jugend zur allgemeinen Arbeiterfront führen. Unter ihrer Leitung wird die Jugend am Kampfe der ganzen Arbeiterklasse praktischen Anteil nehmen und durch ihre eigenen Erfahrungen jene Methoden und Bedingungen kennen lernen, die zum Wesen des Befreiungskampfes gehören.

Die Kommunistische Jugendorganisation ist die Arbeitsschule für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse, das ist der Sinn der Beschlüsse des Moskauer Kongresses der Kommunistischen Jugendinternationale.

O. Unger.

Bibliographischer Teil.

Parteiliteratur.

Deutsche Sprache.

Agrarprogramm der K. P. D. (15 Seiten). Vereinigung internationaler Verlagsanstalten, Berlin, 1921. Mk. —.50. 8°.

An die Mitglieder der K. A. P. D. (16 Seiten) Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Mk. —.75 (Org. Mk. —.50.) 8°.

Barthel, Max. Der rote Ural (75 Seiten, illustr.) Verlag Junge Garde, Berlin, 1921. Mk. 6.—. 8°.

Berichte zum Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale. (452 Seiten.) Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. geb. Mk. 26.—, brosch. Mk. 12.50 (Org. Mk. 18.— u. Mk. 7.50). 8°.

Berichte der Zentrale an den Zweiten Parteitag der V. K. P. D., 22.—26. August 1921 in Jena. (112 Seiten.) Herausgegeben von der Zentrale der V. K. P. D. (Berlin 1921). 8°.

Berichte über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der U. S. P. D. (Linke) und der K. P. D. (Spartakusbund), abgehalten in Berlin vom 4.—7. 12. 1920. Anhang. Bericht über den Ersten Kongreß der V. K. P. D. am 8. 12. 20. (334 Seiten.) Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, 1921. Mk. 10.—. 8°.

Beschlüsse des Zweiten Parteitages der K. P. D. Abgehalten vom 22.—26. August 1921 in Jena. (39 Seiten.) Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin 1921. Mk. 1.50. 8°.

- Bringolf, Walther. Russische Reise 1920. (154 Seiten.) Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin 1921. Geh. Mk. 15.—, geb. Mk. 18.—. 8°.
- Bubnow, A. Die Hauptmomente in der Entwicklung der Kommunistischen Partei Rußlands. (78 Seiten.) Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Mk. 2.—, (Org. Mk. 1.50). 16°.
- Bulletin des Auslandskomitees zur Organisation der Arbeiterhilfe für das hungernde Rußland. Deutsche Ausgabe Nr. 1. August 1921. Berlin. 4°.
- Eildermann, Heinrich. Urkommunismus und Urreligion. (396 Seiten.) Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, 1921. Geb. Mk. 50.—, brosch. Mk. 36.—. 8°.
- Gesetzessammlung, Die erste, der R. S. F. S. R. (48 Seiten.) Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, 1921. Mk. 7.—. 8°.
- Helft! Rußland in Not. (48 Seiten, illustr.) Der Malik-Verlag, Berlin, 1921. Mk. 3.—. 8°.
- Hölz' Anklagerede gegen die bürgerliche Gesellschaft. (29 Seiten.) Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, 1921. Mk. 2.—. 8°.
- Thesen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur Washingtoner Konferenz. (13 Seiten.) Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Mk. —.75. (Org. Mk. —.50.) 8°.
- Jusephowitsch, J. Die Organisation der allrussischen Leder-Industrie-Arbeiter. (36 Seiten.) Neue Erde, Wien, 1921. Mk. 2.—. 8°.
- Kersten, Kurt. Georg Förster, ein europäischer Revolutionär. (94 Seiten.) Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, 1921. Geh. Mk. 10.—, geb. Mk. 14.—. 8°.
- Lenin, N. Die Agrarfrage in Rußland am Ende des 19. Jahrhunderts. (87 Seiten.) Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, 1921. Mk. 12.—.
- Leunawerk. Die Lehren der Märzaktion. (32 Seiten.) Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, 1921. Mk. 2.—. 8°.
- Liebknecht, Karl. Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß. Herausgegeben von Sophie Liebknecht. Mit einem Vorwort von Franz Pfemfert. Verlag der „Aktion“, Berlin, 1921. Mk. 12.—. 8°.
- Maslowski, Peter. Die Kommunistische Partei Oberschlesiens und der Mai/Juni-Aufstand 1921. (68 Seiten.) Oberschlesische Rote Fahne, Gleiwitz. Mk. 2.50.
- N. N. Ueber proletarische Ethik. (57 Seiten.) Konrad Hanf Verlag, Hamburg, 1921. Mk. 3.—. 8°.
- Mich. Pawlowitsch. Die ökonomische Entwicklung und die Agrarfrage in Persien im 20. Jahrhundert. (62 Seiten.) Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Mk. 2.—. (Org. Mk. 1.50.) 8°.
- Polano, Luigi. Wie weit ist heute eine Autonomie der Kommunistischen Jugendorganisation in der kommunistischen Bewegung notwendig und möglich. (23 Seiten.) Verlag Junge Garde, Berlin, 1921. Mk. 1.50. 8°.
- Internationale Presse-Korrespondenz. I. Jahrgang, Nr. 1. September 1921. (Manuskriptdruck.) Selbstverlag, Berlin, 1921. Fol.
- Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitages der U. S. P. D. vom 1.—8. April 1917 in Gotha mit Anhang: Bericht über die gemeinsame Konferenz der Arbeitsgemeinschaft und des Spartakusbundes am 7. 1. 17 in Berlin. Herausgegeben von Emil Eichhorn. (120 Seiten.) Mk. 12.—. 8°.
- Sinclair, Upton. 100%, Roman eines Patrioten. (337 Seiten, illustr. von G. Gross.) Aut. Uebers. von Hermynia zur Mühlen. Der Malik Verlag, Berlin, 1921. Mk. 18.—. 8°.
- Sinowjew, G. Der Aufbau der Volkswirtschaft und die Sowjetmacht. (102 Seiten.) Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Mk. 3.50. (Org. Mk. 2.50.) 8°.
- Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale. (104 Seiten.) Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Geb. Mk. 10.50, brosch. Mk. 5.—. (Org. Mk. 7.50 und Mk. 2.—.) 8°.
- Sowjet - Rußland und seine Kinder. (26 Seiten, illustr.) Der Malik-Verlag, Berlin, 1921. Mk. 2.—. 8°.
- Spartakusbriefe. (4. Ausgabe.) (162 S.) Herausgegeben von der Zentrale der K. P. D. (I. Band der Spartakusbriefe.) Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, 1921. Geb. Mk. 15.—. 8°.
- Gesamtausgabe Band I und II mit einem Bild von Karl Liebknecht und dem far. Abdruck seines Briefes an das Kommandanturgericht, in Halbleinen gebunden, Mk. 25.—. 8°.
- Radek, Karl. Der Weg der Kommunistischen Internationale. (86 Seiten.) Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Geb. Mk. 10.50, brosch. Mk. 5.—. (Org. Mk. 7.50 und Mk. 2.—.) 8°.
- In den Reihen der deutschen Revolution. (464 Seiten.) Kurt Wolff Verlag, München, 1921. Geh. Mk. 60.—, geb. Mk. 75.—.
- Thesen und Resolutionen des Dritten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau. vom 22. Juni bis 12. Juli 1921). (192 Seiten.) Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Geb. Mk. 12.—, brosch. Mk. 6.—. (Org. Mk. 9.— und Mk. 3.25.) 8°.
- Tuchatschewsky, N. Die Rote Armee und die Miliz. (32 Seiten.) Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Mk. 1.—. (Org. Mk. 0.75.) 16°.
- Unfried, E. Die Agrarfrage. (31 Seiten.) Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, 1921. Mk. 1.50. 8°.

Vorwärts Taschenbuch für Arbeiter für 1922. (99 Seiten und Tagebuch.) Runge & Co., Reichenberg i. B., 1921. Kr. 4.00. 16°.

Vorwärts Jahrbuch für die arbeitende Bevölkerung. 1922. 2. Jahrgang. (128 Seiten.) Runge & Co., Reichenberg i. B., 1921. 8°.

Wann endet die Not der Frauen? (16 Seiten.) Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, 1921. Mk. 1.—. 8°.

Was ist und was will die Kommunistische Jugendinternationale? (16 Seiten.) Verlag Junge Garde, Berlin, 1921. Mk. —.50. 8°.

Die internationale Kommunistische Werbewoche, vom 3.—10. November 1921. (19 Seiten.) Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Mk. 0.75. (Org. Mk. 0.50.) 8°.

Winokurov, A. Die soziale Fürsorge in Sowjetrußland. (30 Seiten.) Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Mk. 1.— (Org. Mk. —.75.) 8°.

Meschtscherjakow, N. L. Das mensche-wistische Georgien. (Anmerkungen zur Broschüre Kautskys über Georgien.) Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Mk. 1.—. (Org. Mk. 0.75.) 16°.

Lenin, N. Die Politik der Kommunistischen Partei Rußlands. (Referat auf dem Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale. Anhang: Thesen zum Referat über die Politik der Kommunistischen Partei Rußlands.) Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Mk. 2.—. (Org. Mk. 1.50.) 16°.

Chraschtschjew, A. Zur Charakteristik der russischen Bauernwirtschaft in der Kriegs- und Revolutionszeit. Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Mk. 2.—. (Org. Mk. 1.50.) 16°.

Kollantay, A. Die Arbeiterin und Bäuerin in Sowjetrußland. Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Mk. 2.—. (Org. Mk. 1.50.) 16°.

Varga, E. Sozialismus und Kapitalismus in Sowjetrußland. Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Mk. 2.—. (Org. Mk. 1.50.) 16°.

Sinowjew, G. Von der bürgerlichen bis zur proletarischen Revolution. Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1922. Mk. 2.—. (Org. Mk. 1.50.) 16°.

Lenin, N. und Sinowjew, G. Gegen den Strom, Aufsätze aus den Jahren 1914—1916. (536 Seiten.) Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Geb. Mk. 80.—, brosch. Mk. 60.—. (Org. Mk. 45.— und Mk. 30.—).

Price, M., Philips. Die russische Revolution. Erinnerungen aus den Jahren 1917—1919. (495 Seiten.) Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1921. Geb. Mk. 50.—, brosch. Mk. 44.—. (Org. Mk. 35.— und Mk. 18.—)

Russische Sprache.

Bulletin Nr. 1. I. Jahrgang, August 1921. Redaktion Dr. Anski. Presseabteilung der Ver-

tretung der R. S. F. S. R. in Deutschland, Berlin, 1921. 4°.

Ukrainische Sprache.

Drahn, Ernst. Karl Marx i Friedrich Engels pro Diktaturu proletarijatu. Uebersetzt von Sergi Wikul. (32 Seiten.) Verlag M. Bardach, Berlin-Kiew, 1921. 8°.

Französische Sprache.

Travailleurs, Aux jeunes, et travailleurs de Belgique. (7 Seiten.) Komm. Jeugd, Belgie, 1921. 8°.

Italienische Sprache.

Relatione presentate della Franzione Comunista al Congresso di Livorno del P. S. I. (15. bis 21. Juni 1921.) (36 Seiten.) Presso il C. R. del Partito Comunista d'Italia, Milano, 1921. L. 0.50.

Statuto des Partito e Disposizioni Transitorie. (20 Seiten.) Presso il C. E. del P. C. I., Milano, 1921. L. 0.50. 8°.

Spanische Sprache.

Lenin, N. La juventud Comunista y su papel. (16 Seiten.) La Federation de Juventudes Comunistas, Madrid, 1921. 15 Cent. 8°.

Englische Sprache.

Paul, W. Karl Liebknecht. The Man, His Work and Message. (21 Seiten.) Socialist Labour Press, Glasgow, 1921. 3 d. 8°.

Trotzki, L. and E. Varga. Situation, The International. (20 Seiten.) Communist Party of Gr. Britain, London, 1921. 3 d. 8°.

Tanner, Frank. The Land Grabbers. (15 S.) Communist Party of Gr. Britain, London, 1921. 2 d. 8°.

What is this Communist Party? (8 Seiten.) Communist Party of Gr. Britain, London, 1921. 1 d. 8°.

Tschechische Sprache.

Miljutin, V. P. Narodni hospodarstvi v sovětovem Rusku. (24 Seiten, 1 Plan.) Runge & Co., Reichenberg i. B., 1921. Kr. 2.00. 8°.

Varga, Eugen. Hospodarska organizace uberske republiky rad. (32 Seiten.) Runge & Co., Reichenberg i. B. Kr. 1.00. 8°.

Ungarische Sprache.

Szegény, Ember. I. Jahrgang, Nr. 1, August 1921. (8 Seiten.) Verlag Uj Harcos, Wien, 1921. 4°.

K. A. P. D.-Literatur.

Die Erwerbslosenfrage. (8 Seiten.) Verlag der K. A. P. D., Berlin, 1921. Mk. —.25. 8°.

Hölz-Sonderheft der Aktion. 2. vermehrte Auflage. Verlag der „Aktion“ Berlin, 1921. Mk. 3.—. 4°.

Die Sowjetregierung und die Kommunistische Internationale im Schlepptau der inter-

nationalen Bourgeoisie! (38 Seiten.) Verlag K. A. P. D. Berlin, 1921. Mk. 1.20. 8°.

Sozialistische Parteien und Gewerkschaften.

Bauarbeiter-Jahrbuch 1920/21. (541 Seiten.) Zentralverband der Bauarbeiter, Hamburg, 1921. 8°.

Bergarbeiter-Jahrbuch über 1920. (536 Seiten.) Zentralverband der Bergarbeiter, Bochum, 1921. 8°.

Protokoll der 23. Generalversammlung der Bergarbeiter. (400 Seiten.) Zentralverband der Bergarbeiter, Bochum, 1921, 8°.

Bericht des Parteivorstandes (der S. P. D.) über das Geschäftsjahr 1920/21. (54 S.) Buchhandlung Vorwärts, Berlin, 1921. Mk. 4.—. 8°.

Bericht über den Stand der Jugendarbeit im Metallarbeiterverband. (24 Seiten.) Zentralverband der Metallarbeiter, Stuttgart, 1921. 8°.

Berichte des Zentralvorstandes des Zentralverbandes der Lederarbeiter über das Jahr 1921. (76 Seiten.) Zentralverband der Lederarbeiter, Berlin, 1921. 8°.

Betriebsrätekongreß, Der erste, der Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie. (58 Seiten.) Metallarbeiterverband, Wien, 1921.

Brauerei- und Mühlenarbeiter-Jahrbuch über 1920. (152 Seiten.) Zentralverband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Berlin, 1921. 8°.

Braun, Adolf. Programm-Entwurf der Sozialdemokratischen Partei. Buchhandlung Vorwärts, Berlin, 1921. Mk. 10.—. 8°.

Bruhns, Julius. „Es klingt im Sturm ein altes Lied!“ (109 Seiten.) Buchhandlung Vorwärts, Berlin, 1921. Geb. Mk. 12.—. 8°.

Buchbinder, Der Verband der, im Jahre 1920. (86 Seiten.) Zentralverband der Buchbinder, Berlin, 1921. 8°.

Bürgel, L. Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. I. Band. (300 Seiten.) Wiener Volksbuchhandlung, Wien, 1921. Mk. 60.—, geb. Mk. 80.—. 8°.

David, Dr. Eduard. Um die Fahne der deutschen Republik. (32 Seiten.) Buchhandlung Vorwärts, Berlin, 1921. Mk. 2.—. 8°.

Gemeinde- und Staatsarbeiter-Jahresbericht 1920/21. (128 Seiten.) Zentralverband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin, 1921. 8°.

Genossenschaft, Die Sozialistische 1. Jahrgang, Nr. 1. Verlag der Sozialistischen Genossenschaft Gotha, 1921. 1/4 J. Mk. 10.—. 8°.

Graf, Gg. Engelbert. Was muß der Betriebsrat vom Kapitalismus und Sozialismus wissen? (16 Seiten.) Verlag Volkstribüne, Elberfeld, 1922. Mk. 2.—. 8°.

— Jung und Alt in der proletarischen Jugendbewegung. (24 Seiten.) Verlagsgenossenschaft Freiheit, Berlin, 1921. Mk. 2.50. 8°.

Hartmann, Ludo, Prof. Dr. und Nikolaus Henningsen. Der neue Geschichtsunterricht. (48 S.) Buchhandlung Vorwärts, Berlin, 1921. Mk. 5.—. 8°.

Heilmann, Ernst. Adam Stegerwalds Todsünde. (59 Seiten.) Buchhandlung Vorwärts, Berlin, 1921. Mk. 2.—. 8°.

Huè, Otto. Bergarbeiter und Sozialisierung. (37 Seiten.) Zentralverband der Bergarbeiter, Böhmen, 1921.

Fahn, Karl. Aufgaben und Organisation der Betriebsräte der Holzarbeiter. (23 Seiten.) Zentralverband der Holzarbeiter, 1921. 8°.

Kampffmeyer, Paul. Das deutsche Volk und die deutschen Fürsten in der deutschen Einheitsbewegung. (4 Seiten.) Buchhandlung Vorwärts, Berlin, 1921. Mk. 2.—. 8°.

Kautsky, Karl. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches. (20 Seiten.) Verlagsgenossenschaft Freiheit, Berlin, 1921. Mk. 2.—. 8°.

— Von der Demokratie zur Staats-Sklaverei. (128 Seiten.) Verlagsgenossenschaft Freiheit, Berlin, 1921. Mk. 12.—. 8°.

Leuthner, Abg. Der Raubzug der Pfaffen auf den Staatssäckel. (24 Seiten.) Wiener Volksbuchhandlung, Wien, 1921. Mk. 2.—. 8°.

Lohmann, Richard. Das Schulprogramm der Sozialdemokratie und ihre Schulpolitik. (84 S.) Buchhandlung Vorwärts, Berlin, 1921. Mk. 6.50. 8°.

Nagel, Anklam Dr. Zur Geschichte des deutschen Landarbeiterstandes. (19 S.) Zentralverband der Landarbeiter, Berlin, 1921. Mk. 1.80.

Parvus. Aufbau und Wiedergutmachung. (259 Seiten.) Verlag für Sozialwissenschaften, Berlin. Mk. 60.—. 8°.

Protokoll der 12. Generalversammlung des Verbandes der Töpfer. (125 Seiten.) Zentralverband der Töpfer, Berlin, 1921.

Protokoll der 14. Generalversammlung des Zentral-Verbandes der Böttcher. (128 Seiten.) Zentralverband der Böttcher, Bremen, 1921. 8°. Satzungen und Resolutionen des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam). 2. erweiterte Auflage. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, 1921. Mk. 4.50.

Scheidemann, Philipp. Der Ueber-Ludendorff. (12 Seiten.) Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin, 1921. Mk. —.80. 8°.

Schiff, Viktor. Die notwendige Verständigung der Arbeiterklasse. (40 Seiten.) Buchhandlung Vorwärts, Berlin, 1921. Mk. 2.—. 8°.

Silbermann, F. Dr. Gewerkschaft und Wirtschaftspolitik. (12 Seiten.)

Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten, Berlin, 1921. Mk. 1.50. 8°.

Snowden, Mrs. Philipp. Durchs bolschewistische Rußland. (232 Seiten.) Oldenburg & Co., Berlin, 1921. Mk. 15.—. 8°.

Die Verbindungen der internationalen Lederarbeiter 1892—1921. (241 Seiten.) Verlag der intern. Union der Lederarbeiter, Berlin, 1921. Mk. 2.—. 8°.

Verwaltungsbericht des Zentralverbandes der Töpfer über das Jahr 1920. (36 Seiten.) Zentralverband der Töpfer, Berlin, 1921.

Weik, Rudolf. Die Erwerbslosenfürsorge nach dem neuesten Stande. (90 Seiten.) Verlagsgenossenschaft Freiheit, Berlin, 1921. Mk. 8.—. 8°.

Englische Literatur.

Hilferding, Rudolf. Boehm-Bawerk's Criticism of Marx. (94 Seiten.) Socialist Labour Press, Glasgow, 1921. 8°.

Russische Literatur.

Gerien, A. J. Russky narod i socalism. (64 Seiten.) Verlag Mysl, Berlin, 1921. Mk. 2.—. 8°.

Kautsky, Karl. Sozjalizacija selskar chozjajstwa. Russischer Universal-Verlag, Berlin, 1921. 8°.

Anarchistische Literatur.

Rocker, Rudolf. Die russische Revolution und die Kommunistische Partei. (20 Seiten.) Fritz Kater, Berlin, 1921. Mk. 2.—. 8°.

Bürgerliche Literatur.

Antibolschewismus.

Ardinger, Heinrich. Sozialdemokratie und Landwirtschaft. 2. Aufl. (63 Seiten.) Heimatverlag, Graz, 1921. Mk. 5.—. 8°.

Dnjeprow, Sergey. Die Krise des Bolschewismus. (64 Seiten.) Verlag Kulturliga, Berlin, 1921. Mk. 5.—. 8°.

Escherich. Der Kommunismus in München. 4. Heft. III. Dem Bolschewismus entgegen. (21 S.) Heimatland-Verlag, München, 1921. Mk. 1.50. 8°.

Freijtag-Lovinghoven Ayel, Frhr. v. Die Entwicklung des Bolschewismus in der Gesetzgebung. (III. 110 Seiten.) M. Niemeyer, Halle, 1921. Mk. 15.—.

Herkner, Heinrich. Die Arbeiterfrage. II. Band. (XVI. 584 Seiten und XIV. 624 Seiten.) Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Berlin, 1921. Geh. Mk. 90.—, geb. Mk. 110.—. 8°.

Hoeniger, Heinrich Prof. Dr. Arbeiterrecht. (XI. 380 Seiten.) J. Bensheimer, Leipzig, 1921. Mk. 20.—.

Kommunismus. (16 Seiten.) Volksvereins-Verlag M.-Gladbach, 1921. Mk. —.75. 8°.

Lamp'1, Walter. Die Revolution in Groß-Hamburg. W. Gente, Hamburg.

Lenberscher, Charlotte, Dr. Sozialismus und Sozialisierung in England. (X. 229 Seiten.) G. Fischer, Jena. Mk. 30.—. 8°.

Ludendorff, Erich v. Kriegführung und Politik. (342 Seiten.) Mittler & Sohn, Berlin, 1921. Mk. 50.—. 8°.

Pannier, Karl. Betriebsrätegesetz für das Deutsche Reich. (104 Seiten.) Ph. Reilem jr., Leipzig. Mk. 1.50. 8°.

Paumgarten, Karl. Judentum und Sozialdemokratie. 2. Aufl. (60 Seiten.) Heimatverlag Graz, 1921. Mk. 5.—. 8°.

Pesterschetzky, D. Die Hungersnot in Sowjetrußland. (27 Seiten.) Verlag der Kulturliga, Berlin, 1921. Mk. 1.—. 16°.

Russel, Bertrand. Grundlagen für eine soziale Umgestaltung. (VIII. 137 Seiten.) Drei Masken Verlag, München, 1921. Mk. 25.—, geb. Mk. 30.—. 8°.

Schöng, Otto. Bolschewismus kontra Bolschewismus. (31 Seiten.) Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin, 1921. 8°.

Schechler, Kurt. Die christlich soziale Partei. (50 Seiten.) Styria Verlag, Graz, 1921. Mk. 2.—. 8°.

Sozius. Briefe über den Klassenkampf. (48 Seiten.) Wislern Verlag, Berlin-Dahlem, 1921. Mk. 1.—. 8°.

Tews, F. Sozialdemokratie und öffentliches Bildungswesen. (91 Seiten.) H. Beyer & Söhne, Langensalza, 1921. Mk. 7.20. 8°.

Wagner, Alfred. Mein Erleben als bolschewistischer Agitator. (24 Seiten.) Verlag Kulturliga, Berlin, 1921. Mk. 3.—. 8°.

Weber, Dr. Adolf. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. 3. und 4. Aufl. (XX, 470 S.) F. C. B. Mohr, Tübingen, 1921. Mk. 60.—, geb. Mk. 72.—. 8°.

Wrisberg, Ernst von. Der Weg zur Revolution. (VI. 179 Seiten.) K. F. Köhler, Leipzig, 1921. Geb. Mk. 30.—. 8°.

Zerstörungsarbeit, kommunistische, in den freien Gewerkschaften. (42 Seiten.) Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband, Berlin, 1921. Mk. 2.—. 8°.

Russische Literatur.

Jakowenko, B. Filosofija Bol'sevisma. (63 Seiten.) Russischer Universal-Verlag, Berlin, 1921. Mk. 4.—. 8°.

Smolenskij, M. Trotzky. (662 Seiten.) Russischer Universal-Verlag, Berlin, 1921. Mk. 4.—. 8°.

Soljskij, V. Lenin. (86 Seiten.) Russischer Universal-Verlag, Berlin, 1921. Mk. 4.—. 8°.